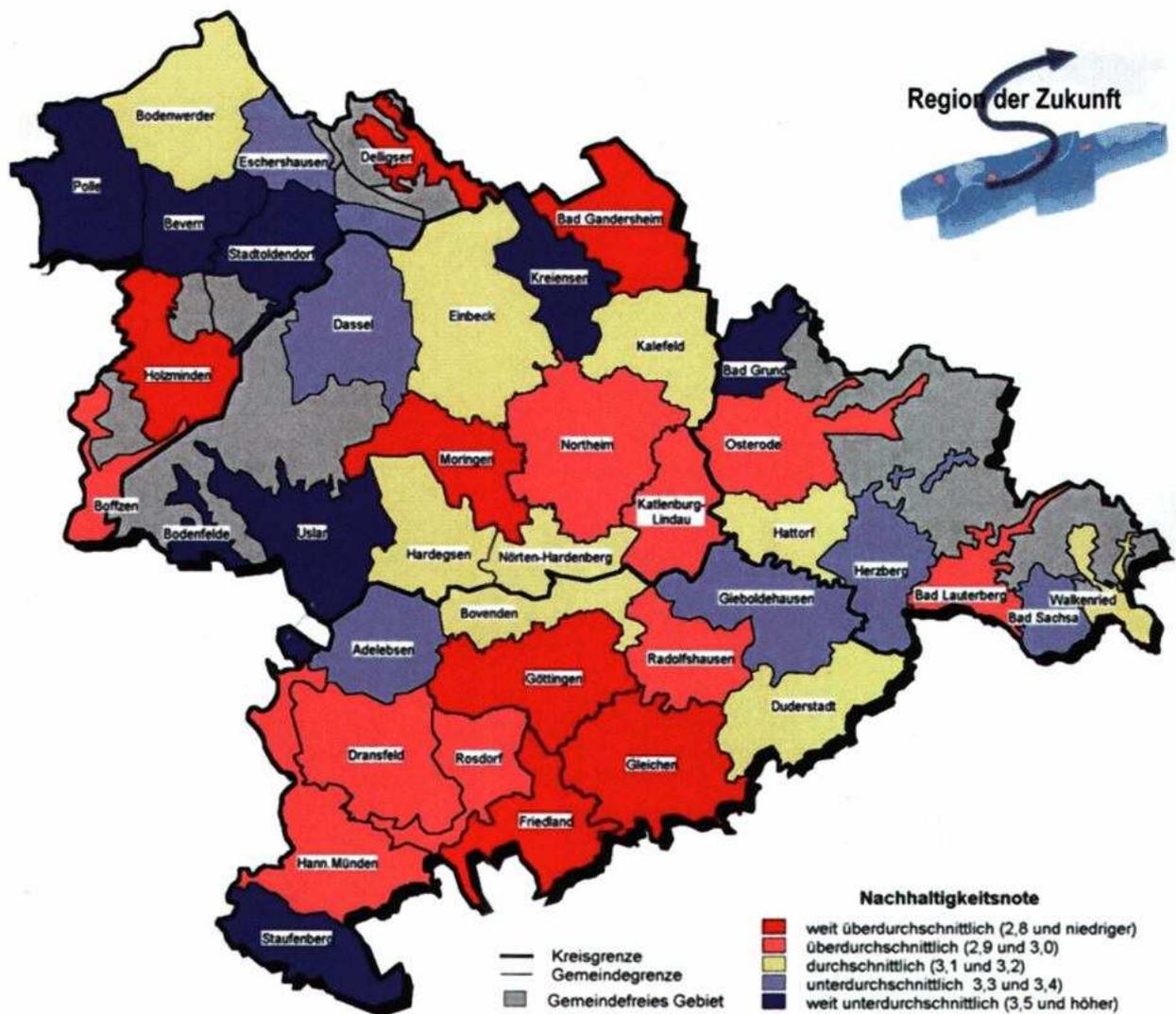


Gerhard Cassing

Nachhaltigkeit in Südniedersachsen

Indikatoren und Strategien zur Raumentwicklung



Gerhard Cassing

Nachhaltigkeit in Südniedersachsen

Indikatoren und Strategien zur Raumentwicklung



Herausgeber: Regionalverband Südniedersachsen e. V.

Hainholzweg 3-5, 37085 Göttingen, Tel.: 0551-5472810, E-Mail: regionalverband@ozet.de
Schutzgebühr: Euro 5

September 2002

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Vorwort | 3 |
| 1. Untersuchungsansatz zur regionalen Nachhaltigkeit | 4 |
| 2. Großräumige Ausgewogenheit in der Mitte Deutschlands | 11 |
| 2.1 Nachhaltigkeitskennwerte der Mitte-Regionen | 11 |
| 2.1.1 Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | 11 |
| 2.1.2 Soziale und räumliche Gerechtigkeit..... | 12 |
| 2.1.3 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen..... | 16 |
| 2.1.4 Zusammenfassende Indikatorenauswertung..... | 17 |
| 2.2 Kooperationsansätze für die Mitte Deutschlands | 25 |
| 2.2.1 Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung: <i>Informationszentrum Städtenetz Mitte</i> | 25 |
| 2.2.2 Landschafts- und Tourismusentwicklung: <i>Märchenhaftes Mitte-Bergland</i> | 26 |
| 2.2.3 Verkehrsinfrastrukturentwicklung: <i>Logistik-Zentrum Deutschlands</i> | 28 |
| 3. Nachhaltige Raumentwicklung in Südniedersachsen | 29 |
| 3.1 Indikatorenprofil der Landkreise | 29 |
| 3.1.1 Ökonomische Nachhaltigkeit..... | 29 |
| 3.1.2 Soziale Nachhaltigkeit..... | 29 |
| 3.1.3 Ökologische Nachhaltigkeit..... | 31 |
| 3.1.4 Zusammenfassende Bewertung der Landkreise | 32 |
| 3.2 Regionale Nachhaltigkeitsstrategien | 35 |
| 3.2.1 Südniedersachsen als Region der Wissenschaft mit weltweiter Kompetenz..... | 39 |
| 3.2.2 Attraktive Fachwerkstädte und -dörfer im Schwerpunkt Deutschlands..... | 43 |
| 3.2.3 Naturnahe Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser | 49 |
| 3.3 Teilraumgliederung für Nachhaltigkeitsbilanzen | 56 |
| 3.3.1 Gliederung nach Verflechtungsräumen..... | 56 |
| 3.3.2 Gliederung nach Landschaftsräumen | 57 |
| 3.3.3 Raumordnerische Bilanzräume | 58 |
| 3.4 Historische Entwicklungsepochen in Südniedersachsen | 60 |
| 3.5 Schwerpunkte nachhaltiger Raumentwicklung | 65 |
| 3.5.1 Siedlungsstruktur | 65 |
| 3.5.2 Freiraumstruktur..... | 69 |
| 3.5.3 Infrastruktur..... | 74 |
| 4. Stärkung teilträumlicher Entwicklungen | 78 |
| 4.1 Standortkompetenzen der Teilräume | 78 |
| 4.1.1 Landkreis Holzminden: Kultur und Natur im Weserbergland..... | 80 |
| 4.1.2 Landkreis Northeim: Natur und Technik im Leinebergland..... | 82 |
| 4.1.3 Landkreis Osterode a. H.: <i>Technologie und Tourismus im Harz</i> | 87 |
| 4.1.4 Landkreis Göttingen: <i>Natur und Wissenschaft im Schwerpunkt Deutschlands</i> | 90 |
| 4.2 Nachhaltigkeit der Gemeinden | 103 |
| 4.2.1 Wirtschaftsstruktur | 103 |
| 4.2.2 Sozialstruktur | 108 |
| 4.2.3 Umweltstruktur | 115 |
| 4.2.4 Zusammenfassende Gemeinde-Bewertung..... | 116 |
| 5. Nachhaltigkeit durch integrierte Raum- und Umweltplanung | 118 |
| 5.1 Agenda-21 als Planungsauftrag: <i>Zukunftsfähige Raumstruktur</i> | 118 |
| 5.2 Modell für ein Teilraum-Entwicklungskonzept: <i>Agenda Musterhausen</i> | 123 |
| Zusammenfassung | 129 |
| Verzeichnisse | 131 |

Vorwort

Südniedersachsen versteht sich landschaftlich als Raum zwischen Harz und Weser mit der oberen Leine als zentralem Strukturelement, siedlungsstrukturell als Verflechtungsraum des Oberzentrums Göttingen – gelegen im Mittelpunkt Deutschlands zwischen den Verdichtungsräumen Hannover, Braunschweig und Kassel. Administrativ bildet die Region mit den Landkreisen Göttingen, Holzminden, Nörtheim und Osterode am Harz sowie der Stadt Göttingen – wie der Name besagt - den Südteil des Landes Niedersachsen. Als politische Region hat sie keinen verfassten Rahmen, sondern handelt nach dem Konsensprinzip auf der Basis gemeinsamer Interessen öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Institutionen des Raumes. Um „Kommunikation, Kooperation und Koordination“ in der Region zu fördern, wurde 1992 von diesen Institutionen der *Regionalverband Südniedersachsen e.V.* gegründet. In den zehn Jahren seines Bestehens hat der Verband zahlreiche Projekte zum kooperativen Handeln, Planen und Entwickeln in der Region erfolgreich durchgeführt. Sie haben zur landesplanerischen Anerkennung als Verbundmitglied der *Euro-Region Hannover-Braunschweig-Göttingen* geführt: „Mit dem Kommunalverband Großraum Hannover, dem Zweckverband Großraum Braunschweig und der Regionalen Entwicklungsagentur Südniedersachsen sowie dem Regionalverband Südniedersachsen bestehen fast flächendeckend funktionsfähige Kooperationen, die als Bausteine für Verbundstrukturen genutzt werden können“ (LROP 2000 Entwurf).

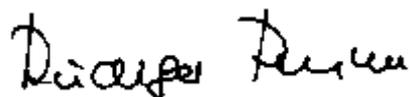
In der Arbeit des Verbandes spielt die Auseinandersetzung mit den regionalen Strukturfragen eine zentrale Rolle, wie die Erstellung und Umsetzung von „regionalen Entwicklungskonzepten“ für die Arbeitsmarkträume in Südniedersachsen zeigt. Es fehlte jedoch bisher an einer Gesamtdarstellung der Strukturfragen der Region. Mit der vorliegenden Studie von Dr. Gerhard Cassing kann diese Lücke nun geschlossen werden. Der Autor bringt seine spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen aus der Tätigkeit als Wissenschaftler (Universität Hannover, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung, Institut für Landesplanung und Raumforschung, 1970-1978), als Planungsamtsleiter beim Landkreis Göttingen (Regionalplanung, Städtebau, 1978–1988), als Umweltdezernent der Stadt Göttingen (1989-2000) und als Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen, Geographisches Institut (ab 1995) in die raum- und umweltwissenschaftliche Beratung des Regionalverbandes ein. Als Leiter des Arbeitsausschusses Abfallwirtschaft sowie als Sprecher der Lenkungsgruppe zum Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ hat er während seiner Dienstphase die Arbeit des Verbandes aktiv unterstützt. Wir freuen uns, dass wir ihn auch im Ruhestand weiterhin für die Agenda-Beratung (*wissenschaftliche Beratung* "was zu tun ist") gewinnen konnten. In diesem Rahmen ist die vorliegende Studie entstanden, die sich aus Beratungsbeiträgen der letzten Jahre zusammensetzt. Wie bei Beratungsstudien üblich, vertreten die Beiträge nicht die Meinung des Herausgebers, sondern geben die fachliche Auffassung des Autors wieder. In dieser Form sind sie als Anregungen für die Arbeit der zuständigen Stellen gedacht. Sie bieten in systematischer Art Hinweise für Analysen und Strategien der Regionalentwicklung auf den verschiedenen Planungsebenen. Wir erhoffen uns von der Studie weitere Anstöße für die Strukturverbesserung in der Region Südniedersachsen und ihren Teilräumen. In diesem Sinne gilt auch das Angebot, die Agenda-Beratung vertiefend für die Gemeindeentwicklung nutzbar zu machen.

Dank gilt dem Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Göttingen, Herrn Hatje, der bei der Datenbeschaffung und der Kartografie behilflich war.

Regionalverband Südniedersachsen e.V.



Bernhard Reuter
(Vorsitzender)



Rüdiger Reyhn
(Geschäftsführer)

1. Untersuchungsansatz zur regionalen Nachhaltigkeit

Untersuchungsanlass: Warum regionale Nachhaltigkeit untersuchen?

Die UN-Konferenz *Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro* hat mit der *Agenda 21* die „Nachhaltige Entwicklung“ allen gesellschaftlichen Gruppen auf allen Handlungsebenen und in allen Handlungsfeldern als globales Prinzip vorgegeben. Zehn Jahre nach dieser Konferenz stellt sich auch in unserer Region die Frage nach der Umsetzung des neuen Leitbildes. Der *Regionalverband Südniedersachsen e.V.* hat an dem Bundeswettbewerb *Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung* mit dem Beitrag „*Region im Gleichgewicht*“ teilgenommen. Er wurde im Juli 2000 im Rahmen der *Welt-Städtebaukonferenz Urban 21* in Berlin mit einem zweiten Preis prämiert. Die Jury begründete ihre Preisentscheidung: „*Stabile Kooperationsstrukturen, Offenheit für Innovationen und eine hohe Entwicklungsdynamik sind Markenzeichen der Region Südniedersachsen. Durch die Besinnung auf eigene Stärken nutzen die Akteure endogene Potenziale und tragen zur Nachhaltigkeit bei.*“ Das Ergebnis des Wettbewerbes qualifiziert den Weg der Region als richtig, weist aber gleichzeitig auf notwendige weitere Schritte hin. Deshalb wurden vom Regionalverband Folgeprojekte zur Stabilisierung des Nachhaltigkeitsansatzes auf verschiedenen Ebenen begonnen:

- Modellvorhaben der Raumordnung: Im Rahmen der auf der Urban 21 gemeinsam aufgetretenen „*Regionen im Dialog*“ (Chemnitz-Zwickau, Märkischer Kreis, Starkenburg) beteiligt sich Südniedersachsen an dem „*Coachingprojekt Flächenmanagement*“. Als Planspiel mit den sechs Städten und Gemeinden im *Ordnungsraum Kassel-Göttingen* (Göttingen, Rosdorf, Dransfeld, Friedland, Hann. Münden, Staufenberg) wird ein „*interkommunaler Gewerbeflächenabgleich*“ modellhaft bearbeitet.
- Kooperation der „Regionen der Mitte“: Die Nachbarregion Nordthüringen wurde ebenfalls als „*Region der Zukunft*“ ausgezeichnet. Mit Nordhessen haben beide Regionen nach der Grenzöffnung 1989 die zentrale Lage in Deutschland gemeinsam. Hieraus ergeben sich Kooperationsansätze als „*Regionen der Mitte*“.
- Zukunftswerkstätten: Mit dem *Interdisziplinären Zentrum für nachhaltige Entwicklung (IZNE)* der Universität Göttingen wurden eine Reihe von *Zukunftswerkstätten* zum Thema „Nachhaltig leben und wirtschaften in der Region“ durchgeführt (z. B. Sanfte Land-Wirtschaft – gesunde Lebensmittel, neue Arbeitsplätze durch sanften Tourismus im Harz). Besonders bewährt hat sich diese Arbeitsform bei der Erarbeitung des Beitrages des Regionalverbandes zum *Bundeswettbewerb „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“*.

Bei allen Kooperations- und Innovationsansätzen stellt sich die Frage nach dem objektiven Stand der Nachhaltigkeit in Südniedersachsen im Vergleich zu anderen Regionen. Dazu hat im Rahmen des Wettbewerbes das *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)* eine Arbeitshilfe „*Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen der Zukunft*“ herausgegeben und den teilnehmenden Regionen zur Anwendung empfohlen. Dieser Anregung ist der Regionalverband gefolgt und hat für seinen Bereich die vom Bundesamt zur Verfügung gestellten Kenndaten in der vorliegenden Studie aufbereitet. Das Bundesamt weist daraufhin, dass für den bundesweiten Vergleich „Zielindikatoren“ das geeignete Instrument seien, für die regionale Erfolgskontrolle jedoch eigene Strategieindikatoren entwickelt werden müssten. Hierzu werden auf den verschiedenen Ebenen Vorschläge zur Stärkung der Nachhaltigkeit durch Kooperation und Innovation (Vernetzung der regionalen Akteure) gemacht.

Ausgeblendet bleiben Fragen der weitergehenden Institutionalisierung von regionaler Planung und Entwicklungssteuerung (z. B. Regionalplanung, -management, -marketing) in Südniedersachsen. Nicht behandelt werden auch spezielle Fachthemen wie die regionale Kooperation in der Abfallwirtschaft. Hierzu bedarf es gesonderter Untersuchungen und Erörterungen. Nachhaltigkeit als Aufgabe einer regionalen Agenda 21 betrifft das „Tun und Lassen“ aller Menschen in der Region und ihren Teilräumen. Hierzu möge die vorliegende Untersuchung wirksame Anstöße geben.

Untersuchungsfrage: Wie lässt sich Nachhaltigkeit bewerten?

Das Raumordnungsgesetz (ROG) 1998 führt in § 1 (2) als „Leitvorstellung der Raumordnung“ die „nachhaltige Raumentwicklung“ ein, „die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung führt.“ Auch der Regionalverband Südniedersachsen als Kooperationsebene von Institutionen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aus den Landkreisen Göttingen, Holzminden, Nörten-Osterode a.H und der Stadt Göttingen hat sich *Nachhaltigkeit als regionale Entwicklungsaufgabe* im Sinne einer *regionalen Agenda 21* gestellt. Der Regionalverband ist keine Gebietskörperschaft mit amtlichen Planungsaufgaben, sondern eine „Agentur“ für Kommunikation, Kooperation und Koordination der regionalen Akteure. So stellt sich die Frage nach den geeigneten Instrumenten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und ihre Evaluation hier unter besonderen Aspekten. Die vorliegende Untersuchung macht den Versuch, den *Stand der nachhaltigen Entwicklung* in der Region zu bewerten und daraus *Hinweise auf weiterführende Strategien* abzuleiten. Dabei ergeben sich folgende Fragen zur Bewertungsmethodik:

- **Bewertungsräume:** Auf welcher räumlichen Ebene lässt sich Nachhaltigkeit bewerten? Hierfür ist die Regionsebene besonders geeignet, weil sie das zugrunde liegende Funktionsgefüge als Bilanz- und Strategieraum am besten abdeckt. Es wird hier durch das Gebiet des *Regionalverbandes Südniedersachsen*, das der *Raumordnungsregion Nr. 24 (Göttingen)* entspricht, beschrieben (Kapitel 3). Es stellt sich aber auch die Frage nach der „*großräumig ausgewogenen Ordnung*“ gemäß § 1 ROG. Hier wird Südniedersachsen als *Teil der metropolfernen Mitte Deutschlands* gesehen (Kapitel 2). Gibt es geeignete Bewertungsräume als innere Gliederung der Region? Zwischen der Kreisebene und der Gemeindeebene werden 13 *Teilräume* gemäß § 13 ROG der Untersuchung zu Grunde gelegt (Kapitel 3.3, 4).
- **Bewertungskriterien:** Wie gewinnt man Bewertungskriterien für Nachhaltigkeit? Die Entwicklungsaufgabe gemäß § 1 ROG besteht darin, die *sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum* mit den *ökologischen Funktionen des Raumes* in Einklang zu bringen. Damit ist das „klassische“ *Zieldreieck der Agenda 21* (Ökonomie, Soziales, Ökologie) als Kriterienrahmen angesprochen, der auch der vorliegenden Studie als innere Gliederung dient (Kapitel 2.1, 3.1). Bewertet wird die Qualität als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum. Verhalten sich die Akteure so, dass der Raum im globalen Wettbewerb zukunftsfähig ist? Werden die Potentiale zur regionalen Wertschöpfung (Finanz-, Human-, Naturkapital) innovativ genutzt (Wertschöpfungs-Initiative Region – WIR Südniedersachsen)? Ist die Daseinsvorsorge in der Region attraktiv? Werden die Naturressourcen schonend behandelt?
- **Bewertungsobjekte:** Auf welche Handlungsobjekte bezieht sich Nachhaltigkeit? Angestrebt wird eine nachhaltige Raumstruktur. Nach § 7 ROG werden drei Elemente der Raumstruktur als Objekte von Planungsstrategien (Ziele - Mittel) unterschieden: Siedlungsstruktur, Freiraumstruktur, Infrastruktur. Sie bilden das Instrumentarium der Raum- und Umweltplanung. Dieses Muster wird hier als weitere innere Gliederung aufgegriffen (Kapitel 2.2, 3.2, 3.5, 4.2).
- **Bewertungsschritte:** Auf welche Schritte im Planungs- und Entwicklungsprozess richtet sich Nachhaltigkeit? Als Regelkreis eines Planungsprozesses werden Analyse-, Konzept- und Projektphase aufgefasst. In jeder Phase sind dem Konkretisierungsgrad entsprechende spezifische Bewertungen vorzunehmen. Dies spiegelt sich in den einzelnen Kapiteln wieder.
- **Bewertungsträger:** Wer nimmt die Bewertung von Nachhaltigkeit vor? Es ist nicht möglich, objektive Kriterien für Nachhaltigkeit zu gewinnen. Entwicklungsstrategien wollen das Handeln der privaten Haushalte, der Unternehmen und staatlicher Stellen beeinflussen, die jeweils spezifische Interessen vertreten. Allein die Auswahl der Kriterien kann höchstens intersubjektiv breit gestützt sein. Noch weniger verbindlich kann die Gewichtung der Kriterien ausfallen. In der vorliegenden Untersuchung wird deshalb darauf verzichtet.

| Raumstruktur | | | Nachhaltigkeitskriterien | | |
|-----------------------------|--------------------------------------|-------------------------|--------------------------|--------------------|--------------------|
| | | | Soziale Ansprüche | Wirtsch. Ansprüche | Ökolog. Funktionen |
| Siedlungsstruktur | Wirtschaft und Beschäftigung | Primärer Sektor | Beschäftigung | Wertschöpfung | Ressourcenschutz |
| | | Dienstleistungen | Beschäftigung | Wertschöpfung | Ressourcenschutz |
| | | Produzier. Gewerbe | Beschäftigung | Wertschöpfung | Ressourcenschutz |
| | Bevölkerung und Wohnen | Bevölkerungsstruktur | Ausgewogenheit | Qualifikation | Umweltbildung |
| | | Haushaltsstruktur | Ausgewogenheit | Kaufkraft | Verbraucherschutz |
| | | Wohnungswesen | Bedarfsdeckung | Marktfähigkeit | Wohnumwelt |
| | Zentrale Einrichtung. | Handel, Handwerk | Versorgung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz |
| | | Freizeit, Kultur, Bild. | Versorgung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz |
| | | Soziales, Gesundheit | Versorgung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz |
| Freirum- und Umweltstruktur | Umwelt und Landschaft | Boden, Wasser, Klima | Nutzungspotential | Nutzungspotential | Belastbarkeit |
| | | Arten- u. Biotopschutz | Eingriffsregelung | Eingriffsregelung | Biodiversität |
| | | Menschl. Gesundheit | Lebenserwartung | Gesundheitskosten | Toxizität |
| | Land-, Forst- und Rohstoffwirtschaft | Landwirtschaft | Nahrungsmittel | Leistungsfähigkeit | Ressourcenschutz |
| | | Forstwirtschaft | Erholung | Leistungsfähigkeit | Ressourcenschutz |
| | | Rohstoffwirtschaft | Rohstoffe | Leistungsfähigkeit | Ressourcenschutz |
| | Erholung, Sport und Tourismus | Naherholung | Erreichbarkeit | Kosten | Verträglichkeit |
| | | Sport | Bedarfsdeckung | Kosten | Verträglichkeit |
| | | Tourismus | Verträglichkeit | Kosten | Verträglichkeit |
| Infrastruktur | Verkehr und Kommunikation | Personenverkehr | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Klimaschutz |
| | | Güterverkehr | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Klimaschutz |
| | | Telekommunikation | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Strahlenschutz |
| | Versorgung | Wasserversorgung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz |
| | | Energieversorgung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Klimaschutz |
| | | | | | |
| | Entsorgung | Hochwasserschutz | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Biotopschutz |
| | | Abwasserbeseitigung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Gewässerschutz |
| | | Abfallentsorgung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Bodenschutz |

Tab.1.1: Kriterienrahmen für nachhaltige Raumstruktur

Untersuchungsaufbau: Wie nachhaltig ist die Region?

Zuerst (Kapitel 2) wird der Frage nach der großräumigen Ordnung, in die die Region eingebunden ist und die für ihre Entwicklung bestimmend ist, nachgegangen. Südniedersachsen wird im *Entwurf des Landes-Raumordnungsprogrammes Niedersachsen 2000* als Bestandteil der „Euro-Region Hannover-Braunschweig-Göttingen“ angesehen. Dieses „Wissenschaftsdreieck“ eröffnet „Kooperationsfelder in der stärkeren Verknüpfung ihrer herausragenden Potenziale in der Mobilitätswirtschaft und im weiteren Ausbau des Netzwerkes der BioRegion.“ Darüber hinaus hat Südniedersachsen auch strukturbestimmende Gemeinsamkeiten mit den südlich angrenzenden Regionen Nordhessen und Nordthüringen, die sich aus der seit 1990 neuen großräumigen Lage in der Mitte Deutschlands ergeben. Es ist anhand von Indikatoren zu untersuchen, ob sich aus der gemeinsamen raumstrategischen Lage auch gemeinsame Schwächen und Stärken in der Raumentwicklung ergeben (Kapitel 2.1 und 2.2). Diese haben ihren Ausgang in der jahrzehntelangen Grenz- und Randlage, die wirtschaftliche und soziale Verflechtungen nur in den jeweiligen Territorien zuließen. Im Schnittpunkt dieser drei Regionen trafen in der Nachkriegszeit die drei Besatzungszonen (britische, amerikanische, sowjetische) aufeinander. Die Wiedervereinigung hat die Kommunikations- und Verkehrsnetze neu verknüpft und lässt die *Regionen der Mitte* zu einer zentralen deutschen und europäischen Verkehrsdrehscheibe mit positiven wirtschaftlichen Impulsen werden. Die Siedlungsstreuung und die Metropolferne des Raumes als dagegen stehende negative Entwicklungsfaktoren bleiben von der Zentrallage jedoch im wesentlichen unberührt. Die attraktive Mittelgebirgslandschaft, die den drei Regionen gemeinsam ist, ermöglicht einen hohen Umwelt-, Wohn- und Freizeitwert. Das großräumige Lagepotenzial zeigt sich an den verschiedenen geographischen Beschreibungen der Mitte Deutschlands:

- der demografische Mittelpunkt, der Bevölkerungsschwerpunkt, ist der nordhessische Kreis Hersfeld-Rotenburg (eigene Berechnung);

- der geometrische Mittelpunkt, der Schnittpunkt der Durchmesserlinien, liegt in Niederdorla im nordthüringischen Unstrut-Hainich-Kreis;
- der geodätische Mittelpunkt, der Flächenschwerpunkt, befindet sich in Krebeck im südniedersächsischen Landkreis Göttingen. Auch der Ort Flinsberg in Nordthüringen erhebt diesen Anspruch.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen und der Regionalverband Südniedersachsen haben erfolgreich (jeweils zweite Preise) an dem Bundeswettbewerb *Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung* teilgenommen. An dem Folgeprojekt *Netzwerk Regionen der Zukunft* beteiligt sich auch die Planungsregion Nordhessen. Ausdrücklich haben sich somit die *Regionen der Mitte* die Leitvorstellung des Raumordnungsgesetzes 1998 zur „nachhaltigen Raumentwicklung“ zu eigen gemacht. Damit einher geht die Verpflichtung, sich im Rahmen der *regionalen Agenda 21* über den Stand der Nachhaltigkeit in den Regionen und ihren Teilräumen (Kreisen) Rechenschaft zu geben: Wie nachhaltig leben und wirtschaften die Menschen in den Regionen; in welchen Handlungsfeldern bzw. in welchen Teilräumen gibt es Potenziale oder Defizite in der Umsetzung des Leitbildes der „nachhaltigen Entwicklung“?

Ein geeignetes Instrument zu Beantwortung dieser Fragen ist das Indikatorenmodell des *Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)*, das begleitend zum Bundeswettbewerb entwickelt wurde: „Den Regionen soll damit eine Hilfestellung gegeben werden, erstens ihre eigene Entwicklung an den Zielen nachhaltiger Entwicklung messen zu können und zweitens ihren Weg mit dem anderer Regionen vergleichen zu können. Er bietet ein Zielraster, in das die Regionen ihre gewählten Umsetzungsstrategien einordnen können.“ (BLACH, IRMEN, 1999, S. 451). Die BBR-Indikatoren wurden auf breiter wissenschaftlicher Basis erarbeitet. Zur Zeit stehen in „Korb 1“ etwa die Hälfte (37) der eine nachhaltige Entwicklung kennzeichnenden Indikatoren für Landkreise und Raumordnungsregionen (ROR) zur Verfügung (Stand 24.11.01). Die regionsspezifischen Werte können gemessen werden am Bundesdurchschnitt insgesamt bzw. am Mittel der alten bzw. der neuen Bundesländer. Darüber hinaus kann der Regionstyp-Durchschnitt – getrennt für alte und neue Länder – zur „Justierung“ herangezogen werden. Das Kriteriensystem ist mit Zielen und Unterzielen hierarchisch aufgebaut. Es folgt in der zwölfteiligen Hauptgliederung dem „Nachhaltigkeitsdreieck“; auf die Zusammenstellung und Begründung bei BLACH /IRMEN (1999) wird Bezug genommen:

| |
|--|
| <p>1. <u>Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften</u></p> <p>1.1 <i>Erhalt und Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit</i></p> <p>1.2 <i>Erhalt und Schaffung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur</i></p> <p>1.3 <i>Erhalt und Verbesserung des Humankapitals</i></p> <p>1.4 <i>Verbesserung der Ressourcenproduktivität der Wirtschaft</i></p> |
| <p>2. <u>Soziale und räumliche Gerechtigkeit</u></p> <p>2.1 <i>Befriedigung der individuellen Bedürfnisse</i></p> <p>2.2 <i>Sicherung der sozialen Stabilität</i></p> <p>2.3 <i>Entwicklungschancen für die junge Generation</i></p> <p>2.4 <i>Gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und gesellschaftlichem Leben</i></p> |
| <p>3. <u>Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen</u></p> <p>3.1 <i>Schutz der biologischen Vielfalt</i></p> <p>3.2 <i>Verringerung der Nutzungsrate regenerativer Ressourcen</i></p> <p>3.3 <i>Verringerung der Verschmutzungsrate der Umweltmedien</i></p> <p>3.4 <i>Rückgang in der Nutzung nicht-regenerativer Ressourcen</i></p> |

Die *Regionen der Mitte* umfassen vier Raumordnungsregionen (ROR) nach der BBR-Raumgliederung: 24 Göttingen (Südniedersachsen), 48 Nordhessen, 50 Osthessen, 53 Nordthüringen. Südniedersachsen und Nordhessen zählen gemäß BBR-Regionstypisierung zu den „Verstädterten Räumen“. Osthessen und Nordthüringen werden als „Ländliche Räume“ eingestuft. Die vom BBR zur Verfügung gestellten

| | Ziele | Unterziele | Indikatoren | |
|--|---|--|--|---|
| 1. Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | 1.1 Erhalt und Verbesserung der wirtschaftl. Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit | 1.1.1 Erhalt der wirtschaftl. Leistungskraft | Bruttowertschöpfung je Einwohner | |
| | | 1.1.2 Verbesserung der Innovationsfähigkeit i. d. Wirtschaft | 1. Anteil der Beschäft. in Forsch. u. Entw. 2. Patente | |
| | 1.2 Erhalt und Schaffung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur | 1.2.1 Erhalt und Schaffung von Branchenvielfalt | Anteil der Beschäftigten in den 3 größten Branchen | |
| | 1.3 Erhalt und Verbesserung des Humankapitals | Erhalt und Förderung zukunftsfähiger Qualifikationen und Berufe | | 1. Beschäftigte in zukunftsfähig. Berufen 2. Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung |
| 1.4 Verbesserung der Ressourcenproduktivität der Wirtschaft | | 1.4.1 Erhöhung der Flächenproduktivität | Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einheit BWS | |
| | 1.4.2 Erhöhung der Energieproduktivität | Energieverbrauch je Einheit BWS | | |
| 2. Soziale und räumliche Gerechtigkeit | Versorgung | 2.1 Befriedigung der individuellen Bedürfnisse | 2.1.1 Adäquate Versorgung mit Wohnungen u. Wohnraum | Wohnfläche je Einwohner |
| | | | 2.1.2 Adäquate Versorgung mit Arbeitsplätzen | 1. Arbeitslosenquote 2. Langzeitarbeitslosenquote |
| | | 2.1.3 Angemessene Einkommensverh. | Durchschn. Nettoeinkommen je Haushalt | |
| | | 2.1.4 Gute Ausbildungs- und Bildungsch. | Ausbildungsplatzangebot | |
| | | 2.1.5 Gute Erreichbarkeit v. Infrastruktur und Freizeiteinricht. des nächsten OZ | Bevölkerungsanteil im 45-IV Minuten OZ-Einzugsbereich | |
| | | 2.1.6 Einstieg in Fernverbind. | 30 IV-Min. zum IR/IC-Bahnhof | |
| | | 2.1.7 Gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes | Mittlere Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz (<i>Pendlersaldo</i>) | |
| | | 2.1.8 Gesundheit | Lebenserwartung | |
| | 2.1.10 Zufriedenheit mit regionalen Lebens- u. Arbeitsbedingungen | (<i>Wanderungssaldo</i>) | | |
| | Teilhabe | 2.2 Sicherung der sozialen Stabilität | 2.2.2 Partizipation | Wahlbeteiligung |
| | | | 2.2.3 Verminderung der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen | Sozialhilfeempfänger / 100 E |
| | | | 2.2.4 Ausgewogene Vermögens- und Einkommensverhältnisse | Verhältnis der 20% reichsten Haushalte zu den 20% ärmsten |
| | | | 2.2.5 Stabilisierung d. öffentl. Haushalte | Kommunale Schulden je Einwohner |
| | | 2.3 Wahrung der Entwicklungschancen für die junge Generation | 2.3.1 Verbesserung des Bildungsstandes | Ant. d. unter-25-jähr. ohne Schulabschl. |
| 2.3.2 Verringerung d. Arbeitslosigkeit d. jungen Generation | | | Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose unter 25 Jahren | |
| 2.4 Gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und gesellschaftlichem Leben | 2.4.1 Gleichberechtigung zwischen Mann u. Frau | 1. Arbeitslosenquote Frauen / M. 2. Anteil der weiblichen Ratsmitglieder | | |
| | 2.4.2 Verbesserung der Integration von ausländischen Bürgern | Arbeitslosenquote Ausländer / Deutsche | | |
| 3. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | 3.1 Schutz der biologischen Vielfalt | 3.1.2 Schutz lebensbedrohter Arten | Schutzgebietsanteil | |
| | 3.2 Verringerung der Nutzungsrate regenerativer Ressourcen zum Erhalt der natürlichen Regenerationsfähigkeit (Trink- und Grundwasser, Holz) | 3.2.1 Verringerung der Trinkwasserentnahme und des Trinkwasserbedarfs | | |
| | | | | 1. Grundwasserförderung je Einwohner 2. Wasseranlieferung je Einwohner |
| | 3.3 Verringerung der Verschmutzungsrate der Umweltmedien zum Erhalt ihrer natürlichen Absorptionsfähigkeit (Luft, Boden, Wasser) | 3.3.3 Reduktion der Ablagerung nicht kompostierbarer/ nicht-recyclingfähiger Feststoffe | | Anlieferung von Abfall an öffentliche Abfallanlagen |
| | 3.4. Rückgang in der Nutzung nicht-regenerativer Ressourcen (Rohstoffe, Fossile Energieträger, Boden/Fläche) | 3.4.1 Verringerung des Abbaus oberflächennaher Rohstoffe | | Rohstoffnachfrage je Einwohner |
| 3.4.5 Verminderung der Flächeninanspruchnahme | | 1. Entwickl. Siedlungs- u. Verkehrsfläche 2. Anteilsverschiebung des Bevölkerungsanteils in OZ u. MZ 3. Anteilsverschiebung Siedlungs- u. Verkehrsflächenanteil in OZ u. MZ 4. Anteil der durch Bundesverkehrswege zerschnittenen Flächen <100km² | | |

Tab. 1.2: BBR-Indikatorenkatalog mit 37 verfügbaren Merkmalen (*Grafik mit 35 Merkmalen*)

Daten sind nicht immer auf dem neuesten Stand. Sie werden nicht direkt aus der laufenden Statistik entnommen, sondern müssen zum Teil aufwendig als Verhältniszahlen neu errechnet werden. In der folgenden Interpretation der Datenzusammenstellung werden als Zielgröße (Index 1,00) der Bundesdurchschnitt bzw. zum Vergleich die Mittelwerte für die entsprechenden Regionstypen in den neuen oder den alten Bundesländern herangezogen. In den Tabellen sind für die Raumordnungsregionen auf den Bundesdurchschnitt bezogene Indices dargestellt. Zielführende Über- oder Unterschreitungen sind im Tabellenkopf mit (+) oder (-) gekennzeichnet. Positive Abweichungen von den entsprechenden Regionstypwerten (durch unterschiedliche Schriftform gekennzeichnet) sind grau hinterlegt. In den Tabellen sind auch die Daten für die regionsangehörigen Kreise enthalten. Sie zeigen die innere Differenzierung der Regionen auf; sie werden für Südniedersachsen in Kapitel 3.1 gesondert interpretiert.

BLACH/IRMEN (1999) unterscheiden bundesweit geltende Zielindikatoren von regionalen Strategieindikatoren, für die in Kapitel 3.2 für Südniedersachsen ein Rahmen diskutiert wird. Wie sind Nachhaltigkeits-Strategien und entsprechende Maßnahmenprogramme strukturiert? Bei dieser Frage ist nach den Handelnden (Akteure) und deren Handlungen (Aktionen) zu unterscheiden. Im Regionalmanagement spielen drei Akteursgruppen verschiedene Rollen:

- Die Bevölkerung als Wähler, Arbeitnehmer, Verbraucher, Kapitalanleger, Steuerzahler oder Leistungsempfänger;
- Die Unternehmen als Arbeitgeber, Investoren, Produzenten von Waren und Dienstleistungen, Steuerzahler, Dividendenausschütter, Konzessionszahler;
- Der Staat (Bund, Länder, Kommunen) mit Infrastrukturbereitstellung, Steuer- und Abgabenerhebung bzw. entsprechenden Vergünstigungen, Vergabe von Subventionen, Ge- und Verboten.



Die klassischen staatlichen Handlungsprogramme richten sich isoliert auf jeweils eine Akteursgruppe oder ein Aktionsfeld. Im Spannungsfeld der unterschiedlichen Interessen kann es zu kontraproduktiven Handlungen kommen. Im übrigen ist der Staat nur für ein begrenztes Handlungsfeld zuständig. Regionalmanagement versucht nun in eine gemeinsame Strategie der Regionalentwicklung alle Akteure mit ihren jeweiligen Handlungsansätzen zu integrieren. Dies ist nur möglich, wenn über Ziele und Maßnahmen ein intensiver Dialog der Beteiligten stattfindet und sich in regionalen Handlungsnetzen manifestiert. Solche Handlungsnetze unterscheiden sich von „klassischen“ Handlungsprogrammen (z.B. staatliche Investitionsprogramme) dadurch, dass viele beteiligte Experten ihre problemspezifischen Handlungsansätze einbringen (z. B. Delphi-Methode) und nicht nur bilaterale Aktionsverknüpfungen stattfinden. Für eine solche multilaterale Vernetzung von Zielen und Maßnahmen sollte das Regionalmanagement die wichtige Moderatorenrolle übernehmen.

Nachhaltigkeitsstrategien sind immer auf ein integriertes Zielsystem und damit auf integriertes Handeln ausgerichtet. Vernetzungsprogramme sind deshalb eine adäquate Strategie für Fragen der nachhaltigen Raumentwicklung. Vernetzung mobilisiert das zukunftsgerichtete Wissen der verschiedenen Akteure der Region und kanalisiert es für zukunftsgerichtetes Handeln. Ein methodisches Instrument dazu sind „Zukunftswerkstätten“ und „Delphi-Verfahren“, die mittels professioneller Moderation die verschiedenen Regionalakteure in kreativen, konsensfähigen Dialog miteinander bringen. Der Erfolg regionaler Entwicklungsstrategien hängt also hauptsächlich von den Vernetzungsleistungen der regionalen Akteure

oder Akteursgruppen ab („Gemeinsam stark“). Der Vernetzungsgrad in den einzelnen Handlungsfeldern und den einzelnen Teilräumen wird so selber zur Meßgröße nachhaltiger Raumentwicklung.

Welche Handlungsinstrumente stehen zur Verfügung? Die Mittel zur Umsetzung der Entwicklungsstrategien bestehen aus den Dispositionen der Akteure über die Grundressourcen Macht, Geld und Wissen:

- Finanzressourcen: Investitionen und Sachmittel der Akteure (Staat, Kommunen, Unternehmen, private Haushalte);
- Personalressourcen: Wissen, Kenntnisse, Fertigkeiten (Know how) des Personals der Akteure;
- Organisationsressourcen: Zuordnung von Finanz- und Personalressourcen in Form von Aufbau- und Ablauforganisation zur Steuerung von Produktionsprozessen für Waren und Dienstleistungen.

Die gezielte Lenkung der Dispositionen der regionalen Akteure über diese Ressourcen auf die Qualitätsziele der Regionalentwicklung ist die zentrale Aufgabe des Regionalmanagements. Es stehen nur in Grenzfällen direkte Lenkungsinstrumente bereit. Überwiegend sollen auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruhende Vernetzungsstrategien nach dem Muster betrieblichen Qualitätsmanagements angewandt werden. Die Maßnahmen des Regionalmanagements gliedern sich somit in folgende Typen:

- Organisation von nachhaltigkeitsorientierten Planungs- und Programmierungsstrukturen und –prozessen,
- Organisation von Kooperationsstrukturen (Vernetzung verschiedener Institutionen und ihrer „Nachhaltigkeitsprodukte“),
- Organisation von Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten zu „Nachhaltigkeitsprodukten“ (z.B. Energieberatung, Verbraucherberatung, Bildungsberatung),
- Beschaffung von Fördermitteln für „Nachhaltigkeitsprodukte“,
- staatliche Ge- und Verbote zur „Nachhaltigkeitsproduktion“.

Sofern sich Vorschläge für Vernetzungsstrategien auf interkommunale Kooperationen beziehen, werden dafür geeignete Raumabgrenzungen gesucht. Für jede Funktion gilt ein eigenes räumliches Kooperationsmuster. Die Frage stellt sich jedoch, ob nicht die Vielzahl der ökonomischen, sozialen und ökologischen Funktionen eine merkliche Schnittmenge aufweist. Dem wird in Kapitel 3.3 nachgegangen.

„Heute ist die Zukunft von gestern“. Ein prognostischer bzw. planerischer Blick auf zukünftige Raumstrukturen wird fundierter, wenn historische Entwicklungslinien mit betrachtet werden. Auch für die regionale Identität sind geschichtliche Territorialbezüge und Kulturleistungen von großer Bedeutung. Kapitel 3.4 wirft deshalb kurz einen „langen Blick zurück“.

Die BBR-Indikatoren sind auf Gemeindeebene nicht verfügbar. Gerade hier wird aber nach kleinräumigen Strukturbeschreibungen gefragt. Eine solche Zusammenstellung liegt für die Region noch nicht vor. Deshalb gibt Kapitel 4.1 einen Überblick über die Struktur der Teilräume anhand von Literatur und von Statistiken, die vom Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Göttingen freundlicherweise bereitgestellt wurden. Die verfügbaren Strukturkennwerte werden in Kapitel 4.2 in Anlehnung an die BBR-Indikatoren zusammengestellt, um gemeindebezogene Nachhaltigkeitsbewertungen zu erhalten. Allerdings ist die Datenlage hier noch lückenhafter als auf Regionsebene. So gibt es zwar ausreichende Daten zur Beschreibung von „sozialer Nachhaltigkeit“ (15 Merkmale). Weniger vollständig sind die Daten zu „wirtschaftlichen Nachhaltigkeit“ (6 Merkmale). Sehr unzureichend sind die von der amtlichen Statistik erfassten Informationen zur „ökologischen Nachhaltigkeit“ (3 Merkmale). Die verfügbaren Daten werden für die 39 Verwaltungseinheiten (Gemeinden/Samtgemeinden) Südniedersachsens in fünf Ränge sortiert. Aus den 24 Merkmalen wird je Gemeinde ein „Nachhaltigkeits-Mittelwert“ gebildet.

In Kapitel 5 werden planungsmethodische Schlußfolgerungen aus dem derzeitigen Stand der Diskussion zu *Agenda-21* und *Nachhaltigkeit in der Raumentwicklung* gezogen.

2. Großräumige Ausgewogenheit in der Mitte Deutschlands

2.1 Nachhaltigkeitskennwerte der Mitte-Regionen

2.1.1 Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften

Erstes Messziel ist die „Erhaltung und Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“. Eine wichtige Messgröße dafür ist die *Bruttowertschöpfung*. Sie liegt (1996) im Bundesdurchschnitt bei 41.380 DM je Einwohner. Alle Regionen der Mitte liegen unter diesem Wert: Südniedersachsen erreicht nur 84,1%; Nord- und Osthessen liegen mit 97-98% geringfügig unter dem Bundesmittel. Nordthüringen bleibt mit 55,6% weit unter der bundesweiten Zielmarke, aber auch 8% unter dem Mittelwert der ländlichen Räume der neuen Länder.

Die *Innovationsfähigkeit* ist ein weiteres wichtiges Merkmal der wirtschaftlichen Leistungskraft. Sie lässt sich an der Zahl der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten und der Zahl der Patente messen: Im Bund sind (1993) im Schnitt 11,5% der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung tätig. Diesen Zielwert erreicht keine der Regionen der Mitte. Am höchsten liegt der Wert in Südniedersachsen mit 10%. Weit darunter liegen die übrigen Regionen mit 3,2 - 4,2 %. Auch bei den Patenten zeigt sich ein ähnliches Bild: Den höchsten Wert erreicht Südniedersachsen mit 1,0 Patenten je Beschäftigten gegenüber 1,2 im Bundesdurchschnitt. Den niedrigsten Wert hat Nordthüringen mit 0,3 Patenten je Beschäftigten.

Eine *vielfältige Wirtschaftsstruktur* ist das zweite Messziel für Wettbewerbsfähigkeit. Eine Vielfalt an Branchen vermeidet krisenanfällige Abhängigkeit von Einzelsektoren. Gemessen wird der Anteil der drei größten Branchen an allen Beschäftigten. Ziel ist also ein möglichst niedriger Anteilswert. Dies trifft (1999) für Südniedersachsen, Osthessen und Nordthüringen zu, deren drei größte Branchen nur die Hälfte der Beschäftigten umfassen und damit vielfältiger gegliedert sind als der Bundesdurchschnitt von 55,5%. Eine geringere Branchenvielfalt hat Nordhessen, das jedoch dem Durchschnitt der Regionen der alten Länder entspricht.

Zukunftsfähige Qualifikationen und Berufe dienen der Erhaltung und Verbesserung des Humankapitals der Region. Als zukunftsfähig werden Tätigkeitsfelder z.B. in der Umwelttechnik im weitesten Sinne aufgefasst. Ihr Anteil an allen Beschäftigten liegt im Bundesdurchschnitt (1997) bei 17%. Die Mitte-Regionen in den alten Bundesländern bleiben 16-20% unter diesem Zielwert, Nordthüringen sogar 41%. Ein „harter“ Standortfaktor ist die Grundqualifikation der Beschäftigten. Immerhin sind bundesweit (1999) 18% aller Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Die Regionen der Mitte entsprechen ziemlich genau diesem Bild. In Nordthüringen gibt es eine erheblich bessere Qualifikationsstruktur mit nur 11% Ausbildungsdefizit.

Niedriger *Flächen- und Energieverbrauch* sind Kennzeichen für nachhaltiges Wirtschaften. Bezieht man dies auf die spezifische Wertschöpfung, so erhält man Indikatoren für die Flächen- bzw. Energieproduktivität der Wirtschaft. Im Bundesdurchschnitt werden 1.240 ha Siedlungs- und Verkehrsfläche pro 1.000 DM Wertschöpfung benötigt. Agglomerationsräume brauchen wegen der höheren Verdichtung wesentlich weniger spezifische Fläche als verstädterte oder gar ländliche Räume. Dies spiegelt sich auch in den Mitte-Regionen wieder. Südniedersachsen und Nordhessen überschreiten den Durchschnittswert für verstädterte Räume der alten Bundesländer erheblich. Osthessen entspricht in etwa dem Mittelwert für westdeutsche ländliche Räume. Nordthüringen verbraucht zwar am meisten Fläche pro Wertschöpfungseinheit, liegt aber noch erheblich unter dem Mittelwert für ländliche Räume in den neuen Ländern.

Mit Ausnahme von Nordhessen haben alle Regionen der Mitte einen überdurchschnittlich hohen *Energieverbrauch je Wertschöpfungseinheit*. Sie haben – anders ausgedrückt – eine unterdurchschnittliche

Energieproduktivität. Sie weicht in Südniedersachsen und Nordthüringen um 19-20%, in Osthessen sogar um 38% ab. In Nordhessen ist ein besonders niedriger Verbrauch in der Stadt Kassel für das gute Regionsergebnis (Index 0,86) ausschlaggebend.

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Mitte-Regionen Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Beschäftigung, gemessen am Durchschnitt ihres entsprechenden Regionstyps, zum Teil erreicht haben, zum Teil aber noch davon entfernt sind. Die einzelnen Räume haben zwar unterschiedliche Profile, zeigen aber Ähnlichkeiten bei den Stärken und Schwächen:

- Südniedersachsen hat eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungskraft (Bruttowertschöpfung), verfügt aber im Vergleich zu anderen verstäderten Räumen über bessere Innovationsansätze gemessen am Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung. Die Branchenvielfalt ist positiv. Es gibt noch nicht genügend zukunftsfähige Berufe in der Region. Die Grundqualifikation in Form abgeschlossener Berufsausbildung liegt über dem Bundesmittel, erreicht jedoch nicht den für diesen Regionstyp durchschnittlichen Wert. In der Ressourcenproduktivität liegt Südniedersachsen deutlich unter den relevanten Mittelwerten.
- Nordhessen ist wirtschaftlich leistungsstärker als vergleichbare verstäderte Räume. Es ist dabei auffallend innovationsschwach, was sich in einem niedrigen Anteil in Forschung und Entwicklung Beschäftigter ausdrückt. Die Branchenvielfalt entspricht dem Bundesdurchschnitt. Zukunftsfähige Berufe müssen noch ausgebaut werden. Die Berufsausbildung ist - wie in Südniedersachsen – im allgemeinen Bundesvergleich gut, jedoch nicht im Regionstyp-Vergleich. Die Flächenproduktivität der Wirtschaft ist zu gering; die Energieproduktivität weist gute Werte auf.
- Osthessen wird als ländlicher Raum eingestuft. Die Region hat für diesen Typ eine überdurchschnittlich „kräftige“ Wirtschaft. Die Innovationsfähigkeit liegt erheblich unter der anderer ländlicher Räume in den alten Ländern. Die Vielfalt der Branchen macht die Region krisensicherer. Zukunftsfähige Berufe sind für ländliche Verhältnisse überdurchschnittlich gut vertreten. Die Berufsqualifikation liegt im Bundesdurchschnitt, übertrifft aber deutlich andere ländliche Regionen. Die Flächenproduktivität entspricht dem Regionstypmittel. Die Energieproduktivität ist jedoch deutlich schlechter.
- Nordthüringen wird an den Mittelwerten für ländliche Räume in den neuen Ländern gemessen. Die wirtschaftliche Leistungskraft erreicht diese Marke nicht. Die Innovationsfähigkeit liegt dagegen über dem spezifischen Mittelwert. Die Branchenvielfalt ist günstig. Es gibt noch nicht genügend zukunftsfähige Berufe. Die Berufsausbildung entspricht dem Regionstyp in den neuen Ländern. Die Ressourcenproduktivität ist besser als in vergleichbaren Räumen.

2.1.2 Soziale und räumliche Gerechtigkeit

Für dieses Zielfeld enthält der „BBR-Korb 1“ zwanzig Indikatoren. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden zur Interpretation zwei Unterkapitel gebildet. Auf das Ziel 2.1 „*Befriedigung der individuellen Bedürfnisse*“ entfallen elf Merkmale, davon neun grafisch dargestellt (vgl. Tabelle 2.1.2). Die übrigen neun (2.2 – 2.4) werden unter der Überschrift „*Soziale und politische Teilhabe*“ zusammengefasst.

2.1.2.1 Befriedigung der individuellen Bedürfnisse

Die Indikatoren in diesem Zielfeld messen die Versorgung der Regionen und ihrer Teilräume (Kreise) mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Erreichbarkeit von Wohn- und Arbeitsstätten und zentralen (öffentlichen und privaten) Einrichtungen ist eine Grundvoraussetzung für die Lebensqualität und damit für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Produkt „Region“. Leitziel ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Räumen.

Die Wohnungsversorgung ist ein Grundbedürfnis. Für sie ist insbesondere die verfügbare *Wohnfläche je Einwohner* von Bedeutung, die 1999 im Bundesdurchschnitt 39 qm beträgt. In allen vier Raumordnungs-

regionen wird das jeweilige Regionstypmittel erreicht oder überschritten, so dass hier von einer angemessenen Wohnungsversorgung gesprochen werden kann.

„Die adäquate Versorgung mit Arbeitsplätzen gehört zu den zentralen Themen in der öffentlichen und politischen Debatte“ (BLACH/IRMEN, S. 463). Ausdruck dafür ist eine niedrige *Arbeitslosenquote* gemessen für das Jahr 2000 am Durchschnitt für den Bund (10,0%) bzw. die jeweiligen Regionstypen. Südniedersachsen (11,6%) und Nordhessen (10,6) haben einen deutlich höheren Arbeitslosenanteil als für verstädterte Räume in den alten Ländern typisch (7,4%). Osthessen liegt mit 8,1% unter dem Bundesdurchschnitt, aber über dem Regionstyp-Mittelwert (6,6%). Nordthüringen hat mit 17,0% die höchste Arbeitslosenquote, ist damit aber noch „besser“ als der Durchschnitt der ländlichen Räume in den neuen Ländern (18,4%). „Ein hoher *Anteil an Langzeitarbeitslosen* charakterisiert strukturschwache Regionen“ (BLACH/IRMEN, S. 463). Dies trifft für alle westdeutschen Regionen der Mitte zu, weil diese Anteile dort überdurchschnittlich hoch sind. Relativ gesehen ist in Nordthüringen die Quote geringer als im Bundesgebiet und in vergleichbaren Räumen.

Angemessenes Einkommen zu erzielen, ist als Hauptwanderungsmotiv ausschlaggebend für die Attraktivität einer Region. Das durchschnittliche monatliche *Nettoeinkommen* eines Haushaltes lag 1999 bundesweit bei ca. 3.400 DM – ohne Regionstypen-Unterschiede in den alten Ländern. Südniedersachsen und Osthessen unterschreiten dieses Ziel um 8%, Nordhessen lediglich um 3%. Nordthüringen bleibt 19% darunter und entspricht damit der für ländliche Räume in den neuen Ländern typischen Kennziffer.

Voraussetzung für erfolgreiche Erwerbstätigkeit sind gute Ausbildungs- und Bildungschancen. Bewertet wird wieviel *Ausbildungsplätze* den Bewerberzahlen gegenüberstehen. Im Bundesdurchschnitt wurde 1999 eine Versorgungsquote von 99% erreicht. Diese Quote wurde in Südniedersachsen und Osthessen mit 98%, in Nordhessen mit 97% und in Nordthüringen mit 94% nicht ganz erzielt.

Die gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und zentralen Einrichtungen im nächsten Oberzentrum ist ein wichtiges Merkmal der Wohnstandortqualität. Bewertet wird der *Bevölkerungsanteil im 45-Pkw-Minuten-Einzugsbereich*. Im Bundesdurchschnitt werden damit 92% der Einwohner abgedeckt. In Nord- und Osthessen ist das mit den Oberzentren Kassel bzw. Fulda in gleichem Maße oder besser gewährleistet. Auch in Nordthüringen kann das Teil-Oberzentrum Nordhausen für seinen Regionstyp gut erreicht werden. In Südniedersachsen können in der angegebenen Zeit nur 87,5% der Bevölkerung zu ihrem Oberzentrum Göttingen kommen. Das entspricht nahezu dem Mittelwert für verstädterte Räume der alten Bundesländer. Zur Wohnstandortqualität gehört auch die *Erreichbarkeit des nächsten Fernverkehrsbahnhofs* (IC/ICE) in 30-Pkw-Minuten. Dies ist nur in Osthessen mit dem Fernbahnhof Fulda vollständig gewährleistet. Der Fernbahnhof Göttingen kann nur von 57%, der Fernbahnhof Kassel nur von 60% der Einwohner der jeweiligen Region in 30 Pkw-Minuten angefahren werden. Die Region Nordthüringen hat keinen eigenen Fernbahnhof (3% Erreichbarkeit).

Die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes wird anhand der durchschnittlichen *Wegelänge zwischen Wohnung und Arbeitsstätte* gemessen. Im Bundesdurchschnitt beträgt sie 16,6 km. Die Arbeitnehmer in den Mitte-Regionen haben zwar unterschiedlich lange Pendlerwege (15,9 bis 18,5 km); sie bleiben aber jeweils unter den für den jeweiligen Regionstyp durchschnittlichen Längen.

Der *Pendlersaldo* der Regionen (in % der Erwerbstätigen 1999) kann positiv (Einpendlerüberschuß) oder negativ (Auspendlerüberschuß) ausfallen. Zielgröße ist ein ausgeglichener Saldo (Bundeswert 0,5%). Südniedersachsen hat einen positiven Pendlersaldo von 7,1%. In Nordhessen pendeln 5% mehr aus als ein. Osthessen hat einen untypischen erheblichen Einpendlerüberschuß (28%), Nordthüringen einen auch für ländliche Räume in den neuen Ländern überdurchschnittlich hohen negativen Pendlersaldo (-155%).

Ein Schwerpunkt der Daseinsvorsorge ist das Gesundheitswesen. Sein Erfolg läßt sich anhand der *Lebenserwartung* messen. Sie liegt im Bundesdurchschnitt bei 77,6 Jahren. Regionale Unterschiede sind nur geringfügig: Südniedersachsen und Nordhessen entsprechen dem Bundesdurchschnitt, liegen aber ein halbes Jahr unter dem Mittelwert ihres Regionstyps. Demgegenüber leben die Menschen in Osthessen etwa ein Jahr länger als in anderen ländlichen Räumen der alten Länder. Die Lebenserwartung in Nordthüringen entspricht dem Regionstyp in den neuen Ländern.

Die Zufriedenheit mit den regionalen Lebens- und Arbeitsbedingungen kommt in dem Indikator „*Binnenwanderungssaldo*“ zum Ausdruck. Er sollte für die Regionen möglichst ausgeglichen sein. Dramatische Wanderungsverluste hat Südniedersachsen im Bewertungszeitraum 1992-1998, verursacht durch die erhebliche Verringerung der Studentenzahl der Universität Göttingen. Auch Nordthüringen hat Wanderungsverluste hinnehmen müssen, die aber noch unter dem Durchschnitt der ostdeutschen ländlichen Räume liegen. Nordhessen hat überdurchschnittliche Wanderungsgewinne; Osthessen hat einen größeren Überschuß, bleibt aber unter dem Schnitt ländlicher Räume der Altländer.

Die regionale Stärken- und Schwächenanalyse zeigt zusammengefasst folgendes Bild:

- Südniedersachsen ist nur bei einem der neun grafisch dargestellten Daseinsvorsorge-Indikatoren „nachhaltiger“ als der Durchschnitt seines Regionstyps; dies ist bei den Pendlerwegen der Fall. Die Wohnflächenversorgung und alle übrigen Indikatoren zur sozial-räumlichen Versorgung fallen in dieser Region unterdurchschnittlich gut aus.
- Nordhessen hat ein ähnliches sozial-räumliches Profil. Es unterscheidet sich in der überdurchschnittlich guten Erreichbarkeit des Oberzentrums Kassel und dem positiven Binnenwanderungssaldo von seiner nördlichen Nachbarregion.
- Osthessen ist etwas „nachhaltiger“ in der sozial-räumlichen Versorgung als die beiden anderen westdeutschen Regionen, indem hier außerdem der Zugang zum Bahnfernverkehr und die Lebenserwartung überdurchschnittlich sind.
- Nordthüringen ist relativ gesehen sozial-räumlich am „nachhaltigsten“. Nur drei der elf Merkmale fallen gemessen am Durchschnitt seines Regionstyps ungünstiger aus: die Bildungsversorgung, der Zugang zu Fernbahnen und der Pendlersaldo. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Durchschnittswerte des Regionstyps *ländliche Räume der neuen Länder* ein niedrigeres Niveau haben als in den alten Ländern.

2.1.2.2 Soziale und politische Teilhabe

Politische Teilhabe dient der Sicherung der sozialen Stabilität und drückt sich in der *Wahlbeteiligung* aus. Sie liegt bundesweit (1998/1999) bei 66,3%. In Südniedersachsen ist sie etwas höher. In den übrigen Regionen werden die regionalen Vergleichswerte nicht erreicht, in Nordthüringen sogar deutlich unterschritten.

Soziale Teilhabe heißt von staatlichen Transferleistungen unabhängig zu sein. Eine möglichst niedrige Zahl von *Sozialhilfeempfängern je 100 Einwohner* ist das Ziel dieses Indikators. Es wird nur in Nordthüringen erreicht. Hier kommen 1,9 Sozialhilfeempfänger auf 100 Einwohner gegenüber 3,4 im Bundesdurchschnitt. Südniedersachsen und Osthessen überschreiten deutlich ihren regionstypischen Referenzwert; besonders hoch fällt die Abweichung jedoch in Nordhessen aus mit 4,9 Sozialhilfeempfängern pro 100 Einwohner.

Gleichwertige Lebensverhältnisse zeigen sich in ausgewogenen Vermögens- und Einkommensverhältnissen. Als Kennziffer wird das *Verhältnis der Einkommen der 20% reichsten Haushalte zu dem der 20% ärmsten* gewählt, das möglichst niedrig ausfallen soll. Die Relation liegt im Bundesdurchschnitt bei 5,2. In Nordthüringen ist sie mit 4,0 niedriger als im Bund, aber etwas höher als sonst in den ländlichen Räumen der neuen Länder (3,9). Auch Südniedersachsen übertrifft mit 5,7 den Durchschnitt verstädte-

ter Räume der alten Länder (5,0). In Nord- und Ostthessen fällt die Einkommensdiskrepanz zielgemäß unterdurchschnittlich groß aus (4,7 bzw. 4,2).

Stabile öffentliche Haushalte setzen die Gebietskörperschaften erst in die Lage, die erforderlichen sozialen Infrastruktureinrichtungen vorzuhalten. Positiv zu bewerten ist ein möglichst niedriger *Schuldenstand der Gemeinden*. Im Bundesmittel waren die Gemeinden 1998 mit 2100 DM je Person verschuldet. Als einzige der hier betrachteten Regionen erfüllt Ostthessen dieses Ziel mit 25% Unterschreitung des Bundeswertes und fast 40 %-tiger des Regionalwertes. Den höchsten Verschuldungsgrad hat Südniedersachsen, das gut 30% über den Zielwerten liegt. Etwas günstiger ist die Situation in Nordthessen mit einer etwas mehr als 10%-tigen Überschreitung. Der durchschnittliche Verschuldungsgrad in ländlichen Räumen der neuen Länder liegt ca. 20% über dem Bundesmittel, in Nordthüringen sogar noch einiges darüber.

Sozial-räumliche Nachhaltigkeit hat vor allem die Entwicklungschancen für die junge Generation zum Ziel – mit den Unterzielen *Verbesserung des Bildungsstandes und Verringerung der Arbeitslosigkeit*. Indikatoren hierfür sind ein möglichst geringer *Anteil Jugendlicher ohne Schulabschluss* sowie möglichst wenig *jugendliche Sozialhilfe- und Arbeitslosenempfänger*. Im Bundesdurchschnitt sind 1999 5,5% der Jugendlichen ohne Schulabschluss. In Südniedersachsen mit 6,5% und Nordthessen mit 6,8% wird dieser Wert zwar unterschritten, bleibt aber unter dem Mittelwert für verstädterte Räume der alten Länder von 7,1%. Für Ostthessen und Nordthüringen gibt die BBR-Statistik 0,0% an. Die Arbeitslosenquote der unter-25-jährigen liegt 1999 bundesweit bei 7,9%. Als einzige Region bleibt Nordthüringen mit 7,2% darunter und unter seinem raumtypischen Durchschnittswert (8,7%). Ostthessen liegt mit 7,6% zwar auch unter dem Bundesmittel, hat aber eine schlechtere Quote als der sonstige ländliche Raum der alten Länder. Wesentlich höher als im Vergleichsraum (6,3%) fällt die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Südniedersachsen (9,5%) und Nordthessen (10,8%) aus.

Soziale Gleichberechtigung wird gemessen am *Verhältnis der Arbeitslosenquote der Frauen zu der der Männer*, das 1999 bundesweit bei 1,2 lag. Eine für dieses Ziel günstigere Relation weisen Südniedersachsen und Nordthessen auf. Schlechtere Verhältniszahlen als ihr jeweiliger Bezugstyp haben Ostthessen und Nordthüringen. Politische Gleichberechtigung kann am *Anteil der weiblichen Ratsmitglieder* gemessen werden. Er beträgt bundesdurchschnittlich 25,8%. Nordthessen und Nordthüringen übertreffen ihren jeweiligen Bezugswert; Südniedersachsen und Ostthessen bleiben darunter. Die Integration der ausländischen Bürger und Bürgerinnen ist ein wichtiges Ziel sozialer Nachhaltigkeit. Sie soll gemessen werden am *Verhältnis der Arbeitslosenquote der Ausländer zu der der Deutschen*, das im Bundesdurchschnitt 1,6 beträgt. In allen Regionen der Mitte ist diese Relation ungünstiger.

Fasst man die Indikatoren zur sozialen und politischen Teilhabe zusammen, so ergibt sich folgendes Bild für die einzelnen Regionen:

- Südniedersachsen liegt bei drei der neun Indikatoren besser als der Durchschnitt der verstädterten Räume der alten Länder: bei der Wahlbeteiligung, beim Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss und bei der Arbeitslosenquote der Frauen.
- Nordthessen zeigt bei vier Merkmalen überdurchschnittlich gute Werte: bei der Einkommensverteilung der privaten Haushalte, beim Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss, bei der Arbeitslosenquote der Frauen und dem Frauenanteil in den Räten.
- Ostthessen erhält in diesem Kriterienfeld die schlechteste „Note“ mit drei überdurchschnittlichen Kennziffern: so bei der Einkommensverteilung der privaten Haushalte und bei den Gemeindeschulden.
- Nordthüringen ist bei folgenden Indikatoren überdurchschnittlich gut: mit einer niedrigen Sozialhilfequote, einer geringen Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und einem verhältnismäßig hohen Anteil weiblicher Ratsmitglieder.

2.1.3 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Auch in diesem Zielfeld gibt es vier Hauptziele. Das erste Ziel beinhaltet die Wahrung der Artenvielfalt durch die Ausweisung von Biotopschutzgebieten. Gemessen wird der *Anteil der unter Schutz gestellten Flächen* an der Katasterfläche. Im Bundesdurchschnitt sind dies 1999 20,2%. In Südniedersachsen und Osthessen ist der Anteil mit ca. einem Drittel deutlich höher als im Typendurchschnitt. Auch Nordthüringen liegt mit 20,8% noch über dem Bundes- und Vergleichsraummittel. Nordhessen erreicht mit 19,8% den Referenzwert für verstädterte Regionen in den alten Ländern (21,4%) nicht ganz.

Die Nutzung regenerierbarer Ressourcen soll verringert werden. Das gilt vor allem für die Grundwassernutzung - gemessen an der Trinkwasserentnahme und dem -verbrauch. Die *Grundwasserförderung* betrug 1995 bundesweit 44,7 m³ je Einwohner. Eine überdurchschnittliche spezifische Menge wird in Nordthüringen gefördert. Die anderen Regionen der Mitte bleiben unter dem regionstypischen Mittelwert. Beim Wasserverbrauch (Anlieferung an Letztverbraucher je Einwohner) liegen alle vier betrachteten Regionen unter dem Bundes- und jeweiligen Regionstypdurchschnitt.

Die Absorptionsfähigkeit der Umweltmedien für Schadstoffe ist begrenzt. Deshalb muss die Verschmutzungsrate z.B. durch Abfallablagerungen verringert werden. Im Bundesdurchschnitt wurden 1993 1.354 kg *Abfall je Einwohner* an öffentliche Abfallanlagen angeliefert. Südniedersachsen bleibt als einzige Mitte-Region unter dieser Menge (Index 0,9). Nordhessen liegt etwas über dem Mittelwert für verstädterte Räume. Doppelt so hohe Abfallmengen wie raumtypisch werden in Osthessen angeliefert. Die höchsten spezifischen Mengen fallen in Nordthüringen mit 3.326 kg je Einwohner an.

Die sparsame Nutzung nicht-regenerierbarer Ressourcen wie Rohstoffe, fossile Energieträger und Bodenfläche ist ein wichtiges Nachhaltigkeitsziel. Es wird von den Regionen der Mitte in unterschiedlichem Maße erfüllt: Die *Rohstoffnachfrage* soll möglichst niedriger als im Bundesdurchschnitt 1995 mit 8 t pro Einwohner bzw. niedriger als der jeweilige Typendurchschnitt sein. Südniedersachsen und Nordhessen liegen mit 10,3 t nur leicht über dem Mittelwert für verstädterte Räume der alten Länder. Eine fast gleichlautende Nachfrage hat Osthessen, unterschreitet damit aber den für seinen Typ höheren Durchschnittswert. Den spezifisch höchsten Rohstoffverbrauch hat Nordthüringen, bleibt aber ebenfalls unter dem relevanten Vergleichswert.

Der *Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke* ist ein wichtiger Nachhaltigkeitsindikator. Er liegt 1992-1996 im Bundesgebiet bei einem Zuwachs von 4,2%. In den westdeutschen Regionen der Mitte war die Flächenzunahme mit 2,3-2,4% wesentlich sparsamer. Auch Nordthüringen bleibt mit seinem Zuwachs von 3,7% noch unter dem Bundes- bzw. Raumtypmittel.

Suburbanisierung bezeichnet die raumordnerisch nicht erwünschte Entleerung der Zentren zugunsten des nichtzentralen Umlandes. Meßgröße ist der Bedeutungsverlust der Ober- und Mittelzentren 1994-1999. Er beträgt hinsichtlich der Bevölkerungszahl im Bundesdurchschnitt -1,2%. Nordhessen und Südniedersachsen sind mit -0,3 bzw. -0,5% auf Dispersionskurs, aber noch unterhalb des Typenmittels. Stabil ist die Siedlungsstruktur in Osthessen mit nur -0,1% Anteilsverschiebung. Denn höchsten Suburbanisierungsgrad hat Nordthüringen mit -1,2%, der unter dem Anteilsverlust für ländliche Räume der neuen Länder von -2,2% liegt.

Auch die Siedlungs- und Verkehrsflächenanteile zwischen Zentren und Umland können sich verschieben: Im Bundesgebiet hat der *Zentrenflächenanteil* um 0,4% abgenommen. Die verstädterten Regionen der Mitte haben nur minimale Anteilsverschiebungen zu verzeichnen. Osthessens Zentren haben flächenmäßig unterdurchschnittlich an Bedeutung verloren. In Nordthüringen gibt es zwar eine Anteilsverschiebung zugunsten der Zentren; sie fällt aber geringfügiger aus als raumtypisch.

Die durch Bundesverkehrswege *zerschnittenen Freiflächen* <100 km² haben bundesdurchschnittlich einen Anteil an der Katasterfläche von 21,1%. Mit der Siedlungsdichte nimmt dieser Anteil zwangsläufig zu. Nordthüringen hat mit 3,9% den geringsten Zerschneidungsanteil. Nordhessen und Südniedersachsen sind mit einem kleineren Anteil „nachhaltiger“ als ihr Raumtyp. Osthessen ist „zerschnittener“ als seine Referenzräume.

Im Zielfeld *ökologische Nachhaltigkeit (Umwelt)* haben die Regionen der Mitte zusammengefaßt überwiegend überdurchschnittliche Indices:

- Südniedersachsen liegt nur bei der Rohstoffnachfrage ungünstiger als die Referenzgruppe. Alle anderen ökologischen Indikatoren fallen positiv aus.
- Nordhessen hat überwiegend gute Kennziffern. Nicht erreicht wird der Durchschnitt bei dem Schutzflächenanteil, bei der Abfallmenge und der Rohstoffnachfrage.
- Osthessen hat nur bei zwei von neun Indikatoren schlechtere Werte als der Durchschnitt seines Raumtyps: bei der Abfallmenge und bei den Zerschneidungsflächen.
- Nordthüringen hat nur zwei Negativindikatoren: die Grundwasserförderung und die Abfallmenge.

2.1.4 Zusammenfassende Indikatorenauswertung

Eine zusammenfassende Bewertung läßt sich am besten mithilfe einer *Abweichungsanalyse* grafisch darstellen. Für jede Region und jeden Indikator ist in der Tabelle (2.1.1 – 2.1.4) der jeweilige Index bezogen auf den Bundeswert 1,00 errechnet worden. Unter Berücksichtigung der positiven oder negativen „Vorzeichen“ der Indikatoren lassen sich die Indices einfach in prozentuale Abweichungswerte umrechnen und entsprechend grafisch darstellen. Dabei bilden die Bundesdurchschnittswerte die „Nulllinie“. Den engeren Bewertungsmaßstab bilden die Mittelwerte des zugehörigen Raumtyps (Südniedersachsen und Nordhessen als *verstädterte Räume in den alten Ländern*, Osthessen als *ländlicher Raum in den alten Ländern* und Nordthüringen als *ländlicher Raum in den neuen Ländern*). In den Diagrammen lassen sich die Indikatoren 2.1.7.2 (Pendlersaldo) und 2.1.10 (Binnenwanderungssaldo) nicht darstellen, da sie nicht in die Skalierung „passen“. Der Vergleich der Regionen und Zielfelder zeigt folgendes Bild:

- Wirtschaft (Indikatorenfeld 1): Die Regionen Südniedersachsen und Nordhessen bleiben bei der überwiegenden Zahl der Kennziffern mit ihren Ausschlägen hinter ihrem Regionstyp zurück. Hierin drückt sich die anhaltende wirtschaftliche Strukturschwäche des ehemaligen Grenzraumes aus. Osthessen als ländlicher Raum entspricht in vielen Merkmalen seinem Regionstyp, bleibt aber teilweise noch dahinter zurück. Nordthüringen entspricht genau dem Durchschnitt seines Typs, liegt bei einigen Indikatoren sogar darüber.
- Soziales - Versorgung (Indikatorenfeld 2.1): In allen Mitte-Regionen gibt es bei den meisten Indikatoren zur sozialen Versorgung Übereinstimmung mit dem jeweiligen Raumtyp. Allerdings liegen die Mitte-Regionen in den alten Bundesländern überwiegend unter dem Vergleichsniveau. Lediglich Osthessen fällt positiv auf. Die Notwendigkeit der Modernisierung der sozialen Infrastruktur bestätigt sich hiermit. Nordthüringen liegt mit seinem Versorgungsniveau deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, ist damit aber weitgehend besser als sein Raumtyp.
- Soziales - Teilhabe (Indikatorenfeld 2.2-2.4): Bei der sozialen und politischen Teilhabe rangieren die verstädterten Regionen deutlich unter dem Durchschnitt des Bundes und des Raumtyps. Die negativen Abweichungen fallen in Nordhessen stärker aus als in Südniedersachsen. Bei Osthessen fallen die untypischen – positiven wie negativen – Ausprägungen der Indikatoren auf. Nordthüringen zeigt demgegenüber ein stärker dem Raumtyp entsprechendes Bild der Kennziffern.
- Umwelt (Indikatorenfeld 3): Die Mitte-Regionen weisen alle überdurchschnittlich positiv abweichende Umweltindikatoren auf. Hierin bestätigt sich das Bild von der noch weitgehend intakten Mittelgebirgs-Kulturlandschaft in der „Grünen Mitte Deutschlands“. Auffallend sind im ländlichen Raum die starken Ausschläge der Indices.

| Raumeinheit | | Tab.2.1.1: Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | | | | | | | |
|-------------|---|---|---|--|---|---|---|---|--|
| Schl. Nr. | Raumordnungsregion Kreis Regionstyp | 1.1 Erhalt und Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit | | | 1.2.1 Erhalt und Schaffung einer vielfältig. Wirtschaftsstruktur (Branchenvielfalt) | 1.3 Erhalt u. Verbess. des Humankapitals | | 1.4 Verbess. d. Ressourcenprod. d. Wirts. | |
| | | 1.1.1 Erhalt der wirtschaftlichen Leistungskraft | 1.1.2 Verbesserung der Innovationsfähigkeit in der Wirtschaft | | | 1.3 Erhalt und Förderung zukunftsfähiger Qualifikationen und Berufe | 1.4.1 Erhöhung der Flächenproduktivität | 1.4.2 Erhöhung der Energieproduktivität | |
| | | Bruttowertschöpfung je Einwohner, DM 96 (+) | Anteil der Beschäftigten in Forsch. u. Entw. an allen Beschäft., % 93 (+) | Patente (nach Anmelderwohnsitz) je Beschäftigten, Anz. i.M 92-94 (+) | Anteil der drei größten Branchen an allen Beschäftigten, % 99 (-) | | | | Anteil zukunftsfähige Berufe, % 97 (+) |
| 24 | Süd-niedersachs. | 34821,20 | 10,02 | 1,00 | 49,76 | 14,44 | 17,85 | 1955,01 | 2929,14 |
| | Index | 0,84 | 0,87 | 0,83 | 0,90 | 0,84 | 0,99 | 1,58 | 1,20 |
| 03152 | Göttingen | 38464,56 | 5,84 | 1,09 | 56,40 | 16,37 | 17,16 | 1417,26 | 2372,96 |
| | Index | 0,93 | 0,51 | 0,90 | 1,02 | 0,95 | 0,95 | 1,14 | 0,97 |
| 03155 | Northeim | 30154,29 | 12,69 | 0,68 | 54,79 | 12,17 | 18,37 | 1782,17 | 3259,34 |
| | Index | 0,73 | 1,10 | 0,56 | 0,99 | 0,71 | 1,02 | 1,44 | 1,33 |
| 03156 | Osterode am Harz | 33794,74 | 5,13 | 0,51 | 51,58 | 12,39 | 17,19 | 2183,83 | 3719,84 |
| | Index | 0,82 | 0,45 | 0,42 | 0,93 | 0,72 | 0,95 | 1,76 | 1,52 |
| 03255 | Holz-minden | 32826,43 | 27,49 | 1,85 | 56,38 | 13,76 | 20,30 | 2325,78 | 3598,37 |
| | Index | 0,79 | 2,39 | 1,53 | 1,02 | 0,80 | 1,12 | 1,88 | 1,47 |
| 48 | Nordhessen | 40211,29 | 4,07 | 0,53 | 56,56 | 14,25 | 17,32 | 1822,81 | 2101,27 |
| | Index | 0,97 | 0,35 | 0,44 | 1,02 | 0,83 | 0,96 | 1,47 | 0,86 |
| 06611 | Kassel, Stadt | 62241,51 | 3,32 | 0,53 | 63,36 | 19,99 | 15,27 | 493,12 | 1138,38 |
| 06633 | Kassel | 34086,61 | 4,73 | 0,37 | 68,25 | 12,26 | 16,80 | 1985,99 | 2459,28 |
| 06634 | Schwalm-Eder-Kr. | 30913,12 | 4,71 | 0,59 | 50,11 | 11,65 | 18,75 | 2858,94 | 2815,75 |
| 06635 | Waldeck-Frankenb. | 38096,13 | 5,30 | 0,63 | 54,57 | 10,60 | 20,27 | 2598,74 | 2240,09 |
| 06636 | Werra-Meißner-Kr. | 33552,86 | 2,14 | 0,62 | 50,44 | 11,11 | 17,25 | 2849,54 | 3095,03 |
| 50 | Osthessen | 40530,89 | 3,19 | 0,49 | 49,41 | 13,82 | 17,64 | 2125,64 | 3377,83 |
| | Index | 0,98 | 0,28 | 0,40 | 0,89 | 0,80 | 0,98 | 1,71 | 1,38 |
| 06631 | Fulda | 42694,97 | 2,25 | 0,56 | 51,30 | 13,69 | 18,17 | 1920,38 | 2342,60 |
| 06632 | Hersfeld-Rotenb. | 37047,62 | 4,73 | 0,36 | 48,18 | 14,05 | 16,69 | 2506,39 | 5298,12 |
| 53 | Nordthüringen | 23026,28 | 4,21 | 0,26 | 50,35 | 10,23 | 11,32 | 2859,96 | 2907,61 |
| | Index | 0,56 | 0,37 | 0,21 | 0,91 | 0,59 | 0,63 | 2,37 | 1,19 |
| 16061 | Eichsfeld | 19698,33 | 2,76 | 0,36 | 44,05 | 9,20 | 12,63 | 3226,90 | 4647,92 |
| 16062 | Nordhausen | 31231,18 | 4,31 | 0,33 | 55,59 | 11,36 | 10,29 | 2003,79 | 2028,09 |
| 16064 | Unstrut-Hainich-Kr. | 21627,29 | 2,85 | 0,18 | 47,98 | 10,13 | 11,91 | 2809,09 | 2571,13 |
| 16065 | Kyffhäuserkreis | 20246,36 | 7,92 | 0,16 | 55,14 | 10,19 | 10,17 | 3871,83 | 2735,25 |
| | Bund | 41379,57 | 11,49 | 1,21 | 55,49 | 17,25 | 18,08 | 1239,15 | 2449,95 |
| | Index | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 |
| | Alte Länder | 44705,73 | 12,86 | 1,44 | 57,10 | 17,98 | 19,86 | 1133,65 | 2398,52 |
| | Index | 1,08 | 1,12 | 1,19 | 1,03 | 1,04 | 1,10 | 0,91 | 0,98 |
| | Verstädterte R. | 39093,96 | 9,62 | 1,13 | 54,99 | 14,97 | 21,10 | 1579,80 | 2337,09 |
| | Index | 0,94 | 0,84 | 0,93 | 0,99 | 0,87 | 1,17 | 1,27 | 0,95 |
| | Ländliche Räume | 36846,71 | 5,21 | 0,78 | 51,44 | 13,18 | 20,91 | 2178,49 | 2698,43 |
| | Index | 0,89 | 0,45 | 0,64 | 0,93 | 0,76 | 1,16 | 1,76 | 1,10 |
| | Neue Länder | 29198,49 | 6,07 | 0,42 | 56,01 | 14,65 | 11,47 | 1830,68 | 2738,30 |
| | Index | 0,71 | 0,53 | 0,35 | 1,01 | 0,85 | 0,63 | 1,48 | 1,12 |
| | Ländliche Räume | 25070,52 | 2,93 | 0,20 | 54,03 | 11,85 | 11,22 | 3227,75 | 3589,77 |
| | Index | 0,61 | 0,26 | 0,17 | 0,97 | 0,69 | 0,62 | 2,60 | 1,47 |

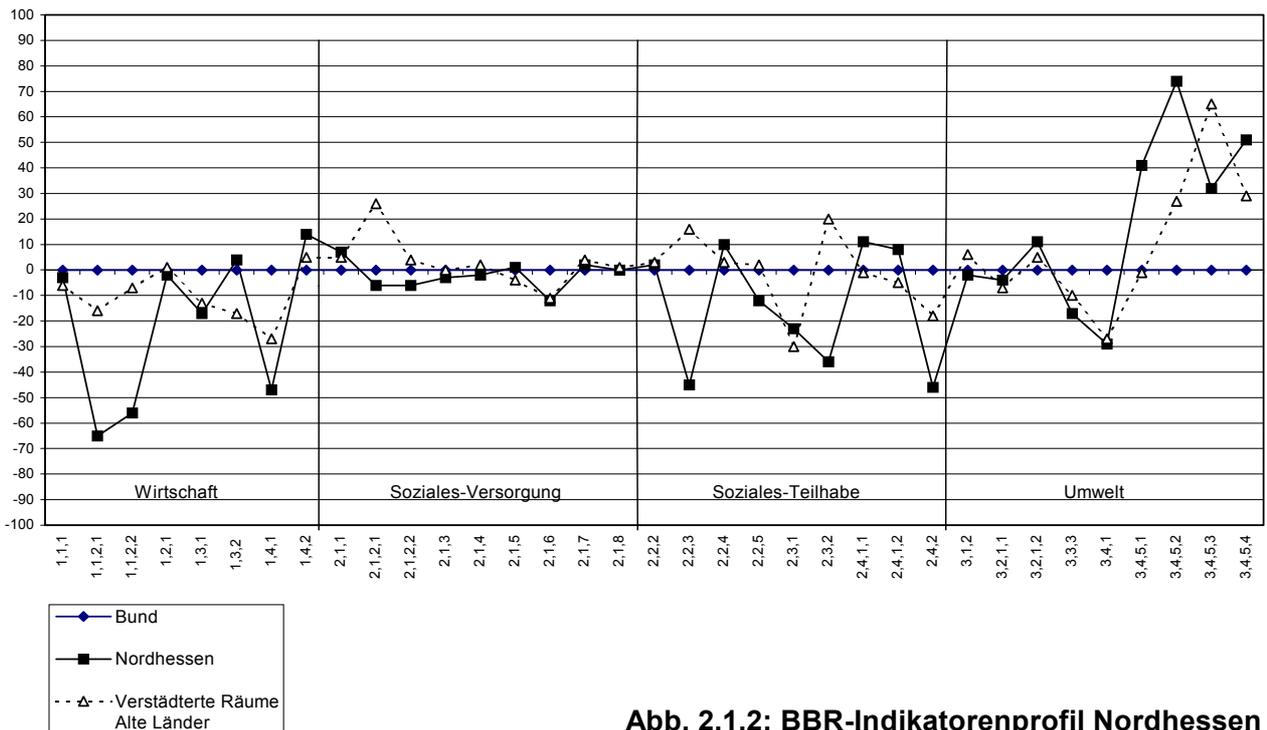
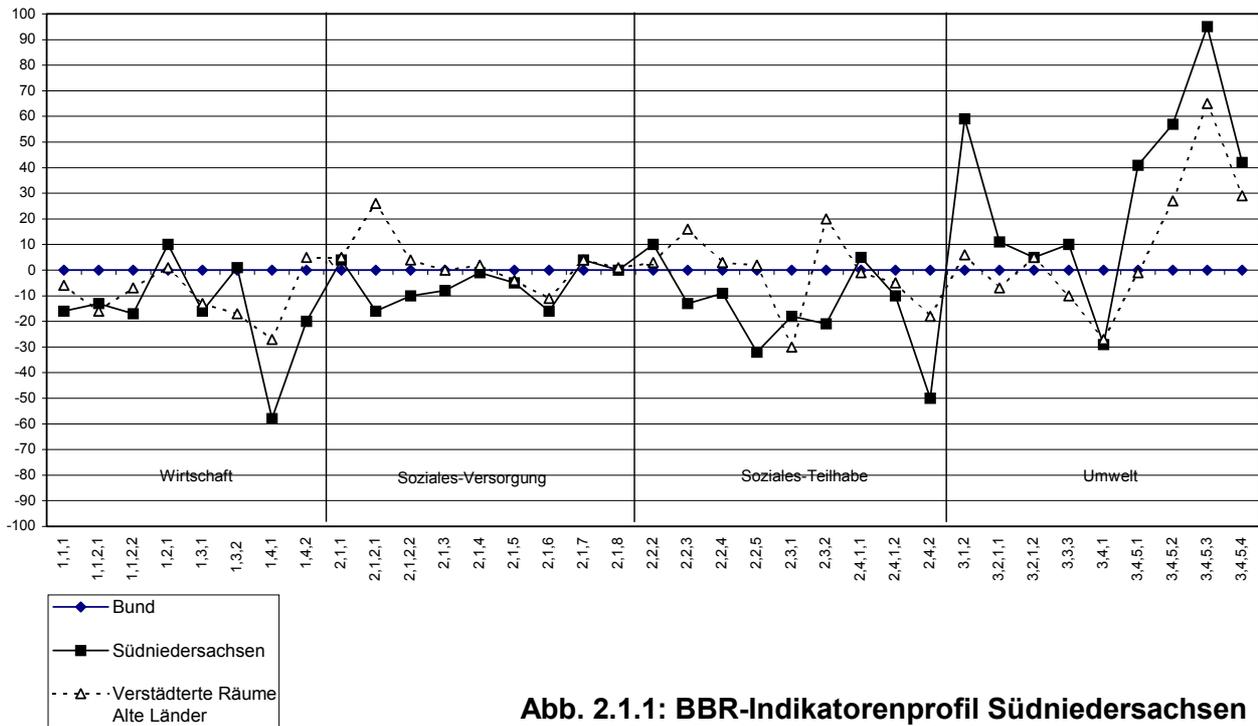
| Raumeinheit | | Tab. 2.1.2: Soziale und räumliche Gerechtigkeit | | | | | | | | | |
|-------------|---|---|--|--|---|--|---|---|--|---|-------------------------------|
| Schl. Nr. | Raumordnungsregion Kreis Regionstyp | 2.1 Befriedigung der individuellen Bedürfnisse | | | | | | | | | |
| | | 1.1 Adäquate Versorgung mit Wohnfläche | 2.1.2 Adäquate Versorgung mit Arbeitsplätzen | | 2.1.3 Angemessene Einkommensverhältn. | 2.1.4 Gute Ausbild.- u. Bildungschancen | 2.1.5 Gute Erreichb. des nächsten Oberz. | 2.1.6 Einstieg in Fernverbindung | 2.1.7 Gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes | | 2.1.8 Gesundheit |
| | | Wohnfläche / Einwohner m² 99 (+) | Arbeitslosenquote, % 2000 (-) | Anteil Langzeitarbeitslose, % 2000 (-) | Durchschn. Nettoeinkommen / Haush., DM 99 (+) | Ausbildungsplätze je Bewerber, Anzahl 99 (+) | Ant. Bev. in 45 Min IV-Ereichb OZ, % 97 (+) | Ant. Bev. in 30 Min IV-Ereichb IC, % 97 (+) | Mittlere Länge Wohn-Arbeitsweg, km 96 (-) | Pendler saldo, je 100 Erwerbstätige, 99 (+ -) | Lebenserwartung, Jahre 98 (+) |
| 24 | Süd-niedersachs. | 40,60 | 11,62 | 40,26 | 3129,81 | 0,98 | 87,54 | 57,44 | 15,93 | 7,11 | 77,51 |
| | Index | 1,04 | 1,16 | 1,10 | 0,92 | 0,99 | 0,95 | 0,84 | 0,96 | | 1,00 |
| 03152 | Göttingen | 38,13 | 12,00 | 41,78 | | 0,97 | 100,00 | 100,00 | 16,99 | 80,63 | |
| | Index | 0,98 | 1,20 | 1,15 | | 0,98 | 1,08 | 1,47 | 1,03 | | |
| 03155 | Northeim | 42,17 | 11,20 | 37,88 | | 0,98 | 100,00 | 46,90 | 15,46 | -94,41 | |
| | Index | 1,08 | 1,12 | 1,64 | | 0,99 | 1,08 | 0,69 | 0,93 | | |
| 03156 | Osterode am Harz | 43,62 | 13,10 | 41,07 | | 0,97 | 100,00 | 0,00 | 14,30 | 20,91 | |
| | Index | 1,12 | 1,31 | 1,13 | | 0,98 | 1,08 | 0,00 | 0,86 | | |
| 03255 | Holz-minden | 42,53 | 9,60 | 38,13 | | 1,00 | 11,23 | 0,00 | 15,31 | -77,28 | |
| | Index | 1,09 | 0,96 | 1,05 | | 1,01 | 0,12 | 0,00 | 0,92 | | |
| 48 | Nordhessen | 41,61 | 10,57 | 38,65 | 3300,70 | 0,97 | 93,35 | 59,56 | 16,22 | -4,99 | 77,54 |
| | Index | 1,07 | 1,06 | 1,06 | 0,97 | 0,98 | 1,01 | 0,88 | 0,98 | | 1,00 |
| 06611 | Kassel, Stadt | 38,57 | 15,70 | 44,97 | | 0,96 | 100,00 | 100,00 | 13,90 | 330,74 | |
| 06633 | Kassel | 42,44 | 9,00 | 40,83 | | 0,96 | 98,10 | 90,79 | 18,05 | -230,33 | |
| 06634 | Schwalm-Eder-Kr. | 41,41 | 9,40 | 35,18 | | 0,96 | 100,00 | 42,58 | 17,58 | -235,45 | |
| 06635 | Waldeck-Frankenb | 43,13 | 7,10 | 24,96 | | 1,02 | 66,75 | 0,00 | 13,27 | -21,06 | |
| 06636 | Werra-Meißner-Kr. | 43,11 | 12,30 | 37,25 | | 0,94 | 100,00 | 40,60 | 18,03 | -71,13 | |
| 50 | Osthessen | 42,35 | 8,12 | 34,83 | 3127,19 | 0,98 | 100,00 | 70,37 | 17,69 | 27,68 | 78,86 |
| | Index | 1,09 | 0,81 | 0,96 | 0,92 | 0,99 | 1,08 | 1,03 | 1,07 | | 1,02 |
| 06631 | Fulda | 42,18 | 7,20 | 34,51 | | 1,00 | 100,00 | 96,39 | 17,84 | 35,75 | |
| 06632 | Hersfeld-Rotenb. | 42,64 | 9,70 | 35,25 | | 0,93 | 100,00 | 28,11 | 17,43 | 12,82 | |
| 53 | Nordthüringen | 34,87 | 17,03 | 30,09 | 2752,41 | 0,94 | 90,63 | 2,92 | 18,45 | -154,80 | 76,03 |
| | Index | 0,89 | 1,70 | 0,83 | 0,81 | 0,95 | 0,98 | 0,04 | 1,11 | | 0,98 |
| 16061 | Eichsfeld | 33,05 | 13,70 | 32,28 | | 0,94 | 84,03 | 5,36 | 17,74 | -280,03 | |
| 16062 | Nordhausen | 34,77 | 19,10 | 32,27 | | 0,94 | 100,00 | 0,00 | 16,70 | -53,82 | |
| 16064 | Unstrut-Hainich-Kr. | 35,59 | 14,90 | 26,20 | | 0,94 | 95,86 | 5,33 | 18,55 | -132,40 | |
| 16065 | Kyffhäuserkreis | 36,27 | 21,60 | 29,74 | | 0,94 | 82,26 | 0,00 | 21,11 | -166,45 | |
| | Bund | 38,97 | 9,99 | 36,45 | 3405,72 | 0,99 | 92,37 | 68,04 | 16,57 | 0,48 | 77,62 |
| | Index | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | | 1,00 |
| | Alte Länder | 39,83 | 7,79 | 37,16 | 3540,44 | 1,01 | 92,63 | 71,70 | 15,93 | 12,55 | 77,92 |
| | Index | 1,02 | 0,78 | 1,02 | 1,04 | 1,02 | 1,00 | 1,05 | 0,96 | | 1,00 |
| | Verstädterte R | 40,81 | 7,37 | 35,15 | 3415,94 | 1,01 | 89,09 | 54,99 | 15,91 | -27,78 | 78,01 |
| | Index | 1,05 | 0,74 | 0,96 | 1,00 | 1,02 | 0,96 | 0,89 | 0,96 | | 1,01 |
| | Ländliche Räume | 42,49 | 6,64 | 32,02 | 3388,77 | 1,02 | 80,11 | 41,48 | 18,69 | -46,07 | 77,88 |
| | Index | 1,09 | 0,66 | 0,88 | 1,00 | 1,03 | 0,87 | 0,61 | 1,13 | | 1,00 |
| | Neue Länder | 35,75 | 17,68 | 35,36 | 2932,52 | 0,94 | 91,43 | 54,53 | 18,71 | -45,53 | 76,54 |
| | Index | 0,92 | 1,77 | 0,97 | 0,86 | 0,95 | 0,99 | 0,80 | 1,13 | | 0,99 |
| | Ländliche Räume | 34,85 | 18,35 | 33,61 | 2723,96 | 0,95 | 77,54 | 35,36 | 21,85 | -104,59 | 75,70 |
| | Index | 0,89 | 1,84 | 0,92 | 0,80 | 0,96 | 0,84 | 0,52 | 1,32 | | 0,98 |

| Raumeinheit | | Tab.2.1.2: Soziale und räumliche Gerechtigkeit | | | | | | | | | |
|-------------|---|--|---------------------------------------|---|--|--|---|--|---|---|---|
| Schl. Nr. | Raumordnungsregion Kreis Regionstyp | 2.1 | 2.2 Sicherung der sozialen Stabilität | | | | 2.3 Entw.chanc. f.d.junge Gener. | | 2.4 Gleichber. Zugang zu Arbeit u. gesellsch. Leben | | |
| | | 2.1.10 Zufriedenheit mit reg. Lebensbed. | 2.2.1 Teilhabe auf staatl. Ebene | 2.2.2 Vermind.Abh. v.staatl.Transferleist | 2.2.4 Ausgew Ver-mög./Einkommensv | 2.2.5 Stabilisierung öffentl. Haushalte | 2.3.1 Verbesserung Bildungsstand | 2.3.2 Verring.Arbeitslosigk.d.jungen Gen. | 2.4.1 Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau | 2.4.2 Verbess.Integr ausl. Bürger | |
| | | Binnenwanderungssaldo je 100 E 1992, 92-98 (+ -) | Wahlbeteiligung % 98/99 (+) | Sozialhilfeempfänger je 100 Einw., 99 (-) | Verh.Eink.der 20%reichst Haush.zu 20% ärmst. (-) | Schulden der Gemeinden je Einwohner, DM 98 (-) | Anteil der unter 25-jährig. o.Schulabschl. % 99 (-) | Sozialhilfe u.Arbeitsl. unt. 25 J.als Ant.an 25jähr. (-) | Arbeitsquote Frauen/Arbeitsquote Männer,99 (-) | Anteil der weibl. Ratsmitglieder, % 98/99 (+) | Arbeitsquote Ausländer/Arbeitsquote Deutsch.(-) |
| 24 | Süd-niedersachs. | -278,08 | 73,23 | 3,83 | 5,67 | 2763,98 | 6,51 | 9,53 | 1,13 | 23,33 | 2,38 |
| | Index | | 1,10 | 1,13 | 1,09 | 1,32 | 1,18 | 1,21 | 0,95 | 0,90 | 1,50 |
| 03152 | Göttingen | -629,46 | 71,33 | 3,62 | | 3097,27 | | 8,48 | 0,94 | 24,79 | 2,85 |
| | Index | | 1,08 | 1,07 | | 1,47 | | 1,07 | 0,79 | 0,96 | 1,79 |
| 03155 | Northeim | 14,57 | 75,45 | 4,32 | | 2494,57 | | 11,03 | 1,24 | 22,08 | 2,06 |
| | Index | | 1,14 | 1,27 | | 1,19 | | 1,40 | 1,04 | 0,85 | 1,30 |
| 03156 | Osterode am Harz | -5,72 | 73,12 | 3,50 | | 3420,21 | | 10,22 | 1,51 | 21,62 | 1,89 |
| | Index | | 1,10 | 1,03 | | 1,63 | | 1,29 | 1,27 | 0,84 | 1,19 |
| 03255 | Holz-minden | 8,44 | 75,11 | 3,95 | | 1494,73 | | 9,64 | 1,34 | 22,86 | 1,77 |
| | Index | | 1,13 | 1,17 | | 0,71 | | 1,22 | 1,13 | 0,88 | 1,11 |
| 48 | Nordhessen | 18,23 | 67,38 | 4,93 | 4,66 | 2347,34 | 6,78 | 10,76 | 1,06 | 27,89 | 2,32 |
| | Index | | 1,02 | 1,45 | 0,90 | 1,12 | 1,23 | 1,36 | 0,89 | 1,08 | 1,46 |
| 06611 | Kassel, Stadt | -2,90 | 63,21 | 10,18 | | 2978,08 | | 20,98 | 0,78 | 36,62 | 3,36 |
| 06633 | Kassel | 34,97 | 69,83 | 3,47 | | 1802,61 | | 8,37 | 1,42 | 24,44 | 1,44 |
| 06634 | Schwalm-Eder-Kr. | 28,22 | 70,64 | 3,84 | | 1987,73 | | 8,70 | 1,03 | | 1,92 |
| 06635 | Waldeck-Frankenb. | 23,74 | 63,47 | 3,20 | | 2139,79 | | 6,94 | 1,25 | 21,62 | 1,87 |
| 06636 | Werra-Meißner-Kr. | -3,10 | 68,79 | 3,49 | | 3326,73 | | 8,99 | 1,17 | 21,62 | 2,23 |
| 50 | Osthessen | 26,74 | 69,00 | 3,51 | 4,24 | 1584,00 | 0,00 | 7,57 | 1,48 | 23,30 | 2,64 |
| | Index | | 1,04 | 1,04 | 0,82 | 0,75 | 0,00 | 0,96 | 1,24 | 0,90 | 1,66 |
| 06631 | Fulda | 38,97 | 68,74 | 3,54 | | 1490,57 | | 7,05 | 1,53 | 31,03 | 3,03 |
| 06632 | Hersfeld-Rotenb. | 7,81 | 69,41 | 3,45 | | 1737,59 | | 8,54 | 1,42 | 13,33 | 2,15 |
| 53 | Nordthüringen | -30,62 | 59,11 | 1,93 | 4,01 | 2738,34 | 0,00 | 7,23 | 1,52 | 23,48 | 1,93 |
| | Index | | 0,89 | 0,57 | 0,77 | 1,30 | 0,00 | 0,92 | 1,28 | 0,91 | 1,21 |
| 16061 | Eichsfeld | -23,84 | 62,55 | 1,29 | | 2266,54 | | 5,07 | 1,83 | | 2,18 |
| 16062 | Nordhausen | -24,84 | 57,63 | 2,15 | | 2205,60 | | 8,60 | 1,43 | 22,22 | 1,39 |
| 16064 | Unstrut-Hainich-Kr. | -56,54 | 59,45 | 2,45 | | 3525,50 | | 8,03 | 1,41 | 21,21 | 2,74 |
| 16065 | Kyffhäuserkreis | -12,78 | 56,30 | 1,81 | | 2870,11 | | 7,80 | 1,48 | 30,00 | 1,69 |
| | Bund | 0,00 | 66,31 | 3,39 | 5,18 | 2100,75 | 5,51 | 7,90 | 1,19 | 25,88 | 1,59 |
| | Index | | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 |
| | Alte Länder | 5,03 | 67,29 | 3,35 | 5,20 | 2037,23 | 6,18 | 7,22 | 1,11 | 26,00 | 1,89 |
| | Index | | 1,01 | 0,99 | 1,00 | 0,97 | 1,12 | 0,91 | 0,93 | 1,00 | 1,19 |
| | Verstädterte R. | 2,40 | 68,17 | 2,86 | 5,03 | 2068,27 | 7,14 | 6,33 | 1,20 | 24,64 | 1,88 |
| | Index | | 1,03 | 0,84 | 0,97 | 0,98 | 1,30 | 0,80 | 1,01 | 0,95 | 1,18 |
| | Ländliche Räume | 29,14 | 69,36 | 2,25 | 5,05 | 2601,37 | 6,43 | 5,23 | 1,25 | 25,14 | 1,59 |
| | Index | | 1,05 | 0,66 | 0,97 | 1,24 | 1,17 | 0,66 | 1,05 | 0,97 | 1,00 |
| | Neue Länder | -17,76 | 63,26 | 3,52 | 4,49 | 2572,29 | 3,36 | 10,49 | 1,22 | 25,25 | 1,79 |
| | Index | | 0,95 | 1,04 | 0,87 | 1,22 | 0,61 | 1,33 | 1,03 | 0,98 | 1,13 |
| | Ländliche Räume | -39,02 | 67,49 | 2,47 | 3,91 | 2547,60 | 2,51 | 8,68 | 1,34 | 20,79 | 1,67 |
| | Index | | 1,02 | 0,73 | 0,75 | 1,21 | 0,46 | 1,10 | 1,13 | 0,80 | 1,05 |

| Raumeinheit | | Tab.2.1.3: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | | | | | | | | | | |
|-------------|---|---|--|---|---|---|--|---|--|--|--|--|
| Schl. Nr. | Raumordnungsregionen Kreis Regionstyp | 3.1 Schutz der biol. Vielfalt 3.1.2 Wahrung d. Artenvielfalt | 3.2 Verring. Nutz.-rate regen. Ress. | | 3.3 Verring Verschmutzungsrate Umweltmedien 3.3.3 Redukt. Ablager. | 3.4 Rückgang in der Nutzung nicht-regenerierbarer Ressourcen (Rohst., foss. Energietr., Boden/Fläche) | | | | | | |
| | | | 3.2.1 Verringerung der Trinkwasserentnahme | 3.2.2 Verringerung des Trinkwasserbedarfs | | 3.4.1 Verringer. Abbau oberflächennaher Rohstoffe | 3.4.5 Verminderung der Flächenneuinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke | Anteil der in Schutz gestellten Flächen an der Katasterfläche, % 99 (+) | Grundwasserförderung je Einwohner, m³ 95 (-) | Wasseranlieferung an Letzverbraucher je Einwohner, m³ 95 (-) | Anlieferung von Abfall an öffentliche Abfallanlagen, kg/E 93 (-) | Rohstoffnachfrage je Einwohner, t 95 (-) |
| 24 | Südniedersachs. | 32,09 | 39,85 | 59,14 | 1225,15 | 10,31 | 2,44 | -0,51 | 0,02 | 12,28 | | |
| | Index | 1,59 | 0,89 | 0,95 | 0,90 | 1,29 | 0,59 | 0,43 | 0,05 | 0,58 | | |
| 03152 | Göttingen | 30,61 | 31,78 | 59,39 | 1425,59 | | 3,23 | -1,21 | -0,06 | 33,10 | | |
| | Index | 1,52 | 0,71 | 0,95 | 1,05 | | 0,78 | 1,01 | 0,16 | 1,57 | | |
| 03155 | Northeim | 22,37 | 50,49 | 58,81 | 926,47 | | 2,28 | -0,43 | 0,08 | 0,00 | | |
| | Index | 1,11 | 1,13 | 0,94 | 0,68 | | 0,55 | 0,36 | 0,22 | 0,00 | | |
| 03156 | Osterode am Harz | 52,34 | 41,37 | 64,20 | 1401,48 | | 1,56 | 0,20 | -0,13 | 12,90 | | |
| | Index | 2,59 | 0,93 | 1,03 | 1,03 | | 0,38 | 0,17 | 0,35 | 0,61 | | |
| 03255 | Holzminen | 33,71 | 44,29 | 53,55 | 950,23 | | 1,86 | -0,21 | -0,14 | 0,60 | | |
| | Index | 1,67 | 0,99 | 0,86 | 0,70 | | 0,45 | 0,18 | 0,38 | 0,00 | | |
| 48 | Nordhessen | 19,73 | 46,29 | 55,66 | 1585,16 | 10,31 | 2,44 | -0,31 | -0,03 | 10,39 | | |
| | Index | 0,98 | 1,04 | 0,89 | 1,17 | 1,29 | 0,59 | 0,26 | 0,68 | 0,49 | | |
| 06611 | Kassel, Stadt | 25,74 | 19,31 | 60,88 | 640,80 | | 0,70 | 0,00 | 0,00 | 96,80 | | |
| 06633 | Kassel | 41,58 | 61,28 | 46,91 | 1333,07 | | 3,08 | 0,21 | 0,08 | 0,00 | | |
| 06634 | Schwal-Eder-Kreis | 3,62 | 56,33 | 53,94 | 3324,69 | | 2,33 | 0,15 | 0,04 | 19,80 | | |
| 06635 | Waldeck-Frankenb | 12,22 | 45,61 | 64,01 | 1208,93 | | 2,95 | 0,67 | 0,25 | 4,10 | | |
| 06636 | Werra-Meißner-Kr. | 29,32 | 46,20 | 55,51 | 1447,88 | | 1,90 | -0,32 | 0,05 | 11,70 | | |
| 50 | Osthessen | 33,76 | 42,58 | 54,57 | 2467,62 | 10,50 | 2,29 | -0,07 | -0,24 | 12,96 | | |
| | Index | 1,67 | 0,95 | 0,88 | 1,82 | 1,31 | 0,55 | 0,06 | 0,65 | 0,62 | | |
| 06631 | Fulda | 56,64 | 44,64 | 55,39 | 3068,46 | | 2,49 | 0,34 | -0,14 | 8,40 | | |
| 06632 | Hersfeld-Rotenb. | 4,59 | 39,29 | 53,25 | 1529,07 | | 2,02 | -0,20 | -0,33 | 18,70 | | |
| 53 | Nordthüringen | 20,78 | 49,75 | 37,78 | 3325,94 | 14,78 | 3,72 | -1,18 | 0,46 | 3,86 | | |
| | Index | 1,03 | 1,11 | 0,61 | 2,46 | 1,85 | 0,90 | 0,98 | 1,24 | 0,18 | | |
| 16061 | Eichsfeld | 42,59 | 29,21 | 32,67 | 1530,65 | | 3,29 | -1,72 | 0,17 | 7,70 | | |
| 16062 | Nordhausen | 28,22 | 55,56 | 40,73 | 2002,25 | | 3,38 | -1,39 | -0,13 | 9,70 | | |
| 16064 | Unstrut-Hainich-Kr. | 10,79 | 59,00 | 39,16 | 6029,41 | | 6,20 | -0,99 | 0,68 | 0,00 | | |
| 16065 | Kyffhäuserkreis | 5,31 | 56,80 | 39,13 | 3461,52 | | 2,10 | -0,72 | 0,75 | 0,00 | | |
| | Bund | 20,18 | 44,65 | 62,26 | 1354,35 | 7,99 | 4,15 | -1,20 | -0,37 | 21,06 | | |
| | Index | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 | | |
| | Alte Länder | 23,33 | 45,64 | 65,28 | 1210,10 | 7,38 | 3,90 | -0,90 | -0,49 | 17,45 | | |
| | Index | 1,16 | 1,02 | 1,05 | 0,89 | 0,92 | 0,94 | 0,75 | 1,32 | 0,83 | | |
| | Verstädterte R. | 21,42 | 47,64 | 58,96 | 1491,43 | 10,16 | 4,18 | -0,88 | -0,13 | 14,85 | | |
| | Index | 1,06 | 1,07 | 0,95 | 1,10 | 1,27 | 1,01 | 0,73 | 0,35 | 0,71 | | |
| | Ländliche Räume | 26,63 | 70,09 | 67,50 | 1058,71 | 10,85 | 5,42 | -0,77 | -0,35 | 9,69 | | |
| | Index | 1,32 | 1,57 | 1,08 | 0,78 | 1,36 | 1,31 | 0,64 | 0,95 | 0,46 | | |
| | Neue Länder | 12,98 | 41,05 | 51,29 | 1870,19 | 10,20 | 5,01 | -2,24 | 0,16 | 29,31 | | |
| | Index | 0,64 | 0,92 | 0,82 | 1,38 | 1,28 | 1,21 | 1,87 | 0,43 | 1,39 | | |
| | Ländliche Räume | 16,62 | 47,41 | 46,01 | 2186,90 | 15,68 | 5,55 | -2,20 | 0,74 | 21,56 | | |
| | Index | 0,82 | 1,06 | 0,74 | 1,61 | 1,96 | 1,34 | 1,83 | 2,00 | 1,02 | | |

| Raumeinheit | Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit | Soziale Gerechtigkeit - Versorgung | Soziale Gerechtigkeit - Teilhabe | Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | Nachhaltigkeit |
|-----------------------------|----------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|---|----------------|
| RO-Region Süd-niedersachsen | +3 / -5 | +1 / -8 | +3 / -6 | +8 / -1 | +15 / -20 |
| RO-Region Nord-hessen | +3 / -5 | +1 / -8 | +4 / -5 | +5 / -4 | +13 / -22 |

Über- oder Unterschreitung der regionstypischen Vergleichswerte bei 35 Indikatoren



| Raumeinheit | Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit | Soziale Gerechtigkeit - Versorgung | Soziale Gerechtigkeit - Teilhabe | Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | Nachhaltigkeit |
|-------------------------|----------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|---|----------------|
| RO-Region Osthessen | +5 / -3 | +5 / -4 | +3 / -6 | +7 / -2 | +20 / -15 |
| RO-Region Nordthüringen | +5 / -3 | +7 / -2 | +4 / -5 | +7 / -2 | +23 / -12 |

Über- oder Unterschreitung der regionstypischen Vergleichswerte bei 35 Indikatoren

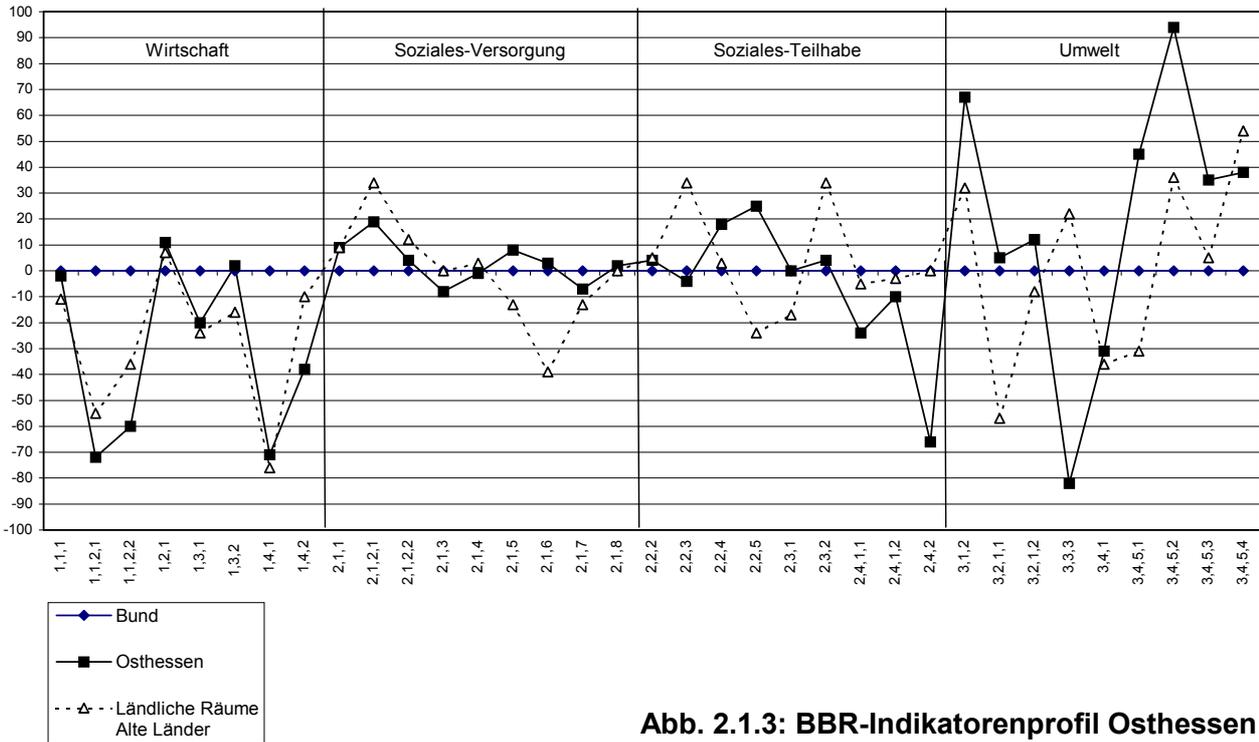


Abb. 2.1.3: BBR-Indikatorenprofil Osthessen

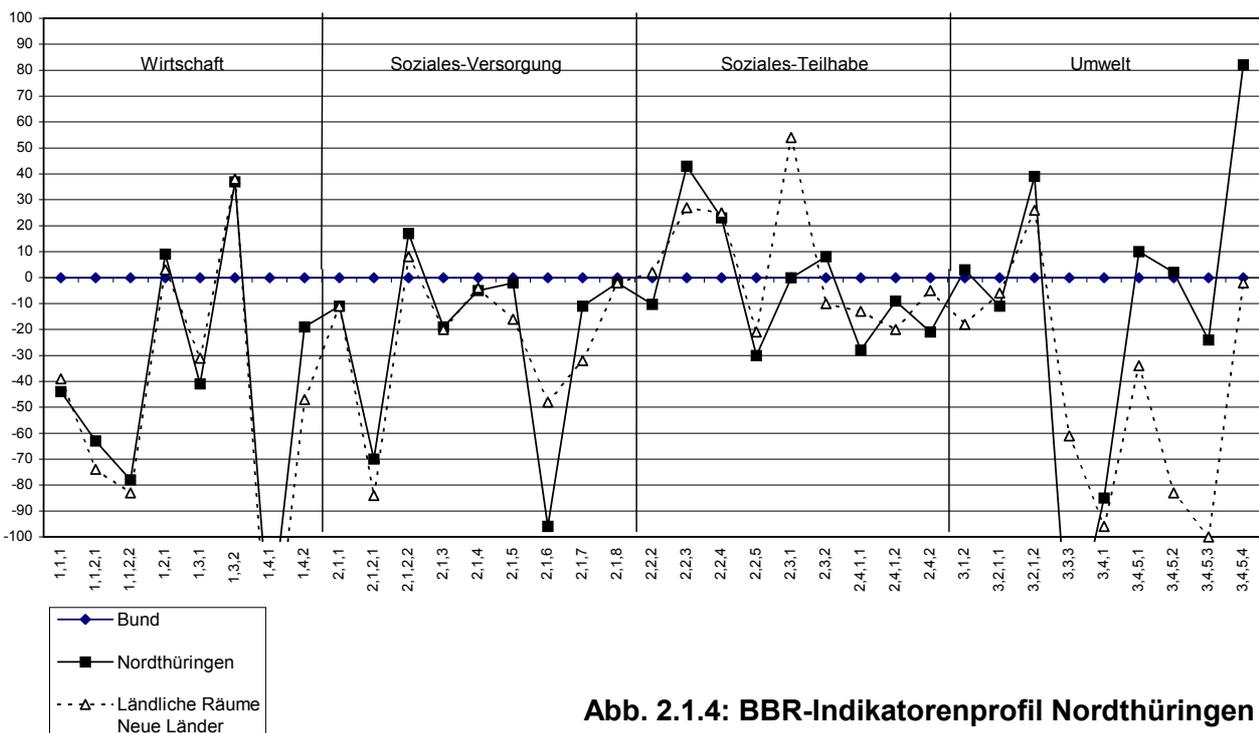
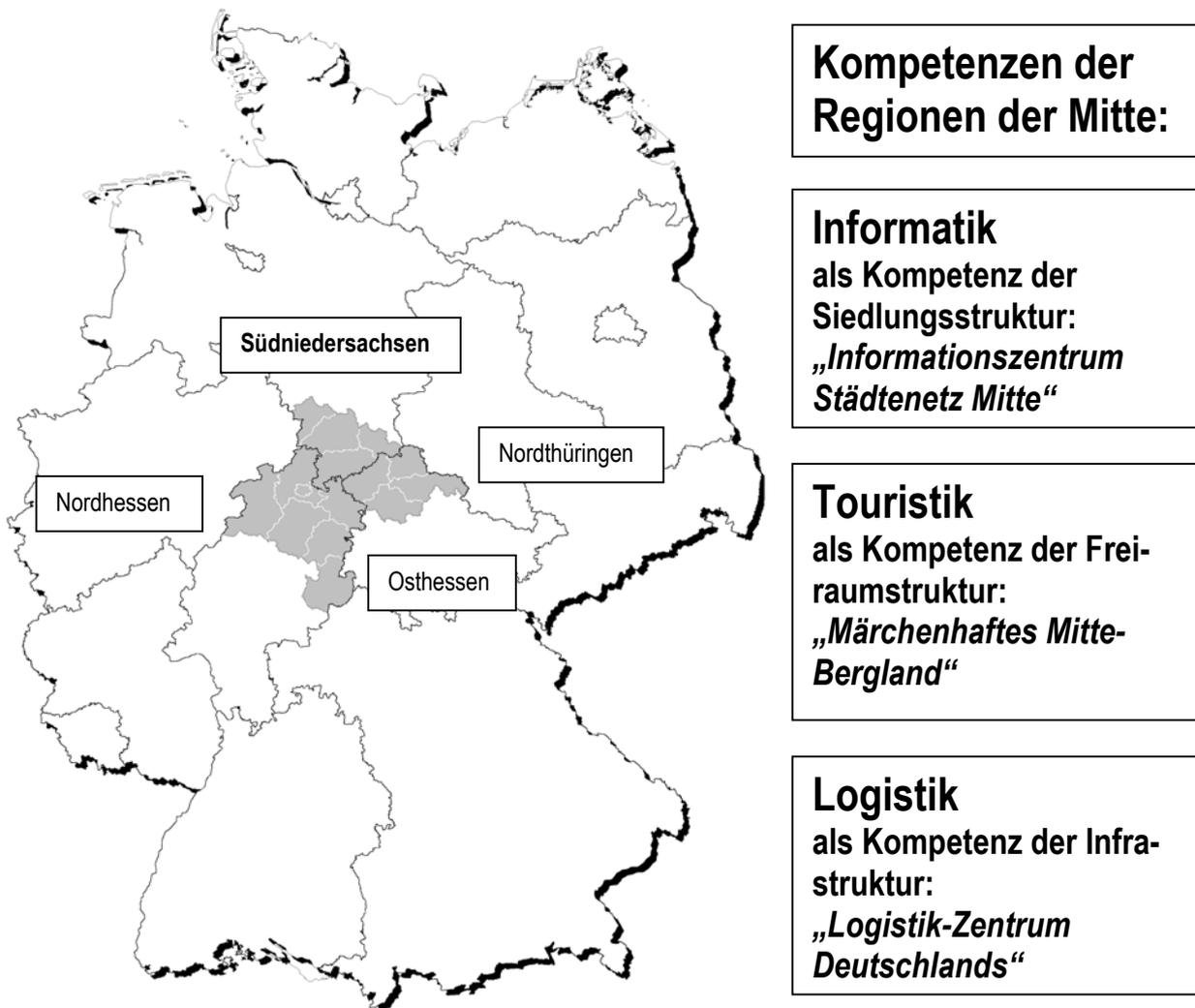


Abb. 2.1.4: BBR-Indikatorenprofil Nordthüringen

| Raumeinheit | Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit | | Soziale Gerechtigkeit -Versorgung | | Soziale Gerechtigkeit -Teilhabe | | Schutz der natürlichen Lebensgrundl. | | Nachhaltigkeit gesamt | |
|------------------|----------------------------------|-------|-----------------------------------|-------|---------------------------------|-------|--------------------------------------|-------|-----------------------|-------|
| | über | unter | über | unter | über | unter | über | unter | über | unter |
| Südniedersachs. | 3 | 5 | 1 | 8 | 3 | 6 | 8 | 1 | 15 | 20 |
| Nordhessen | 3 | 5 | 1 | 8 | 4 | 5 | 5 | 4 | 13 | 22 |
| Osthessen | 5 | 3 | 5 | 4 | 3 | 6 | 7 | 2 | 20 | 15 |
| Nordthüringen | 5 | 3 | 5 | 4 | 3 | 6 | 7 | 2 | 20 | 15 |
| Lk Göttingen | 3 | 5 | 2 | 7 | 4 | 5 | 6 | 3 | 15 | 20 |
| Lk Northeim | 3 | 5 | 3 | 6 | 2 | 7 | 6 | 3 | 14 | 21 |
| Lk Osterode a.H. | 2 | 6 | 3 | 6 | 2 | 7 | 7 | 2 | 14 | 21 |
| Lk Holzminden | 3 | 5 | 2 | 7 | 4 | 5 | 7 | 2 | 16 | 19 |

Tab. 2.1.4: Anzahl der Indikator-Abweichungen (Über- bzw. Unterschreitungen der Mittelwerte der Vergleichsregionen bei 35 Merkmalen)

Abb.2.1.5: Großräumige Einordnung, Gliederung und Kompetenzen der Raumstruktur der „Regionen der Mitte“



2.2 Kooperationsansätze für die Mitte Deutschlands

In dem Betrachtungsraum leben 2,3 Millionen Menschen; das sind 2,8% der Bevölkerung Deutschlands. Sie verteilen sich zu 26% auf Südniedersachsen, zu 40% auf Nordhessen, zu 15% auf Osthessen und 19% auf Nordthüringen. 702.300 Personen (Bundesanteil 2,6%) sind hier sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die *Beschäftigtendichte (Beschäftigtenanteil an der Bevölkerung)* beträgt damit 30,6%, das sind weniger als im Bundesdurchschnitt mit 33,2%. Die Mitte-Regionen umfassen eine Fläche von 15.661 km², entsprechend 4,4% der Fläche der Bundesrepublik. Die *Siedlungsdichte* liegt mit 147 Einwohnern pro km² deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 230.

| Region Kreis | Einwohner | | Beschäftigte | | Fläche | | Einwohn./ /Fläche E/km ² | Beschäft/ Einwohn. % |
|-------------------------|----------------|--------------|--------------|--------------|-----------------|--------------|---|----------------------------|
| | in 1.000 | % | in 1.000 | % | km ² | % | | |
| Südniedersachsen | 591,6 | 25,7 | 180,9 | 25,8 | 3.712 | 23,7 | 159 | 30,6 |
| Göttingen | 268,1 | 11,7 | 87,6 | 12,5 | 1.117 | 7,1 | 240 | 32,7 |
| Northeim | 153,0 | 6,7 | 42,6 | 6,1 | 1.267 | 8,1 | 121 | 27,8 |
| Osterode am Harz | 87,5 | 3,8 | 27,7 | 3,9 | 636 | 4,1 | 138 | 31,7 |
| Holzminden | 83,0 | 3,6 | 23,1 | 3,3 | 692 | 4,4 | 120 | 27,8 |
| Nordhessen | 925,2 | 40,2 | 279,4 | 39,8 | 5.811 | 37,1 | 159 | 30,2 |
| Kassel, Stadt | 199,5 | 8,7 | 91,1 | 13,0 | 107 | 0,7 | 1.868 | 45,7 |
| Kassel, Kreis | 244,2 | 10,6 | 59,7 | 8,5 | 1.293 | 8,3 | 189 | 24,5 |
| Schwalm-Eder-Kreis | 193,8 | 8,4 | 44,6 | 6,4 | 1.538 | 9,8 | 126 | 23,0 |
| Waldeck-Frankenberg | 171,2 | 7,4 | 53,0 | 7,5 | 1.849 | 11,8 | 93 | 30,9 |
| Werra-Meißner-Kreis | 116,6 | 5,1 | 31,0 | 4,4 | 1.025 | 6,5 | 114 | 26,6 |
| Osthessen | 348,1 | 15,1 | 109,3 | 15,6 | 2.477 | 15,8 | 140 | 31,4 |
| Fulda | 216,5 | 9,4 | 70,0 | 10,0 | 1.380 | 8,8 | 156 | 32,5 |
| Hersfeld-Rotenburg | 132,6 | 5,8 | 39,3 | 5,6 | 1.097 | 7,0 | 121 | 29,6 |
| Nordthüringen | 434,9 | 18,9 | 132,7 | 18,9 | 3.661 | 23,4 | 119 | 30,5 |
| Eichsfeld | 116,3 | 5,1 | 34,0 | 4,8 | 940 | 6,0 | 124 | 29,2 |
| Nordhausen | 100,7 | 4,4 | 33,1 | 4,7 | 711 | 4,5 | 142 | 32,8 |
| Unstrut-Hainich-Kreis | 121,1 | 5,3 | 37,9 | 5,4 | 975 | 6,2 | 124 | 31,3 |
| Kyffhäuserkreis | 96,7 | 4,2 | 27,8 | 3,9 | 1.036 | 6,6 | 93 | 28,7 |
| Mitte-Regionen | 2.299,8 | 100,0 | 702,3 | 100,0 | 15.661 | 100,0 | 147 | 30,6 |
| Wartburgkreis | 192,2 | | 64,2 | | 1.409 | | 136 | 33,4 |

Tab. 2.2: Einwohner, Beschäftigte und Fläche der „Regionen der Mitte“

Eine Primäranalyse und eine daraus abzuleitende Entwicklungskonzeption kann und soll mit der vorliegenden Skizze nicht geleistet werden. Brauchbare Hinweise zu raumstrukturellen Stärken und Schwächen der Mitte Deutschlands und Anregungen zu regionsübergreifenden Kooperationen lassen sich dem *Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen 1993* und dem *Raumordnungsbericht 2000* entnehmen: „Räumliche Basis sind die 97 raumordnerischen Analyseregionen, die den funktionsräumlichen Zusammenhang von oberzentralen Kernstädten und ihrem Umland abbilden. Sie orientieren sich weitgehend an den Planungsregionen der Länder“ (RAUMORDNUNGSBERICHT 2000, S. 3). Die Skizze gliedert die Raumstruktur gem. § 7 ROG in die Elemente Siedlungsstruktur, Infrastruktur und Freiraumstruktur (punkt-axial-zonale Raumkonzepte).

2.2.1 Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung: Informationszentrum Städtenetz Mitte

Die Mitte Deutschlands wird abgedeckt durch die Raummordnungsregionen Nr. 24 (Göttingen), 48 und 50 (Nord- und Osthessen) und 53 (Nordthüringen). Für die vorliegende Studie sind vor allem die thema-

tischen Karten zu den „Tendenzen der künftigen Raumentwicklung“ von Interesse. Für die *Regionen der Mitte* lassen sich daraus folgende Trends ablesen, die durch die wirtschaftliche und siedlungsstrukturelle Dynamik im Verhältnis *Verdichtungsraum Kassel* zum umgebenden *ländlichem Raum* geprägt werden:

- Wirtschaftliche Dynamik im Städtesystem (Karte S. 185): Dem Verdichtungsraum Kassel wird eine *hohe Wettbewerbsfähigkeit mit möglicher Dynamikabschwächung* zugesprochen. Der angrenzende südniedersächsische Raum hat mit einer *Zunahme der Arbeitslosigkeit*, der benachbarte nordthüringer Raum mit einer *Abnahme* zu rechnen.
- Siedlungsstrukturelle Dynamik (Karte S. 187): Für den Verdichtungsraum Kassel wird ein *starkes Wachstum in der Siedlungsflächenentwicklung* prognostiziert. Im angrenzenden südniedersächsischen Umfeld (Landkreis Göttingen) werden *hohe Wanderungsgewinne*, im nordthüringer Nachbarraum *hohe Wanderungsverluste* vorhergesagt.
- Wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume (Karte S. 190): Hauptsächliches Kennzeichen der Mitte sind *anhaltende Wirtschafts- und Strukturprobleme*. Sie drücken sich in einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Südniedersachsen und Nordthüringen aus. Der Trend geht zu einem *Anstieg der Erwerbspersonen* in Südniedersachsen und einem *Rückgang* in Nordthüringen (s. Karte *Arbeitsmarktentwicklung S. 175*). Hervorgehoben wird die *landschaftliche Attraktivität als Standortfaktor* in den Mittelgebirgsräumen Harz/Weserbergland, Werrabergland/Thüringer Wald sowie Sauerland/Habichtswald. Für das Leinebergland werden *sehr gute natürliche Produktionsvoraussetzungen für die Landwirtschaft* festgestellt.
- Entwicklung der Siedlungsstruktur ländlicher Räume (Karte S. 193): Für Südniedersachsen und Nordhessen wird in dieser Karte *stark zunehmendes Siedlungsflächenwachstum* angesagt. Dieser Trend soll bis 2010 besonders hoch werden in den Kreisen Hersfeld-Rotenburg und Fulda (s. Karte *Entwicklung der Siedlungsflächen S. 181*). Für Südniedersachsen wird bis 2010 eine *sehr geringe Neubautätigkeit (<40 Wohneinheiten je 1000 Einwohner)* vermutet (s. Karte *Wohnungsmarktentwicklung S. 179*). Für Nord- und Westthüringen werden bis 2015 *hohe Wanderungsverluste* auf dem Hintergrund einer *starken Alterung der Bevölkerung* vorausgesagt. Die Ordnungsräume Kassel und Göttingen haben bis 2015 einen *hohen Integrationsbedarf von Zuwanderern und Ausländern* (s. Karte *Demographische Entwicklung S. 173*).

Die Siedlungsstruktur wird konzeptionell nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration auf ein gestuftes System zentraler Orte als Standorte von Wohn- und Arbeitsstätten und zentralen Einrichtungen ausgerichtet. Für die großräumige Struktur sind vor allem die Oberzentren von Bedeutung. Mit dem Stand 1998 vermerkt der ROB 2000 (Abb. *Zentrale Orte*, S. 203) in der Mitte die Oberzentren Göttingen, Kassel und Fulda sowie als Teil-Oberzentren Bad Hersfeld und Nordhausen. Zu dem räumlich-funktionalen Gefüge der Mitte sollte noch das Teil-Oberzentrum Eisenach (mit dem Wartburgkreis) hinzugerechnet werden. Zwar ist der Verdichtungsraum Kassel das quantitativ bedeutendste Zentrum in der Mitte. Es strahlt aber als Arbeitsmarkt- und Dienstleistungszentrum nicht auf die gesamte Mitte aus. Es bedarf daher im Sinne nachhaltiger Raumentwicklung einer verstärkten arbeitsteiligen Kooperation der genannten fünf (sechs) Ober- und Teiloberzentren in der Mitte Deutschlands (Städtenetz Mitte-D). Es bleibt vertiefenden Abstimmungen vorbehalten, Standortkompetenzen der einzelnen Städte z.B. für Informationsdienste, die von der zentralen Lage profitieren (Bildung, Wissenschaft, Dienstleistungen, Handel, Kultur, Freizeit), zu einem Optimum für den Gesamttraum zusammenzuführen.

2.2.2 Landschafts- und Tourismusentwicklung: *Märchenhaftes Mitte-Bergland*

Die Regionen der Mitte bilden mit ihrer Lage zwischen Harz, Thüringer Wald, Rhön und Rothaargebirge den Kern der deutschen Mittelgebirge. Der davon eingeschlossene Raum erhält von den Flusssystemen von Eder, Fulda, Werra, Weser, Leine und Unstrut seine Oberflächenprägung und durch Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr seine Gestalt als Mittelgebirgs-Kulturlandschaft. Mit ihrem Natur-

und Landschaftspotential haben die Mitte-Regionen eine hohe Attraktivität für den Fremdenverkehr. Dies zeigt die *Karte 83 (Landschaftsattraktivität und Fremdenverkehr)* mit überdurchschnittlich hohen *Attraktivitätsindices* für die Landkreise Northeim, Osterode am Harz, Kassel, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg und Fulda. Zahlreiche Heilbäder und Kurorte nutzen die Landschaftsattraktivität für Fremdenverkehr und Gesundheitswesen.

Naturnahe Landschaftsräume werden infolge der Zerschneidung durch Verkehrswege immer kleiner. Von dieser Tendenz bleibt auch die noch relativ intakte Landschaft in der Mitte Deutschlands nicht verschont. Die *Karte Zerschneidungsgrad (S. 156)* zeigt, dass hier nur noch wenige *größere (> 5000 ha) unzerschnittene Restflächen* verblieben sind. Es handelt sich überwiegend um Gebiete in den neun Naturparks, die einen erheblichen Teil der Regionsflächen ausmachen (Solling-Vogler, Münden, Harz, Eichsfeld/Hainich/Werratal, Kyffhäuser, Habichtswald, Diemelsee, Kaufunger Wald, Hessische Rhön). Trotz dieser guten Ausstattung mit „Vorbildlandschaften“ gibt es auch *verkehrlich hoch belastete Räume* in den Mitte-Regionen. Die Karte 85 kennzeichnet Kreise mit *hohem Verkehrsaufkommen*: Kassel; *hohem Bündelungseffekt der Verkehrsinfrastruktur*: Northeim, Schwalm-Eder, Fulda; *hohem Verkehrsaufkommen und hohem Bündelungsgrad der Verkehrsinfrastruktur*: Göttingen, Hersfeld-Rotenburg.

Die Mittelgebirgslandschaft ist sehr walddreich. In den Kreisen Holzminden, Osterode am Harz, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg sind mehr als 40% der Gesamtfläche bewaldet. In den Kreisen Northeim, Göttingen, Kassel, und Fulda sind noch 30-40% der Fläche mit Wald bedeckt. Der Anteil der Waldfläche in den Kreisen Eichsfeld, Nordhausen und Kyffhäuser beträgt 20-30%. Am waldärmsten ist der Hainich-Unstrut-Kreis in der Klasse 10-20% Anteil (vgl. Karte Waldfläche S.41). Die Wälder im Zentralbergland bestehen überwiegend aus Kalkbuchenforsten, die aufgrund der naturnahen Bewirtschaftung sehr artenreich sind und deshalb hohe Biotopwertigkeiten aufweisen.

Die Karte S. 268 enthält Vorrangflächen für den Naturschutz aus Bundessicht (Stand 1999). Überwiegend sind sie als FFH-Gebiete (Schutzgebiete Natura 2000 von europäischer Bedeutung) eingetragen. Im Verhältnis zu anderen Bundesländern haben Hessen und Niedersachsen relativ kleinflächige Areale als schutzwürdig gemeldet.

Die vielfältigen Touristikangebote des Raumes werden relativ kleinteilig vermarktet. Es wird unterschätzt, wie weiträumig mobil (Besichtigungs- und Erlebnistouren) Ferien und Freizeit gestaltet werden. Ein größerer Angebotsraum sollte deshalb dem Marketing zugrunde gelegt werden. Ebenso wichtig ist die Angebotsvielfalt. Das deutsche Mittelgebirgszentrum verfügt über eine ideale Mischung aus landschafts- und stadtkulturellen „highlights“. Das regionale Marketing sollte sich auf die Kombination von Städte-/Tagungstourismus und Landschafts-/Aktivitätstourismus konzentrieren. Die zentrale Verkehrslage in Deutschland unterstützt diese Kombinationsstrategie. Die ICE-Haltepunkte Göttingen, Kassel und Fulda haben aufgrund ihrer zentralen Lage die einmalige Qualität, aus allen Teilen Deutschland innerhalb eines halben Tages mit der Bahn erreichbar zu sein. Sie eignen sich deshalb besonders als Tagungsstandorte und können so gut mit Urlaubstagen kombiniert werden. Andererseits bieten die urbanen Qualitäten der einzigartigen Ansammlung historischer Fachwerkstädte in der Mitte Deutschlands eine ideale Ergänzung zu den ebenso attraktiven Erlebnisqualitäten der zentralen Mittelgebirgslandschaft. Die landschaftliche und kulturelle Attraktivität des deutschen Mittelgebirgszentrums wird von den meisten Tourismus-Straßen genutzt (*Deutsche Ferienstraße, Deutsche Märchenstraße, Deutsche Fachwerkstraße, Deutsche Allenstraße, Straße der Romanik, Straße der Weserrenaissance*). Die *Deutsche Märchenstraße* hat den umfassendsten natur- und kulturtouristischen Ansatz. Auf dem historischen Hintergrund des wissenschaftlichen Wirkens der *Brüder Grimm* in Göttingen und Kassel bietet die „Märchenlandstrategie“ sowohl eine geeignete räumliche Klammer für Nordhessen, Südniedersachsen und Nordthüringen als auch eine plausible funktionale Verbindung zwischen Stadt- und Landtourismus und einem entsprechenden Marketing.

2.2.3 Verkehrsinfrastrukturentwicklung: *Logistik-Zentrum Deutschlands*

Die *Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE)* sollen die jahrzehntelang unterbrochenen Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland auf den zeitgemäßen Stand bringen. Für die Mitte Deutschlands sind zwei Schienen- und zwei Straßenprojekte von Bedeutung (vgl. ROB 2000, Karte S. 237):

- Nr. 6 - Ausbau Schienenverbindung Eichenberg - Halle: Das Projekt ist fertig. Zusätzlich wurde die „Eichenberger Kurve“ zwecks Nordanbindung gebaut.
- Nr. 7 – Ausbau Schienenverbindung Bebra-Erfurt: Die Maßnahme ist weitgehend abgeschlossen. Darüberhinaus ist eine Anbindung an die Neubaustrecke im Fuldataal (Morschen) raumordnerisch vorgesehen.
- Nr. 13 – Vierstreifiger Neubau der A 38 Göttingen-Halle: Teilabschnitte (Nordhausen, Leinefelde) sind fertiggestellt.
- Nr. 15 - Neubau der A 44 Kassel-Eisenach: Die Realisierung hat begonnen (Hessisch-Lichtenau).

Die überregionalen Verkehrswege treffen sich in der Mitte Deutschlands in einem „Verteilerring“ um den *Meißner*, der von den Flußtälern von Werra und Fulda vorgegeben ist (Werra-Fulda- oder Meißner-Ring). Dies trifft für den Schienen- wie den Straßenverkehr zu.

Eine häufige und schnelle Bahnanbindung hat die Mitte seit 1991 durch die DB-Neubaustrecke mit Systemhalten in Göttingen, Kassel und Fulda. Mit ICE-Zügen können die Metropolräume Hamburg, Berlin, Frankfurt, Stuttgart, München direkt in kurzer Zeit erreicht werden. Gleichzeitig sind Fulda, Kassel und Göttingen Umsteigepunkte zwischen den ICE-Linien. Verbunden mit der zentralen Lage ergibt dies eine einzigartige Standortqualität. Unzureichend bedient werden die neuen VDE-Strecken der Ost-West-Relation. Auf der Strecke Dortmund-Kassel-Erfurt-Leipzig verkehrt ein Interregio im Zwei-Stunden-Takt. Die Ausbaustrecke Eichenberg-Halle wird nur im Regionalverkehr bedient. Nordthüringen mit seinem Zentrum Nordhausen verfügt über keinen direkten Fernbahnananschluß. Im Schienenverkehr sollte die Initiative „*Mitte-Deutschland-Verbindung Dortmund-Kassel-Erfurt-Chemnitz*“ weitergeführt werden. Ziel mit oberster Priorität sollte eine ICE(Neigetechnik)-Bedienung dieser Strecke im Stundentakt sein. In weiteren Prioritäten könnte auch die Strecke Köln-Siegen-Gießen-Marburg-Kassel-Nordhausen-Halle-Leipzig eine ICE-T Bedienung erhalten. Eine Verstärkung der Umsteigefunktion des ICE-Haltes Kassel-Wilhelmshöhe mit diesen Linien kommt allen Regionen der Mitte zugute.

Nach Fertigstellung der VDE-Straßenprojekte sind alle Ballungsräume Deutschlands mit Autobahnen an die Mitte direkt angeschlossen. Dies verbessert die Standortqualität des Raumes, erhöht aber auch die Transit- und Verteilerleistung des Raumes verbunden mit höheren Umweltbelastungen. Die zentrale Lage des Werra-Fulda-Ringes im deutschen und europäischen Fernstraßennetz begründet eine hohe Standorteignung für Logistikbetriebe in Südniedersachsen und Nordhessen und erzeugt hier eine entsprechende Nachfrage nach Flächen. Um schädliche Konkurrenzen und Wildwuchs zu vermeiden, ist unter den Regionen und Kreisen ein abgestimmtes Ansiedlungskonzept erforderlich.

3. Nachhaltige Raumentwicklung in Südniedersachsen

3.1 Indikatorenprofil der Landkreise

Die Interpretation der BBR-Indikatoren für die Landkreise in Südniedersachsen folgt dem Schema in Kapitel 2. Auf den dort angesprochenen Zielrahmen wird jeweils bezug genommen. Obwohl die Landkreise Holzminden, Northeim und Osterode a.H. einzeln als ländliche Kreise eingestuft werden (Kreistypisierung), gelten sie im Regionkontext als verstädterter Raum wie der Landkreis Göttingen.

3.1.1 Ökonomische Nachhaltigkeit

Die *Bruttowertschöpfung* in den ländlichen Kreisen liegt mit 30.154 – 33.795 DM je Einwohner unter, im Landkreis Göttingen mit 38.465 DM über dem Regionsdurchschnitt. Insgesamt wird der Mittelwert für den Bund und den Regionstyp unterschritten. Der *Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung* an allen Beschäftigten ist in Northeim und Holzminden überdurchschnittlich hoch; er liegt mit 10,0% in der Region zwar unter dem Bundesmittel von 11,5%, überschreitet aber den Wert für verstädterte Räume der alten Länder von 9,6%. Bei den *Patentanmeldungen je Beschäftigten* ist Holzminden mit 1,9 überproportional erfolgreich; Göttingen mit 1,1 entspricht dem Regionstyp; Northeim und Osterode a.H. liegen erheblich unter den Mittelwerten. Die *Wirtschaftsstruktur* ist in Osterode a.H. mit breiter Branchenstreuung am günstigsten. In den übrigen Kreisen entspricht die Branchenvielfalt (Anteil der drei größten Branchen an allen Beschäftigten) dem Bundesdurchschnitt. Der *Anteil der Beschäftigten in zukunftsfähigen Berufen* ist in den ländlichen Kreisen Südniedersachsens mit 12,2–13,8% deutlich niedriger als im Kreis Göttingen mit 16,4%, bleibt im Regionsschnitt (14,4%) unter dem Bundesmittel von 17,3% und auch knapp unter dem Mittelwert für den entsprechenden Regionstyp mit 15,0%.

Der *Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung* ist in Göttingen und Osterode mit 17,2% niedriger als in Northeim mit 18,4 % und Holzminden mit 20,3%. Alle südniedersächsischen Landkreise liegen damit günstiger als der Durchschnitt der verstädterten Räume der alten Länder. Die *Flächenproduktivität* ist in Göttingen mit 1.417 ha *Siedlungs- und Verkehrsfläche je TDM Wertschöpfung* am günstigsten, in Holzminden mit 2.326 ha am ungünstigsten in der Region, deren Mittelwert (1.955 ha) wiederum schlechter als das Bundesmittel und das Regionstypmittel ausfällt. Die *Energieproduktivität (Energieverbrauch je Einheit Bruttowertschöpfung)* ist im Landkreis Göttingen mit 2.373 GJ/Mio DM deutlich besser als in den übrigen Kreisen mit 3.259 – 3.720. Diese Verbrauchswerte sind im Regionsschnitt (2.929) weit weniger nachhaltig als die Mittelwerte für Bund (2.450) und Regionstyp (2.337).

3.1.2 Soziale Nachhaltigkeit

Das erste Zielfeld innerhalb der Zieldimension *Soziale und räumliche Gerechtigkeit* richtet sich auf die *Befriedigung der individuellen Bedürfnisse*. Hieraus sind elf Indikatoren abgeleitet worden.

Die *Wohnfläche je Einwohner* ist im Landkreis Göttingen mit 38,1 m² deutlich kleiner als im Bundesdurchschnitt (39,0 m²) und in den anderen südniedersächsischen Landkreisen (42,2 – 43,6 m²). Die *Arbeitslosenquote* (2000) ist innerregional in Osterode mit 13,1% am höchsten und in Holzminden mit 9,6% am niedrigsten. Alle Werte liegen über dem Durchschnitt für verstädterte Räume in den alten Ländern (7,4%). Der *Anteil der Langzeitarbeitslosen* an allen Arbeitslosen liegt im Mittel des Regionstyps bei 35,2%. In allen südniedersächsischen Landkreisen wird dieser Wert überschritten, am meisten in Göttingen und Osterode mit 41,8 bzw. 41,1%, am geringsten in Holzminden und Northeim mit 38,1 bzw. 37,9%. Für das *durchschnittliche Nettoeinkommen* – ein wichtiger Indikator für die Kaufkraft der Bevölkerung – liegen keine kreisspezifischen Daten vor. Insgesamt liegt die Region 8%-Punkte unter dem

Bundes- und Regionstypmittelwert. Die *Ausbildungsplatzversorgung* ist in den Landkreisen Göttingen, Northeim und Osterode 2-3%-Punkte niedriger als die Vollversorgung, die für den Regionstyp kennzeichnend ist. Lediglich der Landkreis Holzminden erreicht diesen Wert.

Die *Erreichbarkeit des nächsten Oberzentrums* mit ihrer Infrastruktur ist ein wichtiges Merkmal für die Lebensqualität. Im Landkreis Holzminden können lediglich 11,2% der Bevölkerung ein Oberzentrum (Göttingen, Kassel, Paderborn, Hannover, Hildesheim) innerhalb von 45 Minuten mit dem Pkw erreichen. Der Landkreis ist also überwiegend als oberzentrumsfern einzustufen. Die übrigen Regionsbewohner können das nächstgelegene Oberzentrum (Göttingen, Kassel) alle in dieser Zeit erreichen. Auch die *Erreichbarkeit eines Fernbahnhofes* in 30 Minuten Pkw-Fahrt gehört zur sozialen Standortqualität. Für die Bewohner der Landkreise Osterode und Holzminden besteht diese Möglichkeit nicht; im Landkreis Northeim haben nahezu die Hälfte (46,9%) der Einwohner diese Möglichkeit; im Landkreis Göttingen ist das für alle Bewohner gegeben. Für verstädterte Räume in den alten Ländern ist ein Wert von 89% typisch. Zu einer qualitativ guten Arbeitsplatzversorgung gehört eine kurze Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. In den Vergleichsregionen beträgt der *mittlere Wohn-Arbeitsweg* 15,9 km. Diese Wegelänge wird in den Kreisen Northeim und Holzminden knapp unterschritten (15,5 bzw. 15,3 km). Im Kreis Osterode sind die Wege mit durchschnittlich 14,3 km am kürzesten. Im Kreis Göttingen sind überdurchschnittlich große Entfernungen von 17 km zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen. Die Region Südniedersachsen stellt per saldo 7,1% mehr Arbeitsplätze bereit als zur Versorgung der Erwerbstätigen benötigt werden (positiver *Pendlersaldoanteil*). Innerhalb der Region haben der Landkreis Göttingen mit +81% und der Landkreis Osterode mit +21% positive Pendlerbilanzen. Demgegenüber weisen die Landkreise Northeim mit -94% und Holzminden mit -77% negative Bilanzen auf.

Die Gesundheitsqualität einer Region drückt sich in der *Lebenserwartung* aus. Diese liegt in Südniedersachsen etwa ein halbes Jahr unter dem Regionstypdurchschnitt. Kreisspezifische Daten liegen zu diesem Indikator nicht vor. Die Zufriedenheit mit den regionalen Lebensbedingungen drückt sich in dem *Binnenwanderungssaldo* aus (Zuzüge abzüglich Fortzüge in Relation zur Ausgangsbevölkerung). Verstädterte Räume in den alten Ländern haben von 1992-1998 einen Wanderungsgewinn von 2,4% zu verzeichnen. Über diesem Vergleichswert liegen die Landkreise Northeim mit 14,6% und Holzminden mit 8,4%. Der Kreis Osterode hat dagegen eine negative Wanderungsbilanz (-5,7%). Am stärksten sind die Wanderungsverluste im Kreis Göttingen infolge des Rückganges der Studentenzahlen.

Die *Sicherung der sozialen Stabilität* ist ein weiteres wichtiges Zielfeld. Es wird anhand von folgenden vier Merkmalen bewertet: Die *Wahlbeteiligung* ist Ausdruck der politischen Beteiligung. Sie liegt in allen südniedersächsischen Landkreisen über dem Mittelwert vergleichbarer Regionen (68,2%). Die höchsten Werte in der Region finden sich in Northeim und Holzminden mit 75%; niedriger liegt Osterode mit 73%; am niedrigsten Göttingen mit 71%. Eine niedrige *Sozialhilfequote* spricht für soziale Stabilität. Gemessen am Vergleichswert mit 2,9% liegt Südniedersachsen um 13% darüber, am stärksten der Kreis Northeim mit 4,3 Sozialhilfeempfänger je 100 Einwohner, am geringsten der Kreis Osterode mit 3,5%. Ausgewogene *Vermögens- und Einkommenverhältnisse* liegen vor, wenn das Verhältnis der Einkommen der 20% reichsten Haushalte zu dem der 20% ärmsten möglichst klein ausfällt. Gegenüber den Vergleichsregionen (5,0) ist Südniedersachsen etwas unausgewogener (5,7). Angaben für die Landkreise liegen nicht vor. Stabile öffentliche Haushalte lassen sich am *Schuldenstand der Gemeinden* je Einwohner messen. In den verstädterten Räumen der alten Bundesländer lag der Schuldenstand je Einwohner 1998 bei 2068 DM. Bis auf den Landkreis Holzminden, der 29% weniger Schulden hat, übertreffen die anderen Kreise diesen Wert um 19 - 63%. Insgesamt liegt die Verschuldung in Südniedersachsen also etwa ein Drittel höher als in den Vergleichsregionen.

Ein wichtiges Zielfeld sozialer Gerechtigkeit sind die *Entwicklungschancen der jungen Generation*. Sie werden hier zum einen gemessen am *Anteil der unter 25-jährigen ohne Schulabschluss*. Dieser liegt in

Südniedersachsen mit 6,5% besser als in den Vergleichsregionen (7,1%). Kreisdaten sind hierzu nicht verfügbar. Die Entwicklungschancen der Jugendlichen werden zum anderen bewertet nach der *Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote der 25-jährigen*. Sie liegt in den Vergleichsregionen bei 6,3%. In Südniedersachsen herrschen mit 9,5% schlechtere Verhältnisse. Am ungünstigsten sind die Verhältnisse in den Kreisen Northeim (11,0%) und Osterode am Harz (10,2%). Der Kreis Göttingen (8,5%) hat relativ bessere Werte. Der Kreis Holzminden (9,6%) liegt im Regionsdurchschnitt.

Ein Indikator für die Gleichberechtigung ist die *Arbeitslosenquote der Frauen* im Verhältnis zu der der Männer. Es liegt bei den verstädterten Regionen der alten Länder bei 1,2. In Südniedersachsen ist die Relation mit 1,1 günstiger. Im Landkreis Göttingen ist die Arbeitslosenquote der Frauen mit einem Verhältnis von 0,9 sogar niedriger als bei den Männern. In den anderen Kreisen ist das Verhältnis schlechter als in den Vergleichsregionen. Ein weiterer Indikator für Gleichberechtigung ist der *Anteil der weiblichen Ratsmitglieder*. Er liegt lediglich im Landkreis Göttingen über dem regionstypischen Durchschnitt, in den übrigen Kreisen wird dieser Wert unterschritten.

Die Ausländerintegration wird deutlich an der *Arbeitslosenquote der Ausländer* im Vergleich zur Quote der Deutschen. Regionstypisch ist ein Faktor von 1,9. Dieser wird in Holzminden mit 1,8 unterschritten, in Osterode ist er identisch, in Northeim und besonders gravierend in Göttingen wird er überschritten.

3.1.3 Ökologische Nachhaltigkeit

Der *Anteil der unter Schutz gestellten Flächen* ist Ausdruck der biologischen Vielfalt in der Region. Typisch für verstädterte Räume in den alten Ländern sind 21% der Katasterfläche mit Schutzstatus. In allen südniedersächsischen Kreisen wird dieser Wert überschritten. Den höchsten Schutzflächenanteil hat der Landkreis Osterode am Harz mit 52%. Die Landkreise Göttingen und Holzminden liegen bei 31 bzw. 34%. Den innerregional geringsten Schutzflächenanteil hat der Landkreis Northeim mit 22%.

Die *Nutzungsrate regenerativer Ressourcen* zu verringern, ist ein ökologisches Hauptziel. Es wird vor allem an *Trinkwasserangebot und -verbrauch* festgemacht. Regionstypisch ist eine jährliche *Fördermenge* von 48 Kubikmeter je Einwohner. Bis auf den Kreis Northeim, der 50 m³ je Einwohner fördert, sind die Entnahmemengen in Südniedersachsen kleiner. Am niedrigsten ist die Entnahme mit 32 m³ pro Einwohner im Kreis Göttingen; hier muss der Bezug von Wasser aus Nachbarräumen (Harz) hinzuge-rechnet werden. Der tatsächliche *Verbrauch* in den Kreisen zeigt demgemäß ein etwas anderes Bild. Der Durchschnittsverbrauch in Südniedersachsen von 59 m³ pro Einwohner entspricht ziemlich genau dem Regionstyp „verstädterte Räume“. Auch die Landkreise Göttingen und Northeim weisen diesen Wert auf. Höheren Verbrauch haben die Einwohner im Landkreis Osterode a.H. mit 64 m³/E; sparsamer sind die Bewohner des Landkresies Holzminden mit 54 m³/E.

Ökologische Nachhaltigkeit zeigt sich in möglichst geringem spezifischem *Abfallaufkommen*. In den verstädterten Räumen der alten Bundesländer werden durchschnittlich 1.491 kg/Einwohner im Jahr erzeugt. In allen südniedersächsischen Kreisen fällt weniger Abfall an. Knapp unter dem Vergleichswert liegen die einwohnerspezifischen Abfallmengen in den Kreisen Göttingen (1.426 kg/E) und Osterode (1.401kg/E). Deutlich ressourcensparender sind die Menschen in den Kreisen Northeim mit 927 kg/E und Holzminden mit 950 kg/E Abfall pro Jahr.

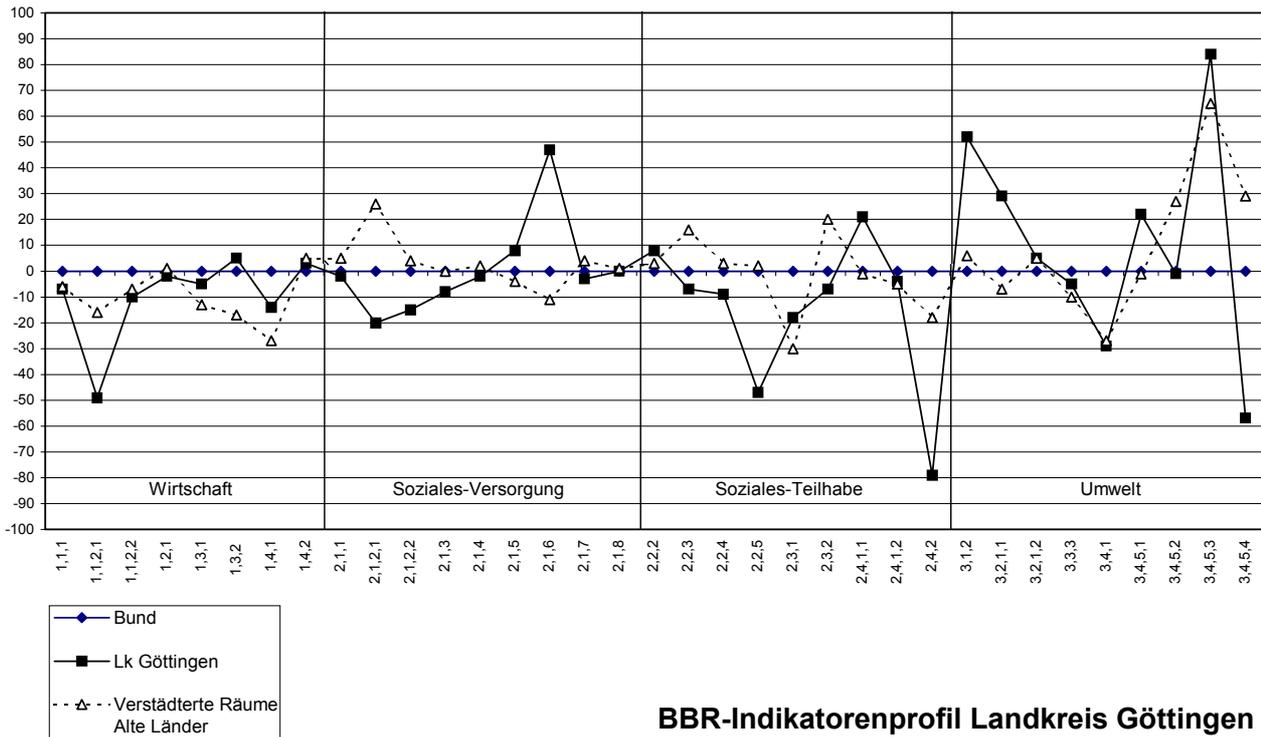
Die *Nutzung nicht regenerierbarer Ressourcen* muss verringert werden. Mit fünf Indikatoren zum Verbrauch von Rohstoffen, fossilen Energieträgern und Boden wird dieses Hauptziel ökologischer Nachhaltigkeit beschrieben. Die spezifische *Rohstoffnachfrage* ist nur für die Gesamtregion mit 10,3 t/E nachgewiesen. Das entspricht etwa dem regionstypischen Verbrauch von 1,2 t/E. Die *Siedlungs- und Verkehrsfläche* ist von 1992 bis 1996 in den vergleichbaren verstädterten Regionen der alten Länder um

4,2% gewachsen. In Südniedersachsen fiel die Flächenzunahme geringer aus, am geringsten in den Kreisen Osterode a.H. mit 1,6% und Holzminden mit 1,9%. Den höchsten Zuwachs hatte der Landkreis Göttingen mit 3,2%. Zersiedelung lässt sich als negative Anteilverschiebung von Bevölkerung und Siedlungs- und Verkehrsfläche in den Ober- und Mittelzentren im Verhältnis zum Gesamttraum messen. Von 1992 bis 1996 hat der *Bevölkerungsanteil in den Orten höherer Zentralität* in Südniedersachsen um 0,5 Prozentpunkte abgenommen. Dieser Trend zur Suburbanisierung fällt jedoch geringer aus als im Schnitt der verstädterten Räume in den alten Ländern. Am auffälligsten ist die *Bevölkerungstreuung* im Landkreis Göttingen mit einer Anteilsverschiebung von 1,2 %-Punkten. Im Kreis Osterode ist sogar eine gegenläufige Tendenz in Form einer Anteilstärkung des Mittelzentrums zu verzeichnen. Flächenmäßig fällt die Suburbanisierung in Südniedersachsen ganz unterschiedlich aus. In den Vergleichsregionen nahm der *Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in den Orten höherer Zentralität* im Messzeitraum um 0,13 %-Punkte ab. In gleichem Maße lief die Flächenentwicklung in den Kreisen Osterode und Holzminden ab. Im Kreis Göttingen gab es nur eine unterdurchschnittliche Suburbanisierung mit -0,06 %-Punkten Anteilsverschiebung. Im Kreis Northeim ist sogar eine Siedlungskonzentration in den Mittelzentren (+0,08 %-Punkte) festzustellen. Der Freifächenschutz lässt sich anhand von regionalen *Zerschneidungsquoten* messen. Je kleiner der Anteil, der durch Bundesverkehrswege zerschnittenen Flächen < 100 km² an der Gesamtfläche ist, umso besser ist der Freifächenschutz gewährleistet. In den verstädterten Räumen der alten Länder liegt dieser Anteil bei 15%. Südniedersachsen ist im Mittel mit 12% weniger zerschnitten. Besonders ungünstig ist der Wert im Landkreis Göttingen mit 33%.

3.1.4 Zusammenfassende Bewertung der Landkreise

Im Rahmen der 35 in der Grafik dargestellten Indikatoren ist Südniedersachsen bei 15 Merkmalen *gleich nachhaltig oder nachhaltiger* als der Durchschnitt der Vergleichsregionen; bei 20 fällt die Bewertung schlechter aus. Insgesamt liegt die *Nachhaltigkeit* also unter dem Durchschnitt der Vergleichsregionen. Die schlechteren Bewertungen gibt es bei der *ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit* und der *sozialen Gerechtigkeit*. Beim *Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen* ist die Region nur bei 1 von 9 Kennziffern *unnachhaltiger* als der Durchschnitt des Regionstyps. Wie differenziert sich dieses Bild nun bei den Landkreisen?

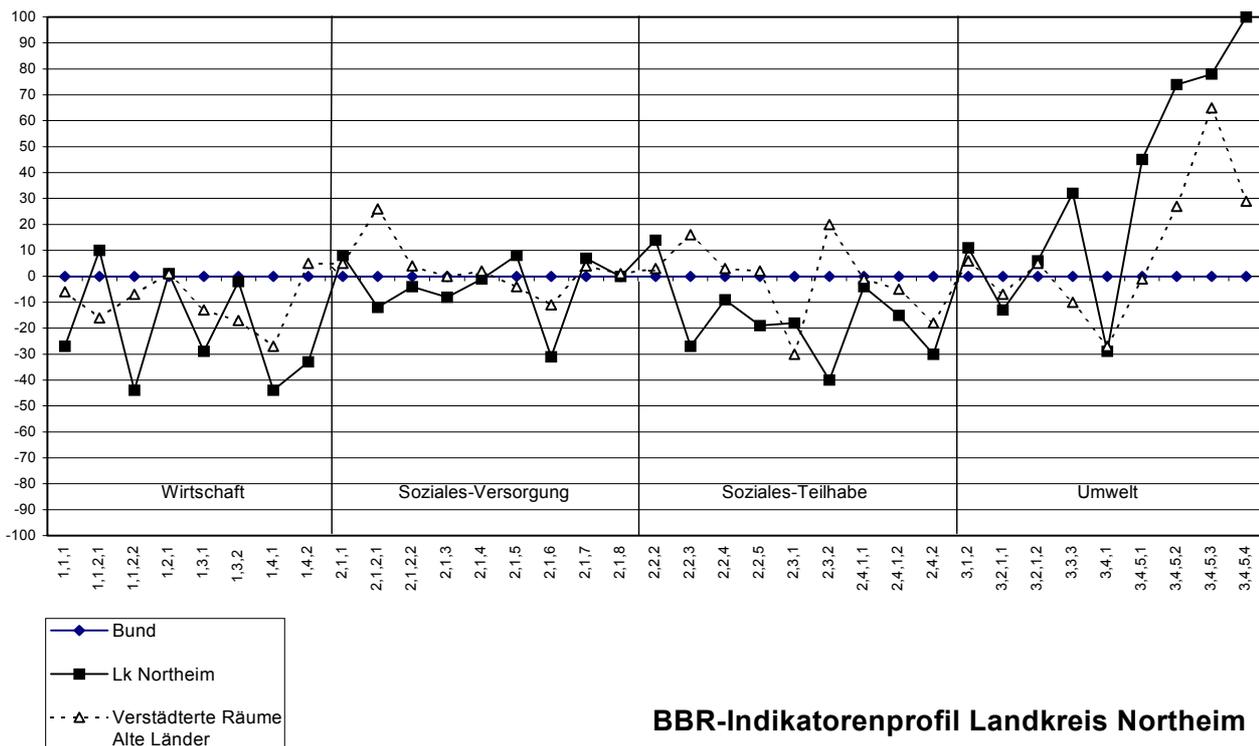
- Landkreis Göttingen: Hier zeigt sich das gleiche quantitative Ergebnis wie bei der Region (+15/-20). Im Zielfeld *Wirtschaft* sind die positiven (3) und negativen (5) Indikatoren ungleich vertreten. Im Zielfeld *Soziales* überwiegen die negativen Bewertungen deutlich (12 zu 6). Der Bereich *Umwelt* hat mehr positive (6) als negative (3) Wertungen.
- Landkreis Northeim: Das Nachhaltigkeitsprofil des Landkreises Northeim ist etwas ungünstiger als der Regionsdurchschnitt. 14 positiven Indikatoren stehen 21 negative gegenüber. Im Zielfeld *Ökonomie* überwiegen die negativen Merkmale (5 von 8). Auch der *Sozialbereich* ist bei 13 von 18 Werten unterdurchschnittlich nachhaltig. Im *Umweltsektor* dagegen ist der Landkreis mit 6 positiven von 9 Merkmalen überdurchschnittlich nachhaltig.
- Landkreis Osterode am Harz: Auch hier ist das Nachhaltigkeitsprofil mit 14+ zu 21- per saldo negativ. Die *wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* wird mit nur zwei positiven Indikatoren überwiegend negativ bewertet. *Soziale Gerechtigkeit* zeigt sich in 13 Merkmalen unterdurchschnittlich, in 5 überdurchschnittlich ausgeprägt. Die *ökologische Nachhaltigkeit* des Landkreises liegt mit 7 positiven Kennziffern weit über dem Durchschnitt der Vergleichsregionen.
- Landkreis Holzminden: Der Landkreis Holzminden hat das beste Nachhaltigkeitsprofil in Südniedersachsen. Es gibt hier allerdings auch weniger positive als negative Merkmale (16 zu 19). Auffallend sind dabei die starken Ausschläge in beide Richtungen. Zu dem günstigeren Gesamtbild trägt die *wirtschaftliche Nachhaltigkeit* am wenigsten bei; 5 der 8 Merkmale liegen hier unter dem Vergleichswert. Die *soziale Nachhaltigkeit* ist unterdurchschnittlich ausgeprägt (+6/-12). Die *ökologische Nachhaltigkeit* dominiert mit einer hohen Zahl positiver Merkmale.



BBR-Indikatorenprofil Landkreis Göttingen

| Raumeinheit | Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit | Soziale Gerechtigkeit - Versorgung | Soziale Gerechtigkeit - Teilhabe | Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | Nachhaltigkeit |
|---------------------|----------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|---|----------------|
| Landkreis Göttingen | +3 / -5 | +2 / -7 | +4 / -5 | +6 / -3 | +15 / -20 |
| Landkreis Northeim | +3 / -5 | +3 / -6 | +2 / -7 | +6 / -3 | +14 / -21 |

Über- (+) oder Unterschreitung (-) der regionstypischen Vergleichswerte bei 35 Indikatoren
Abb. 3.1.1: BBR-Indikatorenprofile Landkreise Göttingen und Northeim



BBR-Indikatorenprofil Landkreis Northeim

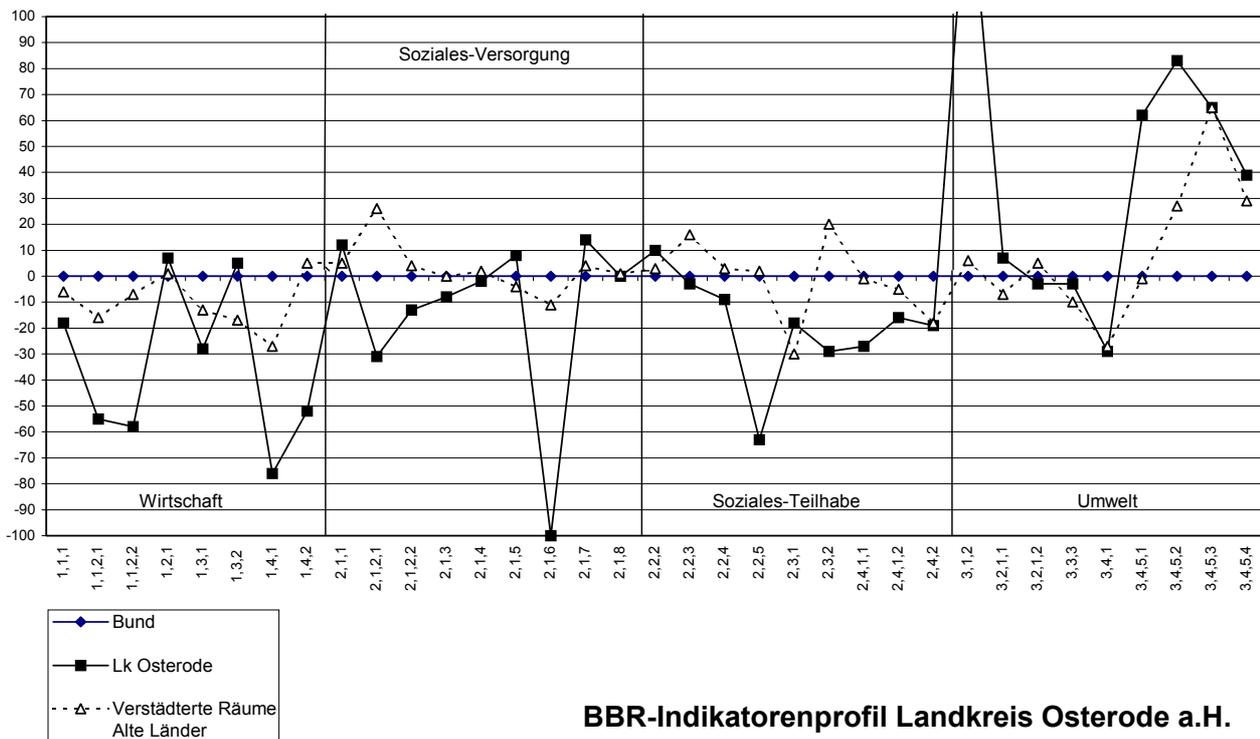
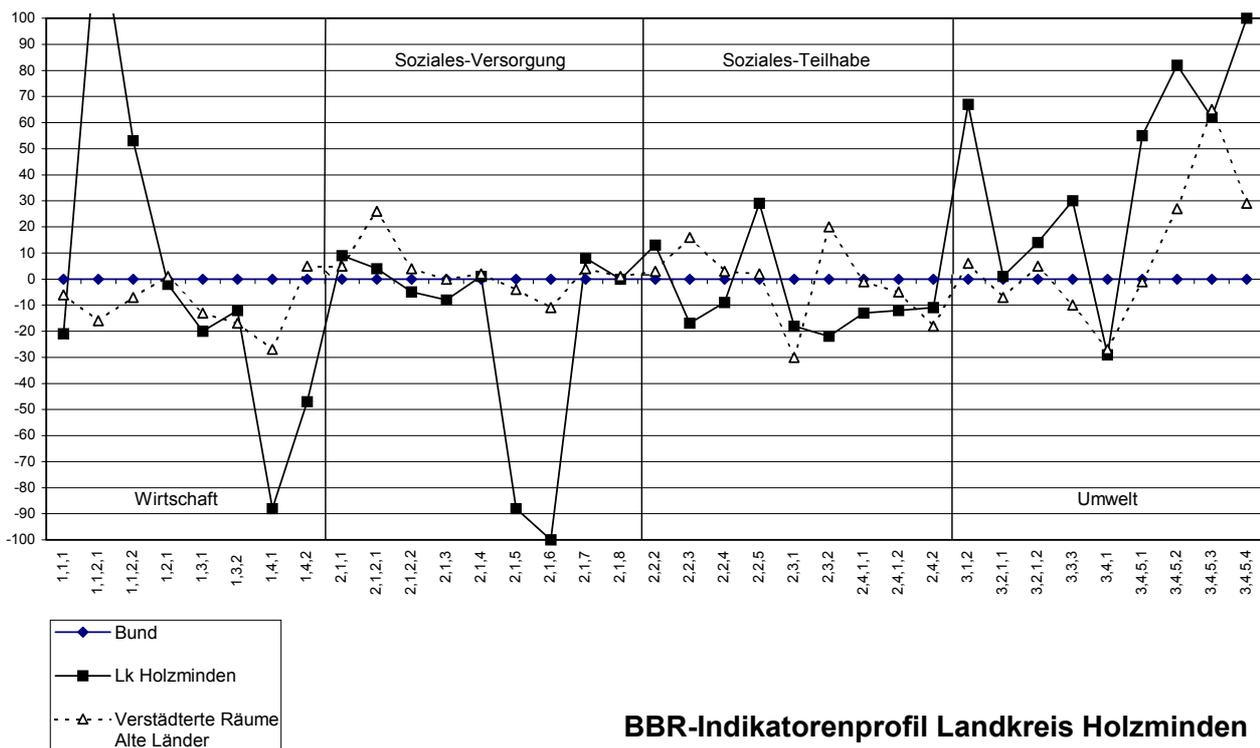


Abb. 3.1.2: BBR-Indikatorenprofile Landkreise Osterode a.H. und Holzminden

| Raumeinheit | Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit | Soziale Gerechtigkeit - Versorgung | Soziale Gerechtigkeit - Teilhabe | Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | Nachhaltigkeit |
|-------------------------|----------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|---|----------------|
| Landkreis Osterode a.H. | +2 / -6 | +3 / -6 | +2 / -7 | +7 / -2 | +14 / -21 |
| Landkreis Holzminden | +3 / -5 | +2 / -7 | +4 / 5- | +7 / -2 | +16 / -19 |

Über- (+) oder Unterschreitung (-) der regionstypischen Vergleichswerte bei 35 Indikatoren



3.2 Regionale Nachhaltigkeitsstrategien

In dem mit einem zweiten Preis ausgezeichneten Beitrag zum Bundeswettbewerb "Regionen der Zukunft" werden die Agenda-21-Ziele für Südniedersachsen unter dem Leitbild "Region im Gleichgewicht" einzeln und in ihrem Zusammenwirken dargestellt. Angestrebt wird gemäß der Leitvorstellung des Bundesraumordnungsgesetzes (§ 1, Abs. 2) ein Gleichgewicht zwischen den Funktionen der Region als Wirtschaftsraum (Branchen und Standorte für Wertschöpfung und Beschäftigung), als Sozialraum (Siedlungen als Lebensraum der Bevölkerung) und als Naturraum (Landschaftshaushalt und -nutzung). Auch die Funktionen selber sollen in sich ausgewogen sein:

- Wirtschaftsraum im Gleichgewicht: Die Bedeutung der Region im interregionalen Vergleich wird gestärkt und Beschäftigung wird gesichert.
- Sozial-kultureller Raum im Gleichgewicht: Gleichwertige Lebensbedingungen für alle Einwohner der Region werden gesichert und entwickelt.
- Naturraum im Gleichgewicht: Es werden nur soviel natürliche Ressourcen (Energie und Stoffe) verbraucht wie wieder regeneriert bzw. substituiert werden und nur so viele Stoffe emittiert, wie wieder aufgenommen werden können.

| BBR-Zielsystem | Zielsystem Wettbewerbsbeitrag | Regionales Strategiesystem |
|--|---|---|
| Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | Wirtschaft und Beschäftigung im Gleichgewicht | Wirtschaftsraum Südniedersachsen mit weltweiter Kompetenz als „Region der Wissenschaft“ |
| Soziale und räumliche Gerechtigkeit | Sozial-kulturelles System im Gleichgewicht | Attraktive Fachwerkstädte und -dörfer im Schwerpunkt Deutschlands |
| Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | Naturhaushalt im Gleichgewicht | Naturnahe Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser („Märchenland“) |

Tabelle 3.2.1: Verknüpfung BBR-Zielsystem mit regionalem Ziel- und Strategiesystem

Das Gleichgewichts-Leitbild wird in dem Wettbewerbsbeitrag mit fünf Zielfeldern bzw. 18 Teilzielen konkretisiert. Diese Gliederung stimmt nicht genau mit dem BBR-Zielraster überein. Deshalb muß für die vorliegende Studie eine "Umformatierung" des regionalen Zielsystems nach dem vorgegebenen Schema erfolgen: Für die drei Zielfelder Wirtschaft, Soziales und Umwelt werden je vier Soll-Strategiekomplexe mit zahlreichen Unterstrategien formuliert. Sie werden durch Maßnahmenprogramme ausgefüllt. Deren Umsetzungsstand, der hier nicht ermittelt werden kann, spiegelt den Erfolg der jeweiligen Strategie bzw. Teilstrategie wieder. Mit dem BBR-Ansatz „wird eine systematische begriffliche Trennung zwischen Zielindikatoren und Strategie- und Maßnahmenindikatoren eingeführt. Daran wird deutlich, warum für eine bundesweit vergleichende regionalisierte Betrachtung am ehesten die Zielebene interessant ist, die Umsetzung dieser Ziele durch geeignete Strategien und Maßnahmen und deren Messung durch Indikatoren dagegen der regionsspezifischen Betrachtung vorbehalten sein sollte“ (BLACH, IRMEN, 1999, S. 452).

| Tab. 3.2.2: BBR-Bewertungskriterien | | | Regionale Bewertung | |
|---|--|--|---|--|
| Ziel | Unterziel | Indikator | Strategie | Maßnahme (Realisier.) |
| 1 Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | | | Wirtschaftsraum mit weltweiter Kompetenz („Region der Wissenschaft“) | |
| 1.1 Erhalt u. Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit | 1.1.1 Erhalt d. wirtschaftlichen Leistungskraft | Bruttowertschöpfung je Einw. | Positionierung im region. Wettbewerb: Wissen und Natur als Standort- und Entwicklungsfaktor (endogene Kompetenz des Wirtschaftsraumes und seiner Teilräume durch Marketing- und Innovationsnetze und Qualitätsmanagement gem. REK-Zielen) | 1. Branchenmarketing |
| | 1.1.2 Verbesserung der Innovationsfähigkeit in der Wirtschaft | Ausgaben für FuE | | 2. Standortmarketing |
| | | Investitionen | | 3. Innovations-/ Wissenstransferstelle |
| 1.1.3 Steigerung des Anteils umweltfreundlicher Produkte | Produkte mit Umweltzeichen | 4. Qualitätsmanagement der Betriebe | | |
| 1.2 Erhalt und Schaffung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur | 1.2.1 Erhalt und Schaffung von Branchenvielfalt | Branchengröße | Förderung von Betriebsgründungen (Existenzgründer-Netzwerke) gem. REK-Ziel | 1. Hochschulausgründung |
| | 1.2.2 Erhalt und Schaffung v. Unternehmensvielfalt | Beschäftigte in KMU | | 2. Gründerzentrum |
| 1.3 Erhalt und Verbesserung des Humankapitals | Erhalt und Förderung zukunftsfähiger Qualifikationen und Berufe | Beschäftigte in zukunftsfähigen Berufen | Qualifizierungsförderung für moderne Berufe (Weiterbildungsbund) gem. REK-Ziel | 3. Gründungsberatungsstelle |
| | | Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausb. | | 1. Qualifizierungsnetzwerk |
| 1.4 Verbesserung der Ressourcenproduktivität der Wirtschaft | 1.4.1 Erhöhung der Flächenproduktivität | Ökosozialprodukt | Verbreitung der freiwilligen Umweltbetriebsprüfung - Öko-Audit (Öko-Profit-Programm), | 2. Beschäftigungsagentur |
| | | Gewerbefläche/BWS | | 1. Beratungsstellen der Ver- und Entsorger |
| | Gewerbefläche/Erwerbstätige | 2. Beratungsstellen der Umweltbehörden | | |
| | 1.4.2 Erhöhung der Energieproduktivität | Energieverbrauch der Industrie | | 3. Beratungsstellen der Umwelt- und Verbraucherverbände |
| 1.4.3 Verminderung der Transportintensität | | regionaler Umsatzanteil | | 4. Öko-Audit-Verbreitung |
| | | Güterimportmenge | | |
| 2. Soziale und räumliche Gerechtigkeit | | | Lebensraum mit hoher Qualität („Attraktive Fachwerkstädte u. -dörfer“) | |
| 2.1. Befriedigung der individuellen Bedürfnisse | 2.1.1 Adäquate Versorgung mit Wohnungen und Wohnraum | Anteil 1 Raum/Person | Gewährleistung der Lebensqualität des Siedlungsraumes, Stärkung der zentralen Orte und zentralen Einrichtungen (Kommunale Kooperation in Städte-/Gemeindenetzen) | 1. Wohnungsbörse |
| | | Einkommen für Wohnr. | | 2. Wohnungsprognose |
| | | Wohnfläche je Einw. | | 3. Dorferneuerung |
| | 2.1.2 Adäquate Versorgung mit Arbeitsplätzen | Arbeitslosenquote | | 4. Integrierte Arbeits- und Sozialvermittlungsstelle |
| | 2.1.3 Angemessene Einkommensverhältn. | Langzeitarbeitslosenquote | | 5. Gewerbeflächenrevision |
| | | Gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen | | 6. Nahbereichsbezogenes Standort- und Entwicklungskonzept für zentrale Einrichtungen |
| | 2.1.4 Gute Ausbildungs- und Bildungschancen | Ausbildungsplatzangebot | | |
| | 2.1.5 Gute Erreichbarkeit von Infrastruktur und Freizeiteinrichtungen des nächsten Oberz. | Quartanerquote | | 7. Nahbereichsbezogenes Standortkonzept für grossflächigen Einzelhandel |
| | | 45-Minuten Isochrone | | |
| | - Einstieg in Fernverb. | 30 Min. z. IR/IC-Bahn. | | 8. City-Management |
| - Gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes | Mittlere Entfernung zw. Wohn- und Arbeitsplatz | | | |
| | Pendlersaldo | 9. Innenstadt-Gestaltungssatzung | | |
| 2.1.6 Gesundheit | Durchschnittliche Lebenserwartung | | | |
| 2.1.7 Sicherheit | Straftaten | | | |
| 2.1.8 Zufriedenheit mit regionalen Lebens- und Arbeitsbedingungen | Wanderungssaldo | | | |

| Tab. 3.2.2: BBR-Bewertungskriterien | | | Regionale Bewertung | |
|---|---|--|--|--|
| Ziel | Unterziel | Indikator | Strategie | Maßnahme (Realisier.) |
| 2.2 Sicherung der sozialen Stabilität | 2.2.1 Sozialer Zusammenhalt | | Förderung von politischer und sozialer Beteiligung (Agenda-21-Netzwerk) | 1.Lokale-Agenda-21-Programme |
| | 2.2.2 Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten auf staatlicher Ebene | Kommunale Wahlbeteiligung | | 2.Lokale-Agenda-21-Prozesse |
| | 2.2.3 Verminderung der Abhängigk. v. staatl. Transferl. | Sozialhilfeempfänger | | 3.Bündnis gegen Armut (z.B. "Runder Tisch Armes Göttingen") |
| | 2.2.4 Ausgewogene Vermögens- und Einkommensverhältnisse | Verhältnis reiche/arme Haushalte | | |
| | 2.2.5 Stabilisierung der öffentlichen Haushalte | Kommunale Schulden je Einwohner | | 4.Haushaltskonsolidierungsprogramme |
| 2.3 Wahrung der Entwicklungschancen für die junge Generation | 2.3.1 Verbesserung des Bildungsstandes | Anteil der 18jährigen ohne allg. Schulausbild. | Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung für Jugendliche (Netzwerk der Förderstellen) | 1.Ausbildungsförderungsstelle |
| | 2.3.2 Verringerung der Arbeitslosigkeit der jungen Gener. | Junge Bezieher von Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe | | 2.Beschäftigungsprojekte für Jugendliche |
| 2.4 Gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und gesellschaftlichem Leben | 2.4.1 Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau | Frauen-Arbeitslosenqu. | Förderung Frauen-Gleichstellung (Kooperationsnetz) | 1.Gleichstellungsstelle |
| | | Frauenant. pol. Mand. | | 2.Frauenförderplan |
| | 2.4.2 Verbesserung der Integration von ausländischen Bürgern | Ausl.-Arbeitslosenquote | Ausländer-Integration (Kooperationsnetz) | 3.Ausländerbeirat |
| | | junge Ausländer ohne allgem. Schulausbildung Ausländ. in komm. Vertr. | | |
| 3.Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | | | Naturraum im Gleichgewicht („Naturnahe Kulturlandschaft zwischen Weser und Harz“) | |
| 3.1 Schutz der biologischen Vielfalt | 3.1.1 Schutz der strukt. Vielfalt | Strukturelle Diversität | Entwicklung Biotopverbundsystem (Ausweisung vernetzter Schutzgebiete) | 1.Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung |
| | | 3.1.2 Wahrung d. Artenvielfalt | | Rote-Liste-Arten Schutzgebietsflächen |
| | 3.1.3 Erhalt der Regulationsfähigkeit der Böden | | | 3.Landschaftsplan |
| | - Vermind./Vermeid. von anthropogen bedingter Bodenerosion | erosionsgefährdete Flächen | | 4.-Vorranggebiete - Naturschutzgebiet, Nationalpark |
| | - Vermind./Vermeid. von Bodenverdichtung | | | 5.-Vorsorgegebiete -Landschaftsschutzg. |
| | - Verringerung des Eintrags pestiz., insektiz. u. eutrophierender Stoffe (N;P) i.d. Boden | Absatz von Insektiziden Pestiziden und mineralischen Düngern | | 6.Landschaftskooperation (z.B.Naturpark, Landschaftspflegeverband) |
| | 3.2 Verringerung der Nutzungsrate regenerativer Ressourcen zum Erhalt der natürlichen Regenerationsfähigkeit - Trink- u.Grundwasser - Holz | 3.2.1 Verringerung der Trinkwasserentnahme | | Grundwasserförderung je Einw. |
| - Verringerung des Trinkwasserbedarfs | Wasserbedarf je Einw. Wasserbedarf je Besch. | 2.Wasserschutzgebiete | | |
| 3.2.2 Schutz u. Pflege der Grundwasservorkommen | | 3.Landwirtschaftliche Wasser- und Bodenschutzberatung | | |
| 3.2.3 Verbesserung der Trinkwasserneubildung | | 4.Förderung ökologischer Landbau | | |
| 3.2.4 Verringerung des Holzeinschlags | Verh. Holzeinschlag zu Holznachwuchs | 5. Ökologische Waldentwicklung | | |
| - Verringerung des Holzbedarfs | | | | |

| Tab. 3.2.2: BBR-Bewertungskriterien | | | Regionale Bewertung | |
|--|--|---|---|--|
| Ziel | Unterziel | Indikator | Strategie | Maßnahme (Realisier.) |
| 3.3 Verringerung der Verschmutzungsrate der Umweltmedien zum Erhalt ihrer natürlichen Absorptionsfähigkeit – Luft – Boden – Wasser | 3.3.1 Reduktion der sauren Deposition durch Verminderung der Emission von SO ₂ , NO _x , NH ₃ und VOC | Emissionen | Monitoring regionale Umweltbelastungen: Immissions-, Wasser-, Bodenschutzprogramm | 1.OzonInformations-system |
| | | Waldzustand nach Schadstufen | | 2.Klima-Bündnis |
| | | Nitratbilanz | | 3.Lärminderungsplan |
| | 3.3.2 Reduktion d. klimarelevanten Treibhausgase durch Verminderung der CO ₂ -Emissionen | CO ₂ -Emissionen (Input) | | 4.Altlastenprogramm |
| | 3.3.3 Reduktion der Ablagerung nicht kompostierbarer/ nicht-recyclingfähiger Feststoffe | Deponie-Abfallmengen | | 5.Klärschlamm- und Kompostkataster |
| | 3.3.4 Erhöhung der Verwend. recyclingfähiger Material. | Recyclingquote | | 6.Regionales Abfallwirtschaftsprogramm |
| | 3.3.5 Verringerung der Abwasserreinleitung in Gewässer | Abwassermenge je Einwohner | | Anteil Fließgewässer mit Güteklasse II |
| | | | 8.Kanaluntersuchungs-/ -sanierungsprogramm | |
| 3.4. Rückgang in der Nutzung nicht-regenerativer Ressourcen – Rohstoffe – Fossile Energieträger – Boden/Fläche | 3.4.1 Verringerung des Abbaus oberflächennaher Rohstoffe | Nachfrage nach oberflächennahen Rohst. | Steuerung ökologisches Siedlungswesen (Rohstoffschonung, Energieeinsparung, Flächenrecycling) | 1.Revision Rohstoffabbauflächen |
| | | Verh. Rohstoffverbr. zu BWS | | 2.Energieeinsparberatung |
| | 3.4.2 Erhöhung der gesamt wirtschaftlichen Ressourcenproduktivität | Verh. Energieverbrauch zu BWS | | |
| | | Energieverbrauch pro Kopf | | |
| | | Energieverbrauch je Beschäftigten | | 3.Förderprogramm für regenerative Energien |
| | 3.4.3 Substitution von fossilen Energiequellen durch regenerative Energien | Anteil regenerativer Energieträger | | |
| | 3.4.4 Verringerung des Kraftstoffverbrauchs v. Verbrennungsmotoren | | | 4.Integrierter Verkehrsentwicklungsplan |
| | - Verringerung der Fahrleistung im MIV | Fahrleistungsdichte | | |
| | | Anteil ÖPNV-Benutzer im Berufsverkehr | | 5.Regionaler öffentlicher Nahverkehrsplan |
| | - Verringerung der Fahrleist. im mot. Güterv. | Fahrleistungsdichte | | |
| | | Anteil Schienen- u. Binnenschiffverkehrs. | | 6.Regionales Radwegekonzept |
| | 3.4.5 Verminderung der Flächenneuanspruchn. für Siedlungszwecke | Entwicklung der Siedlungsfläche | | |
| | - Verringerung des Anstiegs des Wohnflächenbedarfs pro Kopf | Wohnfläche je Einwohner | | 7.Regionales Güterverkehrszentrum |
| - Verminderung der Suburbanisierungstendenzen | Flächenentwicklung im suburbanen Raum im Verhältnis z. Stadtgeb. | | | |
| 3.4.6 Verminderung d.Flächenverbrauchs f.Verkehrszw. | Entwicklung der Verkehrsfläche | 8.Revision Wohnbauflächenprogramm | | |
| 3.4.7 Verminderung d.Flächenverbrauchs für Großeinricht. d. Freizeitsektors | Flächeninanspruchnahme | 9.Revision Gewerbeflächenprogramm | | |
| 3.4.8 Schutz von Freiflächen | Zerschneidungsgrad | | | |

3.2.1 Südniedersachsen als Region der Wissenschaft mit weltweiter Kompetenz

Regionen als oberzentrale wirtschaftliche Verflechtungsräume stehen international und intranational im Wettbewerb zueinander. Sie konkurrieren um Investitionen, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten und Naturressourcen. Auch ihre Teilräume (Gemeinden, zentralörtliche Verflechtungsräume, Landkreise) unterliegen den gleichen globalen Marktgesetzen. Gleichzeitig sind sie von gemeinsamen Rahmenbedingungen wie überörtlicher Infrastrukturanbindung, gemeinde- und kreisübergreifender Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und großräumiger Naturlausstattung abhängig. Der einzelne Teilraum kann diese nicht beeinflussen; hierzu bedarf es gemeinsamer regionaler Strategien. Wettbewerb der Teilräume ist also nur in Kooperation des Gesamttraumes erfolgreich.

Die Wettbewerbsposition einer Region hängt nach der herrschenden *Exportbasis-Theorie* von der überregionalen Absatzfähigkeit der Produkte der Betriebe, Branchen und Standorte ab. Sie entwickelt und vermittelt sich über entsprechendes Marketing, das sich auf die Kompetenzen der beteiligten privaten und öffentlichen Akteure stützt. Die Entwicklungsstrategie für den Wirtschaftsraum Südniedersachsen geht von dem Potential ihrer kompetentesten Produktions- und Dienstleistungsbranchen und -standorte aus. Eine endogene, sich selbst tragende Wirtschaftskraft ist das Ziel dieser Strategie. Es soll möglichst viel an Wertschöpfung in der eigenen Region erfolgen. Das regionale Potential besteht aus

- dem Wissenspotential der ansässigen Bevölkerung und ihrer Institutionen,
- dem Wertschöpfungspotential der regionalen Betriebe,
- dem natürlichen Potential an heimischen Rohstoffen und Landschaft.

Die Gründung der Universität Göttingen im Jahre 1737 war eine strategische Maßnahme der Landes- und Regionalentwicklung. Der hannoversche Minister *Gerlach von Münchhausen* verfolgte das Ziel, mit der Ansiedlung kompetenter Wissenschaftler einen Beitrag zur Qualifizierung der Landesbevölkerung, und mit der Anwerbung zahlungskräftiger Studenten Kauf- und Wirtschaftskraft in den seit dem 30-jährigen Krieg darniederliegenden Raum Südhannover und sein Zentrum, die Stadt Göttingen, zu bringen. Diese regionalpolitische Strategie hat bis heute ihre Nachhaltigkeit bewiesen und wird in modernem Gewande von Stadt- und Regionalmarketing auch weiterhin verfolgt. Südniedersachsen positioniert sich als weltweit bedeutsame Wissenschaftsregion ("science region"). So hat das *Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 1994* für das südniedersächsische Oberzentrum Göttingen die Funktion „Wissenschaftszentrum internationaler Prägung“ als Ziel der Raumordnung ausgewiesen (GESETZ ÜBER DAS LANDESRaumORDNUNGSPROGRAMM NIEDERSACHSEN – Teil I, v. 2. März 1994, B6 – 04). Wissen wird als regionaler Standort- und Entwicklungsfaktor aufgefaßt. So wirbt die Stadt Göttingen mit dem Slogan: „Stadt, die Wissen schafft“. Produkte und Dienstleistungen in diesem Bereich gehören zur Kernkompetenz der Region – in den Ausformungen:

- Wissen schaffen (universitäre und außeruniversitäre Forschung, industrielle Forschung und Entwicklung);
- Wissen vermitteln (Lehreinrichtungen der Hochschulen, Weiterbildungsinstitutionen);
- Wissen anwenden (Umsetzen von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue Produkte und Dienstleistungen).

Das Naturkapital stützt die Regional- und Teilraumentwicklung in folgenden Branchen:

- Rohstoffgewinnung und –verarbeitung,
- Land- und Forstwirtschaft und weiterverarbeitende Betriebe,
- Tourismus und Naherholung mit Betrieben des Beherbergungsgewerbes, der Gastronomie und der Freizeitgestaltung.

Die Mittelgebirgslandschaft zwischen Weser und Harz ist reich an Bodenschätzen und Rohstoffen. Der Harz mit seinen Silber- und Erzminen und der dazugehörigen Energie- und Wasserwirtschaft hat bereits im frühen Mittelalter eine wirtschaftliche Blüte erlebt. Die Industriebetriebe des südniedersächsischen

Harzrandes fußen auch heute noch teilweise auf diesen geologischen Gegebenheiten. Das gilt in vergleichbarem Maße auch für den Solling mit seiner Stein-, Porzellan- und Glasindustrie. Etwa 40% der Regionsfläche sind bewaldet. Dementsprechend hat die Forstwirtschaft mit ihren Folgebetrieben eine große Bedeutung in einzelnen Teilräumen. "Nachhaltigkeit" ist ein Wirtschaftsprinzip, das aus der Forstwirtschaft stammt und in der Bewirtschaftung der Kalkbuchenwälder Südniedersachsens seinen Ursprung hat. Der überwiegende Teil der Landschaft wird landwirtschaftlich genutzt. Zwar ist der Anteil der in der Landwirtschaft voll Beschäftigten – wie überall im Lande – nur noch gering. Der Einfluß auf Landschaftsgestaltung und Naturhaushalt sowie auf die Produktion gesunder Lebensmittel ist jedoch von großer Bedeutung. "Sanfte Landwirtschaft" mit schonender Landschaftsbehandlung, schadstofffreier Produktion und regionaler Vermarktung ist die angestrebte Strategie. Schonender Umgang mit Natur und Landschaft ist auch das Ziel des "sanften Tourismus", der in der vielfältigen und reichhaltigen Mittelgebirgs-Kulturlandschaft Südniedersachsens mit den Schwerpunkten im Weserbergland und im Harz und den kulturhistorisch bedeutsamen Fachwerkstädten eine tragfähige Basis hat.

3.2.1.1 Positionierung durch Qualitätsmanagement, Marketing- und Innovationsnetzwerke

Größter Arbeitgeber der Region ist der Wissenschaftssektor mit der Universität Göttingen, der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen und zahlreichen Forschungsinstituten (z.B. Max-Planck-Institute). Er hat bereits im 19. Jahrhundert viele Industrieunternehmen insbesondere im wissenschaftlichen Gerätebau (Physik- und Messtechnik) induziert, der heute mit modernster Technologie den Kompetenzschwerpunkt der Wirtschaftsregion Südniedersachsen darstellt. Als Begründer dieser synergetischen Entwicklung von Wissenschaft und Wirtschaft in der Region kann *Carl Friedrich Gauß*, der "Fürst der Mathematik" (1777–1855), bezeichnet werden. Er hat damit eine große symbolhafte Bedeutung für Südniedersachsen als "Region der Wissenschaft". Der für geodätische Zwecke von ihm entwickelte "Heliotrop" ist Ausdruck der historisch begründeten Kompetenz im feinmechanisch-optischen Messgerätebau. Das erste damit vermessene großräumige Dreieck (Triangulation 1821) mit den Eckpunkten Brocken, Hoher Hagen und Hils deckt ziemlich genau die Region ab. Mit Wilhelm Weber hat er die erste elektromagnetische Nachrichtenübertragung konstruiert. Sie markiert den Beginn der rasanten Entwicklung der Telekommunikationstechnologie, die eine weitere Kernkompetenz der Region werden soll.

Die Region Göttingen verfügt über eine große Anzahl von privaten und öffentlichen mikrobiologischen Forschungslabors. Als Bestandteil des Verbundes "Bio-Regio-N" mit Hannover und Braunschweig liegt hier der dritte regionale innovative Technologieschwerpunkt.

Aber nicht nur Firmen mit neuen Technologien weist die Region auf. Als Mittelgebirgsraum verfügt Südniedersachsen über zahlreiche Bodenschätze und Rohstoffe, die seit alters her Grundlage entsprechender Gewinnungs- und Verarbeitungsbetriebe sind. Diese prägen in modernisierter Form auch heute noch die Kernkompetenz einzelner Teilräume (z.B. Mechatronik im Landkreis Osterode am Harz). Bestandspflege und Förderung der Innovation auch in diesen Branchen ist das regionalpolitische Ziel.

Zusammengefaßt ergibt sich im einzelnen folgende Struktur kompetenter Branchen in Südniedersachsen, auf die sich die regionale Strategie zukunftsfähiger Entwicklung stützt:

- „neue“ (forschungsorientierte) Technologien (vgl. REK-Handlungsfeld 5)
 1. Physik-/Messtechnik, Mechatronik
 2. Medientechnik (REK-Handlungsfeld 6)
 3. Biotechnik
- „alte“ (standortgebundene) Wirtschaftszweige
 4. Rohstoffindustrie
 5. Land- und Forstwirtschaft (REK-Handlungsfeld 7)
 6. Tourismus (REK-Handlungsfeld 8)

Der Ansatz einer auf selbsttragende (endogene) Kräfte setzenden Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hat sich lange bewährt. Wegen dieser "Nachhaltigkeit" soll er auch in Zukunft verstärkt weitergeführt werden. *"Zukunftsfähige Wissenschaftsregion Südniedersachsen"* lautet die übergeordnete Innovations- und Marketingstrategie. Sie geht davon aus, dass Führungsvorteile im Branchen- bzw. Standortumfeld zu synergetischen Gewinnen für die Beteiligten führen. Mobilisiert werden können die Vorteile durch Kooperationen bei Innovation und Marketing. Instrument dazu sind Netzwerke für

1. Wissenschaftstransfer (z.B. *"Wissprax e.V."*);
2. Branchenmarketing (z.B. *"Measurement Valley e.V."*, *"Mekom e.V."*);
3. Standortmarketing (z.B. *"Initiative Einbeck e.V."*).

Erfolge sind mit der Abfrage messbar, in welchen Teilräumen und Branchen der Region entsprechende Kooperationen bestehen (Maßnahmen 1.1.1 – 1.1.3).

Die betriebsübergreifenden Netzwerke allein können allerdings nicht die Marktpositionen einzelner Betriebe entscheidend beeinflussen. Hierzu bedarf es betriebspezifischer „kontinuierlicher Verbesserungsprozesse (KVP)“, die die Zufriedenheit der Kunden der jeweils produzierten Waren und Dienstleistungen zum vorrangigen Maßstab und damit zur Grundlage des integrierten betrieblichen *Qualitätsmanagement*systems (QM) macht. Die durchgeführten QM-Zertifizierungen (ISO EN DIN 9000 ff) sind ein geeigneter Indikator (Nr. 1.1.4) für die Umsetzung der *regionalen Strategie der kontinuierlichen Verbesserung* als Voraussetzung betrieblicher Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

3.2.1.2 Vielfältige Wirtschaftsstruktur durch Unternehmensgründungen

„In diesem Unterziel spiegelt sich die These wider, dass vielfältige Strukturen eine größere Stabilität und Flexibilität in der Region erwarten lassen, stärkere Konzentrationen dagegen für die Region eine höhere Krisenanfälligkeit bedeuten können. Dabei geht es einerseits um eine vielfältige Branchenstruktur in der Region. ... Des weiteren muß es Ziel sein, hinsichtlich der Größe eine möglichst große Unternehmensvielfalt anzustreben. Ein hoher Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen deutet tendenziell auf flexiblere Reaktionsmöglichkeiten im Strukturwandel hin“ (BLACH, IRMEN, a.a.O. S. 460). Beide Ziele werden durch die regionale Strategie, Unternehmens- und Existenzgründungen zu fördern, angesprochen. Nur durch einen stetigen Erneuerungsprozess sowohl in den Betrieben selbst als auch im Unternehmensspektrum kann die notwendige Vielfalt in der Branchen- und Größenstruktur gewährleistet werden. Die *Förderung von Unternehmens- und Existenzgründungen* ist also ein wichtiges Instrument der regionalen Strukturpolitik.

„Die Arbeitsmarktregion Göttingen/ Northeim ist bislang geprägt von einer eher schwachen Gründungsintensität, wobei die regionalen Rahmenbedingungen für die Entstehung von neuen Unternehmen, insbesondere in den zukunftsorientierten Bereichen der innovativen und technologieintensiven Produkte und Dienstleistungen, als relativ gut zu bezeichnen sind“ (REK Arbeitsmarktregion Göttingen/ Northeim, S. 76). Als Maßnahmen schlägt das REK Göttingen/ Northeim in dem Handlungsfeld 2 „Existenzgründungsinitiativen“ mit Blick auf die verschiedenen Akteure vor:

- Vernetzung der Betreuungs- und Beratungsleistungen,
- Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
- Ausweitung der zentralen Angebote des Netzwerkes auf die übrigen Teilräume der Region.

Beispielhaft arbeitet in diesem Feld die Geschäftsstelle von „MOBIL“, eines Netzwerkes der verschiedenen Beratungsstellen für Existenzgründungen im Landkreis Göttingen (Arbeitsamt, Kommunalverwaltungen, Kammern, Hochschulen, Kreditinstitute, Regionalverband). Angestrebt wird, vergleichbare vernetzte Beratungen in allen Mittelzentren der Region anbieten zu können (Maßnahme 1.2.3). Das größte Potenzial für Unternehmensgründungen ist sicherlich in den Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen vorhanden. Zahlreiche Ausgründungen aus dem Wissenschaftsbereich belegen diese These. Allerdings bedarf es zielgerichteter Anstöße, um die Potenziale aufzuspüren und zu moti-

vieren. Das REK Göttingen/ Northeim schlägt eine spezielle südniedersächsische *Agentur zur Förderung von Ausgründungen aus dem Wissenschaftssektor* vor. Ihre Realisierung wird als Indikator (Ziffer 1.2.1) für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung angesehen.

Sogenannte „Gründerzentren“ haben sich als geeignetes Instrument erwiesen, die nötigen Startbedingungen wie Räume, Geräte, Kommunikationstechnik, administrativ-kaufmännische Dienstleistungen zu günstigen Konditionen für eine begrenzte Zeit bereitzustellen. Ergänzt wird dieses Angebot um Beratung zu Fördermöglichkeiten. Regionalpolitische Strategie ist es, Gründerzentren in allen Teilräumen verfügbar zu haben (Maßnahme 1.2.2).

3.2.1.3 Qualifizierungsnetzwerk

Die allgemeine und berufliche Qualifikation der Menschen ist ein maßgeblicher Entwicklungsfaktor für den Gesamttraum, für seine Wirtschaftsbranchen wie für seine Teilräume. In der Arbeitsmarktreion Göttingen/ Northeim befinden sich überdurchschnittlich viele Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen, sowohl für die Erstqualifizierung Jugendlicher in Schule und Beruf als auch für die Weiterqualifizierung Erwachsener. In diesen Qualifizierungskapazitäten liegt ein großes Potential für die Entwicklung der Unternehmen und der Region. Prozesse zur kontinuierlichen Verbesserung in den Betrieben (QM-Prozesse) stützen sich hauptsächlich auf Wissen, Erfahrungen und Fertigkeiten der breit ausdifferenziert tätigen Prozessbeteiligten und –verantwortlichen. Ständige Anpassung der Qualifikation auf allen Managementebenen („Lebenslanges Lernen“) ist eine wesentliche Voraussetzung für betriebliche Qualitätssteigerung und Wettbewerbsfähigkeit.

Die regionalen Weiterbildungsnachfragen und –angebote sollen stärker aufeinander abgestimmt werden. Hierzu wird mit dem REK-Leitprojekt 3.2 ein „*Netzwerk für Arbeitsmarkt, Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung*“ mit entsprechenden Koordinierungskapazitäten auf der Landkreisebene vorgeschlagen (Maßnahme 1.3.1). Besonderes Augenmerk ist dabei auf Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu legen. Beispielhaft ist hier der Landkreis Holzminden mit dem Qualifizierungsnetzwerk „Region des Lernens“ zu nennen, das die Berufsfähigkeit von Jugendlichen verbessern soll.

Südniedersachsen ist nach EU-Kriterien als „Region mit Strukturproblemen“ (Ziel-2-Gebiet) eingestuft. Dies zeigt sich besonders darin, dass der „erste Arbeitsmarkt“ nicht tragfähig genug ist, allen Beschäftigungssuchenden einen Arbeitsplatz zu bieten. Deswegen ist auf absehbare Zeit der „zweite Arbeitsmarkt“ mit Beschäftigungsgesellschaften und –projekten nicht verzichtbar. Diese sollten ihre Arbeitsplatzangebote und ihre Produkte branchen- und teilraumbezogen aufeinander abstimmen (vgl. Leitprojekt 3.1: Beratungs- und Betreuungsagentur entspr. Maßnahme 1.3.2).

3.2.1.4 Ressourceneffizienz durch Öko-Auditierung

Mit dem Umweltauditgesetz vom 7.12.1995 wird in Ausführung der entsprechenden EU-Verordnung den gewerblichen Unternehmen ein *betriebliches Umweltprüfungssystem* in der Zuständigkeit der Selbstverwaltung der Wirtschaft angeboten. Mit diesem Instrument würde, wenn es breite Anwendung fände, das Nachhaltigkeitsleitbild in der Wirtschaft in praktische standortspezifische Umweltprogramme umgesetzt.

Nach der EU-Verordnung (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 10.07.1993, Nr. L 168/10, Anhang 1 C) müssen bei der Umweltbetriebsprüfung folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Beurteilung, Kontrolle und Verringerung der Auswirkungen der betreffenden Tätigkeit auf die verschiedenen Umweltbereiche;
- Energiemanagement, Energieeinsparungen und Auswahl von Energiequellen;

- Bewirtschaftung, Einsparung, Auswahl und Transport von Rohstoffen, Wasserbewirtschaftung und –einsparung;
- Vermeidung, Recycling, Wiederverwendung, Transport und Endlagerung von Abfällen;
- Bewertung, Kontrolle und Verringerung der Lärmbelästigung innerhalb und außerhalb des Standorts;
- Auswahl neuer und Änderungen bei bestehenden Produktionsverfahren;
- Produktplanung (Design, Verpackung, Transport, Verwendung und Endlagerung);
- Betrieblicher Umweltschutz und Produkte bei Auftragnehmern, Unterauftragnehmern und Lieferanten;
- Verhütung und Begrenzung umweltschädigender Unfälle;
- Besondere Verfahren bei umweltschädigenden Unfällen;
- Information und Ausbildung des Personals in Bezug auf ökologische Fragestellungen;
- Externe Informationen über ökologische Fragestellungen.

Werden durch kontinuierliche Verbesserungen in den betrieblichen Umweltprogrammen alle Möglichkeiten der Optimierung der Umweltschutzziele ausgeschöpft, können die Nachhaltigkeitskriterien auf Dauer erfüllt werden. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit den Kammern ein Beratungsprogramm zur breiten Beteiligung der gewerblichen Unternehmen in der Region aufzustellen. Es wird angestrebt, möglichst viele Betriebe als umweltgeprüft im Standortregister verzeichnen zu können (Indikator 1.4.4). Unterstützend sollen hierbei die verschiedenen *Umwelt-Beratungsangebote* genutzt werden. Deshalb ist es erforderlich, dass in jedem Teilraum Zugangsmöglichkeiten zu qualifizierten Beratungen bestehen. Nach den Trägern können diese unterschieden werden:

- Beratungen der Ver- und Entsorgungsträger zur Reduzierung der betrieblichen Verbräuche von Energie und Wasser, bzw. der betrieblichen Erzeugung von Abwasser und Abfall (Maßnahme 1.4.1);
- Beratungsangebote der Umweltbehörden zum gesetzeskonformen sparsamen und umweltverträglichen Umgang mit den Naturgütern (Wasserschutz, Bodenschutz, Immissionsschutz, Naturschutz): Maßnahme 1.4.2;
- Beratungsangebote der Umwelt- und Verbraucherverbände zum Konsum ressourcenbeanspruchender Produkte und Dienstleistungen (Maßnahme 1.4.3).

Einen zu geringen Stellenwert hat in der EU-Kriterienliste der Flächenverbrauch der produzierenden oder dienstleistenden Betriebe. Besonders in der mehrgeschossigen Anordnung von Produktions-, Verkaufs- oder Verkehrsflächen bestehen erhebliche Vermeidungspotenziale hinsichtlich Flächenverbrauch und Bodenversiegelung. Ebenso führt die Wiedernutzung von Gewerbebrachen zur Vermeidung von Siedlungserweiterungen und weiterer Versiegelung.

3.2.2 Attraktive Fachwerkstädte und –dörfer im Schwerpunkt Deutschlands

Das Raumordnungsgesetz betont die soziale Komponente seiner Leitvorstellung von einer nachhaltigen Raumentwicklung mit der Forderung, „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herzustellen“ (§ 1, Abs.2, Ziffer 6, ROG). „Gleichwertigkeit“ ist relativ, d.h. im Vergleich von Teilräumen miteinander (z.B. als Abweichungen vom Durchschnitt) meßbar. Damit ist jedoch noch wenig über die regional anzustrebenden qualitativen Zielgrößen, d.h. über den Grad der erwünschten Lebensqualität und deren Messbarkeit ausgesagt. Hierzu bedarf es konkretisierender regionaler Strategien nachhaltiger Siedlungsentwicklung. Sie richten sich auf die Regionalen Raumordnungsprogramme der Landkreise und auf die Flächennutzungspläne der Gemeinden und diesbezüglichen Marketingansätze. Bei dem zu erwartenden Stillstand bzw. teilweise auch Rückgang der Bevölkerungsentwicklung müssen sich Regionen und ihre Teilräume bemühen, ihre Einwohner als „Kunden“ zu behalten bzw. neue „Kunden“ zu

gewinnen. Instrument hierzu sind die „Produkte“ der Region zur *sozialen, wirtschaftlichen und politischen Daseinsvorsorge*. (vgl. AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG, Artikel Daseinsvorsorge, 1970, S. 434). Von Bedeutung sind vor allem

- Angebote zu Wohnraumversorgung, Erwerbsmöglichkeiten, sozialer Infrastruktur, Einzelhandel und Dienstleistungen;
- politische und gesellschaftliche Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten;
- Chancen der Jugendlichen hinsichtlich Ausbildungs-, Erwerbs- und Freizeitmöglichkeiten;
- Gleichstellung von Frauen;
- Integration von Ausländern.

Diese regionalen „Produkte“ bestimmen vor allem die *Qualität der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Lebensqualität)* und prägen als Standortfaktoren in hohem Maße die Wanderungsmotive der Bevölkerung (vgl. KORCZAK, 1995). Stadt- und Regionalmarketing richten sich also nicht nur an die Wirtschaftsunternehmen sondern ebenso an die privaten Haushalte als „Kunden“ regionaler Daseinsvorsorge. Dabei ist es wichtig, die Angebote an Wohnraum, Arbeitsplätzen und zentralen Einrichtungen gebündelt in ausreichender Vielfalt vorzufinden. Ebenso sind urbane Erlebnisqualitäten im Nahbereich heute unverzichtbare Bestandteile von Wohnstandort-Prioritäten. Diese sind nur in den Mittelzentren oder ähnlich ausgestatteten Städten anzutreffen. Südniedersachsen hat gerade in den Mittelstädten mit ihren historischen Fachwerkkernen hervorragend gepflegte Stadtbilder aufzuweisen. Ihre Attraktivität zu erhalten und zu steigern ist ein Hauptziel nachhaltiger Raumentwicklung und nachhaltiger städtebaulicher Entwicklung. Räumliches Ordnungsprinzip dabei ist die „dezentrale Konzentration“. Sie „ist ein wichtiges Leitbild für eine ausgewogene und funktionsfähige Raum- und Siedlungsstruktur. Es zielt auf eine Stärkung und Entwicklung eines Netzes zentraler Orte und der regionalen Eigenkräfte in agglomerationsfernen Regionen“ (UMWELTBUNDESAMT, 1995, S. 21).

3.2.2.1 Stärkung der Zentralen Orte als Standorte von Einrichtungen der Daseinsvorsorge

Südniedersachsen gehört nach der Raumtypologie des BBR (siedlungsstrukturelle Regionstypen 1996) als Raumordnungsregion Nr. 24 (Göttingen) zur Gruppe der „*Verstädterten Räume – mittlerer Dichte mit großem Oberzentrum*“. In diesem Rahmen werden der Landkreis Göttingen als „*Verdichteter Kreis*“ und die Landkreise Holzminden, Northeim und Osterode a.H. als „*Ländliche Kreise*“ eingestuft. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist seit Jahren negativ. Sie wird durch die geringen Wanderungsgewinne (überwiegend aus dem Ausland) nicht wettgemacht. Deshalb „droht“ ein erheblicher Rückgang der Bevölkerungszahl in den kommenden Jahren. Für die Landkreise Holzminden, Northeim und Osterode a.H. werden gravierende Einwohnerverluste – verbunden mit einer deutlichen Überalterung prognostiziert (vgl. NIEDERSÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK, 2000).

Die Siedlungsstruktur kann als ausgewogen bezeichnet werden. Die „*dezentrale Konzentration*“ ist seit langem anerkanntes Leitbild der raumordnerischen Steuerung der Siedlungsentwicklung. Ein nach Zentralität gestuftes System der Dörfer und Städte bildet den Lebensraum der Bevölkerung. Lebensraum ist als Funktionsraum und als Identifikationsraum („Heimat“) zu verstehen. In Konzepten zum Stadt- und Regionalmarketing werden diese beiden Aspekte von „Lebensqualität“ gleichermaßen berücksichtigt.

Die regionalpolitische Strategie der „*dezentralen Konzentration*“ im Rahmen des raumordnerischen *Zentrale-Orte-Konzeptes* ist durch die rückläufige Einwohnerzahl gefährdet. Dies führt zu

- sinkender Wohnungsnachfrage und partiell zu Leerständen; hiervon werden vor allem Wohnungen in älteren Gebäuden in den Stadt- und Ortskernen betroffen sein;
- geringerer Auslastung der zentralen Einrichtungen, sinkender Kaufkraft und Nachfrage nach gewerblichen und öffentlichen Dienstleistungen;
- Mangel an qualifizierten Arbeitskräften für die regionale Wirtschaft.

Insgesamt leidet unter diesen Rezessionstendenzen die Attraktivität der Städte und Dörfer als Lebensraum. Sinkende Attraktivität („Verödung“) wiederum fördert die Abwanderung der jungen, urbane Lebensformen bevorzugenden Bevölkerungsteile. Raum- und siedlungsstrukturelles Ziel ist es deshalb, die Attraktivität der Städte und Dörfer als Lebensraum mit hoher Lebensqualität zu erhalten. Dies erfordert eine Strategie der Stärkung der Zentralen Orte, seiner zentralen Einrichtungen und seiner Funktionen als Standort für Wohn- und Arbeitsstättenentwicklung.

Höhere Ansprüche an die Qualität der zentralen Einrichtungen einerseits, quantitativer Rückgang der Nachfrage andererseits können zu größeren Einzugsbereichen führen. Nicht jede ländliche Gemeinde/Samtgemeinde mit der Funktion eines Grundzentrums wird dann in der Lage sein, die erforderlichen Einrichtungen wirtschaftlich bereit zu stellen. Hier bieten sich Kooperationen im Rahmen von Städte-/Gemeindenetzen an. In einem Kooperationsraum (Teilraum) arbeiten die Städte und Gemeinden arbeitsteilig in der Bereitstellung von Einrichtungen der Grundversorgung zusammen. Der Entwurf des Landes-Raumordnungsprogrammes Niedersachsen (LROP 2000 Entwurf) führt eine derartige zentralörtliche Kooperation als neue Raumordnungsstrategie wie folgt ein: „Zentrale Orte, die miteinander siedlungsstrukturell und funktional eng verflochten sind, können sich in ihren zentralörtlichen Funktionen im gemeinsamen Verflechtungsraum ergänzen. Voraussetzungen dafür sind, dass die regionalen Ziele der Funktionsergänzung und ihre interkommunale Umsetzung durch entsprechende Festlegungen in den Regionalen Raumordnungsprogrammen auf der Grundlage interkommunal abgestimmter Standort- und Entwicklungskonzepte hinreichend konkretisiert sind“ (LROP 2000 Entwurf, S. 5).

Die regionalen Lebens- und Arbeitsbedingungen hängen besonders von den Leistungen der „Daseinsvorsorge“ ab. Gleichberechtigter und transparenter Zugang zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Wohnungen, Arbeitsplätze, Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäfte) ist ein Kennzeichen von Lebensqualität und damit auch von Standortqualität. Die folgenden Strategiebausteine enthalten Leitvorstellungen für Südniedersachsen zu einer ausgewogenen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur mithilfe leistungsfähiger *Daseinsvorsorge-Einrichtungen*:

Bedarfsgerechte Wohnungsversorgung

Wohnen ist ein elementares Bedürfnis. Nach Jahrzehnten des Wohnungsmangels zeichnet sich zum ersten mal eine längere Phase mit einem Überangebot an Wohnraum ab. Dennoch sind davon nicht alle Nachfragegruppen gleichermaßen betroffen. Bedarf besteht weiterhin an Wohnungen für kinderreiche Haushalte mit niedrigem Einkommen. Ebenso erzeugt die Überalterung der Gesellschaft eine veränderte Wohnraumnachfrage. So wohnen häufig ältere Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte in zu großen Wohnungen. Es ist bisher nicht gelungen, eine größere Transparenz im Wohnungsmarkt zu erzeugen, die etwa den Wohnungstausch zwischen wachsenden und schrumpfenden Haushalten ermöglicht. So etwas ließe sich mit moderner Informationstechnik durch eine vernetzte „Wohnungsbörse“ (Maßnahme 2.1.1) der Maklerinstitutionen erreichen.

Grundlage der Wohnungsbausteuerung sollten fundierte Analysen und Prognosen des Wohnungsbedarfs für Teilräume und spezifische Bevölkerungsgruppen sein. Dabei ist nach Haushaltsgröße, -alter und -einkommen besonders zu differenzieren. Auch die Lagemerkmale spielen eine zunehmende Rolle bei der Realisierung der Wohnwünsche. Bei der Erstellung derartiger *strategischer Wohnungsprognosen* (Maßnahme 2.1.2) sollten alle am Wohnungsmarkt Beteiligten (Wohnungsbaugesellschaften, Haus- und Grundbesitzervereinigung, Mieterverein, Kommunen) zusammenwirken. Vermieden werden soll die Segregation sozialer Schichten in einzelnen Quartieren.

Schlechter zu vermieten sind Altbauwohnungen mit niedrigem Standard in alten Ortslagen. Sie bedürfen der Bestandsentwicklung und der erhaltenden Erneuerung. Dies ist eine Aufgabe der *Dorferneuerung*

(Maßnahme 2.1.3), die in Südniedersachsen bereits erfolgreich wirkt. Eine Fortsetzung in der bisherigen Intensität ist deshalb Ziel der regionalen Siedlungspolitik für den ländliche Raum.

Das Angebot an modernen Arbeitsplätzen trägt am meisten zur Attraktivität einer Region bei. Einen interessanten „Job“ mit guter Bezahlung zu bekommen, ist das Hauptwanderungsmotiv. Die Möglichkeiten der Einkommenserzielung in der Region beeinflussen die Zu- und Abwanderung besonders der jüngeren, in beruflicher Entwicklung befindlichen Personen bzw. Haushalte. Hauptziel der regionalen Entwicklung ist es deshalb, ausreichende und qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Hierzu kann das Standort- und Branchenmarketing mit „zugkräftiger“ Profilstaltung für die Region und ihre Teilräume entscheidend beitragen.

Der Arbeitsmarkt ist in manchen Bereichen nicht transparent genug. Arbeitsplatzangebot und –nachfrage finden bei schwer vermittelbaren Fällen nicht ohne weiteres zusammen. Hier bedarf es einer gezielten, *aufsuchenden Arbeitsvermittlung* in Kombination mit Starthilfen für beide Seiten. Ein Netzwerk aus Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsverwaltung kann dies leisten. So kann die Arbeitslosenquote insbesondere bei den Langzeitfällen bzw. die Zahl der Sozialhilfeempfänger maßgeblich beeinflusst werden. Die Verfügbarkeit eines derartigen „case-managements“ in den Geschäftsstellenbereichen des Arbeitsamtes ist eine wichtige Maßnahme (2.1.4) für die Qualität der regionalen Arbeitsplatzversorgung.

Die Mittelzentren sind die „*regionalen Arbeitsmarktschwerpunkte*“. Sie gewährleisten mit dieser Funktion eine ausgeglichene dezentrale Raumstruktur gemäß § 2, Abs. 2, Satz 2 ROG. Die Raumordnungsregion Südniedersachsen verfügt über neun Mittelzentren einschließlich des Oberzentrums Göttingen in seiner mittelzentralen Funktion. Damit ist raumordnerisch für eine ausreichende regionale Verteilung der Arbeitsstätten im Grundsatz gesorgt. Im Landkreis Holzminden haben zusätzlich die Grundzentren Stadtoldendorf und Bodenwerder, im Landkreis Osterode a.H. die Grundzentren Herzberg und Bad Lauterberg Bedeutung für die Arbeitsplatzversorgung. Die regionalen Arbeitsmarktschwerpunkte haben die städtebauliche Aufgabe, für ausreichende Gewerbeflächen zu sorgen. Auch hier gilt jedoch der Nachhaltigkeitsgrundsatz, erst alle Verdichtungs- und Wiedernutzungspotentiale der vorhandenen Siedlungsflächen auszuschöpfen, bevor neue Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ ausgewiesen werden. Der Nachweis in den jeweiligen Flächennutzungsplänen ist das Umsetzungsmittel (3.4.3) für diese *Strategie der „Siedlungsmodernisierung“*. Für die überregionale Vermarktung von Gewerbestandorten ist ein *regionales Gewerbeflächenkataster* hilfreich (Maßnahme 2.1.5).

Verbund zentraler Einrichtungen

„Ziel der Raumordnung ist es, in allen Räumen des Landes gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen und zu erhalten. Dazu zählt auch die möglichst gute Versorgung der Bevölkerung mit einem vielfältigen Angebot an Waren und Dienstleistungen in zumutbarer Entfernung vom Wohnort. Im Rahmen des zentralörtlichen Gliederungssystems ist der tägliche Bedarf in den Grundzentren, der mittel- und langfristige Bedarf in den Mittel- und Oberzentren sicherzustellen.“ (LROP 2000 Entwurf, S.31). Die Aufgaben obliegen überwiegend den Gemeinden und Landkreisen, teilweise wie in der Lehrerversorgung auch dem Land. Die Kommunen müssen bei unserem föderalistischen Finanzsystem die Aufgaben aus ihren Haushalten finanzieren. Die kommunalen Einnahmen (z.B. Gewerbesteuer, Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer) hängen stark von der wirtschaftlichen Lage in dem jeweiligen Raum ab. Deshalb ist der Wettbewerb der Gemeinden um die Ansiedlung gewerbesteuerträchtiger Unternehmen und um Personen und Haushalte mit hohem Steueraufkommen bereits im öffentlichen Finanzsystem angelegt. Trotz übergeordneten Finanzausgleichs bleiben erhebliche Disparitäten in der Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte. Besonders das *Stadt-Umland-Gleichgewicht* kommt immer mehr ins „Wanken“. Personen und Haushalte, die Sozialleistungen beanspruchen, konzentrieren sich in den Groß- und Mittelstädten. Gleichzeitig verlieren diese Steuerpotenziale an die Umlandgemeinden durch Abwanderung von Betrieben und Haushalten. Die so strukturierte kommunale Finanzkraft wiederum

bestimmt die Ausstattungsqualität der Gemeinden mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor allem im Bereich der sozialen Infrastruktur (Bildung, Kultur, Gesundheit) und beeinflusst ihre Attraktivität für Zuwanderungen. Der Wettbewerb benachbarter Städte und Gemeinden untereinander wird kontraproduktiv, wenn durch die Abwerbung die Leistungskraft der zentralen Orte höherer Ordnung (Oberzentrum, Mittelzentrum) deutlich geschwächt wird. Unter deren dann sinkender Attraktivität werden wiederum die Umlandgemeinden mit leiden. Kooperation in der Ausstattung der Mittelstädte mit leistungsfähigen zentralen Einrichtungen (soziale und gewerbliche Infrastruktur) muss im Interesse aller Gemeinden des Verflechtungsraumes liegen. Regionale Strategie ist die Bildung von *Städte- und Gemeindenetzen*. Ein geeignetes Instrument für die Koordination ist ein „*Standort- und Entwicklungskonzept*“ (gemäß B 6.02 Entwurf LROP 2000) für die urbanen Verflechtungsbereiche (Nahbereiche). Diese Maßnahme (2.1.6) dient der Realisierung der strategischen Netzbildung für zentrale Orte und zentrale Einrichtungen.

Ein wichtiges Kooperationsfeld sind die Standorte für großflächigen Einzelhandel. Interkommunal abgestimmte *Einzelhandels-Standortkonzepte* werden als weitere geeignete Maßnahme (2.1.7) für eine funktionierende Vernetzung benachbarter Städte und Gemeinden angesehen. Beispielhaft seien hier die Projektansätze des Regionalverbandes für ein regionales Einzelhandelskonzept erwähnt.

City-Marketing für urbanes Milieu

Die Funktionsfähigkeit der Zentren der Groß- und Mittelstädte als Einzelhandelsstandorte wird von Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ bedroht. Als urbane Erlebnisorte sind die Innenstädte jedoch unverzichtbar und müssen deshalb in ihrer Funktion als Standort zentraler Einrichtungen – sozialer und gewerblicher Art – gestärkt werden. Für diese Aufgabe ist in zahlreichen Städten ein *City-Management und -Marketing* organisiert worden, das sich aus den verschiedenen Gruppen zusammensetzt (z.B. Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus) und häufig professionell ausgestattet ist. Eine kundenorientierte Präsentation der Innenstädte als Einkaufs-, Aufenthalts-, Kommunikations- und Erlebnisorte ist das Ziel. Die Attraktivität der Innenstädte soll erhalten, wenn nicht gar gesteigert werden. Die Wirkung des City-Managements soll weit in das Umland reichen und die Kunden und Kundinnen an den Standort binden. Die Innenstädte werden damit auch zum Identifikationskern der Bewohner ihres Einzugsbereiches und haben damit eine Bindungswirkung, die über die wirtschaftliche und soziale Versorgungsfunktion hinausgeht.

Die „belebende“ Konkurrenz der Mittelstädte untereinander soll Kooperation zum Nutzen des Gesamttraumes nicht ausschließen. Zum Publikumsmagneten entwickeln sich *City-Events* an Sonntagen, die mit geöffneten Geschäften verbunden sind. Wenn beispielsweise jeweils eine der 13 Mittelstädte der Region sonntags ihre City „öffnet“, kann ein Quartal lang die ganze Region reihum jeden Sonntag diese Möglichkeit nutzen. Die Besucher würden so auch die anderen interessanten Städte der Region kennen lernen. City-Management in den Mittelstädten und ihre Vernetzung werden als geeignete Maßnahme (2.1.8) für die Strategie der Attraktivitätssteigerung der Innenstädte gewertet.

Die Kerne der südniedersächsischen Mittelstädte sind überregional bekannte Beispiele für kulturhistorisch wertvolle Fachwerkensembles (z.B. Hann.Münden, Duderstadt, Northeim, Bad Gandersheim, Einbeck, Uslar, Osterode, Holzminden). Ihre Pflege und ihr Schutz vor Verunstaltungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil nachhaltiger Regionalentwicklungsstrategie. Der Realisierung dieses Ziels (2.1.9) dienen Gestaltungssatzungen für die Innenstädte.

3.2.2.2 Politische und gesellschaftliche Beteiligung

Soziale Stabilität in der Region soll durch politische und gesellschaftliche Beteiligung gewährleistet werden. „Die Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung am Umsetzungsprozess einer

nachhaltigen Entwicklung sind ein Schlüsselfaktor für die Akzeptanz der Umsetzung, d.h. letztlich für den Erfolg. Dabei geht es zum einen um die vor Ort angestrebte bzw. erreichte Kommunikationsqualität, zum anderen um die Partizipationsmöglichkeiten, die Einbeziehung in Netzwerke und Diskussionsforen.“ (BLACH/IRMEN, a.a.O. S.464).

Das Agenda-21-Dokument von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1992 hat den Kommunen in Kapitel 28 eine besondere Rolle hinsichtlich der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zugewiesen. Im Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen (Nicht-Regierungsorganisationen) und den Bürgerinnen und Bürgern soll eine *lokale Agenda 21*, d.h. ein örtliches Handlungsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung erarbeitet werden. Die regionale Strategie greift diese Forderung auf und regt an, dass alle Gemeinden/Samtgemeinden und Landkreise für ihren Bereich ein solches Programm im Dialog mit den bei ihnen ansässigen Gruppen und Personen aufstellen. Das Vorliegen entsprechender Entwürfe oder Beschlüsse gilt als Indikator (2.2.1) für die Realisierung dieser Strategie. Merkmal (2.2.2) für die Partizipation ist die Existenz entsprechender Agenda-21-Arbeitskreise aus Gruppen und Einzelpersonen. Um den Stand der Aktivitäten in der Region zu erkunden, hat der Regionalverband im Sommer 2002 eine Befragung unter seinen Mitgliedskommunen vorgenommen.

Armut bedeutet nicht nur erhebliche Beschränkungen der Konsummöglichkeiten sondern ist häufig mit gesellschaftlicher Diskriminierung verbunden. Eine solidarische Gesellschaft strebt auch in kleinem Rahmen an, die Ursachen zu beeinflussen und – wo dies nicht gelingt – die Folgen abzumildern. Hierzu bedarf es des Einsatzes aller kompetenten Stellen und Personen aus dem administrativen und nicht-administrativen Bereich. Mit dem Institut des „Runden Tisches“ kann ein „Bündnis gegen Armut“ zusammengebracht werden. Die Existenz solch eines Netzwerkes ist ein Beleg (2.2.3) für eine erfolgreiche Strategie der Bekämpfung der Armut und ihrer Folgen. Geeignete Organisationsebene ist die Kreisebene.

Voraussetzung aller Massnahmen zur Verbesserung der politischen und sozialen Beteiligung sind ausreichende finanzielle Möglichkeiten der Kommunen. Unausgeglichene Haushalte schränken diese Möglichkeiten ein. Deshalb muss vordringlich die Strategie verfolgt werden, durch *Haushalts-Konsolidierungsprogramme* (2.2.4) wieder „Spielraum“ für soziale Projekte zu bekommen.

3.2.2.3 Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung für Jugendliche

Das Nachhaltigkeitsziel der Agenda 21 bezieht sich vor allem auf die Lebenschancen der jungen Generation, die durch unser heutiges Handeln nicht eingeschränkt werden dürfen. Sie hängen im wesentlichen von der Qualifikation und den Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugendlichen ab. Das bedeutet, dass möglichst alle Jugendlichen eine Schulausbildung mit einem entsprechenden Abschluß, eine Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz erhalten sollen. Soweit die Regelangebote trotz hoher Kompetenz und Kapazität dies nicht vollständig leisten können, müssen Zusatzstrategien zur Ergänzung des Angebots entwickelt werden:

- Schulabschlüsse nachzuholen,
- Ausbildungsplätze zu schaffen und zu vermitteln,
- Arbeitsplätze zu schaffen und nachzuweisen.

Das Maßnahmenspektrum reicht von Beratungs- und Vermittlungsstellen, über besondere Ausbildungsstätten (z.B. „Alte Phywe“ in Göttingen) bis zu Beschäftigungsprojekten für Jugendliche. Ein enges Zusammenwirken von Schulen, Jugend- und Sozialverwaltung, Arbeitsverwaltung und Wirtschaftsverwaltung ist Voraussetzung für den Erfolg. Es sollten *integrierte Förderstellen für Bildung und Ausbildung* (Maßnahme 2.3.1) und Beschäftigung von Jugendlichen (Maßnahme 2.3.2) in jedem Nahbereich verfügbar sein.

3.2.2.4 Gleichstellung von Frauen, Integration von Ausländern

Die Agenda 21 gibt in Kapitel 24 Hinweise auf die besondere Rolle der Frauen im Agenda-21-Prozess. Zwar ist die Gleichstellung der Frauen gesetzlich geregelt; die Realisierung der geforderten Massnahmen ist jedoch unterschiedlich weit fortgeschritten. Bewertet werden soll das Vorhandensein hauptberuflich besetzter *Gleichstellungsstellen* in den Nahbereichen (Maßnahme 2.4.1) und die Aufstellung von *Frauenförderplänen* (Maßnahme 2.4.2).

Die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist schwer zu messen. Voraussetzung für einzelne Integrationsmassnahmen ist jedoch, dass sie Mitsprachemöglichkeiten in sie betreffenden Angelegenheiten im kommunalen Raum haben. Ein geeignetes Instrument für die Umsetzung der Integrationsstrategie (2.4.3) ist die Bildung von *Ausländer-Beiräten*.

3.2.3 Naturnahe Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser

Den Naturhaushalt im Gleichgewicht zu halten, ist ein einfach formulierter Anspruch. Bei der Umsetzung treten jedoch zahlreiche methodische Schwierigkeiten auf. Es ist nicht damit getan, die unbelebten und belebten Naturgüter (Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt) unter absoluten Schutz zu stellen. Dies würde die für den Menschen lebensnotwendige (anthropogene) Nutzung der Naturgüter praktisch ausschließen. Es kommt vielmehr darauf an, die mit der Nutzung jeweils verbundenen Eingriffe entweder so zu beschränken, dass keine Schädigungen der Substanz erfolgen, oder aber für adäquate Kompensation zu sorgen. Dieser Prozess kann als „*Nachhaltigkeitsprüfung*“ bezeichnet werden (vgl. STADT GÖTTINGEN, 1999). In jedem Fall ist also kein statisches Gleichgewicht gemeint, sondern ein dynamisches, das für jeden Eingriff die Wirkungen prüft und dafür eine ausgeglichene Bilanz fordert.

In dem Modellprojekt „öko-BUDGET“ von ICLEI - Internationaler Rat für Kommunale Umweltinitiativen (2000) haben vier Kommunen ein der Finanzhaushaltsrechnung nachempfundenes Bilanzierungssystem für die „Naturhaushaltswirtschaft“ aufgestellt. Dieser Ansatz ist sehr aufwendig und kann für unsere Region nicht angewandt werden. Stattdessen werden die zur Setzung und Umsetzung von Umweltqualitätszielen erforderlichen Strategien zusammengestellt und können so nach ihrem Realisierungsstand abgefragt werden. Es steht somit also mehr das regionale Umweltmanagementsystem auf dem Prüfstand als die Ziele selber.

3.2.3.1 Biotopvernetzung der Kulturlandschaft

Dem Schutz der biologischen Vielfalt dient die Erhaltung der Nutzungsvielfalt der Landschaft (strukturelle Diversität). „Eine vielgliedrige und vielfältige Landnutzung stellt nicht nur eine wichtige Komponente in der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts dar, sondern bestimmt auch die Eigenart und Schönheit der Landschaft“ (BLACH/IRMEN, a.a.O., S, 466). Das Leitbild der bäuerlich bewirtschafteten Kulturlandschaft entspricht diesen landschaftsökologischen und -ästhetischen Zielen am ehesten. Es ist deshalb auch Grundlage der regionalen *Strategie zur Erhaltung und Entwicklung einer naturbetonten Kulturlandschaft* in Südniedersachsen.

Der Begriff der „Kulturlandschaft“ macht deutlich, dass „Naturraum“ und „Kulturraum“ in einem engen Wechselverhältnis stehen. Natürliche und vom Menschen unbeeinflusste naturnahe Gebiete gibt es ohnehin kaum noch. Der angestrebte „*Natürlichkeitsgrad*“ ist immer abhängig von der Nutzung der Landschaft. Diese ist primär wirtschaftlich orientiert (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Fremdenverkehrswirtschaft). Je intensiver die wirtschaftliche Nutzung der Landschaft und ihrer natürlichen Bestandteile ist, desto geringer ist die Naturnähe. Vielfach wurde die Strategie verfolgt, Naturschutz und Landschaftspflege durch Herausnahme von Flächen aus der wirtschaftlichen Nutzung zu

stärken. Dies ist bei hochwertigen Gebieten zwar sinnvoll; dennoch müssen sie zur Erhaltung des schutzbedürftigen Sukzessionsstandes gepflegt werden. In der „Breite“ kann aber das Problem mit diesem Ansatz nicht gelöst werden. Hier ist vielmehr eine integrierte Strategie der Kooperation von Landwirtschaft und Umweltschutz (Naturschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz) gefragt. Sie erfordert von der Landwirtschaft einen schonenden Umgang mit Boden, Wasser, Flora und Fauna. Dies läuft auf eine ertragsmindernde Extensivierung der Agrarnutzung der Böden hinaus, die eines wirtschaftlichen Ausgleichs bedarf. Dieser muß im Rahmen der Kooperation geleistet werden. Instrument für eine integrierte Entwicklung von Landwirtschaft, Landschaft und Umwelt mit dem Ziel struktureller Vielfalt ist die „*agrар-strukturelle Entwicklungsplanung*“. Ihre Erarbeitung unter Beteiligung aller Betroffenen ist eine geeignete regionale Maßnahme (3.1.1) für eine erfolgreiche „Diversitätsstrategie“.

Die Abstimmung divergierender Interessen bei der Erarbeitung von Landnutzungskonzeptionen setzt voraus, dass die Beteiligten für ihre Fachgebiete Grundlagen und Ziele vorformulieren. Diese Funktion übernimmt für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege auf der Landkreisebene der *Landschaftsrahmenplan* (Maßnahme 3.1.2) gemäß § 5 und für die Gemeindeebene der *Landschaftsplan* (Maßnahme 3.1.3) gemäß § 6 Nieders. Naturschutzgesetz. In diesen Planwerken sind die Grundzüge für ein *regionales Biotopverbundsystem* und die dazu gehörigen Schutzgebietsausweisungen darzustellen.

Das *regionale Biotopverbundsystem* setzt sich aus den nach „Natürlichkeitsgraden“ gestuften raumordnerischen Gebietsfestlegungen bzw. deren Umsetzung in entsprechende rechtliche Schutzkategorien zusammen: Man kann drei Bedeutungsgrade unterscheiden:

1. *Natur-Vorranggebiete* (vgl. § 7, Abs. 4, Ziffer 1 ROG): Sie bilden in den Regionalen Raumordnungsprogrammen die höchste Bedeutungsstufe. In diesen Gebieten haben die Biotop- der Tier- und Pflanzenwelt Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen. Ihre Beeinträchtigung ist nicht zulässig. Die Vorranggebiete werden auf der Grundlage landesweiter Biotopkartierungen („für den Naturschutz wertvolle Gebiete“) ausgewiesen. Die wichtigsten Biotoptypen in Südniedersachsen sind die naturnahen Kalkbuchenwälder, die Trocken- und Magerrasenvorkommen und die Feuchtgebiete der Gewässerniederungen. Sofern sie gefährdet sind, sollen sie als Naturschutzgebiete oder großräumig als Nationalparke fachgesetzlich durch besondere Verordnungen gesichert werden. Der Anteil der Vorranggebiete an den jeweiligen Bezugsräumen sollte mindestens 10% betragen (Maßnahme 3.1.4).
2. *Natur-Vorbehaltsgebiete* (-Vorsorgegebiete): Bei diesem Gebietstyp überlagern sich mehrere Raumfunktionen oder Nutzungsansprüche. Den Belangen von Natur und Landschaft soll „bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden“ (§ 7, Abs. 4, Ziffer 2 ROG). Vorsorgegebiete für Natur und Landschaft sollen – soweit erforderlich – fachgesetzlich durch kommunale Verordnungen als Landschaftsschutzgebiete gesichert werden. Als Zielgröße wird ein Anteil an der Gesamtfläche von mindestens 50 % angestrebt (Maßnahme 3.1.5).
3. *Gebiete ohne besondere Bedeutung*: Hier sind keine besonderen Schutzvorschriften vorgesehen. Es gelten jedoch die fachgesetzlichen Genehmigungsvorbehalte einschließlich der Kompensationsforderungen für Eingriffe in den Naturhaushalt.

Die Überlagerung von Landschaftsfunktionen und die Entwicklung von Biotopverbundstrukturen bedarf koordinierender Institutionen. Diese Aufgabe obliegt hinsichtlich der gesetzlichen Vorgaben den zuständigen Umweltbehörden (Naturschutz-, Wasser-, Bodenschutzbehörde) auf der Kreisebene. Bei der Umsetzung gilt auch hier das Subsidiaritätsprinzip; d.h. es soll soviel wie möglich von den lokal- oder ressortspezifischen Stellen organisiert werden. Ein gutes Beispiel sind die Naturparke, die Erholung, Landschaftspflege, Landwirtschaft, Forstwirtschaft zu „Vorbildlandschaften“ verbinden. Eine ähnliche Aufgabe hat sich der „Landschaftspflegeverband Landkreis Göttingen“ gestellt. Solche Vernetzungsstellen sind Beiträge (3.1.6) zu einem erfolgreichen *Landschafts-Management* in der Region.

3.2.3.2 Förderung der ökologischen Landschaftsnutzung

Südniedersachsen hat seinen wirtschaftlichen Erfolg im Mittelalter dem Reichtum an regenerativen Ressourcen zu verdanken. Holz und Wasser als Energiequellen standen in der Mittelgebirgslandschaft reichhaltig zur Verfügung. Die Wälder (z.B. Harz, Solling, Hils) sind jedoch übermäßig genutzt worden, so dass Holz Mangelware wurde. Erst große Aufforstungen Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts – allerdings überwiegend mit schnellwachsenden, standortfremden Nadelbäumen – haben den regionalen Waldanteil auf das heutige Maß gebracht. In Südniedersachsen ist Anfang des 20. Jahrhunderts die „nachhaltige Forstwirtschaft“ entwickelt worden. Sie dient dazu, „den Wald ... insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ... zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern“ (Bundeswaldgesetz § 1). Das Wasserrecht, das auch in dieser Zeit normiert wurde, hat frühzeitig die Gewässerbewirtschaftung auf die Einhaltung des „Wohls der Allgemeinheit“ verpflichtet und „vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktion“ (§ 1a Wasserhaushaltsgesetz) untersagt. Die Bewirtschaftung der erneuerbaren Naturgüter Wasser und Holz unterliegt also seit längerem gesetzlich festgelegten Nachhaltigkeitsgrundsätzen. Dennoch bedarf es zur Umsetzung der Ziele regionaler Strategien, die die Besonderheiten des Raumes berücksichtigen und die Hauptnutzer der Naturgüter Wasser und Holz sowie des Bodens als deren Regenerationsgrundlage mit einzubeziehen.

Schonende Wasserwirtschaft

Wasser ist kein Mangelgut in Südniedersachsen. Dennoch sind alle Verbraucher und Verbraucherinnen aufgerufen, den Wasserbedarf zu reduzieren und die Neubildung des Grundwassers nicht zu beeinträchtigen (z.B. durch Entsigelung befestigter Flächen, Versickerung von Oberflächenwasser). Entsprechende Beratungs- und Förderangebote sollten alle Wasserversorgungsunternehmen in der Region machen (Maßnahme 3.2.1). Die hydrogeologischen Verhältnisse und die Siedlungsstruktur haben eine Vielzahl von dezentralen Trinkwassergewinnungsanlagen entstehen lassen. Jeder Ort hatte zu Beginn seine eigene Wasserversorgung, die mittlerweile jedoch zu größeren Versorgungseinheiten auf der Gemeindeebene zusammen gewachsen sind. Weitergehende Konzentrationsbestrebungen durch überregionale Versorgungskonzerne sind neuerdings zu beobachten. Die dezentrale Versorgungsstruktur hat dazu geführt, dass eine Vielzahl von Gewinnungsanlagen und deren Einzugsbereiche durch Schutzgebietsverordnungen gesichert wurden. Die schonende Nutzung und Pflege dezentraler heimischer Wasser-Ressourcen gilt als nachhaltig, nicht jedoch die Konzentration auf wenige zentrale Anlagen (z.B. Harzwasser). Welchen Stand die dezentrale *Trinkwasser-Sicherungsstrategie* hat, zeigt der Indikator 3.2.2.

Naturverträgliche Landwirtschaft

Durch intensive Düngung ist es in Südniedersachsen an verschiedenen Stellen zu erhöhten Nitratbelastungen im Grundwasser und zur Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung gekommen. Um dieses „Nachhaltigkeitsdefizit“ zu beheben, sind 1995 in mehreren Modellversuchen des Landes Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft gebildet worden. Durch „*landwirtschaftliche Zusatzberatung*“ auf der Grundlage von Boden-/Wasseranalysen (Nitrataustragsgefährdung) werden Empfehlungen für den sparsamen und grundwasserschonenden Düngemiteleinsetz gegeben. Die Verbreitung dieser Strategie und ihre Umsetzung in der Region wird mit dem Indikator Nr. 3.2.3 festgestellt.

Dem gleichen Ziel dient die Förderung des „*ökologischen Landbaus*“. Die von den verschiedenen Netzwerken (Bioland, Naturland, Demeter u.a.) festgelegten Bewirtschaftungsregeln haben einen naturverträglichen Umgang mit den Produktionsmitteln zum Ziel. Die regionale Vermarktung vermindert darüber hinaus die schädlichen Transportemissionen. Ökologischer Landbau ist eine Bewirtschaftungsform, die

alle Kriterien der Nachhaltigkeit (ökonomische, soziale, ökologische) in hohem Maße miteinander verbindet. Seine Verbreitung wird als Indikator Nr. 3.2.4 registriert.

Ökologische Waldentwicklung

Für den Staatswald gelten seit 1994 die Grundsätze der „langfristigen ökologischen Waldentwicklung (LÖWE)“. (Runderlaß des ML vom 5.5.1994, Nds.MBl. Nr. 22/1994, S. 961 ff). Sie gehen hinsichtlich der ökologischen Belange über die klassische forstliche Nachhaltigkeit hinaus, die besagt, dass nur soviel Holz geschlagen werden darf, wie wieder nachwächst. In den Kommunal-, Genossenschafts-, Bundes- und Privatforsten wird dieser Standard ebenso anerkannt. Als Indikator für die Umsetzung der Strategie der „ökologischen Waldentwicklung“ (3.2.5) kann der Anteil der Forsteinrichtungswerke, die dem Qualitätsanspruch des LÖWE-Programms entsprechen, gewertet werden.

3.2.3.3 Umweltüberwachung

Die Verschmutzung der Umweltgüter ist nach wie vor eines der dringendsten Nachhaltigkeitsprobleme. Der Eintrag von Schadstoffen in Wasser, Boden, Luft und weitergehend auch in den biologischen Kreislauf von Pflanzen, Tieren und Menschen ist nur so weit tolerabel wie die natürliche Absorptionsfähigkeit dies schadlos zuläßt. Das Umweltrecht setzt mit dem Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bodenschutzgesetz und einer Vielzahl dazu gehöriger Ausführungsgesetze und Durchführungsverordnungen des Bundes und der Länder Grenzwerte für die Zulässigkeit des Schadstoffaustosses bzw. -eintrags und verpflichtet die zuständigen Behörden zu entsprechenden Genehmigungs- und Überwachungsverfahren. Auf regionaler Ebene sind dies vor allem die Gewerbeaufsichtsämter für anlagenbezogene Genehmigungen und Überwachungen der gasförmigen, flüssigen oder festen Emissionen; im übrigen die Landkreise und die Stadt Göttingen als untere Immissionsschutz-, Bodenschutz-, Abfall- und Wasserbehörde. Qualitätsziel ist die vollständige Einhaltung und eine „lückenlose“ Überwachung der vorgeschriebenen Umweltstandards. Ein kooperatives Umweltmanagement in der Region setzt besonders auf die Eigenüberwachung der „Umweltnutzer“ (z.B. Anlagenbetreiber). Im Rahmen von Umweltqualitäts-Zertifizierungen (Öko-Audit, ISO 1400) wird auch die Einhaltung der erteilten Genehmigungen und Auflagen geprüft. Eine größere Verbreitung dieser Managementsysteme könnte die staatliche Überwachung entlasten. Wichtig ist allerdings, dass ein transparentes Beobachtungs- und Berichtssystem (Umweltmonitoring) entsteht.

Immissionsschutz

Die bodennahe Ozon-Konzentration nimmt seit Mitte der 60-er Jahre zu. Vor rund 100 Jahren lag die mittlere Ozon-Konzentration in Bodennähe bei etwas mehr als 20 Mikrogramm pro Kubikmeter. Heute liegt dieser Wert bei 38 bis 44 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ und hat sich somit verdoppelt. Diese Zunahme, besonders die Spitzenkonzentration während heißer Sommermonate, belastet die Natur und die Gesundheit der Menschen. Ozon entsteht aus den Rückständen der Kraftstoffverbrennung (Stickoxide und flüchtige Kohlenwasserstoffe) in Kontakt mit UV-Strahlung. Durch Verdriftung bleiben Ozon-Konzentrationen in bestimmten verkehrsfernen Räumen (z.B. Solling) außergewöhnlich lange hoch. Neben den staatlichen Maßnahmen (Ozon-Gesetz von 1995) ist vor allem die regionale Verkehrspolitik gefragt, durch den ÖPNV-Verkehrsverbund Südniedersachsen (VSN) für leistungsfähige Alternativen zum Individualverkehr zu sorgen. Für die Bürgerinnen und Bürger muß ein kleinräumiges *Ozon-Informations- und Beratungssystem* zur Verfügung stehen (Maßnahme 3.3.1).

Hauptverantwortlich für die globalen Klimaschädigungen sind die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe beim Kfz-Verkehr und bei der Gebäudeheizung. Regionale Minderungsstrategien müssen deshalb an diesen beiden Emissionsquellen ansetzen. Erforderlich sind Konzepte zur Energie-

einsparung beim Individualverkehr und bei der Siedlungsenergieversorgung. Viele Städte und Gemeinden haben sich durch den Beitritt zum weltweiten Netzwerk „Klima-Bündnis“ verpflichtet, durch lokale Energie-Einsparstrategien und –maßnahmen ihren Beitrag zur Minderung der Kohlendioxid-Emissionen zu leisten. Wenn dies alle Gemeinden und Landkreise der Region tun, ist dieses Ziel voll erfüllt (Maßnahme 3.3.2).

Das Bundesimmissionsschutzgesetz verpflichtet die Gemeinden, auf der Grundlage von Bestandsaufnahmen und –bewertungen der Schallimmissionen einen „*Lärminderungsplan*“ aufzustellen. Da das Gesetz keine entsprechenden Handlungsinstrumente enthält, gibt es noch kaum derartige Pläne. Ein Großteil der Bevölkerung fühlt sich durch Lärmimmissionen erheblich in seiner Lebensqualität gestört. Deshalb besteht nach wie vor Handlungsbedarf zur Aufstellung derartiger Pläne (Maßnahme 3.3.3).

Bodenschutz

Das Bodenschutzgesetz fordert in § 1 „nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen.“

Die systematische Erfassung, Bewertung, Überwachung und ggfs. Sanierung von Altlasten ist eine andauernde Aufgabe der Bodenschutzbehörden. Das Vorliegen entsprechender Altlastenprogramme auf der Kreisebene kann als regionaler Indikator (3.3.4) gewertet werden.

Der Boden wird zunehmend für Zwecke der Kreislaufwirtschaft durch Aufbringen von Reststoffen der Abwasser- und der Abfallentsorgung (Klärschlamm-, Kompostverwertung) genutzt. Dies ist nur dann unbedenklich, wenn ein lückenloses Kontroll- und Nachweissystem der Stoffströme besteht. Klärschlamm- und Bioabfallkataster dienen dem regionalen *Qualitäts-Bodenschutzmanagement* im landwirtschaftlichen Bereich (3.3.5).

Ab dem Jahre 2005 dürfen nur noch vorbehandelte Abfälle auf gedichteten Deponien abgelagert werden. Von diesem Zeitpunkt an sollen so nur noch emissionsarme Deponien betrieben werden. Dies setzt voraus, dass alle Wertstoffe (Leichtverpackungen, Bioabfallstoffe, heizwertreiche Stoffe) der Verwertung zugeführt werden und nur noch die so erheblich geschrumpften Mengen der Restabfälle vorbehandelt und deponiert werden. Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Südniedersachsen haben zusammen sehr viel Deponiekapazität. Aus wirtschaftlichen Gründen empfiehlt sich eine enge Kooperation bei der Vorbehandlung und Deponierung der Restabfälle. Die regionale Nachhaltigkeitsstrategie strebt ein abgestimmtes Programm der öffentlichen Entsorgungsträger in Südniedersachsen an (Maßnahme 3.3.6).

Gewässerschutz

Die ökologischen Funktionen der Fließgewässer sind durch die Gewässernutzungen vielfach gefährdet. Zum einen entspricht die Gewässergüte noch nicht überall den Qualitätsanforderungen. Durch die Einführung der „weitergehenden Abwasserreinigung“, insbesondere die Phosphat- und Stickstoffelimination, soll überall die Gewässergüteklasse II („mäßig belastet“) verwirklicht werden. Zum anderen ist die „Strukurgüte“ durch Verbauung und Randnutzungen beeinträchtigt. Entsprechende Gewässerkataster sollen hier die Defizite aufzeigen und Hinweise auf notwendige Sanierungsmaßnahmen geben. Derartiger *Güte- bzw. Strukturgüteberichte* sind Maßnahmen (3.3.7) zu einer erfolgreichen regionalen Fließgewässerschutzstrategie.

Ein erhebliches Risiko für die Grundwasserqualität sind Schäden am Schmutzwasserkanalnetz. Ein nachhaltiges Abwasser-Management zeichnet sich durch langfristige Untersuchungs- und ggfs. Sanierungsprogramme der Abwasserleitungen aus (Maßnahme 3.3.8).

3.2.3.4 Steuerung des ökologischen Siedlungswesens

Der Siedlungsbereich als spezieller Funktionsraum für Wirtschaft, Arbeit und Leben ist Hauptnutzer der nicht-regenerativen Ressourcen:

- Zur Herstellung der „*Siedlungskörper*“ (Gebäude, Höfe, Straßen, Leitungen) werden Baumaterialien aus oberflächennahen Rohstoffen (Kies, Sand, Naturstein, Ton) verwandt. Die Gewinnung ist mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft, die Verarbeitung mit hohem Energieaufwand und entsprechenden Schadstoffemissionen verbunden.
- Der „*Siedlungsbetrieb*“ erfordert Energieeinsatz in enormen Maßen. Für die Wärmeversorgung (Heizung, Warmwasser), die Stromversorgung und den Kraftfahrzeugantrieb werden überwiegend fossile Primärenergieträger (Kohle, Gas, Öl) mit klima- und luftschädigenden Verbrennungsrückständen eingesetzt.
- Die „*Siedlungsfläche*“ ist großenteils versiegelt und entzieht den Boden seiner natürlichen Funktion. Ausgleichsmaßnahmen können zwar die ökologische Wertigkeit an anderer Stelle erhöhen, ändern aber nichts an der Unvermehrbarkeit der Erdoberfläche.

Nachhaltigkeitsziel ist es, die nicht-erneuerbaren Ressourcen effizienter zu nutzen, sei es durch Einsparungen beim Verbrauch, sei es durch Verbesserungen des Wirkungsgrades oder durch Ersatz in Form regenerierbarer Stoffe. Die nachhaltige regionale Siedlungspolitik orientiert sich an diesem Ziel mit der Strategie der „dezentralen Konzentration“. Als „verstädterte Region“ hat Südniedersachsen die Chance, die ökonomischen, sozialen und ökologischen Vorteile der Ballung wie des ländlichen Raumes ausgenutzt zu nutzen, aber deren Nachteile zu vermeiden. Die Raum- und Siedlungsstruktur ist hier nach dieser Strategie konsequent zentralörtlich gestuft und freiraumsichernd punkt-axial gegliedert. Dies gewährleistet die Raumfunktionen in optimaler Zuordnung: Wohnen, Arbeiten, Versorgung in Dörfern, in Grund- und Mittelzentren und im Oberzentrum mit arbeitsteiligen Aufgaben unter dem Aspekt flächen- und ressourcenschonender regionaler Kreislaufwirtschaft, Mobilität bei minimierten Wegen und damit geringerem Verkehrs- und Energieaufwand und Schadstoffausstoß, Freiraum- und Naturgütersicherung in Koordination mit Land- und Forstwirtschaft und Erholung.

Rohstoffabbau

Der Abbau von Sand-, Kies- Ton- und Natursteinvorkommen wird in den regionalen Raumordnungsprogrammen durch die Ausweisung von Vorranggebieten als Grundlage von Genehmigungsverfahren gesteuert. Dem Nachhaltigkeitsgrundsatz folgend muß in jedem Einzelfall geprüft werden, ob der geplante Eingriff in den Naturhaushalt vermeidbar, verminderbar oder ausgleichbar ist. Ein besonderer Konflikt besteht im Vorharzland zwischen dem wirtschaftlichen Interesse, die dortigen Gipsvorkommen auszu-beuten, und den Naturschutzbelangen, die hier europaweit bedeutsame Gipskarstgeo- und -biotoppe verzeichnen. Die Substitution des Naturgipses durch technische Gipse aus der Rauchgasentschwefelung (REA-Gips) wird als Nachhaltigkeitskriterium angeführt. Die Nachhaltigkeitsprüfung der raumordnerischen Ausweisung von Rohstoffsicherungsgebieten kann als Indikator (3.4.1) gelten.

Siedlungs- und Verkehrsenergieverbrauch

Der Altgebäudebestand trägt zur Energieverschwendung und damit zur Klimaschädigung am meisten bei. Die meisten Altbauten sind schlecht gedämmt. Sie verbrauchen ein Vielfaches des mit der Energieeinsparverordnung normierten Heizwärmebedarfs von 50 – 70 kcal/m²a (Niedrigenergiestandard). In der Enrgiesanierung des Altwohnungsbestandes liegt ein großes Potential zur CO₂-Verminderung. Als Indi-

kator für die Umsetzung der *Strategie der Energiesanierung* werden Beratungsangebote zur Energieeinsparung durch verbesserte Wärmedämmung und Heizungstechnik (3.4.2) sowie Förderprogramme zur Verwendung erneuerbarer Energien (3.4.3) durch die zuständigen Energieversorgungsunternehmen gewertet.

Zukunftsfähige kommunale Verkehrsentwicklungspläne enthalten Maßnahmenprogramme zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und zur Stärkung der Verkehrsarten im „Umweltverbund“ (Regionalindikator 3.4.4). Dazu gehören *Nahverkehrspläne* für den Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (ZVSN), die Stadt Göttingen und den Landkreis Holzminden (Indikator 3.4.5) sowie abgestimmte Konzeptionen für ein *regionales Radwegenetz* (Indikator 3.4.6). Besondere Bedeutung für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung haben Maßnahmen zur Stärkung des Güterverkehrsangebots auf der Schiene. Ein regionales Güterverkehrszentrum ist hierzu dringend erforderlich (Indikator 3.4.7.)

Siedlungsflächenverbrauch

Trotz entspannter Marktlage findet weiterhin Neubau von Wohnraum statt – überwiegend in Form von flächenextensiven Einfamilienhäusern. Bevorzugt werden vielfach nicht-zentrale Standorte mit billigem Bauland. Diese raumordnerischen Fehlentwicklungen bedürfen einer Gegensteuerung. Aus Gründen des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden (§ 1a BauGB) muß bei stagnierender oder gar rückläufiger Bevölkerungszahl die vorhandene Siedlungsfläche grundsätzlich ausreichen. Neue Siedlungsflächen sollen nur in Ausnahmefällen ausgewiesen werden. Modernisierung alter Bausubstanz, Wiedernutzung von Siedlungsbrachen (vgl. § 2, Abs.2, Ziffer 2 ROG), sowie Verdichtung von Nutzungen sind als Strategien nachhaltiger Siedlungsentwicklung in verstärktem Maße erforderlich. Gefragt ist eine Anpassung der kommunalen Flächenprogramme: Die Raumordnungsprogramme der Landkreise und die Flächennutzungspläne der Gemeinden müssen sich mit den veränderten Anforderungen und den gewandelten Gewichtungen der Siedlungsflächennachfrage auseinandersetzen. Dies sollte zum „Einfrieren“, in überdimensionierten Fällen auch zur „Rückplanung“ von Flächenausweisungen führen. Indikator (3.4.8) für nachhaltige Wohnsiedlungsentwicklung ist die Umsetzung dieser Planrevisionen durch die Landkreise (RRÖP) und die Gemeinden (F-Pläne).

Besonderen Kooperationsbedarf der Gemeinden untereinander gibt es bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen. Die Gefahr ist groß, dass aus Konkurrenzgründen unkoordiniert Gewerbeflächen in der Region ausgewiesen und erschlossen werden. In jedem Einzelfall ist der Nachhaltigkeitsgrundsatz zu beachten, dass erst alle Verdichtungs- und Wiedernutzungspotentiale der vorhandenen Siedlungsflächen ausgeschöpft werden müssen, bevor neue Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ ausgewiesen werden. Der Nachweis in den jeweiligen Flächennutzungsplänen gilt als Indikator (3.4.9) für diese Strategie der Siedlungsmodernisierung.

3.3 Teilraumgliederung für Nachhaltigkeitsbilanzen

Das Gebiet des Regionalverbandes Südniedersachsen e.V. ist hinsichtlich der Raumabgrenzung identisch mit der „Raumordnungsregion Nr.24 – Göttingen“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in der neuesten Fassung von 1996.

Die kommunalen Zuschnitte gliedern die Region in vier Landkreise und diese wiederum in 39 Gemeinden/Samtgemeinden. Davon hat die Stadt Göttingen einen gesetzlichen Sonderstatus, der ihr die Aufgaben der Kreisebene nach Landesrecht zuerkennt. Für eine räumlich-funktionale Strukturanalyse ist diese Gliederung nicht so sehr geeignet, weil sie auf der Kreisebene nicht differenziert genug, auf der Gemeindeebene jedoch zu umfangreich ist. Es wird nach einer Abgrenzung gesucht, die zur Bilanzierung von Nachhaltigkeitsmerkmalen dienen kann. Sie sollen für sozial-ökonomische wie für ökologische Bilanzen (Angebot und Nachfrage nach Ressourcen und Leistungen) gleichermaßen geeignet sein.

3.3.1 Gliederung nach Verflechtungsräumen

Verflechtungsräume definieren den Einzugsbereich von „Zentralen Orten“ mit ihren zentralen Einrichtungen. Die derzeitige Raumordnung legt zwar die zentralen Orte selbst, deren Einzugsgebiete jedoch nur insoweit fest, als alle Gemeinden/Samtgemeinden als Grundversorgungsbereich ausgewiesen werden. Für Mittelbereiche (Verflechtungsbereich von Mittelzentren) gibt es keine überschneidungsfreie Abgrenzung. Da die Regionalplanung nicht immer so „zurückhaltend“ war, lohnt ein Blick in frühere Planungsphasen. Die Anfänge der Landesplanung in Niedersachsen nach dem Kriege sind in den „Grundlagen und Hinweisen für ein Landesraumordnungsprogramm“ aus dem Jahre 1965 dokumentiert. Hier findet sich eine Karte mit den aus Landessicht „wichtigen“ zentralen Orten. Sie entsprechen in unserer Region – bis auf Dassel – genau den vorgeschlagenen Bilanzraumzentren.

Raumordnungsprogramme der Regierungs-/Verwaltungsbezirke 1971/72

„Vorläufer“ der Regionalplanung auf Kreisebene war bis 1978 die Raumordnung auf Regierungsebene. Es galt zuerst das „Raumordnungsprogramm für den Regierungsbezirk Hildesheim“ von 1972. Das Planungsgebiet stimmt bis auf den heutigen Landkreis Hildesheim (jetzt Regierungsbezirk Hannover) und den ehemaligen Landkreis Gandersheim (früher Verwaltungsbezirk Braunschweig) mit dem Regionalverbandsgebiet größtenteils überein. Der Maßstab der zeichnerischen Darstellung war 1 : 125.000. Die Ziele zur „Entwicklung der Gemeinden“ wurden nach zentralörtlicher Bedeutung gestuft:

- „Oberzentren“ sollen Einrichtungen zur Deckung des spezialisierten höheren Bedarfs bereitstellen; dazu gehören Hochschulen, Sportstadien, Spezialkliniken, Theater, Großkaufhäuser, sowie spezialisierte Einkaufsmöglichkeiten, Dienststellen höherer Verwaltungsstufen sowie größere Banken und Kreditinstitute.
- „Mittelzentren“ sollen die Deckung des gehobenen Bedarfs ermöglichen; dazu gehören Schulzentren der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe und berufsbildendes Schulwesen), ferner Krankenhäuser, größere Sportanlagen und vielseitige Einkaufsmöglichkeiten.
- „Grundzentren“ haben die Aufgabe, die Einrichtungen zur Deckung des Grundbedarfs der Bevölkerung in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht (Grundversorgung) für ihren Bereich (Nahbereich) bereitzustellen. In Grundzentren sollen Schulzentren der Sekundarstufe I, Spiel- und Sportstätten sowie gewisse Einrichtungen der gesundheitlichen Betreuung (Arzt, Apotheke) ferner Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe vorhanden sein.“

Den zentralen Orten aller Stufen können Nebenzentren zugeordnet werden. Das Raumordnungsprogramm für den Regierungsbezirk Hildesheim vom 1.11.1972 und ergänzend das Raumordnungsprogramm für den Verwaltungsbezirk Braunschweig (Nahbereich Gandersheim) vom 6.8.1971 gliedern

nach diesem Prinzip die Region (im heutigen Zuschnitt) in 18 Nahbereiche: Bad Gandersheim, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Bodenfelde, Bodenwerder, Dassel, Duderstadt, Einbeck, Gieboldehausen, Göttingen, Herzberg, Holzminden, Moringen, Münden, Northeim, Osterode, Stadtoldendorf, Uslar. Zusätzlich sind zwei Nebenzentren außerhalb der Region liegenden Nahbereichen zugeordnet (Landwehrhagen zu Kassel, Delligsen zu Alfeld).

Für die Nahbereiche wurden „Einwohner-Richtzahlen für 1990/2000 für alle raumbedeutsamen Planungen“ vorgegeben. Ausgehend von der Bevölkerungszahl 1970 für die Region Südniedersachsen von 588.800 wurde eine Richtzahl von 657.000, entsprechend einer Steigerung um 11.6%, zugrunde gelegt. Göttingen wurde als zum Oberzentrum zu entwickelndes Mittelzentrum festgelegt. Als entwickeltes Mittelzentrum wurde lediglich Holzminden eingestuft. Als zu Mittelzentren zu entwickelnde Grundzentren wurden Duderstadt, Einbeck, Münden und Osterode ausgewiesen. Bad Gandersheim wurde als Grundzentrum, das wie ein Mittelzentrum ausgestattet sein soll, wegen seiner Funktion als Heilbad deklariert. Zusammen sind dies für die Region acht Mittelbereiche, deren Verflechtungsbereiche jedoch nicht überschneidungsfrei festgelegt werden. Der raumplanerische Ordnungsbedarf war in dieser Zeit sehr groß, weil in dem Betrachtungsraum ca. 400 selbständige Gemeinden agierten.

Raumordnungsprogramm für den Regierungsbezirk Hildesheim 1977

Auf der Grundlage der raumordnerischen Verflechtungs- und Funktionszuweisungen wurde 1974 die große Kommunalreform in Niedersachsen durchgeführt. Das Regionale Raumordnungsprogramm von 1977 spiegelt das Ergebnis wider. Fast alle Grund- und Nebenzentren des Programmes von 1972 sind zu Gemeinde-/Samtgemeindemittelpunkten geworden. Es werden weiterhin Nahbereiche als Einzugsbereiche von Grundzentren definiert, zu denen mehrere Gemeinden/Samtgemeinden gehören können. Gegenüber dem Programm von 1972 ist deren Zahl von 18 auf 20 erhöht worden. Die Einwohner-Richtzahl für Südniedersachsen für 1990/2000 wurde trotz der bis 1975 auf 593.000 gestiegenen Werte gegenüber dem Programm von 1972 auf 635.000 reduziert. Dies bedeutet jedoch immer noch eine Zuwachsprgnose von 6,9%.

Regionalplanung der Landkreise

Mit der Reform der Regierungsbezirke 1978 wurde die Regionalplanung auf die Kreisebene übertragen. Die Regionalen Raumordnungsprogramme der Landkreise auf der Basis des Landesraumordnungsprogrammes 1982 enthalten das Element der Nebenzentren nicht mehr. Demzufolge werden alle Gemeinden/Samtgemeinden als Nahbereiche mit der Funktion der Grundversorgung festgelegt. Verflechtungsbereiche der Mittelzentren werden ebenfalls nicht definiert, so dass die räumlich-funktionale Gliederung weitgehend ungesteuert bleibt.

3.3.2 Gliederung nach Landschaftsräumen

Für die ökologische Bilanzierung wird eine Orientierung an Landschaftsräumen erforderlich. Nach BUCHWALD ist ein Landschaftsraum ein „konkreter Ausschnitt der Erdoberfläche (Geosphäre) der nach seiner geschichtlichen Entwicklung, seiner Struktur, seinem Bild und seinem Haushalt eine Einheit bildet. Jeder Landschaftsraum setzt sich aus einem für ihn charakteristischen Gefüge von Ökotypen zusammen“ (STEUBIG, BUCHWALD, BRAUN, 1995, S.161). Eine anerkannte Abgrenzung liegt seit langem mit der „Geographischen Landesaufnahme – Naturräumliche Gliederung“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (ehemals Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung – BfLR) vor. Die dort kartenmäßig dargestellten „naturräumlichen Haupteinheiten“ entsprechen der hier gewünschten Gliederungsebene.

Südniedersachsen bildet den südlichen Teil der „*naturräumlichen Region Weser- und Leinebergland*“ (Ordnungsziffer 37) und den Südwestrand der „*naturräumlichen Region Harz*“ (Ordnungsziffer 38). Die Region grenzt sich geomorphologisch von den Nachbarräumen erkennbar ab. Während die Bergzüge und Hügelketten im nördlichen Harzvorland und nördlichen Weser-/Leinebergland durch kammartige, vorwiegend herzynisch streichende Sättel und Mulden geprägt werden (Schichtkammlandschaft), wird das hier zu beschreibende südliche (oder obere) Weser-/Leinebergland als Schichtstufenlandschaft klassifiziert. Der tektonische Aufbau wird im wesentlichen durch flachlagernde Gesteine des Trias (Buntsandstein, Muschelkalk und Keuper) bestimmt. Verschiedene Bruchlinien (z.B. Leinegraben), Lößauflagen in den Niederungen und Vulkankegel tragen zur kleinräumigen Gliederung der Landschaft bei. Topografisch ist der Oberleiner Raum deutlich von den Nachbarlandschaften abgegrenzt. Im Norden bilden die Kammerberge von Ith/Hils mit dem Leinedurchbruchtal bei Kreiensen die Abgrenzung. Eine besonders markante Grenze besteht im Osten mit dem Gebirgsmassiv des Harzes. Der Südrand des oberen Leineberglandes ist im nordthüringischen Obereichsfeld mit dem Dün ebenfalls durch eine deutliche orographische Trennung zum angrenzenden Thüringer Becken gekennzeichnet. Im Südwesten und Westen bilden die mächtigen Buntsandsteinschichten des Kaufunger Waldes mit den tief abfallenden Flußniederungen von Werra und Fulda die Grenze zum hessischen Mittelgebirgsraum. Eine ebenfalls deutliche, auch die Siedlungs- und Verkehrsstruktur beeinflussende Zäsur bildet das tief eingeschnittene Wesertal, das durch die Höhenzüge von Bramwald und Solling vom Leinegraben getrennt ist. Erst im Raum Hörter/Hozminden ist die Weserniederung offener für Siedlungswecke.

Die innere naturräumliche Gliederung der Region wird im wesentlichen von den in Nord-Süd-Richtung parallel verlaufenden Tälern der Hauptgewässer, der Weser am westlichen Rand und der Leine in der Mittelachse mit den sie begleitenden Hügeln sowie dem Harz am Ostrand bestimmt. 16 „*naturräumliche Haupteinheiten*“ werden von der Region ganz oder teilweise erfaßt. Sie decken sich nicht mit den sozio-ökonomischen Verflechtungsräumen. Da sich die Naturraumgliederung auf einheitliche ökologische Merkmale stützt, werden Talräume und Höhenzüge definitorisch voneinander getrennt. Siedlungsräumlich bilden aber gerade Tal und angrenzende Hänge eine Einheit. Deshalb wird alternativ eine morphologische Landschaftsgliederung gewählt. Sie folgt überwiegend den Einzugsbereichen der Hauptgewässer sowie der Exposition zu den Hauptgebirgszügen der Region.

3.3.3 Raumordnerische Bilanzräume

Im folgenden wird der Versuch gemacht, verschiedene ökologische und sozio-ökonomische Raumgliederungen zu einem Vorschlag für raumordnerische Bilanzräume zusammenzuführen. Kleinste Dateneinheit sind die Gemeinde-/Samtgemeindegebiete. Es sollen Kreisgrenzen eingehalten werden, um Datenaggregationen auf dieser Ebene zu ermöglichen. Aus der Zusammenschau ergeben sich 13 Bilanzräume, die in den Landkreisen Göttingen und Northeim überwiegend Einzugsbereiche der Mittelzentren darstellen und die historische Altkreisgliederung widerspiegeln. In den Landkreisen Holzminden und Osterode a.H. gibt es außer den Kreisstädten keine weiteren Mittelzentren. Hier kann auf ältere Nahbereichsbestimmungen und auf landschaftsräumliche Unterteilungen zurückgegriffen werden:

- Landkreis Holzminden: Die ältere raumordnerische Gliederung geht von drei Nahbereichen aus: Bodenweder, Holzminden/Bevern/Boffzen/Polle, Stadtoldendorf/Eschershausen. Dieser Ansatz wird mit zwei Abweichungen aufgegriffen: der Bereich Polle wird landschaftlich mit Bodenweder zusammen gesehen (Weser-Vogler). Der Bereich Delligsen wird naturräumlich mit Stadtoldendorf/Eschershausen in Verbindung gebracht (Lenne-Hils).
- Landkreis Northeim: Die morphologische Raumgliederung, die mittelzentralen Verflechtungsbereiche und die Altkreisabgrenzung stimmen großenteils überein. Es zeichnen sich vier Teilräume ab: Einbeck/Dassel (Leine-Ilme), Bad Gandersheim/Kreiensen/Kalefeld (Leine-Gande-Aue), Uslar/Bodenfelde/ Hardegsen (Südsolling), Northeim/Moringen/Nörten-Hardenberg/Katlenburg-Lindau (Leine-Rhume),

- Landkreis Göttingen: Die Altkreisgrenzen entsprechen überwiegend der morphologische Raumgliederung und den mittelzentralen Verflechtungsbereichen. Die Gemeinde Adelebsen könnte nach ihren landschaftlichen und historischen Bezügen auch dem Raum Uslar zugeordnet werden. Mit der Einhaltung der Kreisgrenzen wird die Nahbereichszuordnung zu Göttingen betont. Somit entstehen drei Bilanzräume: Hann.Münden/ Dransfeld/ Staufenberg (Naturpark Münden), Göttingen/ Adelebsen/ Bovenden/Gleichen/ Friedland/ Rosdorf (Oberleine), Duderstadt/ Gieboldehausen/ Radolfshausen (Untereichsfeld bzw. Rhume-Hahle).
- Landkreis Osterode a.H.: Für Osterode/ Bad Grund (Harz-Söse) und Herzberg/ Hattorf (Harz-Sieber) kann den älteren Nahbereichsfestlegungen gefolgt werden, die auch mit den morphologischen Abgrenzungen übereinstimmen. Die Städte Bad Lauterberg und Bad Sachsa und die Samtgemeinde Walkenried bilden wirtschaftsräumlich als Kurorte eine Einheit, so dass sie als Bilanzraum ohnehin prädestiniert sind.

Abb. 3.3: Raumgliederung Region Südniedersachsen



3.4 Historische Entwicklungsepochen in Südniedersachsen

Erlebbar Regionalgeschichte leistet einen wichtigen Beitrag zum Regionalmarketing: nach innen als zeit- und raumbezogene Identifikation der hier beheimateten Menschen mit ihrer Region (Regionalbewusstsein); nach außen als kulturtouristische und wirtschaftsstandörtliche Imagebildung (Markenzeichen). Was ist Südniedersachsen regionalhistorisch? Es ist kein territorialgeschichtlich eindeutig abgrenzbares Gebilde. Das gilt übrigens für viele Regions- und Landschaftsbezeichnungen. Sie verändern mit den politischen Verhältnissen im Laufe der Geschichte häufig auch ihre Abgrenzungen.

In Südniedersachsen sind vier historische Teilräume zu unterscheiden, die sich im Mittelalter herausgebildet haben, ohne sich jedoch als eigenständige Landschaften dauerhaft zu definieren:

- Raum Göttingen, Northeim, Uslar, Münden in der Form des *Fürstentums Göttingen* als Teil des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg;
- Raum Osterode, Herzberg, Einbeck in der Form des *Fürstentums Grubenhagen* als Teil des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg;
- Raum Holzminden, Gandersheim als Teil des *Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel* im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg;
- Raum Duderstadt (Untereichsfeld) als Teil des *Fürstentums Eichsfeld* im Kurfürstentum Mainz.

Zusätzlich sind exterritoriale Zugehörigkeiten zu berücksichtigen (z.B. Herrschaft Plesse zur Landgrafschaft Hessen, Gericht Hunnesrück zum Stift Hildesheim, Grafschaft Hohnstein im Südharz).

Trotz der häufigen Zusammenlegungen und Aufteilungen der Herrschaftsräume hat sich nach KAEMLING (1995) um 1900 ein einheitlicher Mundartraum „*Göttingisch-Grubenhagensch*“ herausgebildet, der ziemlich genau mit der hier benutzten Regionsabgrenzung übereinstimmt. Heute wird Südniedersachsen durch den räumlich-funktionalen Verflechtungsbereich des Oberzentrums Göttingen beschrieben. Die BBR-Region Nr. 24 (Raumordnungsregion Göttingen) umfasst die den Süden des Landes Niedersachsen ausfüllenden Landkreise Göttingen, Holzminden, Northeim und Osterode a.H.. Damit wird die südliche Hälfte des Regierungsbezirks Braunschweig abgedeckt. Der Landkreis Holzminden gehört zum Regierungsbezirk Hannover. So wie heute die Region als Teil der politischen Territorialgliederung Deutschlands definiert wird, so ist auch der historische Rückbezug an die jeweilige territorialgeschichtliche Konstellation gebunden. Das wird besonders deutlich, wenn man die Epochen „rückblickend“ (d.h. von der Gegenwart epochenweise in die Vergangenheit zurückschauend) betrachtet:

Niedersächsische Zeit (1945 bis heute)

Die Bezeichnung Südniedersachsen gilt seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Im Zuge des föderalistischen Neuaufbaus konstituierte sich das Land Niedersachsen aus verschiedenen Bestandteilen. Bis 1978 war die Region in großen Teilen mit dem Regierungsbezirk Hildesheim identisch (abzüglich Lk Hildesheim, zuzüglich Gemeinden Kreiensen und Bad Gandersheim). Danach reichen die Regierungsbezirke Braunschweig und Hannover in den Raum.

Den meisten Menschen der Region ist die „neueste Zeit“ aus eigener Anschauung oder aus Berichten der älteren Generation bekannt, so dass es keiner „Denkmale“ als erlebbarer Anschauungspunkte der Geschichte bedarf. Ausgenommen hiervon ist sicher die Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten in den Jahren 1989/90, die in Südniedersachsen in der Beseitigung der „hautnahen“ Grenzanlagen sichtbar wurde. Sie durchschnitt jahrzehntelang landschaftliche oder territoriale Einheiten wie das Eichfeld und den Harz. Das Grenzlandmuseum in Duderstadt/Teistungen zeigt anschaulich diesen jüngsten Abschnitt der Zeitgeschichte.

Nach 1945 wurde mit der Ansiedlung eines großen Teils der deutschen Atomphysiker in Göttingen (Max Planck, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue) auf der wissenschaftlichen Leistung der Vor-

kriegszeit aufgebaut. Die Gründung der bedeutendsten deutschen Forschungsorganisation, der Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erfolgte in diesem Zusammenhang hier. Einige der berühmten Forscher und Nobelpreisträger liegen auf dem alten Stadtfriedhof in Göttingen begraben. Ihre Grabstätten erinnern an ihr epochemachendes wissenschaftliches Wirken.

Preußische Zeit (1866 – 1945)

In dieser Phase war die Region Teil der preußischen Provinz Hannover. Im Jahre 1866 endete das Königreich Hannover nach kriegerischen Auseinandersetzungen (Schlacht bei Langensalza) mit Preußen. Das Land Hannover wurde eine preußische Provinz mit einer Provinzregierung in Hannover (Oberpräsident). Es gab darunter eine Landdrostei in Hildesheim, aus dem später der Regierungsbezirk wurde. Das Gebiet hatte einen Nordteil und einen Südteil, die durch braunschweigisches Gebiet (Kreise Holzminden und Gandersheim) getrennt wurden. Aus dieser und der früheren Epoche stammt die Bezeichnung „*Südhannover*“, die etwa die heutigen Landkreise Göttingen, Northeim (ohne Gandersheim) und Osterode sowie Teile des Landkreises Goslar (Oberharz) umfasste. 1941 wurde der Kreis Holzminden gegen den Kreis Goslar von Braunschweig nach Preußen getauscht, so dass dann jeweils zusammenhängende Territorien entstanden.

Wirtschaftsgeschichtlich ist dieser Zeitraum von der Industrialisierung geprägt; auch wenn der Agrarsektor in der Region noch stark überwiegt. Die Universität wird unter preußischer Regierung weiter ausgebaut. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist Göttingen eines der Weltzentren der theoretischen Physik. Die unser modernes Weltbild prägende Theorie der Elementarteilchen (Quantenphysik) wurde hier von Max Born und Werner Heisenberg wegweisend erforscht. Ihr „Erfinder“ war Max Planck im Jahre 1900. Zahlreiche Betriebe entstanden aus dem universitätsnahen feinmechanischen Handwerk. Sie stellten wissenschaftliche Messgeräte als Grundlage technisch-industrieller Produktion her. Noch heute sind diese frühen Spinn-off-Effekte kennzeichnend für den gewerblichen Schwerpunkt der Region im Bereich der Mess- und Regeltechnik.

Siedlungs- und kulturgeschichtlich prägt der Ausbau der Städte über den durch mittelalterliche Befestigungsanlagen gebildeten Rahmen hinaus das Bild der Region. Neoklasizistische Baustile dominieren bis zum 1. Weltkrieg das Baugeschehen (Gründerzeitstil). Zwischen den beiden Weltkriegen finden nur in geringem Maße Stadterweiterungen statt.

Hannoversche Zeit (1635 – 1866)

Die Phase absolutistischer Landesherrschaft mit Hannover als Regierungssitz reichte vom Fürstentum Calenberg-Göttingen-Grubenhagen (1635) über das Kurfürstentum Hannover (1692) bis zum Königreich Hannover (1814 - 1866). Der 30-jährige Krieg führte wie überall auch in unserer Region zur Zerstörung vieler Städte und Dörfer. Nur langsam erholten sich Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur von den Schäden. Seit 1635 gab es ein eigenständiges Fürstentum Calenberg-Göttingen-Grubenhagen. Die Residenz befand sich seit 1636 in Hannover. Dieses Land entwickelte sich zum Kurfürstentum und schließlich zum Königreich Hannover. Die jahrhundertelange dynastische Einheit des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg löste sich damit endgültig in die Fürstentümer Hannover (Calenberg-Göttingen-Grubenhagen), das 1705 um das Fürstentum Lüneburg erweitert wurde, und das verbleibende Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel auf. Das Land Hannover war kein räumlich zusammenhängendes Gebiet, sondern wurde durch Teile des Herzogtums Braunschweig (Holzminden, Gandersheim) und das Bistum Hildesheim in einen Nord- und einen Südteil gegliedert, aufgrund ihrer Höhenlage als „*Unterswald*“ (Land Calenberg) und „*Oberswald*“ (Land Göttingen) bezeichnet. Zusätzlich gab es einzelne unabhängige Herrschaften (z.B. Hardenberg, Plesse, Hunnesrück), die Hannover noch nicht als voll-

ständigen Flächenstaat erscheinen ließen. In der Zeit von 1794 – 1837 wurde Hannover in Personalunion mit dem Königreich England regiert.

Verfassungsrechtlich befinden wir uns im Zeitalter des Absolutismus. Die Territorialherrschaft hatte sich gegenüber den ständischen (dazu gehörten auch die städtischen) Interessen durchgesetzt. Wirtschaftlich prägen Merkantilismus und Manufaktur die Epoche. Es überwiegen in Hannover jedoch Landwirtschaft und Handwerk. Kunstgeschichtlich sind nacheinander Barock, Rokoko, Klassik, Romantik die vorherrschenden Stile. Geistesgeschichtlich spricht man vom Zeitalter der Aufklärung. Regionalwirtschaftlich von großer Bedeutung für den Raum „Südhanover“ war die Gründung der Universität Göttingen. Sie wurde als Reformuniversität im Geiste der Aufklärung schnell zu einer der bedeutendsten europäischen Hochschulen vor allem in den aufkommenden Naturwissenschaften. Namen wie *von Haller*, *Blumenbach*, *Lichtenberg* stehen am Anfang dieser Entwicklung. Einen Höhepunkt naturwissenschaftlicher Universität stellt *C. F. Gauß* dar mit seinen Arbeiten in Mathematik, Physik (Elektromagnetismus, Erdmagnetismus) Astronomie und Geodäsie, die den Ruf der Universität Göttingen noch heute mitprägen. Mit seinen Anforderungen an exakte Messmethoden hat er die Grundlagen für die modernen Naturwissenschaften aber auch die Messtechnikindustrie in der Region Göttingen gelegt. Die Betriebe dieser Branche, die den Verein „*Measurement Valley*“ zusammen gegründet haben, sind heute ein weltweites Kompetenzzentrum.

Die Göttinger Sternwarte, in der Gauß gewirkt und gewohnt hat, ist ein herausragendes Wahrzeichen für diesen Teil der Wissenschafts- und Regionalgeschichte. Es sollte deshalb auch zu einem wissenschaftsgeschichtlichen Museum, das die Bedeutung von Gauß und seiner epoche- und regionsprägenden Leistungen herausstellt, hergerichtet werden. 1837 hob der nach Beendigung der Personalunion mit England neue hannoversche Regent Ernst-August das Landesgrundgesetz auf, das die Mitwirkung der Stände und die Stellung der Bauern regelte. Der von sieben Göttinger Professoren (u.a. Gebrüder Grimm) erhobene Protest, der ihre Entlassung zur Folge hatte, fand ein weites Echo.

Göttinger und Calenberg-Göttinger Zeit (1235 – 1635)

Das Herrschaftsgebiet *Heinrichs des Löwen* fand mit seiner Entmachtung 1180 durch *Kaiser Barbarossa* ein Ende. Es verblieb jedoch der Kern des sächsischen Herzogtums in der Hand der Welfen. 1235 wurde das *Herzogtum „Braunschweig-Lüneburg“* wieder vom Kaiser anerkannt. Die auf Eigenbesitz beruhende Herrschaft hatte traditionell ihren Schwerpunkt im Weser-Harzraum. Ein Charakteristikum dieser Dynastie war, dass es in Erbfällen immer wieder zu Teilungen in einzelne „Fürstentümer“ kam. Das Herzogtum selbst blieb aber jeweils als „ideelle Einheit“ (KALTHOFF 1982) bestehen. Waren keine direkten Erben vorhanden, fiel das Herrschaftsrecht wieder an das Mutterhaus zurück. Neben den Hauptlinien Braunschweig und Lüneburg entstanden so im 13. Jahrhundert *Grubenhagen*, das um Einbeck und Osterode/Herzberg gelegen ca. 300 Jahre bestand, und *Göttingen*, das etwa 150 Jahre selbständig war.

1285/86 wurde das *Land Göttingen* (auch „*Oberwald*“ genannt) zum ersten Male selbständiges Fürstentum. Vier dynastische Generationen regierten das Land von Göttingen aus. *Otto der Quade* (der „*Böse*“) verlor seine Stadtburg *Bollrus* (heutiger „*Ritterplan*“) 1387 im Streit mit der Stadt Göttingen und zog nach Harste. Diese Auseinandersetzung kennzeichnet die gesamte Zeit, die aus wechselnden Fehden zwischen örtlichem Adel („*Raubritter*“), selbstbewußten Städten, wohlhabenden Klöstern und der Landesherrschaft bestand. In der vierten und letzten Generation dieser Epoche regierte *Otto Cocles* (der *Einäugige*). Seine Familie unterhielt teure Hofhaltungen in Uslar, In Münden und in Hardeggen. 1442 dankte Otto Cocles zugunsten des Braunschweiger Hauses ab. Das Fürstentum Göttingen wurde von da an mit dem Fürstentum Calenberg (bei Hannover) auf Dauer – und mit dem Fürstentum Wolfenbüttel vorübergehend – zusammengelegt. Die Städte entwickelten sich in dieser Zeit zu aktiven Han-

desplätzen, was sich auch im Reichtum ihrer gotischen Bauten (Bürgerhäuser, Kirchen und Klöster) ausdrückt.

1495 wurde eine Teilung zwischen Calenberg-Göttingen und Wolfenbüttel vereinbart. Diese Regelung hatte auf lange Zeit mit geringfügigen Korrekturen bis 1635 Bestand. Zum Regierungssitz von Calenberg-Göttingen entwickelte sich in dieser Phase die Stadt Münden, die bereits oberster Gerichtsstandort war. Aus der Zeit Erichs d. Älteren (1495 – 1540) stammt der Neubau des Schlosses in Münden und der Erichsburg bei Dassel, beides Musterbeispiele der Weserrenaissance in Südniedersachsen. Sein Sohn Erich d. Jüngere (bis 1584) baute in Uslar das Schloss Freudenthal, das 1612 jedoch abbrannte und nicht wieder aufgebaut wurde. Die nächsten 50 Jahre wurde das völlig abgewirtschaftete Fürstentum von Wolfenbüttel aus regiert. Eine wirtschaftliche Erholung brachte diese Phase nicht, sondern zog „Oberwald“ mit in den 30-jährigen Krieg. 1625 rückten die Truppen Tillys in das Land ein und besetzten die wichtigsten Städte wie Göttingen, Northeim und Münden.

Sächsische Zeit (919 – 1235)

Im Zeitraum 919 – 1235 wurden die Geschehnisse der Region als Teil des Stammesherzogtums Sachsen bestimmt. Kunstgeschichtlich ist es die Zeit der Romanik. Klöster-, Pfalzen-, Burgen-, Dorf- und Städtegründungen machen diese Epoche zur entscheidenden Phase der regionalen Siedlungs- und Kulturlandschaftsentwicklung. Zahlreiche Beispiele romanischer Baukunst machen diesen Abschnitt der Geschichte in der Region noch heute erlebbar (Straße der Romanik). Der schönste Kirchenbau ist die Stiftskirche in Bad Gandersheim. Der Stiftsbereich hat als dynastische Keimzelle eine besondere Bedeutung weit über die Region hinaus. Der Raum Gandersheim war Ausgangspunkt der Besitzungen des sächsischen Geschlechts der Liudolfinger im Harz-Weser Gebiet. 919 wurde der *Liudolfinger Sachsenherzog Heinrich* zum ersten „deutschen“ König berufen. Sein Sohn *Otto der Große* wurde erster Kaiser des „*Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation*“. Der Schwerpunkt der Geschichte in Mitteleuropa rückte damit vom Rhein (in der karolingischen Zeit) zum Weser- und Harzraum. Dies gilt für die *ottonische Epoche* von 919 - 1039 (Heinrich I, Otto I, Otto II, Otto III, Heinrich II), weiter auch noch für Zeit der ostfränkisch-sächsischen Salierkaiser (1024 – 1125). Erst mit der Stauferzeit (1138 – 1254) verlagert sich der Reichsschwerpunkt nach Süden. In diese Zeit fällt die schwere Auseinandersetzung des letzten Sachsenherzogs, *Heinrich des Löwen*, mit *Kaiser Barbarossa*, die 1180 zur Entmachtung des Welfenherzogs und zur Reduzierung seines Gebietes auf die Erbgüter zwischen Oberweser und Unterelbe führte.

An die sächsische Zeit, in der Südniedersachsen ein Mittelpunkt des Deutschen Reiches war, erinnern vor allem die Pfalzstandorte, Sie waren Stützpunkte der „Wanderkaiser“ und zu den urkundlich belegten Aufenthalten jeweilige deutsche „Hauptstädte“. Zerstört, aber durch Grabungen nachgewiesen sind Standort und Form der *Pfalz Grona* in Göttingen und der *Pfalz in Pöhlde*. In der Pfalz Grona verstarb der letzte Sachsenkaiser *Heinrich II*. Als sog. Weihnachtspfalz wird der Königshof in Pöhlde bezeichnet, weil hier viele kaiserliche Aufenthalte zur Weihnachtszeit nachgewiesen sind. Hier soll der Sage nach auch der *erste deutsche König, Heinrich I (der Vogler)* seine Wahl bei der Vogeljagd erfahren haben.

Sächsisch-fränkische Zeit (550 –919)

Die Sachsen waren ein germanischer Volksstamm, der sich im Zuge der Völkerwanderung von der Ostseeküste nach Süden hin ausgebreitet hatte. Während in Westeuropa sich das Merowingerreich etablierte, blieb der norddeutsche Raum von zentraler Herrschaft lange unabhängig. Die Sachsen gliederten sich in vier Stammeslandschaften (Westfalen, Engern, Ostfalen, Nordalbingier), die sich in Krisenzeiten in einer gemeinsamen Bundesversammlung organisierten. Die kleinste Organisationseinheit

waren „Gae“, deren südniedersächsische nach KAEMLING (Leinegau um Göttingen, Lisgau im Vorharz, Merongau und Rittigau um Northeim, Suilberge um Einbeck, Augau im Weser-Sollingraum) zum Stamm der Engern gehörten.

Von 782 bis 804 wurden die Sachsen von Karl dem Großen unterworfen, christianisiert und in die fränkische Grafschaftsverfassung einbezogen. Regionalgeschichtlichen Quellen nach (PRÖPPER 1972) soll Südniedersachsen schon 745 durch einen Kriegszug König Karlmanns unter fränkische Herrschaft gekommen sein. Damit begann ein intensiver Landesausbau (Bau von Heerstrassen, Anlegung von Burgen, Königshöfen und Missionsstationen, Rodungen zur Neuanlage von Siedlungen). Kulturgeschichtliche Zeichen sind aus der karolingischen Epoche nur noch wenige vorzuzeigen. Zu vermuten ist, dass die in Niedersachsen nur im Südteil vorherrschende Form des mitteldeutschen Ernhauses in dieser Epoche aus der fränkischen (und auch thüringischen) Nachbarschaft übernommen wurde.

Germanische Zeit (bis 550 n.Chr.)

Je weiter man zurückblickt, desto spärlicher werden die historischen Zeichen in der Region. Ausgrabungen belegen eine Besiedlung bereits in urgeschichtlicher Zeit. Erste Landnahmen finden in der Jungsteinzeit von 4.000 bis 2.000 v. Chr. statt. Südniedersachsen wurde schwerpunktmäßig in der Bronzezeit (1.800 - 800) v. Chr.) besiedelt. Bis um etwa 600 v. Chr. ist der gesamte niedersächsische Raum einheitlich germanisch besiedelt. Wir befinden uns kulturgeschichtlich in der Eisenzeit (ab 800 v. Chr.). Um die Zeitenwende findet sich in Südniedersachsen der Stamm der Cherusker. Ihnen wird unter der Führung ihres Herzogs Hermann (Arminius) der Sieg über den römischen Feldherrn Varus (Kalkriese, 9 n. Chr.) zugerechnet. In der Völkerwanderungszeit (bis ca. 500 n. Chr.) werden die Cherusker von den von Norden vordringenden Sachsen überformt.

3.5 Schwerpunkte nachhaltiger Raumentwicklung

Heute ist die Region Südniedersachsen nach EU-Kriterien ein *Gebiet mit Strukturproblemen, das der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung bedarf*. Die effiziente Förderung als *Ziel-2-Gebiet* bedarf eines in der Region und mit dem Land abgestimmten Maßnahmenprogramms, das die Schwerpunkte der investiven und institutionellen Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur in der Region umfasst. Entwicklungsziel ist es, die regionale Wertschöpfung unter Nutzung der endogenen Potentiale zu erhöhen und die überregionale Wettbewerbsfähigkeit durch ein überzeugendes Standortprofil zu verbessern. Es orientiert sich an der landesplanerischen Standortfunktion (LROP B 6.04) für „*Göttingen als Wissenschaftszentrum internationaler Prägung*“, die das Profil der Region als weltweiten Standort wissenschaftsintensiver Dienstleistungen und Technologien beschreibt. Oberzentrum und Verflechtungsbereich nehmen an der Image- und Standortprägung gleichermaßen teil. In Form eines Kontraktes könnten zwischen dem Land und den regionalen Akteuren Ziele und Umsetzungsmaßnahmen und deren Finanzierung vereinbart werden. Ein solcher *Regionalkontrakt* dient der Integration der Maßnahmen der an der Raumentwicklung beteiligten staatlichen, kommunalen und sektoralen Körperschaften:

- Land Niedersachsen mit seinen Fachressorts und Fachbehörden,
- Landkreise Göttingen, Holzminden, Northeim und Osterode a.H. mit den ihnen angehörenden Gemeinden sowie Stadt Göttingen,
- Arbeitsamt Göttingen und Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft (Landwirtschaftskammer, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer),
- sonstige regionalbedeutsame Verbände und Vereinigungen.

Grundlage des Kontraktes zur Regionalentwicklung sind die *Regionalen Raumordnungsprogramme* der Landkreise sowie der *Flächennutzungsplan* der Stadt Göttingen und die *Regionalen Entwicklungskonzepte (REK)* für den Lk Osterode a.H., die Arbeitsmarkregion Göttingen/Northeim und das Weserbergland (Lk Holzminden). Die Aussagen folgen der Raumstrukturgliederung (§ 7.2 ROG) und entsprechen dem punkt-axial-zonalen Raumkonzept:

- *Siedlungsstruktur (Zentrale-Orte-Konzept)*: Bevölkerung und Wohnen, Wirtschaft und Beschäftigung, zentrale Einrichtungen;
- *Freiraumstruktur (Zonenkonzept für Vorrang- und Vorsorgefunktionen)*: Natur und Landschaft, Land-, Forst- und Rohstoffwirtschaft, Freizeit und Tourismus;
- *Infrastruktur (Achsenkonzept)*: Verkehr (Straße, Schiene), Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung.

Stadt und Land werden nicht als Gegensatz sondern als sich ergänzendes Kontinuum unterschiedlicher Siedlungs- und Freiraumanteile angesehen. Für gemeindeübergreifende Verflechtungsbereiche (Kooperationsräume) sollen Teilraum-Entwicklungskonzepte aufgestellt werden (vgl. REK-Leitprojekt 7.4: Us-lar/Bodenfelde).

3.5.1 Siedlungsstruktur

Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung erfordert eine Anpassung der Siedlungsstruktur (Wohn- und Arbeitsstätten und zentrale Einrichtungen). Nach der Prognose des *Niedersächsischen Landesamtes für Statistik* wird die Bevölkerungszahl in den *ländlichen Kreisen* der Region bis zum Jahre 2016 erheblich abnehmen: Holzminden -7,7%, Northeim -9,9%, Osterode a.H. -13,3%. Der Anteil der Über-65-jährigen wird hier von 19,8% auf 24,6% steigen. Dementsprechend wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen (0-18 Jahre) von 18,8% auf 15,8% und der Anteil der erwerbsfähigen Personen von 61,4% auf 59,9% zurückgehen. Für den Landkreis Göttingen als „*verstädterter Kreis*“ wird eine gleichbleibende Einwohnerzahl und -zusammensetzung prognostiziert. Im ländlichen Raum muß Leerständen bei Wohnraum und Überkapazitäten bei zentralen Einrichtungen vorgebeugt werden. Dem Rückgang der Erwerbsfähigen muss durch Höherqualifizierung und Anwerbung von Arbeitskräften entgegengewirkt werden.

3.5.1.1 Bevölkerung und Wohnen

Angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen müssen die Wohnstandortqualitäten in den abwanderungsgefährdeten Räumen, das sind die dichter besiedelten Kernstädte und die dünner besiedelten ländlichen Gemeinden, erhalten und verbessert werden. Als Instrumentarium hierzu sollen weiterhin eingesetzt werden

- Städtebauförderung (z.B. Soziale Stadt) in Göttingen-Grone, Hann. Münden, Nörten-Hardenberg;
- Dorferneuerung zur Sicherung dörflicher Funktionen und ortsbildprägender Bausubstanz.

Fachwerkstädte und -dörfer sind in Südniedersachsen in einzigartiger Weise erhalten und sollen so das Wohnstandortprofil der Region bestimmen. Leitbild ist die Erhaltung der zentralörtlich gestuften Siedlungsstruktur und des landschaftstypischen Siedlungsbildes.

3.5.1.2 Wirtschaft und Beschäftigung

Wettbewerbsfähige Produkte (Waren und Dienstleistungen) sind der Beitrag der Betriebe zur Wertschöpfung in der Region. Sie korrespondieren mit der Qualifizierung der Betriebe und Beschäftigten. Beide sind Träger der regionalen Innovation als Grundlage der Wirtschaftsentwicklung, die weiterhin einer intensiven (investiven und institutionellen) Kooperation (REK-Leitprojekte 1.6, 1.7) und Förderung (REK-Leitprojekt 1.1) bedarf durch

- Neu- und Ausgründungen in Technologie- und Gründerzentren in den Ober- und Mittelzentren (REK-Leitprojekte 2.1, 2.2, 2.3),
- Produkt- und Produktionsinnovation durch Wissenschafts- und Technologietransfer (Vernetzungsstellen Wissenschaft-Wirtschaft in den Kreisen) und Ausbau relevanter Lehr- und Forschungskapazitäten (REK-Leitprojekte 5.1, 5.2),
- Neuansiedlung und Modernisierung von Produktionsanlagen (REK-Leitprojekt 1.2),
- Erschließung von Gewerbegebieten einschließlich Umnutzung von Altstandorten (REK-Leitprojekte 4.1, 4.2, 4.3, 4.4),
- Qualifizierung von Arbeitskräften durch Ausbildung, Weiterbildung, Umschulung (REK-Leitprojekte 3.1, 3.2, 7.5).

Standortfunktion und -profil der Region sollen durch alle Akteure gesichert und gestärkt werden. Die Aktivitäten sollen durch Regionalmarketing/Regionalmanagement zusammengeführt werden. Leitbild für das *regionale Standortmarketing* (REK-Leitprojekt 1.3) ist die *Wissenschaftsregion Südniedersachsen* („Wissen schafft Werte“). Gestützt wird das Profil der Region durch die zentrale Lage in Deutschland und durch die attraktive Landschaft im Weser- und Leinebergland sowie im Harz und Vorharz. Die Wissensdienstleistungen mit Hochschulen, Forschungs-, Weiterbildungs- und Beratungsinstitutionen sind als größter Beschäftigtensektor „Motor“ der Regionalentwicklung in Südniedersachsen. Sie strahlen auf das produzierende Gewerbe mit den Schwerpunkten im Bereich der wichtigsten Zukunftstechnologien *Biotechnik, Physiktechnik und Mechatronik* (vgl. MANAGER-MAGAZIN 9/2001) aus. Ergänzt wird das Profil durch wissenschaftsbezogene IuK-Techniken (REK-Leitprojekt 6.1). Wissenschaftliche und technische Innovation basiert auf Kommunikation. Das in zentraler nationaler und europäischer Lage konzentrierte wissenschaftliche Potenzial macht die Region besonders als Tagungsstandort interessant. Diesem Zweck dient z.B. das Projekt *Otto-Hahn-Wissenschaftszentrum* am ICE-Bahnhof Göttingen.

Standortmarketing Südniedersachsen: „Wissen schafft Werte“

Regionalmarketing soll Identifikation nach innen und Profil nach außen vermitteln. Dies bedarf eines prägnanten Leitmottos, das möglichst einzigartige und zukunftsweisende Stärken der Region herausstellt. Es muss sich in den Rahmen des Landesmarketing einfügen. Hierzu ist die landesplanerische Funktionszuweisung für *„Göttingen als Wissenschaftszentrum internationaler Prägung“* eine geeignete Vorlage. Sie beschreibt die aus Landessicht *„image- und standortprägende, international bedeutsame Aufgabe“* (LROP B6.04) des Standortes. Das dazugehörige Ziel, *„eine angemessene Wirtschafts- und*

Beschäftigungsstruktur mit hohem Standard zu gewährleisten“, erfordert das enge Zusammenwirken von Oberzentrum und Region. Die landesplanerische Funktionszuweisung definiert international bedeutsame Wissenschaft als zielführende Grundlage der Wertschöpfung der Region. Das Leitmotto für die *Wissenschaftsregion Südniedersachsen* entsteht so aus der Verknüpfung der Begriffe *Wissenschaft* und *Wertschöpfung*: „Wissen schafft Werte“. Das Leitmotto muss so offen sein, dass es die Vielfalt der teilräumlichen Profile integriert und unterstützt. Das regionale Leitmotto sollte jeweils mit dem lokalen Motto kombinierbar sein. Es lassen sich nicht alle Wirtschaftssektoren unter das gleiche Motto stellen. Deshalb sind für das produzierende Gewerbe, für die Dienstleistungen und für den Tourismus ggf. spezielle Ausformungen des Leitmottos nötig (vgl. Tab. 3.5.3, S 77). Im Frühjahr 2003 soll ein Standortmarketing-Konzept vorliegen, das derzeit unter der Federführung des Regionalverbandes für die Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode am Harz sowie die Stadt Göttingen gutachterlich erarbeitet wird.

Otto-Hahn-Wissenschaftszentrum: Regionales Wissens-Management

Qualifiziertes Wissen der Beschäftigten ist die Grundlage für qualifizierte Produktionen und Produkte (Qualitätsmanagement-System) und deren Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Qualifiziertes Wissen entsteht durch organisierte Kommunikation (von einander lernen). In Südniedersachsen als *Wissenschaftsregion* gibt es ein weltweit orientiertes Wissenspotential in Forschung, Lehre und Praxis. Andererseits gibt es in Forschung, Entwicklung und Anwendung erheblichen Wissensbedarf. So entsteht ein „Wissensmarkt“, der theoretisch ohne Raumgrenzen (Literatur, Internet) gedeckt werden kann. Zur praktischen Umsetzung bedarf er jedoch meistens der personalen ortsgebundenen Kommunikation (Wissensvermittlung, Erfahrungsaustausch).

Nachhaltige endogene Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass innerhalb der Region ein Wissensaustausch (Wissensmarkt) stattfindet, der durch Kooperation zu Synergien in der Wertschöpfung führt. Die Komplexität und Dynamik des regionalen Wissens macht es schwierig, ohne Hilfe den regionalen Wissensmarkt zu überblicken. Deshalb bedarf es eines professionellen *Wissens-Management-Zentrums*, das die Vernetzung des know-how der Region zum Ziel hat. Der Auftrag dieser Agentur lautet: Was an wissenschaftsbezogenen Tätigkeiten in der Region erfolgen kann, soll nicht nach außen vergeben werden, sondern der Wertschöpfung in der Region zu gute kommen (regionale Wertschöpfungsketten). Andererseits soll durch die hohe Qualität der Produkte soviel wie möglich nach außen verkauft werden (Exportbasistheorie).

Das *Otto-Hahn-Wissenschaftszentrum Göttingen (Arbeitstitel)* hat drei Aufgaben:

- **Tagung:** Es besteht Bedarf an einem wissenschaftlichen Tagungszentrum. Hierfür ist in der Planung des Otto-Hahn-Zentrums auf der Bahnhofs-Westseite in Göttingen ein entsprechender Standort vorgesehen. Auch der Ausbau des Mittelteils der Lokhalle ist dafür vorgeschlagen worden. Das Tagungs-Management organisiert einen Voll-Service im Tagungsgeschäft. Es reicht vom Planen und Aquirieren von Tagungsthemen über Werbung und Vertrieb der Tagungsangebote bis zur Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltungen. Die deutschland- und europaweite zentrale Lage des Makrostandortes, der Mikrostandort in direkter Nachbarschaft zum ICE-Halt und das Wissenschaftspotential der Region geben dem *Otto-Hahn-Tagungszentrum* gute Marktchancen. Moderne Hotelkapazitäten sind in der Nähe ausreichend vorhanden.
- **Vernetzung:** Grundlage der Vernetzung ist eine laufend zu aktualisierende Datei von Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsstellen in der Region, ihrer Arbeitsschwerpunkte und ihrer personellen und technischen Ressourcen und Kapazitäten. Diese Datei steht allen Interessierten zur Verfügung. Die Agentur initiiert und betreut branchen- oder standortbezogene Netzwerke in der Region.
- **Beratung:** Die Agentur berät einzelne Betriebe und Institutionen bei der Beschaffung von benötigtem wissenschaftlichen know-how. Sie erstellt Expertisen zur Organisation des innerbetrieblichen Wissens-Managements.

Logistikzentrum Leine-Süd: „Stapelrecht“ am Knoten A7/A38

Logistische Dienstleistungen sind eine Wachstumsbranche mit guten Standortbedingungen in der zentralen Verkehrslage Südniedersachsens. Der Regionalverband hat einen Gutachter (Exper-consult) beauftragt, dieses Potential für die Wertschöpfung in der Region zu untersuchen (aus so einem „Stapelrecht“ hat Münden früher Wohlstand gezogen). Seit der Wiedervereinigung verfügt die Region Südniedersachsen, insbesondere der Ordnungsraum Göttingen-Süd über eine zentrale Lage im innerdeutschen und – europäischen Verkehrsnetz. Mit Fertigstellung des „Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 13“, der BAB A 38 im Jahre 2005 wird die Anschlussstelle an die A 7 im Bereich Leine-Süd (Rosdorf/Friedland) zu einem wichtigen Bestandteil der deutschlandzentralen Verkehrsdrehscheibe im Raum Kassel/Hersfeld/Eisenach/Göttingen. Ein Großteil des Güterausstauschs zwischen den Metropolregionen läuft über diesen Autobahnverteiler (A4, A5, A7, A38, A39, A44) im Leine-Werra-Fulda-Raum (Meißner-Ring). Dementsprechend sind die Anschlussstellen an diesem Ring für zentrale Logistikfunktionen besonders interessant. Von hier aus können alle Ballungsräume Deutschlands in maximal 300 km Entfernung erreicht werden. Daraus ergibt sich die Aufgabe, planerische Vorsorge für geeignete Standorte und Flächen für Logistikzentren an den BAB-Anschlussstellen zu betreiben. Die Standorte müssen folgenden Anforderungen genügen:

- direkte Lage an einer BAB-Anschlussstelle,
- keine Benutzung von Ortsdurchfahrten,
- baurechtliche Industriegebietsqualität mit 24 Stunden Betriebsmöglichkeit,
- ausreichender Immissionsabstand zu Wohngebieten,
- topografisch geeignete Flächen in ausreichender Größe.

Der Knoten A7/A38 ist als Standort für ein *Logistikzentrum in Südniedersachsen* von einzigartiger Bedeutung. Zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Strukturprobleme in Südniedersachsen kann der Aufbau eines Logistikzentrums einen bedeutenden Beitrag leisten. Zur Umsetzung der Standortanforderungen ist in Kooperation der Gemeinden im Umfeld des Verkehrsknotens (Ordnungsraum Göttingen-Süd) ein abgestimmtes Standortkonzept zu entwickeln. Geeignetes Instrument dazu ist die Ausweisung eines „Vorranggebietes für industrielle Anlagen“ (gemäß LROP B 8 01, C 1.5 07) mit der Zweckbestimmung „Logistikzentrum“ im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises. Als potentielle Mikrostandorte, die im einzelnen auf ihre Eignung untersucht werden müssen, kommen in Frage:

- Flächen K 31: Der Standort liegt in der Gemeinde Rosdorf. Die Kreisstrasse 31 erschliesst über die Anschlussstelle Dramfeld direkt westlich des Knotens A7/A38 Flächen mit hoher Eignung für die Standortanforderungen. Raumordnerische Vorrangfunktionen stehen nicht entgegen. Vorsorgegebiete für Trinkwassergewinnung und Landwirtschaft sind zu berücksichtigen. Die Entfernung zu den Ortslagen Dramfeld und Volkerode kann 1000 m und mehr betragen. Durch Eingrünung kann der Standort gegenüber der umgebenden Landschaft abgeschirmt werden.
- Flächen K 29: Beiderseits der Anschlussstelle K 29 befinden sich geeignete Flächen für ein Logistikzentrum. Betroffen sind die Gemeinden Rosdorf und/oder Friedland. Raumordnerische Vorrangfunktionen stehen nicht entgegen. Zu berücksichtigen ist Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft. Die Entfernung zu den benachbarten Ortslagen Klein Schneen, Deiderode, Dramfeld und Elkershausen wird 1000 m und mehr betragen.

Flächen in der Nähe der Autobahnraststätte Göttingen (Gemeinde Rosdorf) sind für ein Logistikzentrum nicht erschliessbar, da die Zu- und Abfahrt über die Raststätte nicht vertretbar erscheint. Flächenpotentiale an den BAB-Anschlussstellen Hedemünden (Stadt Münden) und Lutterberg (Gemeinde Staufenberg) werden durch die Bauleitplanung bereits für Gewerbenutzung ausgeschöpft. Zur Begründung der *raumordnerischen Standortvorsorgeplanung* (Vorranggebiet industrielle Anlagen) ist eine fachgutachtliche *Machbarkeitsstudie* empfehlenswert. Sie sollte Bedarf, Anforderungen und Eignung für ein regional bedeutsames Logistikzentrum im oben skizzierten Sinne detaillierter bewerten und die geeigneten Planungsschritte (z.B. *Umweltverträglichkeitsprüfung*) zur weiteren Umsetzung des Konzeptes aufzeigen.

3.5.1.3 Zentrale Einrichtungen

Einrichtungen der Daseinsvorsorge prägen in ausschlaggebender Weise Wohnstandortqualitäten und damit das Wanderungsverhalten der Bevölkerung. Bei dem zu erwartenden Stillstand bzw. teilweise auch Rückgang der Bevölkerungsentwicklung müssen sich die Region und ihre Teilräume bemühen, durch attraktive sozial-kulturelle und konsumtive Angebote in urbanem Umfeld (Innenstädte) ihre Einwohner als „Kunden“ zu behalten bzw. neue zu gewinnen (REK-Leitprojekt 7.1). Instrument dazu ist die Sicherung des *zentralörtlichen Systems* in der Region und eine darauf bezogene Kooperation der Gemeinden und Landkreise. Dazu gehört auch die interkommunale Abstimmung der Standortplanung für großflächigen Einzelhandel (REK-Leitprojekt 1.4).

3.5.2 Freiraumstruktur

Leitbild der Freiraumentwicklung in Südniedersachsen ist die Erhaltung der naturnahen Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser als Lebensraum für artenreiche Tier- und Pflanzenwelt und als Grundlage für Land- und Forstwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Freizeit und Tourismus. Dem dient eine konfliktminimierende Zonierung der Landschaftsfunktionen (Vorrang-, Vorsorgegebiete).

3.5.2.1 Natur und Landschaft

Das *regionale Biotopverbundsystem* setzt sich aus den nach Natürlichkeitsgraden gestuften raumordnerischen Zonierungen und deren Umsetzung in fachgesetzliche Schutzgebiete mit entsprechenden Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (z.B. *Agrarumweltprojekte*) zusammen:

- Natur-Vorranggebiete geben dem Ökosystem (Boden-, Wasser- und Klimasystem, Tier- und Pflanzenwelt) Vorrang vor den wirtschaftlichen Nutzungsansprüchen. Die wichtigsten Ökosysteme in Südniedersachsen sind die naturnahen Kalkbuchenwälder, die Trocken- und Magerrasen und die Feuchtgebiete der Gewässerniederungen. Sie sind als FFH-Gebiete anerkannt. In Form von Naturschutzgebieten (einschl. Nationalpark Harz) soll Ihr Anteil an der Regionsfläche mindestens 10% betragen (REK-Leitprojekt 8.3).
- Natur-Vorsorgegebiete überlagern mehrere Freiraumfunktionen mit dem Auftrag, ihnen in der Abwägung besonderes Gewicht beizumessen. In der Form von Landschaftsschutzgebieten wird hierfür ein Flächenanteil von 50% angestrebt.

3.5.2.2 Land-, Forst- und Rohstoffwirtschaft

In dem Beitrag zum *Bundeswettbewerb „Regionen aktiv“* ist die Strategie einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft für das „Leine-Land“ aufgezeigt worden. Kernprojekt ist der Aufbau einer „Agrarmarkt-Agentur Südniedersachsen (AMAS)“, die die Vernetzung der agrar- und ernährungswirtschaftlichen Wertschöpfung in der Region organisieren soll (REK-Leitprojekt 7.2). Darüberhinaus sollen weitere Funktionen der Land- und Forstwirtschaft ausgebaut werden wie Energierohstoffe, Tourismus und Landschaftspflege (REK-Leitprojekt 7.3).

Leine-Land-Agentur

Im Rahmen des Entwicklungskonzeptes für die Arbeitsmarktregion Göttingen/Northeim wurden die Leitprojekte „Koordinierung des regionalen Agrarmarketings“ und „Marketingagentur für den ländlichen Raum“ ausgearbeitet. Die Idee einer „Agrarmarktagentur Südniedersachsen“ ist auch zentraler Gegenstand des *Beitrages der Region („Leine-Land-Wirtschaft im Dialog“) zum Wettbewerb „Regionen aktiv“ des BMVEL*. Zur Förderung nach dem EU-Programm „Leader-plus“ sind in Südniedersachsen drei Programmräume anerkannt: der Landkreis Göttingen, der Raum Uslar/Bodenfelde und der Raum Weserbergland-Vogler (Verwaltungseinheiten Bevern, Bodenwerder, Eschershausen, Polle, Stadtoldendorf).

Die Land- und Ernährungswirtschaft hat in den ländlichen Räumen Südniedersachsens eine relativ große wirtschaftliche, soziale und ökologische Bedeutung. Die Region hat jedoch „Schwächen in der Vermarktungs- und Verarbeitungsstruktur der hier erzeugten Produkte“. Die regionalwirtschaftlichen Effekte ließen sich steigern, in dem ein größerer Teil der ernährungswirtschaftlichen Wertschöpfungskette in der Region verbliebe. Zu diesem Zweck soll auch der regionale Absatz im Sinne einer Nachhaltigkeitsstrategie zur Nutzung der heimischen Ressourcen gestärkt werden. Dies soll im Zusammenhang mit einer Ausbreitung der ökologischen Landwirtschaft erfolgen. Darüber hinaus bieten sich im Bereich nachwachsende Rohstoffe, in der Landschaftspflege und im Tourismus neue Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum.

Zur Erreichung der regionalwirtschaftlichen Ziele bedarf es einer engeren Kooperation der in der *regionalen Ernährungswirtschaft* tätigen Institutionen wie Landwirtschaft, Landhandel (z.B. Genossenschaften), Nahrungsmittelhandwerk (z.B. Müller, Bäcker, Fleischer), Nahrungsmittelindustrie (z.B. Brauereien), Großhandel (z.B. Naturkostgroßhandel) und Einzelhandel. Entwicklungsmöglichkeiten liegen in

- dem Zusammenschluß von Erzeugern zur Effizienzsteigerung der Produktion (gemeinsamer Einkauf, Maschinenring, Personalwirtschaft etc.),
- dem innovativen Ausbau der Veredelung und Weiterverarbeitung (z.B. Entwicklung „neuer“ Produkte auf ökologischer und regionalkultureller Basis),
- der gemeinsame regionalen und überregionalen Vermarktung (Entwicklung einer regionalen Dachmarke mit „Zugpferden“ wie Hardenberger Korn, Einbecker Bier, Göttinger und Eichsfelder Wurst),

Ein weiterer Schwerpunkt innovativer ländlicher Entwicklung liegt in dem Ausbau der *regenerativen Energiewirtschaft*. Die regionalen Bioenergie-Rohstoffe wie Holz, Stroh, Biomasse, Gülle bieten eine gute Ausgangslage für neue Energietechnologien und -dienstleistungen. Auch hier bedarf es der verstärkten Kooperation von Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Energiehandwerk. Der *Tourismus* ist ein wichtiges regionalwirtschaftliches Standbein in Südniedersachsen. Insbesondere in den landschaftlich bevorzugten Gebieten von Weserbergland und Harz gibt es ein erhebliches Potenzial zur Gewinnung neuer Zielgruppen durch neue Freizeitprodukte (z.B. outdoor-Aktivitäten). Die bestehenden Institutionen müssen ihre Angebote und ihre dementsprechende Zusammenarbeit auf diese neuen Märkte umstellen. In die Kooperationen einbezogen werden müssen die verfügbaren regionalen Potenziale aus Wissenschaft, Weiterbildung, Verwaltung, Wirtschaft, Finanzwesen.

Zur Umsetzung der vielfältigen innovativen Ideen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft soll eine Agentur geschaffen werden, die Informationen und Know-how gezielt zusammenführt und Synergien bei den Beteiligten aufspürt und nutzbar macht. Die Agentur soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Erfassung der laufenden Projekte in der Arbeitsmarktregion,
- Gründung und Geschäftsführung einer Börse interessierter Erzeuger, Vermarkter und Verarbeiter regionaler agrarischer Produkte (entsprechende Software liegt vor),
- Durchführung von Veranstaltungen zur Information und Fortbildung der Mitglieder,
- Unterstützung und Beratung bei Förderanträgen, Marketingkonzepten und –strategien,
- Förderung der Zusammenarbeit der Mitglieder,
- Koordinierung der Entwicklung und Umsetzung innovativer Ideen ,
- Organisation der Werbung und Verkaufsförderung,
- Erschließung neuer Produktionszweige (nachwachsende Rohstoffe, Tourismus, Landschaftspflege),
- Mitwirkung bei der Entwicklung des ländlichen Raumes.

Als Träger der Agentur wird ein Verein oder eine gemeinnützige Gesellschaft gebildet. Mitglieder bzw. Gesellschafter sollen die an der Land-Entwicklung beteiligten Institutionen sein. Nach Abschluss einer dreijährigen Anlaufphase soll sich die Agentur aus verkauften Dienstleistungen und Drittmitteln überwiegend selbst finanzieren.

3.5.2.3 Freizeit und Tourismus

Die Stärken des Freizeit- und Tourismusmarktes in Südniedersachsen liegen in der Vielfalt der *Mittelgebirgslandschaft* (von der *Flußlandschaft der Weser* bis zur *Gebirgslandschaft des Harzes*) und ihren reichhaltigen Potenzialen (von Naturerlebnis bis outdoor-Aktivitäten) in Verbindung mit der *Vielfalt der Fachwerkstädte und -dörfer* (vom ländlichen Dorf über Klein- und Mittelstädte bis zur Großstadt) und ihren breiten Angeboten (von Einkaufs- und Kulturerlebnis bis Ausstellung und Tagung). Die Vermarktung muß sich deshalb auf die einzigartigen Kombinationsmöglichkeiten in der Region (z.B. wissenschaftliche Tagung mit Erlebnis attraktiver Landschaft) und auf die gute Erreichbarkeit in zentraler Lage stützen. Im *Regionalen Entwicklungskonzept (REK) Göttingen/Northeim* wird als Leitprojekt 8.1 ein *Netzwerk der regionalen Touristikakteure* vorgeschlagen. Diese hier mit dem Arbeitstitel *Harz-Weser Touristik* bezeichnete Kooperation im Freizeit-, Erholungs- und Kultursektor (Tourismus) „soll folgende Aufgabenfelder haben:

- Erarbeitung eines Naherholungs- und Fremdenverkehrskonzeptes für die Region mit der Zielsetzung, durch geeignete Verknüpfung regionalspezifischer Aspekte von Landschaft, Geschichte und Kultur die Attraktivität für Tourismus und Erholung zu erhöhen.
- Vernetzung für den Bereich Information und Marketing: Schaffung einer Vernetzung durch ein nachfrageorientiertes Informationssystem einschließlich attraktiver Darstellung nach außen. Dabei sollen bestehende Systeme auf ihre Eignung und Ausbaufähigkeit geprüft werden (v.a auch in Bezug auf Internet).“
- Vernetzung der touristischen Landschafterschließung (Leitprojekt 8.2): Wandertourismus, Fahrradtourismus, Themenstraßen wie Deutsche Märchenstraße, Deutsche Fachwerkstraße, Deutsche Alleinstraße.

Die Region bietet gute Möglichkeiten für Fahrradfreizeit und –tourismus. Ein im Regionalverband unter den Landkreisen abgestimmtes Radwegenetz ist die Grundlage dazu. Zur Umsetzung bedarf es des Lückenschlusses, der Ausschilderung und der Marktinformation (Routenvorschläge, Sehenswürdigkeiten, Übernachtungen, Gastronomie, Bahnanschlüsse). Mit der Idee *Regionalpark Weser-Harz* soll ein räumlich-funktionales Netzwerk für Tourismus, Landwirtschaft und Landschaftspflege in Südniedersachsen geschaffen werden. Es verbindet die Naturparke Solling-Vogler, Münden-Oberweser und Harz (mit Nationalpark Harz) und die Fachwerkstädte zu einer touristisch attraktiven Natur- und Kulturregion.

Eine einzigartige Möglichkeit, die imageprägenden Attribute der Region (*internationales Wissenschaftszentrum*) in einem überregional touristisch attraktiven Objekt zu präsentieren, besteht in der Herrichtung der historischen Sternwarte in Göttingen als „*Gauß-Museum*“. Anlass dazu bietet der 200. Jahrestag der Berufung von Gauß nach Göttingen im Jahre 2007.

Freizeit- und Tourismuskonzept: Produkt Märchenland Harz-Weser

„Das Sorgenkind der deutschen Tourismuspolitik bildet der ausgedehnte Mittelgebirgsraum mit seinen Burgen, Märchen, Sagen und Legenden als nationales Urlaubsgebiet des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. In ihm liegen auch die meisten Kur- und Bäderorte, die auf die Gesundheitsreform der letzten Jahre mit Umsatzrückgängen bis zu 50 % reagierten. Krisensichere Auffanglösungen für diese alten Tourismusräume bilden die Herausforderung. Mit der Globalisierung und billigen Pauschflugreisen nach Übersee konfrontiert, bietet es sich für Deutschland an, vor allem auf die Gegenbewegung zu setzen: auf die Renaissance örtlicher und regionaler Identifikationsräume; also auf die reizvollen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, ohne weit fahren zu müssen. Anstatt gegen Fern- und Mehrfachreisen zu kämpfen, bietet es sich an, verstärkt auf regionale Vorzüge, Kultur und Geschichte, auf Feierabendverkehr, Tagesausflüge, Wochenendtourismus, auf Kurz- Erlebnis- und Städtereisen, Zweit- und Drittlau-be und auf einen neuen Kulturtourismus zu setzen.“ Diese Einschätzung von HEINZE (2001, S. 251ff) gilt auch für Südniedersachsen mit seinen Anteilen an den „klassischen“ Tourismusregionen Weser-

bergland und Harz. Zudem sind die Freizeit- und Tourismusangebote in Südniedersachsen veraltet, zersplittert und konkurrieren miteinander. Die Orientierung der Touristik vorwiegend an einheitlichen Naturräumen (Weserbergland, Harz) wird den Nutzeransprüchen an Erlebnisvielfalt nicht mehr ausreichend gerecht. Städtetourismus und Landschaftstourismus müssen mehr miteinander verbunden werden, um die Wertschöpfung in diesem Sektor zu erhöhen:

- Die Städte der Region bieten in ihren historischen Fachwerkkernen vielfältige Kultur-, Freizeit- und Einkaufserlebnisse verbunden mit ebenso vielfältiger Gastronomie und Hotellerie. In den Kurstädten kommen noch spezifische Gesundheits-, Wellnes- und Fitnessdienste hinzu. Städte werden aus privaten und geschäftlichen Gründen (Kundenkontakte, Besprechungen, Tagungen) aufgesucht. Sie können in diesem Rahmen Ausgangspunkte der Gäste für Ausflüge in die umgebenden Landschaften sein.
- Die Landschaften der Region bieten vielfältigen Raum für Naturgenuss und Outdoor-Aktivitäten (Wandern, Radfahren, Reiten, Wassersport). Das Landschaftsspektrum in Südniedersachsen reicht von der Flusslandschaft der Weser mit ihren bewaldeten Hängen (Weserbergland) über das landwirtschaftlich geprägte Leinetal und seine Zuflüsse bis zum Harz mit seinen Bergen und Talsperren.

Wie können die Ansätze für Stadt- und Landtourismus nun regional zusammengebracht werden? Die regionalen Freizeit- und Touristikprodukte umfassen neben den Übernachtungsangeboten ein breites *funktionales Themenspektrum*: Bildung, Kultur, Unterhaltung (Geselligkeit), Gastronomie, Bewegung (Sport, Fitness), Gesundheit (Wellness, Kuren), Naturerlebnis. Zwar gibt es bereits vorgefertigte Produktpakete, ebenso ist aber auch die eigenständige Auswahl gefragt. Regionale Informationssysteme wie die des Landschaftsverbandes Südniedersachsen (dabakus) decken den kulturellen Freizeitbereich gut ab, andere Angebotssektoren z.B. Sport, Wellness, Geselligkeit, Naturerleben sind regional nicht so informativ aufbereitet. Das Marketingkonzept soll die Stärken der einzelnen Teilräume der Region unterstützen und zu einem Optimum zusammenführen. Die Deutsche Märchenstraße, die anhand des wissenschaftlichen Wirkens der *Brüder Grimm* in Südniedersachsen und Nordhessen ihren Schwerpunkt hat, thematisiert die Erlebnisvielfalt der Region in ansprechender Weise. Die Profilierung als attraktives „Märchenland“ könnte eine tragfähige Strategie zur Vernetzung der Freizeit- und Touristikanbieter und -angebote in der Region sein.

Landschaftserschließung: *Regionalpark Harz-Weser*

Um die großen Waldgebiete haben sich drei Naturparke als Träger der Erholungs-Infrastruktur gebildet: Solling-Vogler, Münden und Harz (mit Nationalpark). Daneben bestehen die verschiedenen Städtetouristiken als Vermittler der urbanen Infrastrukturen. Der Zwischenraum soll mit umweltverträglicher Erschließung (zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bahn und Bus) der Erholung der Besucher und der Verbindung zwischen den Städten und den Naturparks dienen. Für diese Aufgabe gibt es zur Zeit keine einheitliche Konzeption und Trägerschaft. Eine Vielzahl von Gemeinden, Realverbänden oder Genossenschaften sind in der jeweiligen Gemarkung Träger der Wege und Gewässer als Erholungs- und Landschaftsinfrastruktur. Mit einem Radwegekonzept (September 2001) haben die südniedersächsischen Landkreise eine gemeinsame Planungsgrundlage für den Fahrradtourismus erarbeitet. Um nicht die Umsetzung dem Zufall und der Leistungsfähigkeit der jeweiligen örtlichen Träger zu überlassen, bedarf es einer koordinierten Trägerschaftsstruktur (z.B. Arbeitsgemeinschaften der Realgemeinden und Feldmarksgenossenschaften). Sie könnten sich im *Konzept eines Regionalparks* zusammenfinden, der regionale Hauptverbindungszone für Freizeitverkehr, Biotopschutz und extensive Landwirtschaft (überwiegend Grünlandauen) in einem integrierten Ansatz beinhaltet. Vorbild für dieses Konzept kann der Regionalpark Rhein-Main sein: „Der Regionalpark schließt die Lücke zwischen dem Grüngürtel der Stadt Frankfurt und den umliegenden Naturparks. Er ermöglicht das Erleben und Wiederentdecken von Landschaft im überörtlichen Zusammenhang. Er bietet kulturhistorische, floristische, faunistische und künstlerische Identifikationselemente mit der Region. Der Regionalpark gibt der Landschaft einen Sinn und den Sinnen eine Landschaft“ (UMLANDVERBAND FRANKFURT, 1998).

Potenzielles Weltkulturerbe: *Gauß-Sternwarte-Museum*

Als wissenschafts- und baugeschichtliches Denkmal ist die alte Sternwarte in Göttingen von einzigartiger Bedeutung nicht allein für Stadt- und Regionalkultur, -tourismus und -marketing. Sie könnte wegen ihrer weltweiten wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutung als Weltkulturerbe in Frage kommen. Im Jahre 2003 jährt sich die Grundsteinlegung zum 200. mal. Aufgrund der politischen Wechsel (napoleonische Herrschaft) wurde das Gebäude erst 1813 fertiggestellt. C. F. Gauß, der von 1795 bis 1798 bereits hier studierte, wurde als Professor und Leiter der Sternwarte 1807 nach Göttingen berufen. Gauß ist als genialer Naturwissenschaftler und als Anreger des wissenschaftlichen Gerätebaus das weltweit bekannte Aushängeschild für Wissenschaft und Wirtschaft in Stadt und Region Göttingen. Sein Wirken als Begründer verschiedenster naturwissenschaftlich technischer Disziplinen reicht nachhaltig bis in unsere Zeit und könnte museumsdidaktisch so aufbereitet werden:

- Gauß als Begründer der modernen Mathematik (Zahlentheorie);
- Gauß als Begründer des physikalischen Maßsystems, Grundlagen der modernen Physik-Technologien: *von Gauß bis Measurement-Valley*;
- Gauß/Weber als Begründer der Telekommunikation, erster elektromagnetischer Telegraph der Welt: *vom Telegraph zum Internet*;
- Gauß als Begründer der modernen Geodäsie (Vermessungstechnologie), Meßdreieck 1821 Brocken-Inselberg-Hoher Hagen als Grundlage der Erdvermessung: *von Gauß bis GIS und GPS*;
- Gauß als Begründer der modernen Astronomie, Entdecker des Planeten Ceres: *von Gauß bis DLR*,
- Gauß als Begründer der Versicherungsmathematik (Verwaltung der Universitäts-Rentenkasse): *von Gauß bis Gothaer*;
- Gauß als Erforscher des Erdmagnetismus.

In dem Gebäude befinden sich noch originale wissenschaftliche Apparaturen, z.B. der von Gauß und Weber gebaute erste Telegraph der Welt, mit dem hier gewissermaßen das Zeitalter der Telekommunikation begann. Nach Vereinbarung kann die Sternwarte besichtigt werden. Sie wird z.Zt noch für universitäre Zwecke (astronomisches Rechenzentrum) genutzt. Die Universität plant, die derzeitigen Nutzungen im zweiten Abschnitts des Neubaus der Physik im Uni-Nordbereich im Jahre 2006/07 unterzubringen. Es bietet sich an, die Sternwarte dann als wissenschaftliches und biografisches Museum zu Leben und Wirken des „Fürsten der Mathematik“ herzurichten und für Besucher zu öffnen. Ein geeigneter Zeitpunkt für die Eröffnung des Museums wäre der 200. Jahrestag der Berufung von Gauß nach Göttingen im Jahre 2007. Er lebte und arbeitete hier bis zu seinem Tode 1855. Er war Ehrenbürger der Stadt und liegt auf dem alten Albanifriedhof begraben.

Die Ausgestaltung des Museums bedarf eines sorgfältigen Planungsvorlaufs. Es ist zuerst die museumsdidaktische Konzeption zu erarbeiten. Es reicht sicher nicht aus, die Räume, die Forschungsgeräte und die Abhandlungen zu präsentieren. Wichtig ist, die Einbindung seiner Arbeit in den wissenschaftsgeschichtlichen Kontext verständlich darzustellen. Außerdem müsste die Präsentation erlebnisvoll erfolgen. So könnte z.B. das erste Telegramm von den Besuchern „nachgespielt“ werden. Es könnte auch die berühmte Telegrafenteleleitung von der Sternwarte über die Johanniskirche bis zum „Physikalischen Kabinett“ am Papendiek (alte SUB) nachgebaut werden. Auch die vermessungskundlichen Arbeiten mit dem Heliotropen könnten „nachgestellt“ werden. Das Gebäude der Sternwarte, entworfen von Universitätsbaumeister Borheck im Stil des Klassizismus, ist in den letzten Jahren vom Staatlichen Baumanagement in Teilen sorgfältig renoviert worden. Interessant für die Besucher wäre die astronomische Kuppel wiederherzurichten. Für die investiven und die betrieblichen Kosten muß eine genaue Abschätzung erfolgen und mit einem Finanzierungsplan in Einklang gebracht werden. Anzustreben wäre die Anwerbung von Mitteln aus dem EU-Ziel-2-Fond 2000-2006 (EFRE-Programm 2.04). Für das Museum muß ein Träger gefunden werden. Zu denken wäre hier an die Gauß-Gesellschaft. Zwar erscheint der Zeitraum von 5 Jahren bis zur Eröffnung des Museums noch relativ lang. Angesichts der schwierigen und zeitaufwendigen konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Vorarbeiten müßte jedoch bald

damit begonnen werden. Erster Schritt müsste die Bildung einer Planungsgruppe „Gauß-Museum“ bestehend aus Vertretern von Universität, Staatl. Baumanagement, Gauß-Gesellschaft, Stadtverwaltung, Museumsverbund und Landschaftsverband sein. Sie sollte vorab eine Bedarfs- und Machbarkeitsstudie, die nach EFRE 2.04 bezuschusst werden kann, veranlassen.

3.5.3 Infrastruktur

Die Infrastrukturausstattung einer Region gehört zu den „harten“ Standortfaktoren. Ihre Qualität ist maßgeblich im Wettbewerb der Regionen.

3.5.3.1 Verkehr

Die regionale Verkehrsanbindung ist ein besonders „harter“ Standortfaktor. Mit der zentralen Lage in der Mitte Deutschlands hat die Region im Zusammenwirken mit ihren Nachbarräumen Nordhessen und Nordthüringen einzigartige Erreichbarkeitsqualitäten, die für mobilitätsabhängige Dienstleistungen (z.B. Logistik) günstige Voraussetzungen bieten (REK-Leitprojekt 1.4). Zur Umsetzung der Ziele sind erhebliche investive Maßnahmen im Strassen- wie im Schienenverkehr erforderlich.

Strassenverkehr: Nach Fertigstellung der A 38 (*Göttingen-Halle*) und der A 44 (*Kassel-Eisenach*) ist die Region im Straßenverkehr großräumig optimal angebunden. Die *peripheren Mittelzentren Holzminden, Uslar, Osterode und Duderstadt* und ihre Verflechtungsbereiche als bestimmende Elemente der Siedlungsstruktur bedürfen einer verbesserten regionalen Strassenanbindung. Insbesondere der standortqualifizierende Wirtschaftsverkehr macht die zügige Erreichbarkeit der Bundesautobahnen, des Oberzentrums und der Mittelzentren untereinander erforderlich:

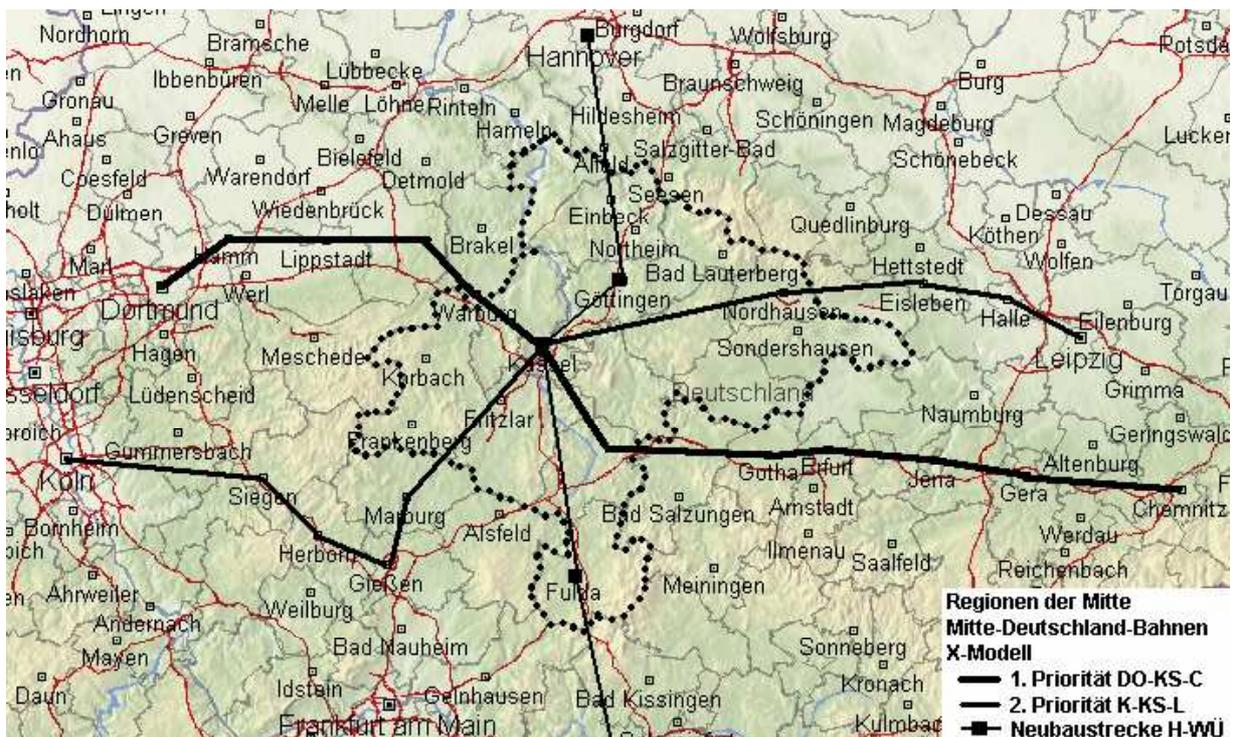
- Holzminden liegt mit ca. 50 km zu den nächstgelegenen Autobahnen besonders verkehrsfrem. Die Anbindung an die A 7 (AS Seesen) muss durch den Bau von Umgehungen von Bevern und Stadtoldendorf im Zuge der B 64 bzw. L 583 verbessert werden.
- Uslar ist ebenfalls schlecht an die A 7 und Richtung Westen (Nordhessen, Ostwestfalen) angebunden. Erforderlich ist eine Neutrassierung der B 241 im Stadtgebiet und ein Anschluss an die B 80 mit einer Weserbrücke bei Bodenfelde/Lippoldsberg.
- Göttingen: Der südöstliche Einzugsbereich braucht eine verbesserte Anbindung an das Zentrum und die A7 in Form einer Südumgehung der Stadt.
- Duderstadt benötigt zur im Bau befindlichen A 38 eine verbesserte Anbindung durch eine Verlegung der B 247.
- Osterode bedarf einer besseren Anbindung an die im Bau befindliche A 38 durch den Ausbau der B 243 Bad Lauterberg - Nordhausen.

Schienenverkehr: Die Metropolräume im Norden und Nordosten (Hamburg, Bremen, Berlin) sowie Süden und Südwesten (München, Stuttgart, Frankfurt) sind mit ICE-Linien direkt und schnell vom Bahnhof Göttingen erreichbar. Unzureichend bedient werden die Ost-West-Bahnstrecken über Göttingen bzw. Kassel zwischen den Metropolräumen Rhein-Ruhr und Sachsen. Eine ICE(Neigetechnik)-Bedienung für die *Mitte-Deutschland-Verbindung Dortmund-Kassel-Erfurt-Dresden* wird seit längerem von den betroffenen Regionen gefordert. Ebenso sollte die Strecke Köln-Siegen-Marburg-Kassel-Göttingen-Halle-Leipzig mit ICE(NT)-Zügen bedient werden. Der regionale Schienenverkehr ist in den *Verkehrsverbund Südniedersachsen* eingebunden. Das Bedienungsangebot muss im derzeitigen Umfang beibehalten werden. Strecken, Haltestellen und Wagenmaterial müssen modernisiert werden. Das Projekt eines *Güterverkehrszentrums Göttingen* ist für die nachhaltige Verkehrsentwicklung regional besonders bedeutsam. Es liegen umsetzungsfähige Planungen vor.

Mitte-Deutschland-Fernbahnen: ICE-Knotenpunkt Kassel

Die Regionen der Mitte (Nordhessen, Nordthüringen, Südniedersachsen) sind in Nord-Süd-Richtung sehr gut an das Fernbahnnetz insbesondere die modernen ICE-Linien angebunden. In Ost-West-Relation allerdings sind die Verbindungen unzureichend. Entweder müssen erhebliche Umwege z.B. über Hannover oder Frankfurt gemacht werden. Oder es stehen nur zeitaufwendige Regional-Express Verbindungen zur Verfügung. Einzig die zweistündliche Interregio-Verbindung Dortmund-Kassel-Erfurt-Leipzig, die ab Dezember 2002 teilweise als ICET verkehrt, kommt dem Verkehrsbedarf der Mitte-Regionen nahe.

Abb. 3.5.1: Fernbahn-Wunschnetz Mitte



Bedarf besteht für zwei Ost-West-Fernbahnlinien: *Dortmund – Chemnitz* sowie *Köln – Leipzig*. Die Reisezeiten sollten durch den Einsatz der modernen ICE-Neigetechnik verkürzt werden. Die Taktfrequenz sollte stündliche Verbindungen ermöglichen. Die „Mitte-Deutschland-Verbindung“ *Dortmund-Chemnitz* beträgt in der Luftlinie ca. 400 km gegenüber der Streckenlänge von ca. 500 km; das entspricht einem Umwegfaktor von 1,25. Mit dieser Linie werden Südniedersachsen und Nordthüringen nicht direkt erschlossen. Hier bedarf es zusätzlich der Fernbahnbedienung des Schienenprojektes Deutsche Einheit Nr. 6 (Ausbau Eichenberg – Halle/Leipzig). Der Anschluss an die Nord-Süd-Neubaustrecke könnte in Kassel erfolgen (alternativ auch in Göttingen über die Eichenberger Kurve). Eine Fortführung der Linie wäre ab Kassel über Marburg, Gießen und Siegen nach Köln möglich. Die Entfernung *Köln-Leipzig* beträgt in der Luftlinie gemessen ebenfalls ca. 400 km. Auch die Bahnstrecke am Südrand von Rothaargebirge und Harz ist ca. 500 km lang. Der Umwegfaktor ist ebenso groß wie bei der Strecke Dortmund-Chemnitz. Damit ergäbe sich zwischen den Metropolräumen Rhein-Ruhr und Sachsen jeweils eine Nord- und eine Südlinie, die sich in Kassel kreuzen würden (X-Modell). Der ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe würde so zu dem zentralen Umsteigepunkt in Deutschland. Von dieser Standortgunst würde auch Südniedersachsen profitieren.

3.5.3.2 Energieversorgung

Ein Schwerpunkt nachhaltiger Entwicklung in Südniedersachsen ist die Umstellung der Energieerzeugung von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen auf verträgliche Bioenergiestoffe, die in der Region in reichem Maße anfallen. Dem dient der Aufbau einer regionalen „*Bioenergie-Agentur*“, die Umsetzungsprojekte initiiert und die verschiedenen Akteure im Energiemarkt miteinander vernetzt. Pilotprojekt soll die Ausstattung der geplanten Justizvollzugsanstalt in Rosdorf mit einem modernen *Holzheizkraftwerk* sein. Altbauten haben eine geringe Wärmedämmung der Außenbauteile. Ein Großteil der eingesetzten Heizenergie wird damit verschwendet und klimaschädigendes Kohlendioxyd unnötig emittiert. Vorrangig ist deshalb die energetische Sanierung des Altbaubestandes. Deren öffentliche Förderung und steuerliche Begünstigung hätten erhebliche regionalwirtschaftliche (Bauhandwerk) und ökologische Effekte.

3.5.3.3 Abfall- und Abwasserentsorgung

In einer Studie für die Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode a.H. sowie die Stadt Göttingen wird der gemeinschaftliche Betrieb der Restabfallentsorgung (Abfallvorbehandlung, Deponierung) vorgeschlagen. Gefördert werden soll der Einsatz innovativer Techniken bei der *mechanisch-biologischen Vorbehandlung des Restabfalls*. Der Ausbau der Göttinger Abwasserreinigungsanlage, die den Südleineraum entsorgt, erfolgt aus ökologischen Gründen über das erforderliche Maß hinaus und bedarf somit der finanziellen Förderung. Das Kanalnetz ist regionsweit sanierungsbedürftig. Hierzu bedarf es ebenfalls der finanziellen Förderung.

Abb. 3.5.2: Nachhaltigkeits-Gebote

Wertschöpfungs-Initiative *Region* Südniedersachsen

10 Gebote der regionalen Nachhaltigkeit:

1. **WIR** verpflichten uns mit unserem Wirtschafts-, Sozial- und Umweltverhalten zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region Südniedersachsen im Sinne der Agenda-21 beizutragen.
2. **WIR** unterstützen die innerregionale Wirtschafts-Kooperation zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung im weltweiten Wettbewerb.
3. **WIR** fordern die Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise zur Überwindung entwicklungshemmender Verwaltungsgrenzen.
4. **WIR** setzen uns für eine zukunftsfähige Qualifizierung und Beschäftigung der Menschen in der Region ein.
5. **WIR** wollen die Wohn- und Lebensqualität unserer kulturhistorisch bedeutsamen Fachwerkstädte und -dörfer erhalten.
6. **WIR** gehen schonend und sparsam mit den Naturgütern (Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt) zur Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser um.
7. **WIR** führen den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen und allen politischen Anschauungen zur Umsetzung der Ziele der Agenda-21.
8. **WIR** unterstützen die besondere Beteiligung der Frauen, der Kinder und Jugendlichen bei der Umsetzung der Agenda-21.
9. **WIR** fördern die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.
10. **WIR** handeln fair in Solidarität mit den Menschen in allen Regionen der Welt.

| Region als Kompetenzzentrum | Landkreis als Kompetenzzentrum | Teilraum als Kompetenzzentrum für die Wirtschaftssektoren: | a) Produzierendes Gewerbe b) Dienstleistungen c) Tourismus | |
|---|--|--|--|---|
| Region Südniedersachsen Internationales Wissenschaftszentrum „Wissen schafft Werte“ a) Naturwissenschaftliche Technologien: b) Wissenschaftliche Bildung, Forschung, Entwicklung, Beratung c) Historische Fachwerkstädte Naturnahe Harz-Weser-Kulturlandschaft, „Märchenland“ | 1. Landkreis Holzminden a) Natur-/Baustoff- und Energietechnologien b) Natur-/Baustoff-u. Energieforschung, -entwicklung, -bildung u. -beratung c) Naturpark Solling-Vogler Weserrenaissance | 1.1 Bodenwerder Polle | a) Gipstechnologie b) ... c) Wasser- u. Radwandern, „Münchhausen-Land“ | |
| | | 1.2 Stadoldendorf Eschershausen Delligsen | a) Glas- und Steintechnologie b) ... c) „Wilhelm-Raabe-Land“ | |
| | | 1.3 Holzminden Bevern Boffzen | a) Geruchsstofftechnologie, Energietechnologie b) Bauforschung und -bildung c) Natur- und Kulturerlebnis Weser-Hochsolling | |
| | | 2. Landkreis Northeim a) Agrar-/Nahrungsmitteltechnologien b) ... c) Naturpark Solling-Vogler | 2.1 Einbeck Dassel | a) Agrarbiotechnologie b) ... c) Historische Fachwerkstadt |
| | | | 2.2 B. Gandersheim Kreiensen Kalefeld | a) ... b) Gesundheitsdienste c) Historische Fachwerkstadt, Dom-Festspiele |
| | | | 2.3 Uslar Bodenfelde Hardeggen | a) Textiltechnologie b) ... c) Natur- und Kulturerlebnis Weser-Südsolling |
| | | | 2.4 Northeim Moringen Nörten-Hardenb. Katlenburg-Lindau | a) Gummitechnologie, Getränketechnologie b) ... c) „Northeimer Seenplatte“ |
| | | 3. Landkreis Osterode a.H. a) Mechatroniktechnologien b) Elektronik-Dienste Wellnes-Dienste c) Natur- und Nationalpark Harz | 3.1 Osterode a.H. Bad Grund | a) Mechatronik b) ... c) Bergbau-Technikdenkmale, Natur- u. Nationalpark Harz |
| | | | 3.2 Herzberg Hattorf | a) Holz- u. Papiertechnologien b) Elektronik-Dienste c) Welfenschloss Herzberg Natur- u. Nationalpark Harz |
| | 3.3 Bad Lauterberg Bad Sachsa Walkenried | | a) Akkumulator-Technologie b) Wellnes-Dienste c) Klosterruine Walkenried, Natur- und Nationalpark Harz | |
| | 4. Landkreis Göttingen a) Physik-/Chemie-/Geo-/Biotechnologien b) Bildungs-/Forschungs-/Entwicklungs-/Beratungsdienste Logistikdienste (Schwerpunkt Deutschlands) c) Historische Fachwerkstädte | 4.1 Duderstadt Gieboldehausen Radolfshausen | a) Orthopädietechnik b) ... c) Historische Fachwerkstadt, Seeburger See | |
| | | 4.2 Göttingen Adelebsen Bovenden Friedland Gleichen Rosdorf | a) Physik- und Biotechnologien b) Bildungs-, Forschungs-, Tagungs-, Beratungsdienste Logistikdienste c) „Universitätsstadt“ | |
| | | 4.3 Hann. Münden Dransfeld Staufenberg | a) Kunststofftechnologie b) Logistikdienste c) Historische Fachwerkstadt, „Naturpark Münden“ | |

Tab. 3.5.3: Kompetenzprofil Südniedersachsen: „Wissen schafft Werte“, „Region der Mitte“, „Märchenland“

4. Stärkung teilträumlicher Entwicklungen

4.1 Standortkompetenzen der Teilräume

Eine Region ist kein homogenes Gebilde, sondern setzt sich aus Teilräumen zusammen. Auch sind die Grenzen zu Nachbarräumen oft unscharf. Dies erfordert eine koordiniertes Marketing für die einzelnen Raumebenen. Die nach außen und innen zu vermittelnden Kompetenzprofile mit „Alleinstellungsmerkmalen“ müssen eine „Dachmarke“ für die Gesamtregion mit den „Produktmarken“ für die Teilfunktionen und die Teilräume integrieren. Die Dachmarke sollte die Region als hochqualifizierten Wirtschafts-, Lebens- und Naturraum überregional gut identifizierbar kennzeichnen. Als Naturraum ist Südniedersachsen durch seine Lage zwischen den touristischen „Märchenlanden“ Harz und Weser gut beschreibbar. Für den Lebensraum sind die darin eingebundenen einzigartigen Fachwerkstädte und -dörfer mit ihren vielfältigen sozialkulturellen Angeboten das herausragende Markenzeichen. Wirtschaftsräumlich definiert der in Deutschlands Mitte gelegene Verflechtungsbereich des Oberzentrums Göttingen mit den Wissensdienstleistungen als größter Beschäftigungssektor die Region. Das regionale Leitmotiv für Siedlungsstruktur, Freiraumstruktur und Infrastruktur drückt sich so aus in der Begriffskombination *Wissensland, Märchenland, Mittelland Südniedersachsen* bzw. in den Namen *Göttingen, Gauß, Grimm*.

Im folgenden werden regionalkundliche Informationen zu den Landkreisen und ihren Teilräumen zusammengetragen und zu entsprechenden Kompetenzprofilen verdichtet - mit der inneren Gliederung:

- Kompetenz als Wirtschaftsraum: Statistische Daten geben allein nicht Auskunft über die Wirtschaftsstruktur. Ebenso wichtig ist eine qualitative Darstellung der wichtigsten Branchen und Betriebe. Ihre Entstehungsgeschichte ist mit der Entwicklung der Teilräume verbunden. Die Zukunftsfähigkeit des Teilraumes hängt von dem Innovationspotential und der Wettbewerbspositionierung ihrer bedeutendsten Betriebe ab.
- Wohn- und Freizeitwert des Siedlungsraumes: Die Siedlungen der Region sind der Hauptlebensraum ihrer Bevölkerung. Seine kulturgeschichtliche Ausprägung ist ein wichtiger Bindungsfaktor und charakterisiert ihn als Heimat und als touristisches Ziel. Die Attraktivität des Raumes für die alltäglichen Lebensvorgänge wie Wohnen, Arbeiten und Freizeit (Lebensqualität) entscheidet über die Wanderungsbilanz und Gästezahl der Region und seiner Teilräume: Sind ausreichend und angemessene Erwerbsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen vorhanden? Stehen gute und preiswerte Wohnungen für die verschiedensten Wohnwünsche zur Verfügung? Was gibt es für Freizeitangebote für Leute unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Neigung?
- Wertigkeit des Freiraumes: Der Naturraum hat Bedeutung als Lebensraum von Tier- und Pflanzenwelt, als Quelle von Rohstoffen, als Grundlage von Forst- und Landwirtschaft sowie als Raum für Erholungssuchende. Die Freiräume der Region sind für die einzelnen Funktionen unterschiedlich ausgestattet. Dementsprechend ergibt sich eine große Spannweite von Eignungsprofilen und Nutzungskompetenzen für die regionalen Landschaften.

Die Versorgung mit Wohn-, Arbeits- und Freizeitstätten muß bedarfsgerecht auf die Struktur der Bevölkerung und der Siedlungen zugeschnitten sein. Menge sowie Alters- und Regionalzusammensetzung der Bevölkerung haben sich in den letzten vierzig Jahren erheblich gewandelt und werden sich auch in den kommenden Jahren weiterhin wandeln (vgl. Tab. 4.1, S. 79). Von 1961 (583.100 Ew) bis 1999 (587.700 Ew) ist die Einwohnerzahl der Region Südniedersachsen im Ergebnis relativ stabil geblieben (+0,8%). Zunahmen in den 60-er Jahren standen Verluste in den 70-er und 80-er Jahren gegenüber. Im letzten Jahrzehnt waren wieder Zuwächse (+1,6%) zu verzeichnen. Erhebliche Verschiebungen hat es jedoch in der räumlichen und altersmäßigen Verteilung gegeben. Während der Landkreis Göttingen in den letzten vier Jahrzehnten 15,2% mehr an Einwohnern gewonnen hat, haben die anderen Landkreise erhebliche Verluste zu verzeichnen (Holzminden -14,9%, Northeim -5,1%, Osterode -8,3%). Damit hat sich bei nahezu gleichbleibender Gesamtzahl die räumliche Verteilung der Einwohner zugunsten des

verdichteten Kernraumes mit dem Oberzentrum bzw. zu Lasten der ländlichen Randgebiete verschoben. Wohnten 1961 39,6% der Regionsbevölkerung im Lk Göttingen, so liegt dieser Anteil heute bei 45,3% (+5,7%-Punkte). Dementsprechend ist der Anteil der übrigen Landkreise gesunken - und zwar beim Lk HOL um 2,6, beim Lk NOM um 1,6 und beim Lk OHA um 1,4 %-Punkte. Dieser Konzentrationsprozess wird sich nach der Prognose des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik noch weiter fortsetzen. Im Jahre 2016 werden voraussichtlich 48,1% aller Südniedersachsen, d. h. nahezu jeder zweite, im Landkreis Göttingen wohnen (+2,8 %-Punkte). Die Einwohnerzahl im Landkreis Göttingen wird sich um 0,5% leicht erhöhen, während in den übrigen Landkreisen mit erheblichen Bevölkerungsverlusten zu rechnen ist (Lk HOL -7,7%, Lk NOM -9,9%, Lk OHA -13,3%). Insgesamt wird dies zu einem Rückgang der Einwohnerzahl der Region um 5,4% auf 556.000 führen. Diese massiven Verluste sind auf die Überalterung zurückzuführen. Während im Landkreis Göttingen der Anteil der Über-65-jährigen in den vergangenen und den kommenden Jahren mit ca. 15% in etwa stabil bleibt, ist in den Nachbarkreisen im letzten Jahrzehnt die Altenzahl um 3 - 4 % auf einen Anteil von 19 - 21 % gestiegen und wird bis 2016 noch stärker um 10 - 12 % auf eine Quote von 24 - 27 % hoch gehen.

Aus diesem gravierenden Wandel der Bevölkerungsstruktur werden sich veränderte Anforderungen an die Siedlungs- und Infrastruktur ergeben und eine Revision der langfristigen Planungs- und Entwicklungsziele auf regionaler und lokaler Ebene erfordern. So muß in den Kreisen Holzminden, Northeim und Osterode a.H. mit Leerständen im Wohnungsmarkt und bei einer 20 -30 %-tigen Abnahme bei den unter 18-jährigen mit Überkapazitäten bei Kindergärten und Schulen gerechnet werden. Auch wird es hier Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt durch die Verringerung der Erwerbsfähigkeitszahl um 10 - 17 % geben. Allerdings kann dies bei bleibendem Produktionsniveau auch zu Arbeitskräftemangel führen. Demgegenüber wird hier der Bedarf an altengerechten Einrichtungen steigen. Wie der langfristige Trend zeigt, ist es nicht erfolversprechend, mit zusätzlichen Ausweisungen von Wohnbauflächen Einwohner aus dem Kernraum in den ländlichen Raum zu ziehen. Vielmehr muß die Strategie verfolgt werden, die Attraktivität der Wohnstandorte durch die Modernisierung von Wohnraum und Infrastruktur zu erhalten. Für die Erholungslandschaften Weser, Solling und Harz ist die Förderung von Freizeit-Wohnen und Senioren-Wohnen eine geeignete regionale Umstellungsstrategie.

| Tab. 4.1 Einwohn | | Lk Holzminden | | Lk Northeim | | Lk Osterode | | Lk Göttingen | | St Göttingen | | Südniedersachsen | | Niedersachsen | |
|------------------|-----------------|---------------|-------|-------------|-------|-------------|-------|--------------|------|--------------|------|------------------|-------|---------------|-------|
| Jahr | | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| 1939 | Anzahl | 65.316 | 16,9 | 105.113 | 27,3 | 61.830 | 16 | 153.328 | 39,8 | | | 385.587 | 100 | 4.539.148 | |
| 1950 | Anzahl | 113.372 | 17,6 | 189.630 | 29,4 | 102.086 | 15,8 | 239.499 | 37,2 | | | 644.587 | 100 | 6.796.513 | |
| | Ver.(%) | | 73,6 | | 80,4 | | 65,1 | | 56,2 | | | | 67,2 | | 49,7 |
| 1961 | Anzahl | 96.973 | 16,6 | 160.365 | 27,5 | 94.619 | 16,2 | 231.189 | 39,6 | | | 583.146 | 100 | 6.640.065 | |
| | Ver.(%) | | -14,5 | | -15,4 | | -7,3 | | -3,5 | | | | -9,5 | | -2,3 |
| 1970 | Anzahl | 95.757 | 16,1 | 159.805 | 26,8 | 96.361 | 16,2 | 244.127 | 41,0 | | | 596.050 | 100 | 7.081.549 | |
| | Ver.(%) | | -1,3 | | -0,3 | | 1,8 | | 5,6 | | | | 2,2 | | 6,6 |
| 1980 | Anzahl | 89.913 | 15,2 | 151.325 | 25,5 | 91.208 | 15,4 | 260.743 | 44,0 | 129.656 | 21,9 | 593.189 | 100 | 7.256.386 | |
| | Ver.(%) | | -6,1 | | -5,3 | | -5,3 | | 6,8 | | | | -0,5 | | 2,5 |
| 1990 | unt. 65 | 65.642 | 80,6 | 123.027 | 81,6 | 72.100 | 80,4 | 217.723 | 84,8 | 103.343 | 84,8 | 478.492 | 82,7 | | |
| | über 65 | 15.779 | 19,4 | 27.717 | 18,4 | 17.600 | 19,6 | 39.021 | 15,2 | 18.488 | 15,2 | 100.117 | 17,3 | | |
| | Insges. | 81.421 | 14,1 | 150.744 | 26,1 | 89.700 | 15,5 | 256.744 | 44,4 | 121.831 | 21,1 | 578.609 | 100 | | |
| | Ver.(%) | | -9,4 | | -0,4 | | -1,7 | | -1,5 | | | | -2,5 | | |
| 1999 | 0 - 18 | 15.923 | 19,3 | 28.960 | 19 | 15.427 | 17,8 | 48.972 | 18,4 | 19.016 | 15,1 | 109.282 | 18,6 | 1.559.890 | 19,8 |
| | 18 - 65 | 50.272 | 60,9 | 94.158 | 61,9 | 53.015 | 61,1 | 177.755 | 66,7 | 89.056 | 70,7 | 375.200 | 63,8 | 5.026.415 | 63,9 |
| | über 65 | 16.298 | 19,8 | 28.993 | 19,1 | 18.302 | 21,1 | 39.583 | 14,9 | 17.912 | 14,2 | 103.176 | 17,6 | 1.279.535 | 16,3 |
| | Ver.(%) | | 3,3 | | 4,6 | | 4,0 | | 1,4 | | | | 3,1 | | |
| | Insges. | 82.493 | 14,0 | 152.111 | 25,9 | 86.744 | 14,8 | 266.320 | 45,3 | 125.984 | 21,4 | 587.668 | 100 | 7.865.840 | 100 |
| | Ver.(%) | | 1,3 | | 0,9 | | -3,3 | | 3,7 | | | | 1,6 | | |
| | Ver.(%) 1950-99 | | -27,2 | | -19,8 | | -15,0 | | 11,2 | | | | -8,8 | | 15,7 |
| | Ver.(%) 1961-99 | | -14,9 | | -5,1 | | -8,3 | | 15,2 | | | | 0,8 | | 18,5 |
| 2016 | 0 - 18 | 12.878 | 16,9 | 21.791 | 15,9 | 10.934 | 14,5 | 51.025 | 19,1 | 19.125 | 15,0 | 96.628 | 17,4 | 1.335.924 | 16,9 |
| | Ver.(%) | | -19,1 | | -24,8 | | -29,1 | | 4,2 | | | | -11,6 | | -14,4 |
| | 18 - 65 | 45.024 | 59,1 | 82.533 | 60,2 | 44.082 | 58,6 | 175.445 | 65,6 | 86.881 | 68,3 | 347.084 | 62,4 | 4.888.033 | 62,0 |
| | Ver.(%) | | -10,4 | | -12,3 | | -16,8 | | -1,3 | | | | -7,5 | | -2,8 |
| | über 65 | 18.274 | 24,0 | 32.704 | 23,9 | 20.229 | 26,9 | 41.103 | 15,3 | 21.217 | 16,7 | 112.310 | 20,2 | 1.665.664 | 21,1 |
| | Ver.(%) | | 12,1 | | 12,8 | | 10,5 | | 3,8 | | | | 8,9 | | 30,2 |
| | Insges. | 76.176 | 13,7 | 137.028 | 24,6 | 75.245 | 13,5 | 267.573 | 48,1 | 127.223 | 22,9 | 556.022 | 100 | 7.889.621 | 100 |
| | Ver.(%) | | -7,7 | | -9,9 | | -13,3 | | 0,5 | | | | -5,4 | | 0,3 |

4.1.1 Landkreis Holzminden: *Kultur und Natur im Weserbergland*

Der Landkreis Holzminden wurde 1832 als administrativer Teil des Herzogtum Braunschweig gebildet. Er umfasste die damaligen Ämter Holzminden, Stadtoldendorf, Eschershausen und Ottenstein. Im Jahre 1941 wurde der Landkreis Holzminden (im Tausch gegen den Kreis Goslar) in das Land Preußen umgegliedert. In dem Zuge kam Bodenwerder vom Nachbarkreis hinzu. Mit der Gebietsreform 1973 wurden Delligsen, Lauenförde und Polle angegliedert.

Holzminden gehört heute mit ca. 82.100 Einwohnern – entsprechend 14,0% der Regionsbevölkerung - zu den kleinsten Kreisen in Niedersachsen. 23.100 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsort. Das ist ein Regionalanteil von 12,8%. Die Arbeitsplatzausstattung des Landkreises liegt mit 28,1 pro 100 Einwohner leicht unter dem Regionsmittel. Vor dem Krieg (1939) lebten in den Grenzen des heutigen Landkreises 63.300 Personen. Die Zahl sank im Krieg und stieg danach durch Flüchtlingszuzüge bis 1950 sprunghaft auf 113.400 an. In den folgenden fünfzig Jahren ging sie um 27,2% zurück – mit einer leichten Steigerung in den letzten zehn Jahren. Nach einer Prognose des NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESAMTES FÜR STATISTIK (20000) geht der Schrumpfungsprozess bis 2016 in gleichem Maße weiter (-7,7%), so dass hier dann nur noch mit 76.200 Einwohnern zu rechnen ist. Die Altersstruktur wird sich dabei weiter verändern. Stieg der Anteil der Über-65-jährigen von 1990 bis 1999 schon um 3,3%, so wächst ihr Anteil bis 2016 voraussichtlich regional überdurchschnittlich um weitere 12,1%. Der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung erhöht sich dann von heute 19,8% auf 24,0%; das sind 3,8 %-Punkte mehr als im Regionsmittel. Demgegenüber wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen (bis 18 Jahre) überdurchschnittlich um 19,1 und der Anteil der Erwerbsfähigen (18-65-jährige) ebenfalls überdurchschnittlich um 10,4% zurückgehen.

Das Kreisgebiet gehört naturräumlich zum Weserbergland. Topografisch ist das Gebiet in kleinräumige Siedlungskammern gegliedert, die die Grundstruktur für die Siedlungen und ihre zentralörtliche und politische Zugehörigkeit bilden. Allerdings ist die überregionale Erreichbarkeit erschwert. Das windungsreiche Wesertal hat im Industriezeitalter seine verkehrsgeografische Bedeutung an das Leinetal abgegeben. Die Entfernungen zu Autobahnen und Fernverkehrsbahnhöfen (ICE-Halt) sind verhältnismäßig groß.

Der Wirtschaftsraum Holzminden gründet sein Leistungsprofil auf heimische Rohstoffe und Bodenschätze und ihre regionale Verarbeitung. Er bietet damit ein gutes Beispiel für nachhaltige Wirtschaft. Herausragendes Merkmal sind die großen Waldgebiete von Solling, Vogler und Hils, die ca. 45% des Raumes einnehmen. Tradition haben hier die Holzindustrie und die auf den regenerativen Energien Holz und Wasserkraft beruhende Herstellung und Verarbeitung von Glas, Eisen, Papier, Kalk- und Sandstein, Gips und Ton. Der Weserraum liegt abseits der internationalen Verkehrsachsen - ein Handicap für die Standortentwicklung, das allerdings durch den elektronischen Wirtschaftsaustausch an Bedeutung verlieren kann. Die landschaftliche Vielfalt des Weserberglandes und seine kulturhistorische Ausstattung (Weserrenaissance) bieten gute Grundlagen für den Fremdenverkehr, der zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden ist.

Raum Holzminden/Bevern/Boffzen: *Zentrum des Weserberglandes*

Der Regionalanteil des Raumes beträgt 6,2% bei den Einwohnern und 7,9% bei den Beschäftigten. Bei einem überdurchschnittlichen Arbeitsplatzbesatz von 39,2 pro 100 Einwohner werden Nachbarräume mit versorgt. Ansatzpunkte für Forschung und Entwicklung bietet der Fachhochschulstandort Holzminden mit den Bereichen Architektur, Bauingenieurwesen und Bauinformatik, der aus der ältesten Baugewerkeschule Norddeutschlands (gegründet 1831) hervorgegangen ist. In Holzminden (ca. 22.000 Einwohner) befinden sich weltweit operierende Firmen der chemischen Industrie und der Elektrotechnik, die das Standort- und Entwicklungsprofil des Treilraumes und des Landkreises bestimmen. Führend

sind die Firmen Haarmann und Reimer GmbH und Dragoco Gerberding + Co AG, die im Juli 2002 fusionierten. Sie stellen Rich- und Aromastoffe z.B. für die Kosmetikbranche her. Ihren Stammsitz hat hier die Stiebel-Eltron GmbH, die mit hohem Innovationsanspruch haustechnische Anlagen (Heizung, Lüftung) fertigt. Von der Firma *Stiebel* wurde 2000 als Expo-Projekt eine beispielhafte Niedrigenergiesiedlung (Brombeerweg) errichtet. Hinzu kommen im Raum Holzminden noch Betriebe der Glas- und Elektroindustrie, der Metallbearbeitung, der Betonindustrie und des Brauwesens. Zum Wirtschaftsraum Holzminden gehört die weseraufwärts angrenzende Samgemeinde Boffzen mit der 1747 gegründeten Porzellanmanufaktur Fürstenberg, Glashütten in Boffzen und dem Möbelhersteller Tecta in Lauenförde. Zusammen prägen sie das Bild des *Weser-Solling-Raumes* mit den Schwerpunkten *Natur- und Baustofftechnologien und -dienstleistungen*. Der Fremdenverkehr konzentriert sich auf die Weserorte (z.B. Weserrenaissance) und auf den Hochsolling mit Neuhaus und Silberborn.

Beherrschendes Zentrum des Kreises ist die Stadt Holzminden (ca. 21.800 Einwohner). Sie steht siedlungsräumlich in enger Verbindung zur acht km entfernten ostwestfälischen Nachbarstadt Höxter. Holzminden wurde um 1200 als Markt- und Zollort am Weserhafen und -übergang von den Grafen von Everstein gegründet. Im Mittelalter und der frühen Neuzeit war die Weser die Hauptverkehrsader und beeinflusste damit auch die Kultivierung des Raumes. Sehenswerte Klöster, Burgen, Schlösser und Fachwerkkorte machen die vielfältige Landschaft an Weser und Solling zu einer der beliebtesten Freizeit- und Erholungsräume Deutschlands. Herausragende Kulturstätten sind die *historische Porzellanmanufaktur im Schloß Fürstenberg* (SG Boffzen), das *Weserrenaissanceschloß Bevern* sowie das *Kloster Amelungsborn* (SG Bevern), eines der ältesten deutschen Zisterzienserklöster. Der rote Solling-Sandstein prägt als Wand- und Dachstein im Verbund mit Holzfachwerk in unverkennbarer Weise das Erscheinungsbild der Orte dieses Weserraumes. Alle Schulformen sind in der Kreisstadt vorhanden. Die Kulturangebote wie Stadtmuseum, Stadthalle mit reichhaltigem Veranstaltungsprogramm, das internationale *Straßentheater-Festival* machen den Raum Holzminden mit Bevern und Boffzen (ca. 36.500 Einwohner) zu einem attraktiven Wohn- und Aufenthaltsort.

Raum Bodenwerder/Polle: „Münchhausenland“ an Weser und Vogler

Zu den landschaftlich schönsten Gebieten gehört das enge und klippenreiche Durchbruchtal der Oberweser zwischen der Ottensteiner Muschelkalkhochfläche und der Bundsandsteinscholle des Voglers mit den *Samtgemeinden Bodenwerder* und *Polle*. Dementsprechend ist auch der Fremdenverkehr eine wichtige Erwerbsquelle. Bodenwerder ist als „Münchhausenstadt“ und als Jod-Sole-Bad touristisch von Bedeutung. Sie hat mit dem Weserübergang der B 240 eine Verbindungsfunktion zwischen den Regionen Ostwestfalen und Südniedersachsen. Wichtigste Branche im produzierenden Gewerbe ist die Verarbeitung der Gipsvorkommen von Eschershausen/Stadtoldendorf in den *Rigips-Werken*. Darüberhinaus sind Elektro-, Leder-, Holz-, Kalk- und Betonwerke sowie ein Schiffsbaubetrieb (*Arminius-Werft*) für die Wertschöpfung des Areals von Bedeutung.

Die Stadt Bodenwerder wurde im 13. Jahrhundert als Markt- und Brückenort auf einer Weserinsel in der Nähe des romanischen *Klosters Kernade* durch die Edelherren von Homburg planmäßig angelegt. Das Stadtbild wird von den gut erhaltenen Fachwerkhäusern geprägt. Bekannt wurde die Stadt als Geburts- und Wohnort des „Lügenbarons“ *Freiherr von Münchhausen* (1720–1797). Seinem Andenken sind ein Museum, regelmäßige Spielvorführungen und ein Literaturpreis gewidmet. Ein weiterer kulturgeschichtlicher Höhepunkt ist das *Weserrenaissance-Schloss Hehlen*. Bodenwerder ist als Luftkurort staatlich anerkannt. Zusammen mit der Nachbargemeinde Polle, die durch ihre malerische *Burganlage* in Erscheinung tritt, nimmt Bodenwerder den landschaftlich schönsten Teil der Weser ein. Als Wohnstandort ist dieser Siedlungsraum deshalb besonders für naturliebende, nicht standortgebundene Personen (z.B. Senioren) geeignet. Die Bevölkerungszahl liegt z.Zt. bei 17.800; das ist ein Regionalanteil von 3,0%. Der Arbeitsplatzbesatz hat mit 18,0 den niedrigsten Wert der Region. Mit ca. 3.500 Beschäftigten ist der Beitrag des Raumes zum regionalen Arbeitsmarkt mit 1,9% gering (Rang 13).

Raum Stadtoldendorf/Eschershausen/Delligsen: „*Wilhelm-Raabe-Land*“ am Hils

Zusammen haben die Gemeinden des Hils-Raumes ca 27.800 Einwohner entsprechend 4,7% der Regionsbewohner. Hier sind die Beschäftigungsmöglichkeiten am Arbeitsort mit 19,9 pro 100 Einwohner unterdurchschnittlich. Der Wirtschaftsraum am Hils ist von der Gewinnung und Verarbeitung der oberflächennahen Rohstoffvorkommen geprägt, die teilweise bereits zur Zeit des Merkantilismus begann. Die Glashütte Grünenplan (Deutsche Spezialglas AG - DESAG) geht auf eine historische Gründung des braunschweigischen Oberhofjägermeisters von Langen im Jahre 1744 zurück. In Delligsen hatte der braunschweigische Herzog bereits 1735 eine Eisenhütte (Carlshütte) gebaut, denen Maschinen- und Papierfabriken nachfolgten. In Escherhausen dominieren die Deutsche Naturasphalt GmbH (DASAG), eine Schlauchbootfabrik und der Fahrzeugbau. Stadtoldendorf weist die bereits genannten Gipswerke und Solling-Sandsteinwerke als wirtschaftlich bedeutsam auf.

Die zwischen Stadtoldendorf und Eschershausen gelegene Homburg diente den gleichnamigen Edelherrn im Mittelalter als Residenz. Sie förderten die planmäßige Besiedlung des umliegenden Landes. So geht die Gründung der Stadt Stadtoldendorf auf sie zurück (Verleihung der Stadtrechte 1255). Als „Stätte der kulturellen Begegnung“ für den Nahbereich dient das „Alte Rathaus“. Das Stadtmuseum und ein Freilichtmuseum geben Einblick in das Leben der Bevölkerung in der Vergangenheit. Stadtoldendorf verfügt über eine Reihe kulturgeschichtlich wertvoller Denkmale (Camphof, Abtshof, Hagertorturm) und ein noch sehr gut ablesbares mittelalterliches Stadtbild. Der bedeutende Schriftsteller des Realismus Wilhelm Raabe wurde 1831 in Eschershausen geboren. Sein Geburtshaus dient heute als Gedenkstätte. Auch in Stadtoldendorf erinnert das „Raabe-Haus“, in dem der Dichter einige Jahre verbracht hat, an sein Wirken. Raabe schildert in einigen seiner Erzählungen sehr realistisch die schwierigen Lebensverhältnisse in diesem Siedlungsraum zu Anfang des 19. Jahrhunderts. „Abgeschirmt“ liegen die Ortsteile des Flecken Delligsen in der „Hilsmulde“. Der Ortsteil Grünenplan, präsentiert sich als beliebter Fremdenverkehrsort. Sein Ortskern ist Mitte des 18. Jahrhunderts als eine der ersten deutschen Werksiedlungen planmäßig für die hier ansässige Glasherstellung angelegt worden. Das Glasmuseum im Ort dokumentiert die Wirtschafts- und Sozialgeschichte dieses Raumes. Auf dem Kamm des Hils wurde zu Ehren von Wilhelm Raabe ein Aussichtsturm errichtet, der einen weiten Rundblick über das Weser- und Leinebergland ermöglicht.

4.1.2 Landkreis Northeim: *Natur und Technik im Leinebergland*

Der Landkreis Northeim ist schrittweise auf die heutige Flächengröße gewachsen. 1871 wurde er als preußische Verwaltungseinheit gegründet und 1885 an die preußische Kreisordnung angepaßt. Im Jahre 1932 wurde er mit dem Kreis Uslar zusammengelegt. Mit der Gebietsreform 1974 kam der Kreis Einbeck hinzu. 1978 wurden aus dem aufgelösten Landkreis Gandersheim die Stadt Bad Gandersheim und die Gemeinde Kreiensen angegliedert. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Gemeinde Kalefeld vom Landkreis Osterode a.H. zum Landkreis Northeim abgegeben.

Auf der Landkreisfläche von 1.266 qkm (mit gemeindefreien Gebieten) leben 152.100 Personen. Das ergibt eine Einwohnerdichte von 120,1, die erheblich unter dem Landesmittel von 153 Einw./qkm liegt. Die Katasterfläche des Landkreises Northeim beträgt ohne die gemeindefreien Gebiete 108.924 ha. Davon werden 10,8% als Siedlungsfläche (Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche), 31,8% als Naturfläche (Wald, Wasser, Moor, Heide, Unland) und 57,8% als intensiv bewirtschaftete Freifläche für Landwirtschaft, Erholung und andere Zwecke genutzt. Die Siedlungsbaufäche beträgt 10.166 ha; davon werden 27,3% für Wohnen, 7,1% für Gewerbe und 65,6% für Verkehr beansprucht. Im Landkreis Northeim leben 26% der Regionseinwohner. Hier befindet sich der Arbeitsort von 23,5% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region. Dies ergibt eine leichte Unterversorgung von 2,5%-Punkten. In den Mittelzentren Bad Gandersheim, Einbeck, Northeim und Uslar leben 58% der Kreiseinwohner; hier

befinden sich 71% der Arbeitsplätze. Das zeigt die dominierende Bedeutung der Mittelzentren für die Wohnungs- und Arbeitsplatzversorgung. Die Einwohnerzahl hatte nach dem Krieg (1950) durch die Flüchtlingsaufnahme einen Höhepunkt mit 189.600. Sie sank in der Folge erst sehr stark und dann mit wechselnder Intensität bis 1980 um ca. 20%. In den letzten zwanzig Jahren blieb sie per saldo etwa stabil. Das NIEDERSÄCHSISCHE LANDESAMT FÜR STATISTIK (2000) sagt für 2016 erhebliche Veränderungen von Bevölkerungszahl und Altersstruktur voraus. So wird die Einwohnerzahl voraussichtlich um 9,9% auf 137.000 zurückgehen. Die „Alterung“ (Anteil der Über-65-jährigen) wird regional überdurchschnittlich um 12,8% zunehmen, verbunden mit einer drastischen Verringerung der jungen Jahrgänge um 24,8% und der Erwerbsfähigen zwischen 18 und 65 Jahren um 12,3%.

Siedlungsräumlich dominiert das Leine-/Ilmetal mit den Mittelzentren Northeim und Einbeck. Das Harzvorland im Osten und der Solling im Westen des Kreisgebietes sind kleinräumiger und weniger intensiv besiedelt. Die verkehrsgünstige Lage an der Autobahn A7 und der Nord-Süd-Fernbahnstrecke bevorteilt die Siedlungsräume Einbeck und Northeim. Sie sind jedoch in der offenen Tallage landschaftlich nicht so attraktiv wie die Solling- oder die Harzvorlandgemeinden, die wiederum teilweise verkehrsgünstiger liegen.

Der Landkreis Northeim gliedert sich wirtschaftsräumlich in die mit den Altkreisen überwiegend übereinstimmenden Mittelbereiche Einbeck, Bad Gandersheim, Uslar und Northeim. Wirtschaftsachse des Kreises ist der Leinetalgraben, durch den Verkehrsadern von europäischer Bedeutung wie ICE-Nord-Süd-Neubaustrecke und die Bundesautobahn A „7“ führen. Dementsprechend ist die wirtschaftsgeografische Lage des Kernraumes günstig zu bewerten. Von den heimischen nachwachsenden Rohstoffen und den oberflächennahen Bodenschätzen ging im Landkreis Northeim die wirtschaftliche Entwicklung aus. Die fruchtbaren Lößböden der Leine-Ilme-Senke ermöglichen mit Weizen- und Zuckerrübenanbau eine ertragreiche Landwirtschaft. Sie hat entsprechende Folgebetriebe des produzierenden Gewerbes hervorgebracht (z.B. Kornbrennerei in Nörten-Hardenberg als mittlerweile drittgrößter deutscher Spirituosenhersteller, internationale Saatzuchtproduktion in Einbeck). Die Zuckerfabriken in Northeim und Nörten-Hardenberg sind stillgelegt und warten auf gewerbliche Folgenutzungen. Der Westteil des Kreises wird vom Waldgebiet des Solling ausgefüllt. Er ist seit alters her Grundlage einer bedeutenden Holzwirtschaft. Markenzeichen der Wirtschaft des Kreises sind also das reiche „Naturkapital“, die günstige Verkehrslage und das technologische Innovationspotential international tätiger Betriebe im Bereich Biotechnik (Kleinwanzlebener Saatzucht AG - KWS) in Einbeck und Kunststoff- und Verpackungstechnologien in Northeim.

Raum Einbeck/Dassel: *Fruchtbares Ilmetal*

Der Siedlungsraum Leine-Ilme, der etwa dem ehemaligen Kreisgebiet Einbeck entspricht, hat 41.000 Einwohner (regionaler Anteil 7,0%) und 13.000 Beschäftigte (regionaler Anteil 7,2%). Die Arbeitsplatzversorgung liegt mit 31,8 % leicht über dem Regionsmittel. Das Mittelzentrum Einbeck hat einen legendären Ruf als „Bierstadt“. Seit über 700 Jahren wird hier nachweislich Bier gebraut. Das Bockbier wurde hier „erfunden“. Naturräumliche Grundlage war der Braugersteinbau in der fruchtbaren Ilmesenke. Im Industriezeitalter hat Einbeck sich gewerblich tragfähig weiterentwickelt. Zu nennen ist eine Fahrrad- und Fahrzeugteilefabrikation, aus der das erste deutsche Großversandhaus (August Stukenbrok) hervorging. Hieraus entwickelten sich auch die Heidemannwerke mit ehemals Fahrradproduktion, die heute Automobilteile herstellen. Weitere Betriebe gibt es im Maschinen- und Gerätebau, in der Möbel- und Teppichfabrikation, Papierindustrie und der Pelzveredelung. Besonderes Innovationspotential besitzt die in Einbeck nach dem Kriege ansässig gewordene *Kleinwanzlebener Saatzucht AG (KWS)*. Sie ist ein international bekanntes Kompetenzzentrum für Biotechnologie in der Landwirtschaft und bietet eine gute Grundlage für synergetisches Wachstum in ihrem Forschungs-, Produktions- und Dienstleistungsumfeld. *Die Stadt Dassel* ist mit ihren Ortsteilen landwirtschaftlich geprägt. Das produzierende Gewerbe im Gemeindezentrum wird von Eisengießerei und Papierfabrikation bestimmt.

Die fruchtbare Ilme-Senke hat zu einer frühzeitigen netzartigen dörflichen Besiedlung in Form von 44 Orten geführt. Einbeck und Dassel - zum Teil auch Markoldendorf - haben zentrale Marktfunktionen für ihr Umland entwickelt. Aufgrund der guten Böden hat die Nahrungsmittel-Produktion hier einen Schwerpunkt (Brauereiwesen, Saatgutherstellung), was sich in der ländlichen Siedlungsstruktur und dem regional höchsten landwirtschaftlichen Beschäftigtenanteil von 8,4% ausdrückt. Einbeck liegt im Schnittpunkt alter Handelswege, die durch das Leinetal und am Nordrand von Solling und Harz entlang führten. 1240 wurden ihr die Stadtrechte verliehen. Im Mittelalter war Einbeck mit 6.000 Einwohnern eine der größten Städte des Landes. Als Mitglied der Hanse trieben die Bürger einträglichen Handel und bauten sich prachtvolle Fachwerkhäuser. 1540 zerstörte ein Großbrand offenbar die gesamte Stadt bis auf die Kirche, 1549 gefolgt von einem weiteren Brand. Der vollständige Wiederaufbau erklärt die Einheitlichkeit des Stadtbildes, wobei die hohe Qualität des Fachwerkbaues, vor allem seine Fassadengestaltung bemerkenswert ist. Es handelt sich um eine außerordentliche Bauleistung, die innerhalb weniger Jahre vollbracht wurde. Das schönste Bild zeigt die *Tiedexer Straße* mit ihren reich geschmückten Fassaden. Bemerkenswert wegen ihre reichhaltigen Architektur sind das *Rathaus*, das *Brodhaus* und die *Ratsapotheke*. Die Kulturgeschichte des Raumes wird im *städtischen Museum* und im *Fahrrad-Museum* (Stukenbrok, Heidemann) präsentiert. Auf der Spitze des Ahlsburg-Höhenzuges liegt die *Burguine Grubenhagen*, Stammsitz der braunschweigisch-lüneburgischen Nebenlinie, die den Raum Einbeck und Osterode jahrhundertlang territorial beherrscht hat.

Dassel mit seinen 16 Ortschaften war im Mittelalter eine Grafschaft. 1310 verkaufte der letzte Graf den Rest der Grafschaft an den Bischof von Hildesheim. Diese Exklave wurde später durch die Zuordnung zum Herzogtum Braunschweig wieder aufgehoben. Kulturgeschichtlich ist die *Erichsburg* von Bedeutung, ein Wasserschloss im Stil der Weserrenaissance, das jedoch in einem schlechten Unterhaltungszustand ist. An Museen sind erwähnenswert das *Wilhelm-Busch-Zimmer* im Ortsteil *Lüthorst*, in dem der Dichter (1832-1908) einige Jahre lebte, und die „*Blankschmiede*“, eine interessante Präsentation ländlicher Energie- und Handwerkstechnik am Originalstandort.

Raum Bad Gandersheim/Kalefeld/Kreiensen: *Geschichtsträchtige Kur- und Kulturlandschaft*

In dem Siedlungsraum Leine-Gande-Aue leben 26.700 Menschen (4,6% Regionsanteil). Ihnen stehen dort 6.400 Arbeitsplätze zur Verfügung, zu gleichen Teilen (49,1%) im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Das ist ein unterdurchschnittlicher Arbeitsplatzbesatz von 24% (Regionsmittel: 30,9%). *Bad Gandersheim* war Sitz des gleichnamigen Kreises und kam 1977 mit der Nachbargemeinde *Kreiensen* zum Landkreis Northeim. Die *Gemeinde Kalefeld* wurde zum gleichen Zeitpunkt vom Kreis Osterode umgegliedert. In Gandersheim befindet sich die territoriale Keimzelle des Deutschen Reiches. Hier hatten die *Sachsenherzöge Brun* (z. Zt. Karls des Großen) und später *Liudolf* ihre Stammgüter. Sie wurden zur Herrschaftsbasis ihres Nachfahren, *Heinrich I.*, der 919 zum ersten deutschen König gewählt wurde, und seines Sohnes *Otto I.*, der 936 zum ersten Kaiser des „*Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation*“ erhoben wurde. Das *Kloster Brunshausen* und das *Stift Gandersheim*, in dem sich das *Grabmal des Sachsenherzogs Ludolf* befindet, erinnern an die zentrale Rolle dieses Raumes im frühen Mittelalter. Der Ruhm als „Stadt der romanischen Literatur“ beruht auf *Roswitha von Gandersheim*, die im 10. Jahrhundert in dem Stift als erste deutsche Dichterin Dramen und Epen verfasste (u.a. Biografie Otto I.) Die jährlichen Festspiele vor der Kulisse der berühmten romanischen Stiftskirche sind ein kultur-touristischer Höhepunkt der Region. Sie prägen damit das Profil der Stadt und ihres Umlandes. Die geschichtliche Bedeutung des Raumes hat noch ein nicht ausgeschöpftes touristisches Marketingpotential. *Kreiensen* liegt am Leinedurchbruch zwischen Schichtstufen- und Schichtkammlandschaft am Nordrand der Region. Die sehenswerte *Burg Greene* ist an diesem früher strategisch wichtigen Punkt errichtet worden. Von der Ruine hat man eine schöne Aussicht über das mittlere Leinetal. Kreiensen ist bekannt als Eisenbahnknotenpunkt. Verschiedene historische Eisenbahnbauten (*Viadukt, Bahnhof*) prägen den Ort noch heute.

Bad Gandersheim ist ein staatlich anerkanntes Thermalsole-Bad. Als „Kur-Kompetenzzentrum“ hat es trotz z.Zt. schwieriger Verhältnisse Chancen im wachsenden Gesundheitsmarkt. Daneben spielt das produzierende Gewerbe mit Glas-, Stahl-, Aluminium- und Kunststoffverarbeitung noch eine wichtige Rolle in der Wertschöpfung des Raumes. Die *Gemeinde Kalefeld* hat ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Agrarproduktion. Der Dienstleistungssektor dient der Eigenversorgung. Die gewerblich Beschäftigten pendeln überwiegend zu auswärtigen Arbeitsstätten. *Kreiensen* hat Bedeutung als Eisenbahnknotenpunkt im 19. Jahrhundert erhalten. Hier kreuzen sich die „hannoversche“ Nord-Süd-Bahn im Leinetal und die „braunschweigische“ Ost-West-Bahn von der Weser zum Harz. Beschäftigte im Eisenbahnwesen und im Maschinenbau belegen dies heute noch.

Raum Uslar/Bodenfelde/Hardeggen: *Ferienland Südsolling*

Im diesem Raum leben 28.700 Personen entsprechend 4,9% der Regionsbevölkerung. 5.600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (3,1% der Region) haben hier ihren Arbeitsplatz. Der Südsolling ist wirtschaftlich besonders strukturschwach. Hier stellen Land- und Forstwirtschaft und der Tourismus (*Naturpark Solling-Vogler*) einen überdurchschnittlichen Anteil der Beschäftigten. Auf Altstandorten heimischer Rohstoffindustrien (Holz, Kalisalze, Eisen) sind teilweise neue Gewerbezentren entstanden; jedoch hat der Raum noch mit Strukturanpassungen zu kämpfen (z. B. überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, industrielle Altlasten). Das Zentrum des Südsolling ist die *Stadt Uslar* (Mittelzentrum, Kreisstadt bis 1932). Hier dominieren Betriebe der Möbel- und Parkettfabrikation, des Maschinen- und Metallbaus und der Elektrotechnik. *Hardeggen* beherbergt ein großes Zementwerk, das aus dem hier anstehenden Kalk seinen Rohstoff gewinnt. Der *Flecken Bodenfelde* ist durch seine reizvolle Lage an Weserufer und Sollingrand für den Fremdenverkehr gut geeignet. Er ist als alleinige wirtschaftliche Basis jedoch nicht tragfähig.

„Im 15./16. Jahrhundert ist Uslar zeitweilig Residenz der Herzöge von Braunschweig(-Göttingen). Ab 1559 läßt Erich der II. von Braunschweig(-Göttingen) eine Schloßanlage im Stil der Weserrenaissance errichten, die bei einem Brand im Jahre 1612, weitestgehend zerstört wurde“ (FEHR, 2001, S. 159). Die verbliebenen Grundmauern dieses *Schlusses „Freudenthal“* zeigen noch heute die Ausmaße des Bauwerkes. Uslar hat eine sehenswerte Altstadt mit wertvollem alten Fachwerkbestand. Wahrzeichen ist das um 1476 erbaute *Rathaus*, das die zentrale Einkaufsstrasse und den Markt abschließt. Über die Geschichte des Südsolling informieren das Museum in Uslar und das *Kali-Bergbaumuseum in Volpriehausen*. Freizeitangebote machen das „*Uslarer Badeland*“, das Expo-Projekt „*ErlebnisWald*“ in *Schönhagen* und der *Schmetterlingspark „Alaris“* sowie zahlreiche Wander- und Radwege. *Hardeggen* ist das leineseitige Tor zum Solling. Seit 1973/75 ist Hardeggen staatlich anerkannter Erholungs- und Luftkurort. Herausragendes kulturgeschichtliches Bauwerk ist die *Burg Hardeg* mit dem *Muthaus (Wehr- und Wohnturm)*, dem ältesten Profanbau Niedersachsens. Hier residierten im 14. und 15. Jahrhundert die Herzöge von Göttingen. Der *Flecken Bodenfelde* liegt an der sehr reizvollen Nahtstelle der Weser-Flusslandschaft und der Solling-Waldlandschaft und bietet dementsprechend vielfältige Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Sehenswert ist das ehemalige *Jagdschloss Nienover* im Solling, das den Standort einer wüst gefallenen mittelalterlichen Stadt markiert.

Raum Northeim/Katlenburg-Lindau/Moringen/Nörten-Hardenberg: *Gewerbezentrum im Leine-Rhumetal*

Die Siedlungen im Leine-Rhume-Raum (55.600 Einwohner) gehören im Mündungsbereich zur Stadt Northeim (31.900 Einwohner), im Rhumetal zur Gemeinde Katlenburg-Lindau (7.600 Einwohner), im Leinetal zum Flecken Nörten-Hardenberg (8.600 Einwohner) und am östlichen Sollingrand zur Stadt Moringen (7.500 Einwohner). Mit dem benachbarten Raum Göttingen bildet der Raum Northeim schon in frühen landesplanerischen Zielsetzungen (vgl. LROP 1969) den zentralen südniedersächsischen „Schwerpunktraum“. Heute wohnen 39,4% und arbeiten 46,3% der Südniedersachsen hier.

Die *Kreistadt Northeim* mit ihren Umlandgemeinden *Katlenburg-Lindau*, *Moringen* und *Nörten-Hardenberg* ist nach Göttingen der beschäftigungsstärkste Raum in Südniedersachsen. Das Northeimer Leinetal ist mit der A7 in Nord-Süd Richtung und mit der Bundesstraße 241 in Ost-West-Richtung gut angebunden. In Northeim kreuzen sich auch die Nord-Süd-Bahnstrecke und die Ost-West-Verbindung vom Weserraum (Ottbergen) zum Südharz (Nordhausen). Das produzierende Gewerbe spielt im Raum Northeim eine wichtige Rolle. Grosse Gewerbeflächen stehen in den Leinetalgemeinden für Neuentwicklungen zur Verfügung - sowohl in neu erschlossenen Gewerbegebieten als auch an aufbereiteten Altstandorten (z.B. ehemalige Zuckerfabriken in Northeim und Nörten-Hardenberg). Derzeit plant die Stadt Northeim ein ca. 70 ha großes interkommunales Gewerbegebiet an der BAB-Auffahrt Norheim-West. Im Bestand ist ein vielfältiges Synergieumfeld vorhanden. Es dominieren die Branchen Gummiverarbeitung (*Contitech*), Verpackungen (*Thimm KG*), Bekleidungsindustrie und Matratzenfabrikation. Northeim gilt nach STEPPER (1976)- wie die anderen Kreisstädte - als Wachstumspol in Südniedersachsen. Dies belegt die mittelzentrale Bedeutung als bevorzugter Standort für Behörden, Schulen, Krankenhaus und Einzelhandel. Auch für unternehmensbezogene Dienstleistungen ist Northeim ein interessanter Standort.

Katlenburg-Lindau im Rhumetal ist Standort des *Max-Planck-Institutes für Aeronomie*. In dessen Nachbarschaft ist ein Gründerzentrum zur Nutzung von Forschungs- und Entwicklungssynergien von der ansonsten agrarisch geprägten Gemeinde und vom Landkreis eingerichtet worden. Bedeutender Arbeitgeber im ländlich geprägten *Moringen* ist das vom Land betriebene psychiatrische Krankenhaus. Das produzierende Gewerbe ist mit Apparatebau und Elektrotechnik vertreten. Mit dem weit bekannten *Töpferdorf Fredelsloh* am Ostsollingrand ist auch der Fremdenverkehr in diesem Raum ein Wirtschaftsfaktor. Der *Flecken Nörten-Hardenberg* grenzt an den Schwerpunktraum Göttingen an. Er beherbergt zwei überregional agierende Betriebe der Nahrungs- und Genussmittelbranche (*Kornbrennerei Hardenberg-Wilthen AG*, *Fruchtsafthersteller Becker*), die ihre Wurzeln in der regionalen Landwirtschaft haben.

Keimzelle der *Stadt Northeim*, des Zentrums des Raumes, ist eine fränkische Siedlung an der Rhumemündung am Schnittpunkt von Handelswegen im Leinetal. Die Northeimer Grafen beherrschten im 11. und 12. Jahrhundert von hier aus große Teile Südniedersachsens. Ihr Erbe übernahm das Herzogtum Braunschweig-Göttingen, das 1252 die Stadtrechte verlieh. In den folgenden Jahrhunderten erlebte die mittelalterliche Stadt als Mitglied der Hanse eine Blütezeit als „wichtiger Handels- und Rastplatz“ (SEEDORF, MEYER, 1982. S. 49). Von der die Stadt schützenden Stadtmauer sind noch gut 950 m erhalten. Im dreißigjährigen Krieg wurde Northeim schwer geschädigt und sank zu einer Landstadt mit Ackerbürgern und Handwerkern ab. 1854 wurde Northeim von der Nord-Süd-Bahnstrecke erschlossen; 1878 entstand mit der Ost-West-Bahn ein Knotenpunkt, der die Funktion der Stadt als „Wachstumspol“ begründete. Aufgrund der verkehrsgünstigen Lage an der europäischen Nord-Süd-Achse hat sich Northeim zum zweitgrößten Wohn- und Arbeitsstättenschwerpunkt in der Region entwickelt (9,5% regionaler Einwohneranteil, 9,7% regionaler Beschäftigtenanteil). Mit dem benachbarten Raum Göttingen bildet der Raum Northeim den zentralen südniedersächsischen „Schwerpunktraum“. Der Wohn- und Freizeitwert der Leine-Rhume-Landschaft beruht auf der ausgewogenen Mischung von Wald- und Wasserflächen (37,1%), Offenflächen (51,5%) und Siedlungsflächen (11,4). Leinetal und Leinebergland bieten vielfältige open-air-Aktivitäten (z. B. Rad- und Wanderwege, *Northeimer Seenplatte* mit Wassersport, *Golfplatz in Levershausen*). Die Städte und Gemeinden verfügen über ein reichhaltiges kulturelles und soziales Angebot. In Northeim ist die historische Altstadt mit gut erhaltenen Fachwerkgebäuden (z. B. Breite Straße) viel besuchtes Versorgungs- und Erlebniszentrum. Das *Heimatmuseum „St. Spiritus“* informiert über die Geschichte des Raumes (z. B. Eisenbahnwesen). Die moderne Stadthalle ist das Veranstaltungszentrum für Stadt und Umland.

Schloß, Kloster und Kirche in *Katlenburg* verweisen auf die wechselvolle Funktion der Anlage auf der strategisch wichtigen Erhebung in der Rhumeniederung, der die Gemeinde ihren Namen verdankt.

Heute unterhält hier das Freizeit- und Bildungswerk der Schreiberjugend ein Zentrum mit 120 Übernachtungsmöglichkeiten. Im benachbarten *Lindau* erinnert der Wohn- und Wehrturm (*Mushaus*) einer ehemaligen Wasserburg an die Territorialgeschichte des Raumes. In *Moringen* sind ebenfalls Reste der ehemaligen Wasserburg und ihre Folgebebauung, die heute das Rathaus und das Heimatmuseum beherbergen, für die Regionalgeschichte von Bedeutung. Die *KZ-Gedenkstätte im Torhaus* erinnert an drei in der Stadt betriebene Konzentrationslager. Ein beliebtes Ausflugsziel ist *Fredelsloh* mit seinem Töpferhandwerk und seiner *romanischen Klosterkirche*. Der *Flecken Nörten-Hardenberg* ist ein gefragter Wohnstandort mit kurzen Pendlerwegen nach Göttingen und Northeim (neue B 3). Besuchenswert ist die *Burgruine Hardenberg*, die sich mit angrenzendem *Barockschloss*, *Landschaftspark*, *Hotel*, *Freilichtevents (internationale Reitturniere, Klassik-Konzerte)* zu einem beliebten *Freizeitzentrum* („*Keilerland*“) entwickelt hat. Historische Bedeutung hat auch die *Klosterkirche Marienstein* mit romanischer Krypta, deren Kirchhof im Mittelalter Tagungsort des Göttinger Landtages war. Hier wurde im Jahre 2000 der im Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ verliehene *Baum der Nachhaltigkeit* gepflanzt.

4.1.3 Landkreis Osterode a. H.: *Technologie und Tourismus im Harz*

Die Territorialgeschichte von großen Teilen des heutigen Landkreises Osterode a.H. wurde lange Zeit durch seine Eigenständigkeit als *Fürstentum Grubenhagen* im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg bestimmt. Zu dem mittelalterlichen Territorium, das von 1259 bis 1596 bestand, gehörte auch der Raum südlich Einbeck (*Ruine Burg Grubenhagen in Einbeck-Rotenkirchen*). „Der Landkreis Osterode am Harz ist als moderne Gebietskörperschaft im Jahre 1885 im Zuge der preußischen Kreisordnung aus der Stadt und Teilen des Amtes Osterode sowie aus dem Amt Herzberg entstanden. Hinzu kamen 1945 die Stadt Bad Sachsa sowie die Landgemeinde Tettenborn aus dem alten Landkreis Grafschaft Hohenstein. ... Die letzten, aber größten Gebietsänderungen und eine kommunale Umstrukturierung sind das Ergebnis der Verwaltungsreform in den 70er Jahren. 1972 fielen die heutige Samtgemeinde Walkenried, die Bergstadt Bad Grund, die heutigen Gemeinden Badenhausen, Gittelde und Windhausen mit samt den gemeindefreien Gebieten im Harz und die Gemeinden Lerbach, Lonau, Riefensbeek-Kamschlacken und Sieber (heute: Stadt Osterode bzw. Stadt Herzberg) neu an das Kreisgebiet, während die Gemeinden Lütgenhausen und Wollershausen an den Landkreis Göttingen und die Gemeinden Harriehausen (1973) und Kalefeld (1977) an den Landkreis Northeim abgegeben wurden.“ (SEEDORF, MEYER, 1982, S. 53). Die Siedlungen des Landkreises Osterode sind bandartig am Südwestrand des Harzes aufgereiht. Die überwiegen vierspurig ausgebaute Bundesstrasse 243 ist die bestimmende Verkehrsachse dieses Siedlungsbandes.

Vor dem 2. Weltkrieg (1939) lebten 61.830 Personen im Landkreis Osterode a.H.. Infolge von Flüchtlingszuzügen schnellte die Einwohnerzahl bis 1950 auf 102.086 hoch. Seitdem ist bis auf die 60er Jahre die Bevölkerungsentwicklung rückläufig und bis 1999 um 15% auf 86.744 gesunken. 1950 betrug der Anteil des Lk Osterode an der Regionalbevölkerung 15,8%; der Anteil verringerte sich bis 1999 auf 14,8%. Die Prognose des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik sagt für 2016 ein weiteres Schrumpfen um 13,3% auf 75.245 Einwohner voraus. Der Anteil an der Regionalbevölkerung sinkt damit auf 13,3%. Grund hierfür ist die Überalterung der Bevölkerung. Die Sterbefälle überwiegen erheblich die Geburtenzahl. Wanderungen gleichen dieses Defizit nicht aus. Der Anteil der Senioren (über 65-Jährige) hat sich im letzten Jahrzehnt vergrößert – von 19,6% im Jahre 1990 auf heute 21,1%. Prognostiziert wird eine weitere Zunahme bis 2016 auf 26,9%. Demgegenüber ist mit einer dramatischen Verringerung des Anteils der Jugendlichen (unter 18-jährige) um 29,1% zu rechnen – von 17,8% im Jahre 1999 auf 14,5% im Jahre 2016. Die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18 – 65 Jahre) wird um 16,8% ganz erheblich abnehmen..

Über ein Jahrtausend hat der Bergbau die Wirtschaftsstruktur des Harzes bestimmt. Die geologischen Gegebenheiten machten hier Erze (Silber, Blei, Kupfer, Zink und Eisen) wirtschaftlich abbaubar. Noch

bis vor einigen Jahrzehnten war die Erzgewinnung, die Erzaufbereitung und -verhüttung sowie -verarbeitung der wichtigste Wirtschaftsfaktor im Harz und seinem Vorland. Mittlerweile ist der Bergbau bis auf die Schwespatgewinnung in *Bad Lauterberg* eingestellt worden. Die Vorkommen sind erschöpft oder wirtschaftlich nicht mehr ausbeutbar. Im Gebirge hat der Fremdenverkehr die dominierende Funktion übernommen. In der Harzrandzone hat sich ein Siedlungsband von Bad Grund bis Walkenried gebildet, das auch die Wirtschaftsachse des Landkreises Osterode ist. Hier hat sich in der Nachfolge der Hütten und eisenverarbeitenden Betriebe ein kompetentes, tragfähiges Zentrum für elektronische Mechanik entwickelt. Es betreibt in kooperierenden Betrieben (*Mekom e.V.*) unter der Dachmarke *Mechatronik* ein überregionales Marketing und organisiert Wissenstransfer z.B. mit der benachbarten Technischen Universität Clausthal. Das Siedlungsband wird nach Südwesten von einer gipshaltigen Höhenstufe begrenzt. Die Gipsvorkommen sind Grundlage einer entsprechenden Gewinnungs- und Verarbeitungsindustrie. Eine zweite wirtschaftliche Kompetenz bilden der Fremdenverkehr und das Gesundheitswesen, die mit den *Kurorten Bad Grund, Bad Lauterberg und Bad Sachsa* ihre Zentren haben. Der Harz ist als "sagenhafte" Landschaft für befristete Urlaubsaufenthalte genauso geeignet wie für dauerhafte Wohnsitze. Das gilt in besonderem Maße für den Südtel des Westharzes, der vom Landkreis Osterode a. H. eingenommen wird.

Raum Osterode a. H./Bad Grund: Zentrum des Südwestharzes

Die *Stadt Osterode a. H.* ist mit ca. 26.000 Einwohnern Mittelzentrum für den gesamten Landkreis. In der Nahversorgung werden auch die ca. 9.900 Einwohner der benachbarten Samtgemeinde Bad Grund mit bedient. Zusammen ist das ein Regionalanteil von 6,2%. 12.600 Beschäftigungen trägt der Raum; das sind 7,0% der Region. Der Beschäftigungsbesatz liegt mit 34,8% deutlich über dem Regionsmittel, was die überörtliche Versorgungsfunktion von Osterode belegt. So ist die Stadt Standort von überörtlich wirkenden privaten und öffentlichen Dienstleistungen (Behörden, Schulen, Einzelhandel) sowie von großen Betrieben des produzierenden Gewerbes mit den Schwerpunkten Elektrotechnik (*Anton Piller GmbH, MB Video GmbH*), Metallwarenherstellung und Anlagenbau (*Kamax Werke*), im Maschinenbau, Rohrleitungsbau, Kunststoffverarbeitung und Textilindustrie. *Bad Grund* ist die älteste oberharzer Bergstadt. Nachdem auch hier der Bergbau beendet wurde, lebt das einzige Moorbad des Harzes von Gesundheits- und Freizeitdienstleistungen. Mit landschaftlichen und industriekulturellen Sehenswürdigkeiten (z.B. *Iberger Tropsteinhöhle, Besucherbergwerk*) gibt es zwar gute touristische Grundlagen; sie haben jedoch noch keine ausreichende Tragkraft. Im gewerblichen Bereich haben die Kalksteinvorkommen (*Iberger Riffkalk*) und vor allem die Gipsvorkommen des Harz-Söseraumes große Bedeutung (z.B. Gipsabbau in Badenhausen).

Der Harzrand und die Harztäler bestimmen die Siedlungsstruktur des Raumes. Osterode und Bad Grund sind naturräumlich durch die Söse und ihren Einzugsbereich am westlichen Harzrand miteinander verbunden. *Osterode* entstand im Schatten der Burg, deren Ruine ein Wahrzeichen der Stadt ist. Handelswege der Harzwirtschaft führten zu einer Blüte der Stadt im Mittelalter. Die Stadtmauer, sehenswerte Fachwerkstraßen und denkmalgeschützte Einzelhäuser sind in großen Teilen noch erhalten. Das imposante *Harzkornmagazin* aus dem frühen 18. Jahrhundert zeigt die zentrale Funktion der Stadt für die Versorgung des Harzes. Seit 1989 wird es als Rathaus genutzt. Die *Schachtrupp-Villa* – heute Tourist-Information – wurde als Sommerresidenz der aus Westfalen stammenden Fabrikantenfamilie genutzt und spiegelt die frühe weitreichende Bedeutung der Stadt als Wohnstandort wider. Museen und die Stadthalle sorgen für ein reichhaltiges kulturelles Angebot. Der angrenzende *Nationalpark Harz* und vielfältige Freizeitangebote (z. B. *Erlebnisbad Aqua-Land*) sprechen für die Wohnumfeldqualität des Raumes. *Bad Grund* ist die älteste der Oberharzer Bergstädte und idyllisch gelegen ein interessanter Wohnstandort im Westharz. Die Bergbaugeschichte der Kleinstadt wird im *Bergbaumuseum „Schachtanlage Knesebeck“* dokumentiert. Weithin bekannt ist das *Uhrenmuseum* mit der größten privaten Uhrensammlung der Welt. Die *Iberger Tropsteinhöhle* macht die geologischen Besonderheiten des hier vorherrschenden Karstgesteins deutlich.

Raum Herzberg/Hattorf: Tor zum Südwestharz

Die *Stadt Herzberg* mit 15.600 Einwohnern liegt am Harzrand im Schnittpunkt von B 27 Göttingen – Braunlage und B 243 Seesen – Nordhausen im Mittelpunkt des Landkreises. Ihr vorgelagert im Harzvorland ist die *Samtgemeinde Hattorf* mit ca. 8.000 Einwohnern. 4,0% der Einwohner der Region und 3,9% der Beschäftigten stellen die beiden Gemeinden. Das entspricht mit 29,5 Beschäftigten pro 100 Einwohner nahezu dem regional durchschnittlichen Versorgungsgrad. Mit der Regionalbahn ist der Raum gut an den ICE-Halt Göttingen angebunden.

Die *Stadt Herzberg* beherbergte im 19. Jahrhundert eine Gewehrfabrik und galt damit als Waffenschmiede des Königreiches Hannover. Das *Zinnfigurenmuseum* im imposanten *Herzberger Schloß* erinnert an diese historische Bedeutung. Heute hat Herzberg drei Großbetriebe, die in der Tradition der Verarbeitung regional anfallender Rohstoffe stehen: die *Papierfabrik*, das *Eisen- und Stahlwerk Pleisner* und die holzverarbeitenden *Homanit-Homapol Plattenwerke*. In *Scharzfeld* haben die *Harzer Dolomitzwerke* ihren Produktionsstandort. Die *Samtgemeinde Hattorf* ist Standort der zentralen Abfallwirtschaft des Landkreises Osterode a.H., ansonsten überwiegend landwirtschaftlich geprägt.

Der Siedlungsraum wird landschaftlich von der Sieber und ihrem Einzugsbereich geformt. Das Stadtbild von Herzberg wird von dem *Welfenschloß* beherrscht, das 1510 nach einem Brand als das größte Fachwerkschloß Niedersachsens wieder errichtet wurde. Es beherbergt ein *Museum* (Zinnfiguren, Landesgeschichte), das Amtsgericht und einen gastronomischen Betrieb. Die historische Fachwerkstadt zu Füßen des Schlosses ist gut erhalten und enthält alle Einkaufsmöglichkeiten für den regelmäßigen Bedarf. Der Ortsteil *Pöhlde* war im frühen Mittelalter *Pfalzstandort* („Weihnachtspfalz“ der sächsischen Kaiser). Im Ortsteil *Scharzfeld* sind die *Einhornhöhle* und die *Steinkirche* erwähnenswert. Die Ortsteile *Lonau* und *Sieber* gehen auf Bergwerksstandorte zurück und sind heute beliebte Erholungsorte. Vielfältige Freizeitangebote und der direkte Zugang zum *Nationalpark* machen *Herzberg* zu einem interessanten Wohn und Erholungsort. Das Angebot des Raumes wird noch ergänzt um die Einrichtungen der *Samtgemeinde Hattorf* mit dem gleichnamigen staatlich anerkannten Erholungsort im landschaftlich reizvollen Harzvorland. Sehenswert ist hier besonders die *Wilhelm-Busch-Gedenkstätte*.

Raum Bad Lauterberg/Bad Sachsa/Walkenried: Wellness im Südharz

Die Kurorte am westlichen Südharzrand *Bad Lauterberg*, *Bad Sachsa* und *Walkenried* sind beliebte Wohnsitze für ältere Menschen. Dies zeigt die Altersstruktur der Bevölkerung deutlich an. Insgesamt wohnen in dem Raum 26.700 Menschen; das sind 4,6% der Regionsbevölkerung. Der Raum bietet ca. 8.200 Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; das ist ebenfalls ein Regionsanteil von 4,5%. Die Beschäftigungsquote von 30,7% liegt damit ziemlich genau beim Regionsdurchschnitt. Für die *Südharz-Bäder* ist der überregionale Rententransfer ein stabilisierender Einkommens- und Kaufkraftfaktor. Die Kompetenz als Heilbäder und Kurorte ist trotz schwieriger Finanzlage im Gesundheitswesen ein zukunftsfähiges Konzept für den Südharz. Angestrebt wird eine besondere Verbindung zwischen Kneipp-Lehre und Wellness-Idee. Es wird ergänzt um die Bemühungen auch um jüngere Kundschaft und alternative Angebote. So hat der Harz neben dem „klassischen“ Wandern großes Potential für moderne *outdoor-Aktivitäten* wie z.B. *mountain-biking*. Aber auch die Wintersportarten wie *Langlaufskating* bringen dem Harz neue Besuchergruppen.

Bad Lauterberg ist mit dem Gründungsdatum 1839 das älteste *Wasserheilbad* Deutschlands. 1949 erfolgte die Anerkennung als *Kneipp-Heilbad*. Heute hat der Kurort mit 4000 Gästebetten und modernen Kuranlagen einen weithin guten Ruf. Mit diesen Attributen verbindet sich die bevorzugte landschaftliche Lage im Odertal, die sich auch im Siedlungs- und Stadtbild widerspiegelt. Die Ausstattung der Stadt (12.400 Einwohner) und der umgebenden Landschaft mit vielfältigen Freizeit- und Kultureinrichtungen macht *Bad Lauterberg* zu einem gefragten Wohnstandort. Der nahegelegene *Oderstausee* bietet die

sonst in Südniedersachsen seltenen Wassersportmöglichkeiten. Das große *VITAMAR-Bad* weist alle Angebote eines modernen Freizeit- und Erlebnisbades auf. Der *Kurpark* ist nicht nur wegen seines jährlichen *Lichterfestes* bekannt. Aber auch das produzierende Gewerbe hat hier noch ein großes Gewicht. Die *DETA-Akumulatorenwerke GmbH* ist mit ihrer Batterieherstellung der größte Arbeitgeber. Weiterhin gibt es Möbel- Pinsel- und Blechwarenfabrikation sowie Betriebe des Maschinen-, Kessel- und Behälterbaus (Königshütte). Mit der Schwerspatgewinnung besteht hier der letzte existierende Bergbaubetrieb des Westharzes.

Bad Sachsa (8.700 Einwohner) ist ein bevorzugtes Südharzbad mit rund 2.600 Fremdenbetten. Die Funktion als Kurort entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 1905 wird die Bezeichnung „Bad“ in den Ortsnamen aufgenommen. 1972 wird der Kurort staatlich anerkannt. Bad Sachsa zeichnet sich durch seine ruhige und reizvolle Lage an den Ausläufern von fünf Tälern an der sonnigen Südseite des Harzes aus. Kulturelle Veranstaltungen im Kurhaus, verschiedene Museen (*Heimatmuseum, Glasmuseum Steina, Grenzland-Museum*) und zahlreiche Freizeitangebote (z.B. *Erlebnisbad „Salztal-Paradies“, Eislaufhalle*) qualifizieren Bad Sachsa als Kur-, Wellness- und Wohnstandort in besonderer Weise. In der Gastronomie und Hotellerie gibt es hier Spitzenqualitäten (*Hotel „Romantischer Winkel“ mit 5 Sternen*).

Der Ferien- und Freizeitraum Südharz wird ergänzt durch die direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegenen Ferienorte *Walkenried, Wieda und Zorge* (Samtgemeinde Walkenried mit 5.700 Einwohnern). Der Ort Walkenried ist in Verbindung mit dem gleichnamigen *Kloster* entstanden. Es war im Mittelalter „eines der bedeutendsten, wohlhabendsten und einflußreichsten Zisterzienser-Klöster in Deutschland. Ausdruck fand diese Entwicklung in dem gotischen Monumentalbau, den die Mönche von 1210-1350 anstelle des ersten romanischen Baus errichteten. Die Walkenrieder Klosterkirche war eines der größten Kirchengebäude Niedersachsens. Nachdem sie im Bauernkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, verfiel sie zusehends und wurde im 18. und 19. Jahrhundert als Steinbruch genutzt, so dass heute nur noch Fragmente der einst großartigen Kirche erhalten sind. Dazu gehören der eindrucksvolle Kreuzgang, der Kapitelsaal und andere Teile der Klausur.“ (FEHR, 2001, S. 166). Hier finden regelmäßig die weithin bekannten *Walkenrieder Kreuzgangkonzerte* mit internationaler Besetzung statt.

4.1.4 Landkreis Göttingen: *Natur und Wissenschaft im Schwerpunkt Deutschlands*

Das *Deutsche Geodätische Forschungsinstitut München* hat den Flächenmittelpunkt (Schwerpunkt) des vereinigten Deutschlands mit 51°35'26" nördliche Breite und 10°06'22" östlicher Länge ermittelt. Dieser Punkt liegt in der *Gemeinde Krebeck (Samtgemeinde Gieboldehausen)* im östlichen Teil des Landkreis Göttingen. Ein großer Findling markiert den Ort – und damit auch den Landkreis und die Region Göttingen - als Mittelpunkt Deutschlands. Der Landkreis Göttingen ist in der heutigen Form 1973 durch Zusammenschluß der Altkreise Göttingen, Münden und Duderstadt entstanden. Hinzu gekommen sind noch die Orte der Gemeinde Adelebsen vom Landkreis Northeim und die Orte Wollershausen und Lütgenhausen vom Landkreis Osterode a.H.. Im Gegenzug wurden die Orte Angerstein, Gladebeck und Parensen zum Landkreis Northeim umgegliedert. Historisch gehörte der westliche Kreisteil (Altkreise Göttingen und Münden) als Kern des mittelalterlichen Fürstentum Göttingen zum Herzogtum Braunschweig-Lüneburg und später zum Kurfürstentum bzw. Königreich Hannover. Es hat im Laufe der Geschichte wechselnde Residenzorte des Fürstentums Göttingen bzw. später Calenberg-Göttingen in Südniedersachsen gegeben: Göttingen, Harste, Hardeggen, Uslar, Münden. Bauliche Hinterlassenschaften wie das *Mündener Schloss*, die *Schlossruine Freudenthal in Uslar* oder die *Burg in Hardeggen* bezeugen noch heute die ehemalige territoriale Zentrumsfunktion dieser Orte. Der östliche Teil des Landkreises, das *Untereichsfeld* mit *Duderstadt* als Mittelzentrum, war sechs Jahrhunderte lang (bis 1803) territorialer Bestandteil des Erzbistums Mainz.

Der Landkreis Göttingen stellt 45,3% der Regionsbevölkerung und 48,4 % der am Arbeitsort gezählten Beschäftigten der Region. Die Relation Beschäftigte pro 100 Einwohner liegt mit 33,0 über dem Regi-
onsdurchschnitt; d.h. dass Arbeitsplätze für andere Regionsteile mit vorgehalten werden. Von 1950 bis
heute hat die Einwohnerzahl – im Gegensatz zu den Nachbarkreisen – zugenommen (+11,2%). Auch
für den Landkreis Göttingen wird eine Zunahme der Zahl der älteren Menschen (über 65 Jahre) – aller-
dings mit einer unter dem Regionsmittel liegenden Rate von 3,8% prognostiziert. Dabei ist zu berück-
sichtigen, dass für die Stadt Göttingen ein weit überproportionaler Zuwachs der Seniorenzahl erwartet
wird. Entgegen dem Trend in den übrigen Kreisen der Region wird der Anteil der jungen Menschen
(unter 18 Jahre) voraussichtlich um 4,2% steigen. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (18 –
65 Jahre) soll nach der Prognose des Landesamtes für Statistik um 1,3% abnehmen.

Die mit der Wiedervereinigung gewonnene geostrategisch günstige Lage hat noch nicht die Standort-
nachteile der jahrzehntelangen Zonengrenzlage wettmachen können. Erst langsam werden die neu
gewonnenen Lagevorteile auch in wirtschaftlichem Wachstum wirksam. Allerdings darf nicht verkannt
werden, dass die Mitte Deutschlands relativ dünn besiedelt ist und weit von entwicklungsbestimmenden
Metropolregionen entfernt ist. Der Landkreis Göttingen gliedert sich natur- und siedlungsräumlich in drei
Bereiche, die in etwa den Altkreisen entsprechen:

- *Naturpark Münden* am Zusammenfluß von Werra und Fulda zur Weser,
- *Oberleinetal* mit der Stadt Göttingen als Zentrum,
- *Untereichsfeld* im östlichen Kreisgebiet mit dem Zentrum Duderstadt.

Raum Duderstadt/Gieboldehausen/Radolfshausen: „Goldene Mark“

Das Eichsfelder Becken in den Niederungen von Hahle und oberer Rhume wird wegen seiner seit alters
her kultivierten fruchtbaren Lößböden auch *Goldene Mark* genannt. Allerdings hat der Raum in den
vergangenen Jahrhunderten die wachsende Bevölkerung – nach Erreichen der Grenzen der Realteilung
– nicht eigenständig ernähren können, so dass ein Großteil saisonal weit außerhalb der Region Be-
schäftigung suchte oder ganz auswanderte. Das Eichsfeld, dessen größerer Teil - das Obereichsfeld -
zu Nordthüringen gehört, stand über 600 Jahre lang (bis 1803) unter der Herrschaft des Erzbistums
Mainz. Das Gebiet des Altkreises Duderstadt (*Untereichsfeld*) wurde administrativ bereits in der Folge
der Napoleonischen Kriege vom übrigen Eichsfeld abgetrennt. Das Obereichsfeld (heutiger thüringer
Kreis Eichsfeld um Heiligenstadt) wurde preußisch, das Untereichsfeld um Duderstadt kam zu Hanno-
ver. Auch nach der preußischen Annektion von Hannover 1866 blieben beide Räume administrativ ver-
schiedenen Provinzen zugeordnet. Die Grenze zwischen Ober- und Untereichsfeld wurde im Zuge der
deutschen Teilung vier Jahrzehnte lang unüberwindbar. Die zerschnittenen wirtschaftlichen, sozialen
und kulturellen Bande können nach der Grenzöffnung 1989 wieder verknüpft werden. Die Verwaltungs-
einheiten *Duderstadt, Gieboldehausen und Radolfshausen* haben heute zusammen 45.700 Einwohner.
Das sind 7,8% der Regionsbevölkerung. Der Raum bietet 10.100 Beschäftigungen entsprechend 5,6%
der Region. Mit diesem Arbeitsplatzbesatz von 22,2% ist der Raum unterdurchschnittlich versorgt und
ruft Pendlerbeziehungen zu anderen Räumen hervor.

Das Zentrum des Untereichsfeldes ist *Duderstadt* (23.300 Einwohner). Das mittelalterliche Stadtbild mit
Wallanlage, Fachwerkstraßen und Freiflächen ist einzigartig erhalten und im Zuge der *Landesaustellung
Natur im Städtebau* 1994 beispielhaft restauriert und präsentiert worden. Über 400 teilweise reich ver-
zierte Fachwerkhäuser belegen die mittelalterliche Blütezeit, die durch die Lage am Kreuzungspunkt
überregionaler Handelswege begünstigt wurde. Herausragendes Denkmal ist das *Rathaus*, das mit
seinem auf 1229 datierten Baubeginn als eines der ältesten Rathäuser Deutschlands gilt. Duderstadt
verfügt über ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot (z. B. *Heimatmuseum, Grenzlandmuseum,
Stadtbibliothek, Eichsfeldhalle, Hackethal-Haus, Hans-Sielmann Natur-Erlebniszentrum Gut Herbigsha-
gen, Hallenbad*).

Mit der *Firma Otto Bock Health Care* hat sich Duderstadt zu einem weltweiten *Kompetenzzentrum für Orthopädie- und Kunststofftechnik* entwickelt. Als Aushängeschild gilt die Mitwirkung an den *Paralympics*, der Behinderten-Olympiade. Aus dem Kompetenzbereich dieses Betriebes ist die *Software-Firma Sycor* in Göttingen entstanden, die wiederum die Informatikausbildung an der Fachhochschule Göttingen fördert. Dies ist ein Beispiel für erfolgreiche Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Die Führungsvorteile dieses Großbetriebes, der sich aus dem örtlichen Handwerk entwickelt hat, bietet noch weiteres Potential für Neugründungen und -ansiedlungen im Bereich Medizintechnik.

Die *Samtgemeinde Gieboldehausen* ist überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Die guten Tonvorkommen in Bilshausen dienen der bundesweit absetzenden Ziegelfabrikation (*Firma Jakobi*) als Rohstoff. Die in der *Samtgemeinde Radolfshausen* wohnhaften Beschäftigten pendeln überwiegend zu Arbeitsstätten in Göttingen und Duderstadt. Der *Seeburger See* als einziges natürliches Gewässer in Südniedersachsen ist ein beliebter Naherholungsort. Zusammen mit kulturellen Angeboten im benachbarten *Ebergötzen (Wilhelm-Busch-Mühle, Europäisches Brotmuseum)* ergibt sich ein tragfähiges Konzept für sanften, landschaftsbezogenen Tourismus.

Raum Göttingen/Adelebsen/Bovenden/Friedland/Gleichen/Rosdorf: *Oberleinetal als "Measurement-Valley"*

Die im oberen Leinetal gelegene Stadt Göttingen (125.400 Einwohner) bildet mit ihren Nachbargemeinden den Siedlungsraum Göttingen. Diese Abgrenzung entspricht mit einigen Ausnahmen dem Altkreis Göttingen, der 1885 aus verschiedenen Ämtern des oberen Leinetals gebildet wurde. Die Stadt Göttingen war bis 1964 kreisfrei; allerdings in den engen Grenzen der Kernstadt, d.h. ohne Grone, Weende und Geismar, die trotz enger Siedlungsverflechtungen bis dahin selbständig waren. Für die anstehende Universitätsentwicklung gab es nur im Weender Gebiet noch ausreichende Flächenreserven, so dass eine Eingemeindung mit gleichzeitiger „Einkreisung“ der Stadt Göttingen vorgenommen wurde. Die Gründung der Stadt erfolgte an einem alten Leineübergang zur Zeit Heinrich des Löwen. Ihre erste Blütezeit erlebte die Stadt im 14. und 15. Jahrhundert. Erhaltene Bürgerhäuser aus dieser Zeit lassen das heute noch erkennen. Die Bedeutung der Stadt sank nach dem 30-jährigen Krieg erheblich ab. „Ihre wohl nachhaltigste Prägung erhielt die Stadt aber erst nach Eröffnung der Landesuniversität (1737) durch Kurfürst Georg August von Hannover. Die ‚Georgia Augusta‘ wuchs zu einem geisteswissenschaftlichen wie mathematisch-naturwissenschaftlichen Zentrum von Weltruf heran, das zugleich Stadtbild, Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur wesentlich mitbestimmt hat. Inzwischen ist Göttingen durch den Flüchtlingsstrom der Nachkriegszeit sowie durch Eingemeindungen zur südlichsten Großstadt Niedersachsens geworden.“ Diese Einschätzung von SEEDORF und MEYER von 1982 (S. 37) gilt sicher auch heute noch.

31.3% der Fläche des Oberleinerlandes sind naturbezogene Nutzungen überwiegend in Form von Wald. Der *Göttinger Wald* ist als Flora-Fauna-Habitat von europäischer Bedeutung. Die naturnahen, artenreichen Kalkbuchenwälder bieten großflächige ungestörte Naherholungsmöglichkeiten (Wandern, Radfahren, Reiten) für die Bewohner der Stadtregion. Sie werden ergänzt um Naherholungsschwerpunkte in der freien Landschaft wie z.B. den *Wendebachstausee* (Gemeinden Gleichen und Friedland). Durch das nachhaltige Zusammenwirken von Siedlungs- und Landschaftsstruktur erreicht die Stadtregion Göttingen einen hohen Wohn- und Freizeitwert. Trotz der Oberzentrumsfunktionen ist eine landschaftsbetonte Siedlungsstruktur erhalten geblieben. Zersiedlung der Landschaft konnte weitgehend durch Betonung geschlossener Ortslagen vermieden werden. So läßt die Stadtregion in ihrer inneren Struktur die Identifikation der Vielzahl der Einzeldörfer in hohem Maße noch zu. Landschaftsbezogenes Wohnen in Verbindung mit großstädtischer Vielfalt an Kultur-, Freizeit- und Konsumangeboten machen so den hohen Wohn- und Freizeitwert der Stadtregion Göttingen aus. Erwähnt seien nur die regional bedeutsamen Kultureinrichtungen wie *Deutsches Theater, Junges Theater, Göttinger Sinfonie-Orchester*. Jährlich im Juni finden die *internationalen Händel-Festspiele* statt. *Kultursommer, Literatur-*

herbst und das *Jazz-Festival* sind regelmäßige saisonale Veranstaltungen. Das *Eiswiesenbad* ist ein stark besuchtes „Badeparadies“. In der benachbarten *Gemeinde Bovenden* ist die *Burgruine Plesse* ein touristischer Anziehungspunkt. Das gilt ebenso für die imposante *Burganlage in Adelebsen* mit dem höchsten Wehr- und Wohnturm Niedersachsens sowie für die *Burgruinen der „Gleichen“* in der gleichnamigen Gemeinde. Die *Gemeinde Friedland* ist weithin bekannt als im Schnittpunkt der früheren drei Besatzungszonen gelegenes Flüchtlings- bzw. Übersiedlerlager.

Im oberen Leinetal, das in etwa dem landesplanerischen Ordnungsraum Göttingen entspricht, leben 175.400 Personen; das sind 29,9 der Regionseinwohner. Der Raum stellt 36,6 % der Arbeitsplätze der Region. In der Stadt Göttingen, dem Oberzentrum der Region, konzentrieren sich allein 21,% der Regionsbevölkerung und 32,5% der Regionsbeschäftigten. Dieser räumliche Überschuss im Arbeitsplatzbesatz im Zentrum erzeugt täglich erhebliche Pendlerbewegungen. Nach BOUSTEDT (1960) läßt sich die Stadt-Umland-Siedlungsstruktur als „Stadtregion“, bestehend aus Kernstadt, engerem und weiterem Einzugsbereich, beschreiben. Nach SCHUBERT (1997, S. 495 ff) ist der engere Einzugsbereich dadurch gekennzeichnet, dass mindestens 50% der Auspendler und mindestens 25% der Erwerbstätigen in das Kerngebiet pendeln. Dies trifft nach seiner Analyse auf alle direkten Nachbargemeinden von Göttingen zu, sowie zusätzlich auf Nörten-Hardenberg und Hardegsen im Landkreis Northeim. Die administrative Grenze zwischen Stadt und Umlandgemeinden umfaßt also die täglichen Lebensvorgänge (Wohnen und Arbeiten) funktionell nicht mehr ganzheitlich. Die Orte im engeren Einzugsbereich sind überwiegend Wohnstandorte mit verstärkten (vorstädtischen) Siedlungsstrukturen. Die Siedlungspolitik des letzten Jahrzehnts diente der Befriedigung des aufgelaufenen Nachholbedarfs. SCHUBERT (1997, S. 502) charakterisiert die Entwicklung in Südniedersachsen folgendermaßen: „In der Stadtregion Göttingen hat die Kernstadt im Betrachtungszeitraum von 1992/93 bis 1994/95 ganz besondere Anstrengungen unternommen, so dass ein Drittel des Flächenangebots in der Kernstadt bereit gestellt werden konnte. Dahinter steht die Strategie der Innenentwicklung, die allerdings von den Gemeinden im weiteren Einzugsbereich der Stadt Göttingen konterkariert werden. Dort wurden ebenfalls Flächen in überdurchschnittlichem Ausmaß ausgewiesen. Die beiden Entwicklungsrichtungen von Reurbanisierung und Desurbanisierung halten sich dadurch die Waage“.

Der *Wissenschaftssektor* beschäftigt direkt oder indirekt die meisten Menschen in diesem Areal und in der ganzen Region. Neben der Universität mit rund 25.000 Studenten und rund 250 wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen mit ca. 10.000 Bediensteten ist die *Stadt Göttingen* Sitz zahlreicher anderer wissenschaftlicher und kultureller Institutionen (u.a. *Akademie der Wissenschaften, Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Institut der Max-Planck-Gesellschaft und anderer Förderinstitutionen, Bibliotheken, Deutsches Theater, Sammlungen und Museen*). Darüber hinaus ist Göttingen ein bundesweites *Zentrum für Fort- und Weiterbildung* mit über 100 hier ansässigen Instituten. In diesem Wissenschaftsumfeld entwickelt sich eine breite Palette an unternehmensbezogenen Dienstleistungen (z. B. Consultingfirmen), die die zentrale Lage Göttingens für wissenschaftlich-wirtschaftliche Kontakte zu schätzen wissen: *ICE-Halt Göttingen auf „halber Strecke“ zwischen Hamburg und München, zwischen Frankfurt und Berlin*. „Für einen Teil des produzierenden Gewerbes mit seinen 17.200 Beschäftigten (1994) besteht noch immer eine enge Bindung an die Universität“ (SEEFELD, MEYER, 1996, S. 299). Aus der Nachfrage nach wissenschaftlichen Messgeräten ist eine vielfältige feinmechanisch-optische Industrie entstanden. Die bedeutendsten international tätigen Firmen sind *Sartorius AG* mit Biotechnologie, Mechatronik und Umwelttechnik, *Carl-Zeiss* mit Mikroskopiertechnik, *Lambda-Physik AG* und *Linos AG* mit Lasertechnik, *Firma Mahr* (früher *Feinprüf*) mit Längenmessgeräten. Über 30 Firmen des Raumes Göttingen haben sich in dem Verein *Measurement-Valley* zusammengeschlossen, um als *internationales Kompetenzzentrum für Mess- und Regeltechnik* gemeinsam wirken zu können. Auch die Biotechnik hat in Göttingen ein Kompetenzzentrum. Zahlreiche gentechnische Labors gibt es in den göttinger wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie haben wirtschaftliche Ausgründungen ermöglicht (spin-off-Effekte) wie z.B. das *Institut für Bioanalytik*. Der Chemiker *Wöhler* hat nicht nur mit der Harnstoffsynthese die Grundlage für die Chemische Industrie gelegt, sondern auch das Element Alumi-

nium entdeckt. Hierauf geht die Aluminiumverarbeitung bei der *Alcan Deutschland GmbH* zurück. Auch andere roh- und werkstoffverarbeitende Betriebe gibt es noch z.B. Elektrotechnik (*Bosch*) und Kunststoffverarbeitung (*Peguform*).

Überregionale Bedeutung hat die *Stadt Göttingen* als Oberzentrum Südniedersachsens mit zentralen Dienstleistungen des spezialisierten höheren Bedarfs. Diese Funktion wird ausgefüllt durch untere staatliche Verwaltungsbehörden (*Staatshochbauamt, Amt für Agrarstruktur, Katasteramt, Außenstelle Wasserwirtschaft der Bezirksregierung Braunschweig, Finanzbehörden, Justizbehörden, Kreisverwaltung, Arbeitsamt*). Aber auch andere gesellschaftliche Institutionen (*Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Arbeitgeberverband*) haben hier ihre zentrale südniedersächsische Geschäftsstelle. Darüber hinaus ist Göttingen Sitz von überregional bedeutsamen Versicherungen (z.B. *Gothaer Versicherung in der Parion-Gruppe*) und als Oberzentrum Standort für Einzel- und Großhandel. Die Bedeutung als Standort von Spezialangeboten im Bildungsbereich (*berufsbildende Schulen, Sonderschulen*) und im Gesundheitsbereich (*Kliniken*) runden das Bild ab. „Insgesamt läßt sich die Bedeutung der Stadt Göttingen gut an der Größenordnung des Arbeitsmarktes darstellen. Von den über 90.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) im Landkreis arbeiten 61.000 (1994) im Oberzentrum Göttingen; von diesen wiederum sind rund die Hälfte Einpendler“ (SEEFELD, MEYER, 1996, S. 300).

Raum Hann.Münden/Dransfeld/Staufenberg: Vorbildlandschaft an Weser, Werra und Fulda

In dem Drei-Flüsse-Raum leben 44.100 Bewohner (7.5% Regionsanteil) und arbeiten 11.200 Beschäftigte (6,2% Regionsanteil). Das entspricht einer Relation von regional unterdurchschnittlichen 25,3 Beschäftigten pro 100 Einwohner. Als „Märchenland“ wird der Weser-/ Werra-/ Fuldaraum in der touristischen Werbung nicht nur wegen seiner „märchenhaften“ landschaftlichen Schönheiten bezeichnet, sondern vor allem wegen der dortigen Verortung zahlreicher Märchen der Brüder Grimm, die in Göttingen und Kassel als Begründer der germanistischen Wissenschaft tätig waren. Von dem Naturforscher Alexander von Humboldt stammt die Einstufung der Stadt Münden als „eine der sieben schönst gelegenen Städte der Welt“. Eingebettet in die bewaldeten Talhänge von Werra, Fulda und Weser hat sie eine besonders eindrucksvolle Lage und ein damit harmonisierendes Stadtbild. Über 700 reich verzierte sorgfältig renovierte Fachwerkhäuser aus allen Epochen machen die Altstadt zu einem Muster nachhaltiger Stadtgestaltung und Denkmalpflege. Besonders herausragend sind die Beiträge Hann.Mündens zur Weserrenaissance. Aus der Zeit Mündens als Residenz der Calenberg-Göttinger Herzöge stammt das imposante *Welfenschloss*. Das *Rathaus* gilt als eines der schönsten Profanbauten dieser Stilepoche. Sehenswert ist das *städtische Museum* Hann.Münden als eines der ältesten Museen Niedersachsens. Auch *Staufenberg (Dorfmuseum in Nienhagen)* und *Dransfeld (Gauß-Sammlung)* zeigen Exponate aus der Geschichte des Raumes. An kulturellen Veranstaltungen sind die *Doktor-Eisenbart-Spiele* vor dem Mündener Rathaus und die *Konzerte in der romanischen Klosterkirche Bursfelde* erwähnenswert.

Hann.Münden ist Zentrum des gleichnamigen Naturparks, der die Nachbargemeinden *Dransfeld* und *Staufenberg* mit umfaßt und etwa dem Gebiet des Altkreises Münden entspricht. Der *Naturpark Münden* ist mit seinem Gründungsdatum 1959 einer der ältesten geschützten Vorbild-Kulturlandschaften. Die Siedlungsstruktur des Raumes wird von der Topografie der Flußtäler und ihrer Zuläufe geprägt. Hann.Münden füllt den Mündungsbereich von Werra, Fulda und Weser aus. Die *Samtgemeinde Dransfeld* deckt überwiegend das zur Weser entwässernde Schede- und Niemetal ab. Die Stadt Dransfeld und die Gemeinde Jühnde liegen auf der Hochfläche zwischen Weser- und Leinetal. Die *Gemeinde Staufenberg* besiedelt den niedersächsischen Teil des *Kaufunger Waldes*. Die Fläche des Naturparkes besteht zu 9,9% aus Siedlungsfläche (Hof- und Gebäudefläche, Verkehrsfläche), zu 51,7% aus naturnahen Flächen wie Wald und Wasser und zu 38,4% aus bewirtschafteten Freiflächen. Die reich ausgestattete Kulturlandschaft und die zentrale Lage zwischen Kassel und Göttingen bieten eine tragfähige Grundlage für den Tourismus. Zahlreiche Kultur- und Erlebnisstraßen berühren Hann.Münden: *Deut-*

sche Märchenstraße, Ferienstraße Alpen-Ostsee, Straße der Weserrenaissance, Straße der historischen Fachwerkstädte, Wege der Romanik. Der Weserraum hat sich zu einem der beliebtesten deutschen Radtourismusgebiete entwickelt.

Hann.Münden hatte im Mittelalter große Bedeutung als Brückenort und als Hafen für die Weserschifffahrt. Das „Stapelrecht“ der Stadt brachte Handelskompetenz und wirtschaftliche Blüte. Heute ist das produzierende Gewerbe in Hann.Münden mit einem großen Verpackungsindustriebetrieb (*Haendler und Natermann*), mit einem Gummiwerk, mit Schleifmittelfabrikation und Holzverarbeitung vertreten. *Staufenberg* ist die südlichste Gemeinde Niedersachsens und grenzt direkt an die Stadt Kassel an. Dementsprechend ist der Auspendleranteil sehr hoch. Nach der Grenzöffnung entwickelte sich *Staufenberg* durch die zentrale Lage im innerdeutschen Autobahnnetz (*Kreuzung A 7 mit A 44 und geplanter A 38*) zum überregionalen Logistikzentrum. Das *Frachtzentrum der Post* hat sich hier angesiedelt. Die deutsche Logistikzentrale eines großen Elektronikherstellers läßt sich hier nieder. Mit seinen schönen Fachwerkorten im *Kaufunger Wald* und an der *Fulda* ist *Staufenberg* auch für den Fremdenverkehr und die Naherholung interessant. Das gleiche gilt für die *Samtgemeinde Dransfeld* mit ihrem Anteil am Naturpark (*Bramwald, Hoher Hagen*). Bis auf einige produzierende Gewerbebetriebe in der Kleinstadt *Dransfeld* wird die *Samtgemeinde* agrarisch und durch Pendlerbeziehungen nach Göttingen, Hann. Münden und Kassel bestimmt. Der Ort *Jühnde* wird im Rahmen eines Modellvorhabens zu einem Bioenergie-Dorf entwickelt.

| Gemeinde | Teilraum | Landkreis | Region |
|-------------------|--|---|---|
| Bodenwerder | 1.1 Weser-Vogler: <i>Münchhausenland an Weser-Vogler</i> | 1. Holzminden: <i>Kultur und Natur im Weserbergland</i> | Süd-niedersachsen: <i>Wissenschaftsregion-- Attraktive Mitte Deutschlands</i> |
| Polle | | | |
| Stadoldendorf | | | |
| Eschershausen | 1.2 Lenne-Hils: <i>Wilhelm-Raabe-Land am Hils</i> | | |
| Delligsen | | | |
| Holzminden | 1.3 Weser-Solling: <i>Zentrum des Weserberglandes</i> | | Siedlungsprofil: <i>Attraktive Fachwerkstädte und -dörfer im Schwerpunkt Deutschlands</i> |
| Bevern | | | |
| Boffzen | 2.1 Leine-Ilme: <i>Fruchtbares Ilmetal</i> | 2. Northeim: <i>Natur und Technik im Leinebergland</i> | Freiraumprofil: <i>Naturnahe Kulturlandschaft zwischen Harz und Weser, „Märchenland“</i> |
| Einbeck | | | |
| Dassel | | | |
| Bad Gandersheim | 2.2 Leine-Gande: <i>Geschichtsträchtige Kur- und Kulturlandschaft</i> | | |
| Kreiensen | | | |
| Kalefeld | 2.3 Südsolling: <i>Ferienland Südsolling</i> | | |
| Uslar | | | |
| Bodenfelde | | | |
| Hardeggen | 2.4 Leine-Rhume: <i>Gewerbezentrum im Leine-Rhumetal</i> | | |
| Northeim | | | |
| Moringen | | | |
| Nörten-Hardenberg | 3.1 Harz-Söse: <i>Zentrum des Südwestharzes</i> | 3. Osterode a.H.: <i>Technologie und Tourismus im Harz</i> | Infrastrukturprofil: <i>Logistikzentrum Deutschlands, Metropolen-ICE- direkt</i> |
| Kattenburg-Lindau | | | |
| Osterode a.H. | | | |
| Bad Grund | 3.2 Harz-Sieber: <i>Tor zum Südwestharz</i> | | |
| Herzberg | | | |
| Hattorf | 3.3 Südharz: <i>Wellness im Südharz</i> | | |
| Bad Lauterberg | | | |
| Bad Sachsa | | | |
| Walkenried | 4. 1Untereichsfeld: <i>Goldene Mark</i> | 4. Göttingen: <i>Natur und Wissenschaft im Schwerpunkt Deutschlands</i> | |
| Duderstadt | | | |
| Gieboldehausen | | | |
| Radolfshausen | 4.2 Oberleine: <i>Oberleinetal als Measurement-Valley</i> | | |
| Göttingen | | | |
| Adelebsen | | | |
| Bovenden | 4.3 Naturpark Münden: <i>Vorbildlandschaft an Weser, Werra und Fulda</i> | | |
| Friedland | | | |
| Gleichen | | | |
| Rosdorf | | | |
| Hann.Münden | | | |
| Dransfeld | | | |
| Staufenberg | | | |

**Standortprofil
Region
Süd-niedersachsen
und Teilräume:
Gemeinsam
vielfältig kompetent**

■ CASSING

Agenda F 18, 02.09.02

Abb. 4.1: Standortprofil Region Süd-niedersachsen und Teilräume

Tab. 4.1.1: Wohnungen nach Anzahl, Räumen und Flächen in Relation zur Einwohnerzahl 1999

| Raumgliederung | Einwohner | | Wohnungen | | Räume | Wohnfläche | Einw./Wohn. | Räume/Wohn. | Räume/Einw. | Wohnfl./Einw. | Wohnfl./Wohn. |
|---------------------------|----------------|--------------|----------------|--------------|------------------|------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | 100 qm | Anz. | Anz. | Anz. | qm | qm |
| Bodenwerder | 12.774 | 2,2 | 5.636 | 2,1 | 28.347 | 5.588,2 | 2,3 | 5,0 | 2,2 | 43,7 | 99,2 |
| Polle | 5.056 | 0,9 | 2.112 | 0,8 | 11.515 | 2.279,6 | 2,4 | 5,5 | 2,3 | 45,1 | 107,9 |
| 1.1 Weser-Vogler | 17.830 | 3,0 | 7.748 | 2,9 | 39.862 | 7.867,8 | 2,3 | 5,1 | 2,2 | 44,1 | 101,5 |
| Stadtoldendorf | 11.167 | 1,9 | 4.799 | 1,8 | 24.121 | 4.536,1 | 2,3 | 5,0 | 2,2 | 40,6 | 94,5 |
| Eschershausen | 7.402 | 1,3 | 3.264 | 1,2 | 16.582 | 3.132,5 | 2,3 | 5,1 | 2,2 | 42,3 | 96,0 |
| Delligsen | 9.224 | 1,6 | 4.102 | 1,5 | 20.132 | 3.827,4 | 2,2 | 4,9 | 2,2 | 41,5 | 93,3 |
| 1.2 Lenne-Hils | 27.793 | 4,7 | 12.1654 | 4,6 | 60.835 | 11.496,0 | 2,3 | 5,0 | 2,2 | 41,4 | 94,5 |
| Holzminden | 21.788 | 3,7 | 10.819 | 4,1 | 49.118 | 9.336,1 | 2,0 | 4,5 | 2,3 | 42,8 | 86,3 |
| Bevern | 6.743 | 1,2 | 2.941 | 1,1 | 15.285 | 2.946,2 | 2,3 | 5,2 | 2,3 | 43,7 | 100,2 |
| Boffzen | 7.988 | 1,4 | 3.359 | 1,3 | 16.483 | 3.172,9 | 2,4 | 4,9 | 2,1 | 39,7 | 94,5 |
| 1.3 Weser-Solling | 36.519 | 6,2 | 17.119 | 6,4 | 80.886 | 15.455,2 | 2,1 | 4,7 | 2,2 | 42,3 | 90,3 |
| 1. Landkreis HOL | 82.142 | 14,0 | 37.032 | 13,9 | 181.583 | 34.819,0 | 2,2 | 4,9 | 2,2 | 42,4 | 94,0 |
| Einbeck | 29.207 | 5,0 | 13.111 | 4,9 | 62.194 | 11.962,3 | 2,2 | 4,7 | 2,1 | 41,0 | 91,2 |
| Dassel | 11.803 | 2,0 | 4.689 | 1,8 | 25.024 | 4.928,3 | 2,5 | 5,3 | 2,1 | 41,8 | 105,1 |
| 2.1 Leine-Ilme | 41.010 | 7,0 | 17.800 | 6,7 | 87.218 | 16.890,6 | 2,3 | 4,9 | 2,1 | 41,2 | 94,9 |
| B.Gandersheim | 11.331 | 1,9 | 5.260 | 2,0 | 26.199 | 4.965,6 | 2,2 | 5,0 | 2,3 | 43,8 | 94,4 |
| Kreiensen | 7.861 | 1,3 | 3.605 | 1,4 | 18.010 | 3.452,0 | 2,2 | 5,0 | 2,3 | 43,9 | 95,8 |
| Kalefeld | 7.521 | 1,3 | 2.900 | 1,1 | 15.794 | 3.191,2 | 2,6 | 5,4 | 2,1 | 42,4 | 110,0 |
| 2.2 Leine-Gande | 26.713 | 4,6 | 11.765 | 4,4 | 60.003 | 11.608,8 | 2,3 | 5,1 | 2,2 | 43,5 | 98,7 |
| Uslar | 16.385 | 2,8 | 7.238 | 2,7 | 36.397 | 6.982,8 | 2,3 | 5,0 | 2,2 | 42,6 | 96,5 |
| Bodenfelde | 3.777 | 0,6 | 1.677 | 0,6 | 8.812 | 1.691,8 | 2,3 | 5,3 | 2,3 | 44,8 | 100,9 |
| Hardeggen | 8.581 | 1,5 | 3.426 | 1,3 | 17.611 | 3.465,1 | 2,5 | 5,1 | 2,1 | 40,4 | 101,1 |
| 2.3 Südsolling | 28.743 | 4,9 | 12.341 | 4,6 | 62.820 | 12.139,7 | 2,3 | 5,1 | 2,2 | 42,2 | 98,4 |
| Northeim | 31.897 | 5,4 | 14.937 | 5,6 | 69.969 | 13.498,0 | 2,1 | 4,7 | 2,2 | 42,3 | 90,4 |
| Moringen | 7.514 | 1,3 | 2.979 | 1,1 | 15.472 | 3.073,7 | 2,5 | 5,2 | 2,1 | 40,9 | 103,2 |
| Nörten-Hardenb. | 8.582 | 1,5 | 3.626 | 1,4 | 18.041 | 3.500,4 | 2,4 | 5,0 | 2,1 | 40,8 | 96,5 |
| Kattenb.-Lindau | 7.628 | 1,3 | 3.145 | 1,2 | 16.539 | 3.328,6 | 2,4 | 5,3 | 2,2 | 43,6 | 105,8 |
| 2.4 Leine-Rhume | 55.621 | 9,5 | 24.687 | 9,3 | 120.021 | 23.400,7 | 2,3 | 4,9 | 2,2 | 42,1 | 94,8 |
| 2. Landkreis NOM | 152.087 | 26,0 | 66.593 | 25,0 | 330.062 | 64.039,8 | 2,3 | 5,0 | 2,2 | 42,1 | 96,2 |
| Osterode a.H. | 26.214 | 4,5 | 12.385 | 4,7 | 58.391 | 11.145,8 | 2,1 | 4,7 | 2,2 | 42,5 | 90,0 |
| Bad Grund | 9.919 | 1,7 | 4.701 | 1,8 | 22.621 | 4.327,4 | 2,1 | 4,8 | 2,3 | 43,6 | 92,1 |
| 3.1 Harz-Söse | 36.133 | 6,2 | 17.086 | 6,4 | 81.012 | 15.473,2 | 2,1 | 4,7 | 2,2 | 42,8 | 90,6 |
| Herzberg | 15.605 | 2,7 | 7.470 | 2,8 | 35.341 | 6.610,7 | 2,1 | 4,7 | 2,3 | 42,4 | 88,5 |
| Hattorf | 8.031 | 1,4 | 3.337 | 1,3 | 17.365 | 3.465,2 | 2,4 | 5,2 | 2,2 | 43,1 | 103,8 |
| 3.2 Harz-Sieber | 23.636 | 4,0 | 10.807 | 4,1 | 52.706 | 10.075,9 | 2,2 | 4,9 | 2,2 | 42,6 | 93,2 |
| Bad Lauterberg | 12.386 | 2,1 | 6.825 | 2,6 | 30.068 | 5.559,8 | 1,8 | 4,4 | 2,4 | 44,9 | 81,5 |
| Bad Sachsa | 8.662 | 1,5 | 4.723 | 1,8 | 20.357 | 3.903,3 | 1,8 | 4,3 | 2,4 | 45,1 | 82,6 |
| Walkenried | 5.659 | 1,0 | 3.039 | 1,1 | 14.114 | 2.589,7 | 1,9 | 4,6 | 2,5 | 45,8 | 85,2 |
| 3.3 Südharz | 26.707 | 4,6 | 14.587 | 5,5 | 64.539 | 12.052,8 | 1,8 | 4,4 | 2,4 | 45,1 | 82,6 |
| 3. Landkreis OHA | 86.476 | 14,8 | 42.480 | 16,0 | 198.257 | 37.601,9 | 2,0 | 4,7 | 2,3 | 43,5 | 88,5 |
| Duderstadt | 23.340 | 4,0 | 9.142 | 3,4 | 47.037 | 9.287,3 | 2,6 | 5,1 | 2,0 | 39,8 | 101,6 |
| Gieboldehausen | 14.616 | 2,5 | 5.426 | 2,0 | 29.296 | 5.789,8 | 2,7 | 5,4 | 2,0 | 39,6 | 106,7 |
| Radolfshausen | 7.760 | 1,3 | 2.895 | 1,1 | 15.727 | 3.208,3 | 2,7 | 5,4 | 2,0 | 41,3 | 110,8 |
| 4.1 Untereichsfeld | 45.716 | 7,8 | 17.463 | 6,6 | 92.060 | 18.285,4 | 2,6 | 5,3 | 2,0 | 40,0 | 104,7 |
| Göttingen | 125.365 | 21,4 | 62.222 | 23,4 | 240.144 | 44.584,3 | 2,0 | 3,9 | 1,9 | 35,6 | 71,7 |
| Adelebsen | 7.125 | 1,2 | 3.036 | 1,1 | 15.284 | 2.987,0 | 2,3 | 5,0 | 2,1 | 41,9 | 98,4 |
| Bovenden | 13.230 | 2,3 | 6.107 | 2,3 | 29.036 | 5.872,2 | 2,2 | 4,8 | 2,2 | 44,4 | 96,2 |
| Friedland | 9.013 | 1,5 | 2.929 | 1,1 | 14.905 | 2.932,0 | 3,1 | 5,1 | 1,7 | 32,5 | 100,1 |
| Gleichen | 9.197 | 1,6 | 3.636 | 1,4 | 19.230 | 3.954,5 | 2,5 | 5,3 | 2,1 | 43,0 | 108,8 |
| Rosdorf | 11.508 | 2,0 | 4.768 | 1,8 | 22.300 | 4.318,3 | 2,4 | 4,7 | 1,9 | 37,5 | 90,6 |
| 4.2 Oberleine | 175.438 | 29,9 | 82.698 | 31,1 | 340.899 | 64.648,3 | 2,1 | 4,1 | 1,9 | 36,8 | 78,2 |
| Hann. Münden | 25.769 | 4,4 | 12.029 | 4,5 | 55.589 | 10.732,0 | 2,1 | 4,6 | 2,2 | 41,6 | 89,2 |
| Dransfeld | 9.661 | 1,6 | 3.858 | 1,5 | 19.969 | 4.007,6 | 2,5 | 5,2 | 2,1 | 41,5 | 103,9 |
| Staufenberg | 8.719 | 1,5 | 3.903 | 1,5 | 19.491 | 3.689,5 | 2,2 | 5,0 | 2,2 | 42,3 | 94,5 |
| 4.3 Naturp. Münden | 44.149 | 7,5 | 19.790 | 7,4 | 95.049 | 18.429,1 | 2,2 | 4,8 | 2,2 | 41,7 | 93,1 |
| 4. Landkreis GÖ | 265.303 | 45,3 | 119.951 | 45,1 | 528.008 | 101.362,8 | 2,2 | 4,4 | 2,0 | 38,2 | 84,5 |
| Südniedersachsen | 586.008 | 100,0 | 266.056 | 100,0 | 1.237.910 | 237.824,0 | 2,2 | 4,7 | 2,1 | 40,6 | 89,4 |

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Gebäude- und Wohnungsfortschreibung am 31.12.1999

Tab. 4.1.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende am Arbeitsort 1998

| Raumgliederung | Insgesamt | | | | | Weiblich | | | | Einwohner | | Besch. / 100 Einw. |
|---------------------------|----------------|--------------|---------------|------------|--------------|---------------|-------------|---------------|-------------|----------------|--------------|--------------------------|
| | Insgesamt | | Auszubildende | | | Insgesamt | | Auszubildende | | Anzahl | % | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % | % | Anzahl | % | Anzahl | % | | | |
| Bodenwerder | 2.466 | 1,4 | 121 | 4,9 | 1,2 | 1.025 | 41,6 | 55 | 45,5 | 12.774 | 2,2 | 19,3 |
| Polle | 750 | 0,4 | 48 | 6,4 | 0,5 | 301 | 40,1 | 19 | 39,6 | 5.056 | 0,9 | 14,8 |
| 1.1 Weser-Vogler | 3.216 | 1,8 | 169 | 5,3 | 1,6 | 1.326 | 41,2 | 74 | 43,8 | 17.830 | 3,0 | 18,0 |
| Stadtoldendorf | 1.835 | 1,0 | 136 | 7,4 | 1,3 | 815 | 44,4 | 64 | 47,1 | 11.167 | 1,9 | 16,4 |
| Eschershausen | 1.303 | 0,7 | 89 | 6,8 | 0,8 | 514 | 39,4 | 36 | 40,4 | 7.402 | 1,3 | 17,6 |
| Delligsen | 2.398 | 1,3 | 90 | 3,8 | 0,9 | 842 | 35,1 | 34 | 37,8 | 9.224 | 1,6 | 26,0 |
| 1.2 Lenne-Hils | 5.536 | 3,1 | 315 | 5,7 | 3,0 | 2.171 | 39,2 | 134 | 42,5 | 27.793 | 4,7 | 19,9 |
| Holzminden | 11.350 | 6,3 | 686 | 6,0 | 6,5 | 4.907 | 43,2 | 325 | 47,4 | 21.788 | 3,7 | 52,1 |
| Bevern | 908 | 0,5 | 55 | 6,1 | 0,5 | 344 | 37,9 | 25 | 45,5 | 6.743 | 1,2 | 13,5 |
| Boffzen | 2.070 | 1,1 | 126 | 6,1 | 1,2 | 705 | 34,1 | 34 | 27,0 | 7.988 | 1,4 | 25,9 |
| 1.3 Weser-Solling | 14.328 | 7,9 | 867 | 6,1 | 8,3 | 5.956 | 41,6 | 384 | 44,3 | 36.519 | 6,2 | 39,2 |
| 1. Landkreis HOL | 23.080 | 12,8 | 1.351 | 5,9 | 12,9 | 9.453 | 41,0 | 592 | 43,8 | 82.142 | 14,0 | 28,1 |
| Einbeck | 10.699 | 5,9 | 645 | 6,0 | 6,1 | 4.526 | 42,3 | 282 | 43,7 | 29.207 | 5,0 | 36,6 |
| Dassel | 2.340 | 1,3 | 99 | 4,2 | 0,9 | 884 | 37,8 | 30 | 30,3 | 11.803 | 2,0 | 19,8 |
| 2.1 Leine-Ilme | 13.039 | 7,2 | 744 | 5,7 | 7,1 | 5.410 | 41,5 | 312 | 41,9 | 41.010 | 7,0 | 31,8 |
| B. Gandersheim | 3.854 | 2,1 | 209 | 5,4 | 2,0 | 2.033 | 52,8 | 107 | 51,2 | 11.331 | 1,9 | 34,0 |
| Kreiensen | 1.243 | 0,7 | 122 | 9,8 | 1,2 | 414 | 33,3 | 57 | 46,7 | 7.861 | 1,3 | 15,8 |
| Kalefeld | 1.317 | 0,7 | 47 | 3,6 | 0,4 | 450 | 34,2 | 21 | 44,7 | 7.521 | 1,3 | 17,5 |
| 2.2 Leine-Gande | 6.414 | 3,5 | 378 | 5,9 | 3,6 | 2.897 | 45,2 | 185 | 48,9 | 26.713 | 4,6 | 24,0 |
| Uslar | 3.846 | 2,1 | 240 | 6,2 | 2,3 | 1.704 | 44,3 | 110 | 45,8 | 16.385 | 2,8 | 23,5 |
| Bodenfelde | 482 | 0,3 | 17 | 3,5 | 0,2 | 178 | 36,9 | 9 | 52,9 | 3.777 | 0,6 | 12,8 |
| Hardeggen | 1.278 | 0,7 | 91 | 7,1 | 0,9 | 616 | 48,2 | 41 | 45,1 | 8.581 | 1,5 | 14,9 |
| 2.3 Südsolling | 5.606 | 3,1 | 348 | 6,2 | 3,3 | 2.498 | 44,6 | 160 | 46,0 | 28.743 | 4,9 | 19,5 |
| Northeim | 11.957 | 6,6 | 793 | 6,6 | 7,6 | 5.737 | 48,0 | 398 | 50,2 | 31.897 | 5,4 | 37,5 |
| Moringen | 2.521 | 1,4 | 127 | 5,0 | 1,2 | 712 | 28,2 | 45 | 35,4 | 7.514 | 1,3 | 33,6 |
| Nörten-Hardenb. | 1.559 | 0,9 | 110 | 7,1 | 1,0 | 599 | 38,4 | 53 | 48,2 | 8.582 | 1,5 | 18,2 |
| Katlenb.-Lindau | 1.458 | 0,8 | 65 | 4,5 | 0,6 | 545 | 37,4 | 16 | 24,6 | 7.628 | 1,3 | 19,1 |
| 2.4 Leine-Rhume | 17.495 | 9,7 | 1.095 | 6,3 | 10,4 | 7.593 | 43,4 | 512 | 46,8 | 55.621 | 9,5 | 31,5 |
| 2. Landkreis NOM | 42.554 | 23,5 | 2.565 | 6,0 | 24,4 | 18.398 | 43,2 | 1.169 | 45,6 | 152.087 | 26,0 | 28,0 |
| Osterode a.H. | 10.009 | 5,5 | 527 | 5,3 | 5,0 | 4.121 | 41,2 | 243 | 46,1 | 26.214 | 4,5 | 38,2 |
| Bad Grund | 2.567 | 1,4 | 98 | 3,8 | 0,9 | 969 | 37,7 | 41 | 41,8 | 9.919 | 1,7 | 25,9 |
| 3.1 Harz-Söse | 12.576 | 7,0 | 625 | 5,0 | 6,0 | 5.090 | 40,5 | 284 | 45,4 | 36.133 | 6,2 | 34,8 |
| Herzberg | 5.713 | 3,2 | 345 | 6,0 | 3,3 | 2.004 | 35,1 | 149 | 43,2 | 15.605 | 2,7 | 36,6 |
| Hattorf | 1.257 | 0,7 | 72 | 5,7 | 0,7 | 594 | 47,3 | 27 | 37,5 | 8.031 | 1,4 | 15,7 |
| 3.2 Harz-Sieber | 6.970 | 3,9 | 417 | 6,0 | 4,0 | 2.598 | 37,3 | 176 | 42,2 | 23.636 | 4,0 | 29,5 |
| Bad Lauterberg | 4.670 | 2,6 | 323 | 6,9 | 3,1 | 2.103 | 45,0 | 177 | 54,8 | 12.386 | 2,1 | 37,7 |
| Bad Sachsa | 1.829 | 1,0 | 112 | 6,1 | 1,1 | 1.087 | 59,4 | 64 | 57,1 | 8.662 | 1,5 | 21,1 |
| Walkenried | 1.698 | 0,9 | 73 | 4,3 | 0,7 | 479 | 28,2 | 22 | 30,1 | 5.659 | 1,0 | 30,0 |
| 3.3 Südharz | 8.197 | 4,5 | 508 | 6,2 | 4,8 | 3.669 | 44,8 | 263 | 51,8 | 26.707 | 4,6 | 30,7 |
| 3. Landkreis OHA | 27.743 | 15,3 | 1.550 | 5,6 | 14,8 | 11.357 | 40,9 | 723 | 46,6 | 86.476 | 14,8 | 32,1 |
| Duderstadt | 6.754 | 3,7 | 507 | 7,5 | 4,8 | 3.319 | 49,1 | 228 | 45,0 | 23.340 | 4,0 | 28,9 |
| Gieboldehausen | 2.593 | 1,4 | 189 | 7,3 | 1,8 | 992 | 38,3 | 91 | 48,1 | 14.616 | 2,5 | 17,7 |
| Radolfshausen | 782 | 0,4 | 61 | 7,8 | 0,6 | 359 | 45,9 | 19 | 31,1 | 7.760 | 1,3 | 10,1 |
| 4.1 Untereichsfeld | 10.129 | 5,6 | 757 | 7,5 | 7,2 | 4.670 | 46,1 | 338 | 44,6 | 45.716 | 7,8 | 22,2 |
| Göttingen | 58.806 | 32,5 | 3.295 | 5,6 | 31,4 | 28.725 | 48,8 | 1.796 | 54,5 | 125.365 | 21,4 | 46,9 |
| Adelebsen | 1.017 | 0,6 | 43 | 4,2 | 0,4 | 390 | 38,3 | 16 | 37,2 | 7.125 | 1,2 | 14,3 |
| Bovenden | 2.112 | 1,2 | 102 | 4,8 | 1,0 | 908 | 43,0 | 49 | 48,0 | 13.230 | 2,3 | 16,0 |
| Friedland | 967 | 0,5 | 76 | 7,9 | 0,7 | 484 | 50,1 | 28 | 36,8 | 9.013 | 1,5 | 10,7 |
| Gleichen | 850 | 0,5 | 59 | 6,9 | 0,6 | 345 | 40,6 | 22 | 37,3 | 9.197 | 1,6 | 9,2 |
| Rosdorf | 2.536 | 1,4 | 138 | 5,4 | 1,3 | 1.078 | 42,5 | 59 | 42,8 | 11.508 | 2,0 | 22,0 |
| 4.2 Oberleine | 66.288 | 36,6 | 3.713 | 5,6 | 35,4 | 31.930 | 48,2 | 1.970 | 53,1 | 175.438 | 29,9 | 37,8 |
| Hann. Münden | 8.237 | 4,6 | 439 | 5,3 | 4,2 | 3.576 | 43,4 | 213 | 48,5 | 25.769 | 4,4 | 32,0 |
| Dransfeld | 1.687 | 0,9 | 90 | 5,3 | 0,9 | 742 | 44,0 | 36 | 40,0 | 9.661 | 1,6 | 17,5 |
| Staufenberg | 1.228 | 0,7 | 34 | 2,8 | 0,3 | 556 | 45,3 | 21 | 61,8 | 8.719 | 1,5 | 14,1 |
| 4.3 Naturp. Münden | 11.152 | 6,2 | 563 | 5,0 | 5,4 | 4.874 | 43,7 | 270 | 48,0 | 44.149 | 7,5 | 25,3 |
| 4. Landkreis GÖ | 87.569 | 48,4 | 5.033 | 5,7 | 47,9 | 41.474 | 47,4 | 2.578 | 51,2 | 265.303 | 45,3 | 33,0 |
| Südniedersachsen | 180.946 | 100,0 | 10.499 | 5,8 | 100,0 | 80.682 | 44,6 | 5.062 | 48,2 | 586.008 | 100,0 | 30,9 |

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30.06 1998

Tab. 4.1.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1998 nach Wirtschaftsbereichen

| Raumgliederung | Insgesamt | | Land- und Forstwirtschaft | | Bergbau und Verarb. Gew. | | Baugewerbe | | Handel und Verkehr | | Sonstige Wirtschaftsbereiche | |
|---------------------------|----------------|--------------|---------------------------|------------|--------------------------|-------------|---------------|-------------|--------------------|-------------|------------------------------|-------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Bodenwerder | 2.466 | 1,4 | 78 | 3,2 | 1.096 | 44,4 | 185 | 7,5 | 376 | 15,2 | 731 | 29,6 |
| Polle | 750 | 0,4 | 28 | 3,7 | 271 | 36,1 | 135 | 18,0 | 100 | 13,3 | 216 | 28,8 |
| 1.1 Weser-Vogler | 3.216 | 1,8 | 106 | 3,3 | 1.367 | 42,5 | 320 | 10,0 | 476 | 14,8 | 947 | 29,4 |
| Stadtoldendorf | 1.835 | 1,0 | 23 | 1,3 | 654 | 35,6 | 188 | 10,2 | 320 | 17,4 | 650 | 35,4 |
| Eschershausen | 1.303 | 0,7 | 10 | 0,8 | 666 | 51,1 | 149 | 11,4 | 128 | 9,8 | 350 | 26,9 |
| Delligsen | 2.398 | 1,3 | 64 | 2,7 | 1.650 | 68,8 | 121 | 5,0 | 200 | 8,3 | 363 | 15,1 |
| 1.2 Lenne-Hils | 5.536 | 3,1 | 97 | 1,8 | 2.970 | 53,6 | 458 | 8,3 | 648 | 11,7 | 1.363 | 24,6 |
| Holzminden | 11.350 | 6,3 | 28 | 0,2 | 5.592 | 49,3 | 578 | 5,1 | 1.405 | 12,4 | 3.747 | 33,0 |
| Bevern | 908 | 0,5 | 16 | 1,8 | 458 | 50,4 | 105 | 11,6 | 116 | 12,8 | 213 | 23,5 |
| Boffzen | 2.070 | 1,1 | 49 | 2,4 | 1.146 | 55,4 | 193 | 9,3 | 349 | 16,9 | 333 | 16,1 |
| 1.3 Weser-Solling | 14.328 | 7,9 | 93 | 0,6 | 7.196 | 50,2 | 876 | 6,1 | 187 | 1,3 | 4.293 | 30,0 |
| 1. Landkreis HOL | 23.080 | 12,8 | 296 | 1,3 | 11.533 | 50,0 | 1.654 | 7,2 | 2.994 | 13,0 | 6.603 | 28,6 |
| Einbeck | 10.699 | 5,9 | 983 | 9,2 | 4.350 | 40,7 | 722 | 6,7 | 1.510 | 14,1 | 3.134 | 29,3 |
| Dassel | 2.340 | 1,3 | 112 | 4,8 | 1.192 | 50,9 | 270 | 11,5 | 213 | 9,1 | 553 | 23,6 |
| 2.1 Leine-Ilme | 13.039 | 7,2 | 1.095 | 8,4 | 5.542 | 42,5 | 992 | 7,6 | 1.723 | 13,2 | 3.687 | 28,3 |
| B. Gandersheim | 3.854 | 2,1 | 46 | 1,2 | 1.401 | 36,4 | 213 | 5,5 | 357 | 9,3 | 1.837 | 47,7 |
| Kreiensen | 1.243 | 0,7 | 35 | 2,8 | 399 | 32,1 | 230 | 18,5 | 274 | 22,0 | 305 | 24,5 |
| Kalefeld | 1.317 | 0,7 | 39 | 3,0 | 841 | 63,9 | 62 | 4,7 | 164 | 12,5 | 211 | 16,0 |
| 2.2 Leine-Gande | 6.414 | 3,5 | 120 | 1,9 | 2.641 | 41,2 | 505 | 7,9 | 795 | 12,4 | 2.353 | 36,7 |
| Uslar | 3.846 | 2,1 | 31 | 0,8 | 1.774 | 46,1 | 176 | 4,6 | 521 | 13,5 | 1.344 | 34,9 |
| Bodenfelde | 482 | 0,3 | | | 187 | 38,8 | 39 | 8,1 | | | 162 | 33,6 |
| Hardeggen | 1.278 | 0,7 | 18 | 1,4 | 247 | 19,3 | 152 | 11,9 | 330 | 25,8 | 531 | 41,5 |
| 2.3 Südsolling | 5.606 | 3,1 | | | 2.208 | 39,4 | 367 | 6,5 | | | 2.037 | 36,3 |
| Northeim | 11.957 | 6,6 | 95 | 0,8 | 4.139 | 34,6 | 634 | 5,3 | 2.211 | 18,5 | 4.878 | 40,8 |
| Moringen | 2.521 | 1,4 | 40 | 1,6 | 1.459 | 57,9 | 145 | 5,8 | 188 | 7,5 | 689 | 27,3 |
| Nörten-Hardenb. | 1.559 | 0,9 | 43 | 2,8 | 693 | 44,5 | 128 | 8,2 | 238 | 15,3 | 457 | 29,3 |
| Kattenb.-Lindau | 1.458 | 0,8 | | | 480 | 32,9 | 171 | 11,7 | | | 589 | 40,4 |
| 2.4 Leine-Rhume | 17.495 | 9,7 | 178 | 1,0 | 6.771 | 38,7 | 1.078 | 6,2 | | | 6.613 | 37,8 |
| 2. Landkreis NOM | 42.554 | 23,5 | | | 17.162 | 40,3 | 2.942 | 6,9 | | | 14.690 | 34,5 |
| Osterode a.H. | 10.009 | 5,5 | 77 | 0,8 | 4.525 | 45,2 | 548 | 5,5 | 1.737 | 17,4 | 3.122 | 31,2 |
| Bad Grund | 2.567 | 1,4 | 18 | 0,7 | 1.600 | 62,3 | 192 | 7,5 | 244 | 9,5 | 513 | 20,0 |
| 3.1 Harz-Söse | 12.576 | 7,0 | 95 | 0,8 | 6.125 | 48,7 | 740 | 5,9 | 1.981 | 15,8 | 3.635 | 28,9 |
| Herzberg | 5.713 | 3,2 | 48 | 0,8 | 2.976 | 52,1 | 394 | 6,9 | 506 | 8,9 | 1.789 | 31,3 |
| Hattorf | 1.257 | 0,7 | 23 | 1,8 | 490 | 39,0 | 151 | 12,0 | 198 | 15,8 | 395 | 31,4 |
| 3.2 Harz-Sieber | 6.970 | 3,9 | 71 | 1,0 | 3.466 | 49,7 | 545 | 7,8 | 704 | 10,1 | 2.184 | 31,3 |
| Bad Lauterberg | 4.670 | 2,6 | 47 | 1,0 | 2.170 | 46,5 | 205 | 4,4 | 579 | 12,4 | 1.669 | 35,7 |
| Bad Sachsa | 1.829 | 1,0 | | | 183 | 10,0 | 203 | 11,1 | | | 1.106 | 60,5 |
| Walkenried | 1.698 | 0,9 | | | 1.056 | 62,2 | 97 | 5,7 | | | 410 | 24,1 |
| 3.3 Südharz | 8.197 | 4,5 | | | 3.409 | 41,6 | 505 | 6,2 | | | 3.185 | 38,9 |
| 3. Landkreis OHA | 27.743 | 15,3 | | | 13.000 | 46,9 | 1.790 | 6,5 | | | 9.004 | 32,5 |
| Duderstadt | 6.754 | 3,7 | 57 | 0,8 | 2.351 | 34,8 | 860 | 12,7 | 932 | 13,8 | 2.554 | 37,8 |
| Gieboldehausen | 2.593 | 1,4 | 21 | 0,8 | 799 | 30,8 | 763 | 29,4 | 323 | 12,5 | 687 | 26,5 |
| Radolfshausen | 782 | 0,4 | 61 | 7,8 | 172 | 22,0 | 156 | 19,9 | 96 | 12,3 | 297 | 38,0 |
| 4.1 Untereichsfeld | 10.129 | 5,6 | 139 | 1,4 | 3.322 | 32,8 | 1.779 | 17,6 | 1.351 | 13,3 | 3.538 | 34,9 |
| Göttingen | 58.806 | 32,5 | 163 | 0,3 | 13.293 | 22,6 | 1.927 | 3,3 | 9.607 | 16,3 | 33.816 | 57,5 |
| Adelebsen | 1.017 | 0,6 | 44 | 4,3 | 405 | 39,8 | 28 | 2,8 | 216 | 21,2 | 324 | 31,9 |
| Bovenden | 2.112 | 1,2 | 13 | 0,6 | 654 | 31,0 | 192 | 9,1 | 692 | 32,8 | 561 | 26,6 |
| Friedland | 967 | 0,5 | 29 | 3,0 | 179 | 18,5 | 158 | 16,3 | 102 | 10,5 | 499 | 51,6 |
| Gleichen | 850 | 0,5 | | | 188 | 22,1 | 156 | 18,4 | | | 406 | 47,8 |
| Rosdorf | 2.536 | 1,4 | 125 | 4,9 | 499 | 19,7 | 364 | 14,4 | 568 | 22,4 | 980 | 38,6 |
| 4.2 Oberleine | 66.288 | 36,6 | 374 | 0,6 | 15.218 | 23,0 | 2.825 | 4,3 | | | 36.586 | 55,2 |
| H.Münden | 8.237 | 4,6 | 234 | 2,8 | 3.337 | 40,5 | 427 | 5,2 | 1.201 | 14,6 | 3.038 | 36,9 |
| Dransfeld | 1.687 | 0,9 | 32 | 1,9 | 807 | 47,8 | 225 | 13,3 | 154 | 9,1 | 469 | 27,8 |
| Staufenberg | 1.228 | 0,7 | | | 212 | 17,3 | 65 | 5,3 | | | 381 | 31,0 |
| 4.3 Naturp. Münden | 11.152 | 6,2 | | | 3.456 | 31,0 | 717 | 6,4 | | | 3.888 | 34,9 |
| 4. Landkreis GÖ | 87.569 | 48,4 | | | 22.896 | 26,1 | 5.321 | 6,1 | | | 44.012 | 50,3 |
| Südniedersachsen | 180.946 | 100,0 | 2.730 | 1,5 | 64.591 | 35,7 | 11.707 | 6,5 | | | 74.309 | 41,1 |

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30.06 1998

Tab. 4.1.4: Arbeitslose 2000

| Raumgliederung | Arbeitslose | | | Beschäftigte am Arbeitsort | | Besch+ Arbeitsl | unter 25 Jahre | | 55 Jahre und älter | | Langzeitarb. über 1 Jahr | |
|---------------------------|---------------|--------------|-------------|----------------------------|--------------|-----------------|----------------|-------------|--------------------|-------------|--------------------------|-------------|
| | Anzahl | % | % | Anzahl | % | Anzahl | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Bodenwerder | 437 | 1,5 | 15,1 | 2.466 | 1,4 | 2.903 | 37 | 8,5 | 97 | 22,2 | 155 | 35,5 |
| Polle | 173 | 0,6 | 18,7 | 750 | 0,4 | 923 | 17 | 9,8 | 47 | 27,2 | 71 | 41,0 |
| 1.1 Weser-Vogler | 610 | 2,1 | 15,9 | 3.216 | 1,8 | 3.826 | 54 | 8,9 | 144 | 23,6 | 226 | 37,0 |
| Stadtoldendorf | 487 | 1,6 | 21,0 | 1.835 | 1,0 | 2.322 | 40 | 8,2 | 103 | 21,1 | 179 | 36,8 |
| Eschershausen | 301 | 1,0 | 18,8 | 1.303 | 0,7 | 1.604 | 19 | 6,3 | 76 | 25,2 | 131 | 43,5 |
| Delligsen | 333 | 1,1 | 12,2 | 2.398 | 1,3 | 2.731 | 30 | 9,0 | 100 | 30,0 | 141 | 42,3 |
| 1.2 Lenne-Hils | 1.121 | 3,8 | 16,8 | 5.536 | 3,1 | 6.657 | 89 | 7,9 | 279 | 24,9 | 451 | 40,2 |
| Holzminden | 1.035 | 3,5 | 8,4 | 11.350 | 6,3 | 12.385 | 120 | 11,6 | 216 | 20,9 | 397 | 38,4 |
| Bevern | 248 | 0,8 | 21,5 | 908 | 0,5 | 1.156 | 32 | 12,9 | 59 | 23,8 | 101 | 40,7 |
| Boffzen | 345 | 1,2 | 14,3 | 2.070 | 1,1 | 2.415 | 42 | 12,2 | 77 | 22,3 | 124 | 35,9 |
| 1.3 Weser-Solling | 1.628 | 5,5 | 10,2 | 14.328 | 7,9 | 15.956 | 194 | 11,9 | 352 | 21,6 | 622 | 38,2 |
| 1. Landkreis HOL | 3.359 | 11,4 | 12,7 | 23.080 | 12,8 | 26.439 | 337 | 10,0 | 775 | 23,1 | 1.299 | 38,7 |
| Einbeck | 1.518 | 5,1 | 12,4 | 10.699 | 5,9 | 12.217 | 157 | 10,3 | 311 | 20,5 | 679 | 44,7 |
| Dassel | 519 | 1,8 | 18,2 | 2.340 | 1,3 | 2.859 | 51 | 9,8 | 112 | 21,6 | 216 | 41,6 |
| 2.1 Leine-Ilme | 2.037 | 6,9 | 13,5 | 13.039 | 7,2 | 15.076 | 208 | 10,2 | 423 | 20,8 | 895 | 43,9 |
| B. Gandersheim | 418 | 1,4 | 9,8 | 3.854 | 2,1 | 4.272 | 55 | 13,2 | 103 | 24,6 | 141 | 33,7 |
| Kreiensen | 352 | 1,2 | 22,1 | 1.243 | 0,7 | 1.595 | 37 | 10,5 | 96 | 27,3 | 154 | 43,8 |
| Kalefeld | 322 | 1,1 | 19,6 | 1.317 | 0,7 | 1.639 | 26 | 8,1 | 72 | 22,4 | 135 | 41,9 |
| 2.2 Leine-Gande | 1.092 | 3,7 | 14,5 | 6.414 | 3,5 | 7.506 | 118 | 10,8 | 271 | 24,8 | 430 | 39,4 |
| Uslar | 823 | 2,8 | 17,6 | 3.846 | 2,1 | 4.669 | 93 | 11,3 | 152 | 18,5 | 353 | 42,9 |
| Bodenfelde | 189 | 0,6 | 28,2 | 482 | 0,3 | 671 | 12 | 6,3 | 37 | 19,6 | 86 | 45,5 |
| Hardeggen | 370 | 1,3 | 22,5 | 1.278 | 0,7 | 1.648 | 32 | 8,6 | 72 | 19,5 | 122 | 33,0 |
| 2.3 Südsolling | 1.382 | 4,7 | 19,8 | 5.606 | 3,1 | 6.988 | 137 | 9,9 | 261 | 18,9 | 561 | 40,6 |
| Northeim | 1.818 | 6,1 | 13,2 | 11.957 | 6,6 | 13.775 | 204 | 11,2 | 318 | 17,5 | 659 | 36,2 |
| Moringen | 326 | 1,1 | 11,5 | 2.521 | 1,4 | 2.847 | 32 | 9,8 | 70 | 21,5 | 132 | 40,5 |
| Nörten-Hardenb. | 385 | 1,3 | 19,8 | 1.559 | 0,9 | 1.944 | 45 | 11,7 | 77 | 20,0 | 143 | 37,1 |
| Kattenb.-Lindau | 325 | 1,1 | 18,2 | 1.458 | 0,8 | 1.783 | 22 | 6,8 | 68 | 20,9 | 104 | 32,0 |
| 2.4 Leine-Rhume | 2.854 | 9,6 | 14,0 | 17.495 | 9,7 | 20.349 | 303 | 10,6 | 533 | 18,7 | 1.038 | 36,4 |
| 2. Landkreis NOM | 7.365 | 24,9 | 14,8 | 42.554 | 23,5 | 49.919 | 766 | 10,4 | 1.488 | 20,2 | 2.924 | 39,7 |
| Osterode a.H. | 1.513 | 5,1 | 13,1 | 10.009 | 5,5 | 11.522 | 157 | 10,4 | 321 | 21,2 | 636 | 42,0 |
| Bad Grund | 543 | 1,8 | 17,5 | 2.567 | 1,4 | 3.110 | 54 | 9,9 | 141 | 26,0 | 235 | 43,3 |
| 3.1 Harz-Söse | 2.056 | 6,9 | 14,1 | 12.576 | 7,0 | 14.632 | 211 | 10,3 | 462 | 22,5 | 871 | 42,4 |
| Herzberg | 855 | 2,9 | 13,0 | 5.713 | 3,2 | 6.568 | 78 | 9,1 | 184 | 21,5 | 377 | 44,1 |
| Hattorf | 391 | 1,3 | 23,7 | 1.257 | 0,7 | 1.648 | 38 | 9,7 | 75 | 19,2 | 151 | 38,6 |
| 3.2 Harz-Sieber | 1.246 | 4,2 | 15,2 | 6.970 | 3,9 | 8.216 | 116 | 9,3 | 259 | 20,8 | 528 | 42,4 |
| Bad Lauterberg | 757 | 2,6 | 13,9 | 4.670 | 2,6 | 5.427 | 72 | 9,5 | 158 | 20,9 | 311 | 41,1 |
| Bad Sachsa | 505 | 1,7 | 21,6 | 1.829 | 1,0 | 2.334 | 56 | 11,1 | 93 | 18,4 | 204 | 40,4 |
| Walkenried | 358 | 1,2 | 17,4 | 1.698 | 0,9 | 2.056 | 38 | 10,6 | 77 | 21,5 | 166 | 46,4 |
| 3.3 Südharz | 1.620 | 5,5 | 16,5 | 8.197 | 4,5 | 9.817 | 166 | 10,2 | 328 | 20,2 | 681 | 42,0 |
| 3. Landkreis OHA | 4.922 | 16,6 | 15,1 | 27.743 | 15,3 | 32.665 | 493 | 10,0 | 1.049 | 21,3 | 2.080 | 42,3 |
| Duderstadt | 1.191 | 4,0 | 15,0 | 6.754 | 3,7 | 7.945 | 127 | 10,7 | 216 | 18,1 | 480 | 40,3 |
| Gieboldehausen | 688 | 2,3 | 21,0 | 2.593 | 1,4 | 3.281 | 61 | 8,9 | 145 | 21,1 | 276 | 40,1 |
| Radolfshausen | 301 | 1,0 | 27,8 | 782 | 0,4 | 1.083 | 23 | 7,6 | 58 | 19,3 | 126 | 41,9 |
| 4.1 Untereichsfeld | 2.180 | 7,4 | 17,7 | 10.129 | 5,6 | 12.309 | 211 | 9,7 | 419 | 19,2 | 882 | 40,5 |
| Göttingen | 7.455 | 25,2 | 11,3 | 58.806 | 32,5 | 66.261 | 731 | 9,8 | 1.073 | 14,4 | 3.215 | 43,1 |
| Adelebsen | 305 | 1,0 | 23,1 | 1.017 | 0,6 | 1.322 | 25 | 8,2 | 61 | 20,0 | 129 | 42,3 |
| Bovenden | 579 | 2,0 | 21,5 | 2.112 | 1,2 | 2.691 | 78 | 13,5 | 125 | 21,6 | 237 | 40,9 |
| Friedland | 351 | 1,2 | 26,6 | 967 | 0,5 | 1.318 | 42 | 12,0 | 63 | 17,9 | 107 | 30,5 |
| Gleichen | 358 | 1,2 | 29,6 | 850 | 0,5 | 1.208 | 34 | 9,5 | 71 | 19,8 | 142 | 39,7 |
| Rosdorf | 610 | 2,1 | 19,4 | 2.536 | 1,4 | 3.146 | 70 | 11,5 | 108 | 17,7 | 237 | 38,9 |
| 4.2 Oberleine | 9.658 | 32,6 | 12,7 | 66.288 | 36,6 | 75.946 | 980 | 10,1 | 1.501 | 15,5 | 4.067 | 42,1 |
| Hann.Münden | 1.377 | 4,7 | 14,3 | 8.237 | 4,6 | 9.614 | 130 | 9,4 | 310 | 22,5 | 681 | 49,5 |
| Dransfeld | 353 | 1,2 | 17,3 | 1.687 | 0,9 | 2.040 | 46 | 13,0 | 78 | 22,1 | 149 | 42,2 |
| Staufenberg | 373 | 1,3 | 23,3 | 1.228 | 0,7 | 1.601 | 44 | 11,8 | 100 | 26,8 | 178 | 47,7 |
| 4.3 Naturp. Münden | 2.103 | 7,1 | 15,9 | 11.152 | 6,2 | 13.255 | 220 | 10,5 | 488 | 23,2 | 1.008 | 47,9 |
| 4. Landkreis GÖ | 13.941 | 47,1 | 13,7 | 87.569 | 48,4 | 101.510 | 1.411 | 10,1 | 2.408 | 17,3 | 5.957 | 42,7 |
| Südniedersachsen | 29.587 | 100,0 | 14,1 | 180.946 | 100,0 | 210.533 | 3.007 | 10,2 | 5.720 | 19,3 | 12.260 | 41,4 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitslose nach Gemeinden

Tab. 4.1.5: Wahlbeteiligung, Wanderungen, Jugend-Sozialfälle

| Raumgliederung | Wahlbeteilig. 1996 | Wanderungen | | | | | Jugend-Sozialfälle | | | | |
|---------------------------|--------------------|-------------|----------|--------|-----------|--------------|--------------------|---------------------|-------------------|-----------------|-----------------|
| | | Zuzüge | Fortzüge | Saldo | Einwohner | Wand. Anteil | Sozialh. unt.25-J. | Arbeitsl. unt.25-J. | Soz+Arb unt.25-J. | Unter25-jährige | Anteil Sozialf. |
| | | % | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl | % | Anz. | Anz. | Anz. | Anz. |
| Bodenwerder | 74,1 | 589 | 573 | 16 | 12.774 | 0,13 | 195 | 37 | 232 | 3.278 | 7,08 |
| Polle | 73,4 | 268 | 296 | -28 | 5.056 | -0,55 | 56 | 17 | 73 | 1.366 | 5,34 |
| 1.1 Weser-Vogler | | | | | 17.830 | | 251 | 54 | 305 | 4.644 | 6,57 |
| Stadtoldendorf | 65,1 | 588 | 561 | 27 | 11.167 | 0,24 | 396 | 40 | 436 | 3.087 | 14,12 |
| Eschershausen | 76,8 | 381 | 417 | -36 | 7.402 | -0,49 | 101 | 19 | 120 | 1.870 | 6,42 |
| Delligsen | 76,6 | 356 | 389 | -33 | 9.224 | -0,36 | 147 | 30 | 177 | 2.276 | 7,78 |
| 1.2 Lenne-Hils | | | | | 27.793 | | 644 | 89 | 733 | 7.233 | 10,13 |
| Holzminden | 60,1 | 1.268 | 1.325 | -57 | 21.788 | -0,26 | 642 | 120 | 762 | 5.589 | 13,63 |
| Bevern | 74,5 | 400 | 465 | -65 | 6.743 | -0,96 | 143 | 32 | 175 | 1.765 | 9,92 |
| Boffzen | 70,2 | 418 | 458 | -40 | 7.988 | -0,50 | 84 | 42 | 126 | 2.211 | 5,70 |
| 1.3 Weser-Solling | | | | | 36.519 | | 869 | 194 | 1.063 | 9.565 | 11,11 |
| 1. Landkreis HOL | | | | | 82.142 | | 1.764 | 337 | 2.101 | 21.442 | 9,80 |
| Einbeck | 68,7 | 1.271 | 1.219 | 52 | 29.207 | 0,18 | 886 | 157 | 1.043 | 7.161 | 14,57 |
| Dassel | 75,0 | 432 | 526 | -94 | 11.803 | -0,80 | 166 | 51 | 217 | 3.153 | 6,88 |
| 2.1 Leine-Ilme | | | | | 41.010 | | 2.816 | 208 | 3.024 | 31.756 | 9,52 |
| B Gandersheim | 73,5 | 694 | 599 | 95 | 11.331 | 0,84 | 289 | 55 | 344 | 2.893 | 11,89 |
| Kreiensen | 70,1 | 603 | 659 | -56 | 7.861 | -0,71 | 140 | 37 | 177 | 1.948 | 9,09 |
| Kalefeld | 74,2 | 318 | 318 | 0 | 7.521 | 0,00 | 95 | 26 | 121 | 2.021 | 5,99 |
| 2.2 Leine-Gande | | | | | 26.713 | | 524 | 118 | 642 | 6.862 | 9,36 |
| Uslar | 74,1 | 687 | 594 | 93 | 16.385 | 0,57 | 430 | 93 | 523 | 4.262 | 12,27 |
| Bodenfelde | 66,9 | 186 | 205 | -19 | 3.777 | -0,50 | 80 | 12 | 92 | 968 | 9,50 |
| Hardeggen | 74,3 | 577 | 509 | 68 | 8.581 | 0,79 | 122 | 32 | 154 | 2.259 | 6,82 |
| 2.3 Südsolling | | | | | 28.743 | | 632 | 137 | 769 | 7.489 | 10,27 |
| Northeim | 66,2 | 1.433 | 1.451 | -18 | 31.897 | -0,06 | 1.177 | 204 | 1.381 | 8.265 | 16,71 |
| Moringen | 70,1 | 437 | 400 | 37 | 7.514 | 0,49 | 123 | 32 | 155 | 2.105 | 7,36 |
| Nörten-Hardenb. | 74,2 | 492 | 474 | 18 | 8.582 | 0,21 | 135 | 45 | 180 | 2.271 | 7,93 |
| Kattenb.-Lindau | 74,0 | 365 | 339 | 26 | 7.628 | 0,34 | 44 | 22 | 66 | 2.024 | 3,26 |
| 2.4 Leine-Rhume | | | | | 55.621 | | 1.479 | 303 | 1.782 | 14.665 | 12,15 |
| 2. Landkreis NOM | | | | | 152.087 | | 5.451 | 766 | 6.217 | 60.772 | 10,23 |
| Osterode a.H. | 66,7 | 949 | 1.120 | -171 | 26.214 | -0,65 | 469 | 157 | 626 | 6.511 | 9,61 |
| Bad Grund | 68,9 | 470 | 475 | -5 | 9.919 | -0,05 | 111 | 54 | 165 | 2.440 | 6,76 |
| 3.1 Harz-Söse | | | | | 36.133 | | 6.031 | 211 | 6.242 | 69.723 | 8,95 |
| Herzberg | 64,8 | 656 | 759 | -103 | 15.605 | -0,66 | 370 | 78 | 448 | 3.756 | 11,93 |
| Hattorf | 72,3 | 463 | 319 | 144 | 8.031 | 1,79 | 92 | 38 | 130 | 2.163 | 6,01 |
| 3.2 Harz-Sieber | | | | | 23.636 | | 462 | 116 | 578 | 5.919 | 9,77 |
| Bad Lauterberg | 67,9 | 546 | 622 | -76 | 12.386 | -0,61 | 235 | 72 | 307 | 2.807 | 10,94 |
| Bad Sachsa | 67,2 | 554 | 506 | 48 | 8.662 | 0,55 | 276 | 56 | 332 | 1.871 | 17,74 |
| Walkenried | 69,6 | 364 | 379 | -15 | 5.659 | -0,27 | 144 | 38 | 182 | 1.312 | 13,87 |
| 3.3 Südharz | | | | | 26.707 | | 655 | 166 | 821 | 5.990 | 13,71 |
| 3. Landkreis OHA | | | | | 86.476 | | 7.148 | 493 | 7.641 | 81.632 | 9,36 |
| Duderstadt | 64,9 | 811 | 806 | 5 | 23.340 | 0,02 | 397 | 127 | 524 | 6.496 | 8,07 |
| Gieboldehausen | 72,6 | 626 | 612 | 14 | 14.616 | 0,10 | 225 | 61 | 286 | 4.429 | 6,46 |
| Radolfshausen | 77,8 | 409 | 469 | -60 | 7.760 | -0,77 | 62 | 23 | 85 | 2.261 | 3,76 |
| 4.1 Untereichsfeld | | | | | 45.716 | | 7.832 | 211 | 8.043 | 94.818 | 8,48 |
| Göttingen | 54,4 | 9.631 | 10.902 | -1.271 | 125.365 | -1,01 | 2.915 | 731 | 3.646 | 33.576 | 10,86 |
| Adelebsen | 70,0 | 346 | 408 | -62 | 7.125 | -0,87 | 73 | 25 | 98 | 1.825 | 5,37 |
| Bovenden | 68,7 | 1.067 | 1.020 | 47 | 13.230 | 0,36 | 148 | 78 | 226 | 3.498 | 6,46 |
| Friedland | 76,1 | 36.186 | 35.569 | 617 | 9.013 | 6,85 | 77 | 42 | 119 | 4.207 | 2,83 |
| Gleichen | 74,4 | 572 | 471 | 101 | 9.197 | 1,10 | 80 | 34 | 114 | 2.672 | 4,27 |
| Rosdorf | 65,0 | 984 | 885 | 99 | 11.508 | 0,86 | 166 | 70 | 236 | 3.205 | 7,36 |
| 4.2 Oberleine | | | | | 175.438 | | 3.459 | 980 | 4.439 | 48.983 | 9,06 |
| Hann.Münden | 66,2 | 1.008 | 973 | 35 | 25.769 | 0,14 | 401 | 130 | 531 | 6.632 | 8,01 |
| Dransfeld | 72,2 | 487 | 464 | 23 | 9.661 | 0,24 | 72 | 46 | 118 | 2.646 | 4,46 |
| Staufenberg | 67,7 | 377 | 448 | -71 | 8.719 | -0,81 | 141 | 44 | 185 | 2.039 | 9,07 |
| 4.3 Naturp. Münden | | | | | 44.149 | | 614 | 220 | 834 | 11.317 | 7,37 |
| 4. Landkreis GÖ | | | | | 265.303 | | 11.905 | 1.411 | 13.316 | 155.118 | 8,58 |
| Südniedersachsen | | | | | 586.008 | | 14.302 | 3.007 | 17.309 | 175.163 | 9,88 |

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Gemeindevwahl 1996, Sozialhilfe in Niedersachsen; Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden

Tab. 4.1.6: Katasterflächen nach Nutzungsarten 1997

| Raumgliederung | Katasterfläche | | Einwohner | | Einw./Katast. fläche | Siedlungsfläche 1) | | Naturfläche 2) | | Freifläche 3) | |
|---------------------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------------|--------------------|-------------|----------------|-------------|----------------|-------------|
| | ha | % | Anzahl | % | | ha | % | ha | % | ha | % |
| Bodenwerder | 11.426 | 3,6 | 12.774 | 2,2 | 1,12 | 984 | 8,6 | 4.226 | 37,0 | 6.216 | 54,4 |
| Polle | 10.043 | 3,2 | 5.056 | 0,9 | 0,50 | 644 | 6,4 | 4.254 | 42,4 | 5.145 | 51,2 |
| 1.1 Weser-Vogler | 21.469 | 6,8 | 17.830 | 3,0 | 0,83 | 1.628 | 7,6 | 8.480 | 39,5 | 11.361 | 52,9 |
| Stadtdendorf | 7.108 | 2,2 | 11.167 | 1,9 | 1,57 | 751 | 10,6 | 1.997 | 28,1 | 4.361 | 61,4 |
| Eschershausen | 6.115 | 1,9 | 7.402 | 1,3 | 1,21 | 611 | 10,0 | 1.912 | 31,3 | 3.592 | 58,7 |
| Delligsen | 3.601 | 1,1 | 9.224 | 1,6 | 2,56 | 517 | 14,4 | 1.108 | 30,8 | 1.976 | 54,9 |
| 1.2 Lenne-Hils | 16.824 | 5,3 | 27.793 | 4,7 | 1,65 | 1.879 | 17,2 | 5.017 | 29,8 | 9.883 | 59,0 |
| Holzminden | 8.825 | 2,8 | 21.788 | 3,7 | 2,47 | 1.057 | 12,0 | 5.599 | 63,4 | 2.169 | 24,6 |
| Bevern | 6.630 | 2,1 | 6.743 | 1,2 | 1,02 | 549 | 8,3 | 1.800 | 27,1 | 4.281 | 64,6 |
| Boffzen | 3.771 | 1,2 | 7.988 | 1,4 | 2,12 | 506 | 13,4 | 625 | 16,6 | 2.640 | 70,0 |
| 1.3 Weser-Solling | 19.226 | 6,1 | 36.519 | 6,2 | 1,90 | 2.112 | 11,0 | 8.024 | 41,7 | 9.090 | 47,3 |
| 2. Landkreis HOL | 57.519 | 18,2 | 82.142 | 14,0 | 1,43 | 5.619 | 9,8 | 21.521 | 37,4 | 30.334 | 52,7 |
| Einbeck | 16.584 | 5,2 | 29.207 | 5,0 | 1,76 | 1.902 | 11,5 | 3.119 | 18,8 | 11.563 | 69,7 |
| Dassel | 11.303 | 3,6 | 11.803 | 2,0 | 1,04 | 1.022 | 9,0 | 2.997 | 26,5 | 7.284 | 64,4 |
| 2.1 Leine-Ilme | 27.887 | 8,8 | 41.010 | 7,0 | 1,47 | 2.924 | 10,5 | 6.116 | 21,9 | 18.847 | 67,6 |
| B.Gandersheim | 9.042 | 2,9 | 11.331 | 1,9 | 1,25 | 944 | 10,4 | 2.231 | 24,7 | 5.867 | 64,9 |
| Kreiensen | 6.525 | 2,1 | 7.861 | 1,3 | 1,20 | 729 | 11,2 | 1.964 | 30,1 | 3.832 | 58,7 |
| Kalefeld | 8.413 | 2,7 | 7.521 | 1,3 | 0,89 | 768 | 9,1 | 3.391 | 40,3 | 4.254 | 50,6 |
| 2.2 Leine-Gande | 23.980 | 7,6 | 26.713 | 4,6 | 1,11 | 2.441 | 10,2 | 7.586 | 31,6 | 13.953 | 58,2 |
| Uslar | 11.340 | 3,6 | 16.385 | 2,8 | 1,44 | 1.311 | 11,6 | 3.281 | 28,9 | 6.748 | 59,5 |
| Bodenfelde | 1.991 | 0,6 | 3.777 | 0,6 | 1,90 | 294 | 14,8 | 435 | 21,8 | 1.262 | 63,4 |
| Hardeggen | 8.386 | 2,6 | 8.581 | 1,5 | 1,02 | 753 | 9,0 | 3.724 | 44,4 | 3.909 | 46,6 |
| 2.3 Südsolling | 21.717 | 6,9 | 28.743 | 4,9 | 1,32 | 2.358 | 10,9 | 7.440 | 34,3 | 11.919 | 54,9 |
| Northeim | 14.551 | 4,6 | 31.897 | 5,4 | 2,19 | 1.953 | 13,4 | 3.850 | 26,5 | 8.748 | 60,1 |
| Moringen | 8.225 | 2,6 | 7.514 | 1,3 | 0,91 | 745 | 9,1 | 4.883 | 59,4 | 2.597 | 31,6 |
| Nörten-Hardenb. | 5.410 | 1,7 | 8.582 | 1,5 | 1,59 | 645 | 11,9 | 2.068 | 38,2 | 2.697 | 49,9 |
| Katlenb.-Lindau | 7.154 | 2,3 | 7.628 | 1,3 | 1,07 | 703 | 9,8 | 2.306 | 32,2 | 4.145 | 57,9 |
| 2.4 Leine-Rhume | 35.340 | 11,2 | 55.621 | 9,5 | 1,57 | 4.046 | 11,4 | 13.107 | 37,1 | 18.187 | 51,5 |
| 2. Landkreis NOM | 108.924 | 34,4 | 152.087 | 26,0 | 1,40 | 11.769 | 10,8 | 34.249 | 31,4 | 62.906 | 57,8 |
| Osterode a.H. | 10.246 | 3,2 | 26.214 | 4,5 | 2,56 | 1.669 | 16,3 | 2.760 | 26,9 | 5.817 | 56,8 |
| Bad Grund | 4.119 | 1,3 | 9.919 | 1,7 | 2,41 | 720 | 17,5 | 948 | 23,0 | 2.451 | 59,5 |
| 3.1 Harz-Söse | 14.365 | 4,5 | 36.133 | 6,2 | 2,52 | 2.389 | 16,6 | 3.708 | 25,8 | 8.268 | 57,6 |
| Herzberg | 7.188 | 2,3 | 15.605 | 2,7 | 2,17 | 1.104 | 15,4 | 2.180 | 30,3 | 3.904 | 54,3 |
| Hattorf | 5.746 | 1,8 | 8.031 | 1,4 | 1,40 | 692 | 12,0 | 1.427 | 24,8 | 3.627 | 63,1 |
| 3.2 Harz-Sieber | 12.934 | 4,1 | 23.636 | 4,0 | 1,83 | 1.796 | 13,9 | 3.607 | 27,9 | 7.531 | 58,2 |
| Bad Lauterberg | 4.154 | 1,3 | 12.386 | 2,1 | 2,98 | 806 | 19,4 | 975 | 23,5 | 2.373 | 57,1 |
| Bad Sachsa | 3.313 | 1,0 | 8.662 | 1,5 | 2,61 | 477 | 14,4 | 2.316 | 69,9 | 520 | 15,7 |
| Walkenried | 3.601 | 1,1 | 5.659 | 1,0 | 1,57 | 344 | 9,6 | 1.108 | 30,8 | 2.149 | 59,7 |
| 3.3 Südharz | 11.068 | 3,5 | 26.707 | 4,6 | 2,41 | 1.627 | 14,7 | 4.399 | 39,7 | 5.042 | 45,6 |
| 3. Landkreis OHA | 38.367 | 12,1 | 86.476 | 14,8 | 2,25 | 5.812 | 15,1 | 11.714 | 30,5 | 20.841 | 54,3 |
| Duderstadt | 9.561 | 3,0 | 23.340 | 4,0 | 2,44 | 1.503 | 15,7 | 1.503 | 15,7 | 6.555 | 68,6 |
| Gieboldehausen | 10.469 | 3,3 | 14.616 | 2,5 | 1,40 | 1.260 | 12,0 | 1.634 | 15,6 | 7.575 | 72,4 |
| Radolfshausen | 6.833 | 2,2 | 7.760 | 1,3 | 1,14 | 680 | 10,0 | 1.879 | 27,5 | 4.274 | 62,5 |
| 4.1 Untereichsfeld | 26.863 | 8,5 | 45.716 | 7,8 | 1,70 | 3.443 | 12,8 | 5.016 | 18,7 | 18.404 | 68,5 |
| Göttingen | 11.696 | 3,7 | 125.365 | 21,4 | 10,72 | 3.202 | 27,4 | 3.516 | 30,1 | 4.978 | 42,6 |
| Adelebsen | 7.585 | 2,4 | 7.125 | 1,2 | 0,94 | 568 | 7,5 | 3.091 | 40,8 | 3.926 | 51,8 |
| Bovenden | 6.354 | 2,0 | 13.230 | 2,3 | 2,08 | 822 | 12,9 | 2.125 | 33,4 | 3.407 | 53,6 |
| Friedland | 7.568 | 2,4 | 9.013 | 1,5 | 1,19 | 667 | 8,8 | 1.955 | 25,8 | 4.946 | 65,4 |
| Gleichen | 12.892 | 4,1 | 9.197 | 1,6 | 0,71 | 912 | 7,1 | 4.368 | 33,9 | 7.612 | 59,0 |
| Rosdorf | 6.640 | 2,1 | 11.508 | 2,0 | 1,73 | 777 | 11,7 | 1.465 | 22,1 | 4.398 | 66,2 |
| 4.2 Oberleine | 52.735 | 16,7 | 175.438 | 29,9 | 3,33 | 6.948 | 13,2 | 16.520 | 31,3 | 29.267 | 55,5 |
| Hann. Münden | 12.113 | 3,8 | 25.769 | 4,4 | 2,13 | 1.444 | 11,9 | 7.706 | 63,6 | 2.963 | 24,5 |
| Dransfeld | 12.242 | 3,9 | 9.661 | 1,6 | 0,79 | 974 | 8,0 | 4.583 | 37,4 | 6.685 | 54,6 |
| Staufenberg | 7.755 | 2,5 | 8.719 | 1,5 | 1,12 | 751 | 9,7 | 4.313 | 55,6 | 2.691 | 34,7 |
| 4.3 Naturp. Münden | 32.110 | 10,1 | 44.149 | 7,5 | 1,37 | 3.169 | 9,9 | 16.602 | 51,7 | 12.339 | 38,4 |
| 4. Landkreis GÖ | 111.708 | 35,3 | 265.303 | 45,3 | 2,37 | 13.560 | 12,1 | 38.138 | 34,1 | 60.010 | 53,7 |
| Südniedersachsen | 316.518 | 100,0 | 586.008 | 100,0 | 1,85 | 36.760 | 11,6 | 105.622 | 33,4 | 174.137 | 55,0 |

1) Gebäude- und Freifläche + Verkehrsfläche, 2) Moor + Heide + Waldfläche + Wasserfläche + Unland, 3) Betriebsflächen + Erholungsflächen + Landwirtschaftsfläche + Flächen anderer Nutzung ohne Unland; Quelle: Niedersächsische Landesamt für Statistik, Katasterfläche in Niedersachsen

Tab.4.1.7: Versiegelte Flächen nach Einwohnern und Beschäftigten

| Raumgliederung | Versiegelte-Fläche 1997* | | Vers. Fläche 1993 | Ver-änd. 93-97 | Einwoh-ner | Vers. Fläche /Einw | Wohn-fläche | Wohn-fläche /Einw. | Gewer-beflä-che | Beschäf-tigte | Besch./Gewer-befl. | Straßen-fläche |
|---------------------------|--------------------------|--------------|-------------------|----------------|----------------|--------------------|--------------|--------------------|-----------------|----------------|--------------------|----------------|
| | ha | % | | | | | | | | | | |
| Bodenwerder | 823 | 2,8 | 816 | 0,86 | 12.774 | 644 | 266 | 208 | 57 | 2.466 | 43,3 | 500 |
| Polle | 560 | 1,9 | 559 | 0,18 | 5.056 | 1.108 | 99 | 196 | 16 | 750 | 46,9 | 445 |
| 1.1 Weser-Vogler | 1.383 | 4,7 | 1375 | 0,58 | 17.830 | 776 | 365 | 205 | 73 | 3.216 | 44,1 | 945 |
| Stadtoldendorf | 579 | 2,0 | 569 | 1,76 | 11.167 | 518 | 214 | 192 | 27 | 1.835 | 68,0 | 338 |
| Eschershausen | 469 | 1,6 | 468 | 0,21 | 7.402 | 634 | 178 | 240 | 39 | 1.303 | 33,4 | 252 |
| Delligsen | 454 | 1,5 | 450 | 0,89 | 9.224 | 492 | 205 | 222 | 37 | 2.398 | 64,8 | 212 |
| 1.2 Lenne-Hils | 1.502 | 5,1 | 1.487 | 1,01 | 27.793 | 540 | 597 | 215 | 103 | 5.536 | 53,7 | 802 |
| Holzminden | 858 | 2,9 | 866 | -0,92 | 21.788 | 394 | 345 | 158 | 137 | 11.350 | 82,8 | 376 |
| Bevern | 473 | 1,6 | 467 | 1,28 | 6.743 | 701 | 143 | 212 | 13 | 908 | 69,8 | 317 |
| Boffzen | 405 | 1,4 | 395 | 2,53 | 7.988 | 507 | 169 | 212 | 40 | 2.070 | 51,8 | 196 |
| 1.3 Weser-Solling | 1.736 | 5,9 | 1728 | 0,46 | 36.519 | 475 | 657 | 180 | 190 | 14.328 | 75,4 | 889 |
| 1. Landkreis HOL | 4.621 | 15,6 | 4.590 | 0,68 | 82.142 | 563 | 1619 | 197 | 366 | 23.080 | 63,1 | 2.636 |
| Einbeck | 1.605 | 5,4 | 1594 | 0,69 | 29.207 | 550 | 491 | 168 | 187 | 10.699 | 57,2 | 927 |
| Dassel | 840 | 2,8 | 829 | 1,33 | 11.803 | 712 | 215 | 182 | 49 | 2.340 | 47,8 | 576 |
| 2.1 Leine-Ilme | 2.445 | 8,2 | 2423 | 0,91 | 41.010 | 596 | 706 | 172 | 236 | 13.039 | 55,3 | 1.503 |
| Bad Gandersheim | 722 | 2,4 | 711 | 1,55 | 11.331 | 637 | 207 | 183 | 47 | 3.854 | 82,0 | 468 |
| Kreiensen | 530 | 1,8 | 524 | 1,15 | 7.861 | 674 | 173 | 220 | 26 | 1.243 | 47,8 | 331 |
| Kalefeld | 673 | 2,3 | 671 | 0,30 | 7.521 | 895 | 165 | 219 | 52 | 1.317 | 25,3 | 456 |
| 2.2 Leine-Gande | 1.925 | 6,5 | 1906 | 1,00 | 26.713 | 721 | 545 | 204 | 125 | 6.414 | 51,3 | 1.255 |
| Uslar | 1.044 | 3,5 | 1035 | 0,87 | 16.385 | 637 | 320 | 195 | 63 | 3.846 | 61,0 | 661 |
| Bodenfelde | 217 | 0,7 | 221 | -1,81 | 3.777 | 575 | 83 | 220 | 20 | 482 | 24,1 | 114 |
| Hardeggen | 614 | 2,1 | 599 | 2,50 | 8.581 | 716 | 171 | 199 | 25 | 1.278 | 51,1 | 418 |
| 2.3 Südsolling | 1.875 | 6,3 | 1855 | 1,08 | 28.743 | 652 | 574 | 200 | 108 | 5.606 | 51,9 | 1.193 |
| Northeim | 1.562 | 5,3 | 1557 | 0,32 | 31.897 | 490 | 491 | 154 | 162 | 11.957 | 73,8 | 909 |
| Moringen | 621 | 2,1 | 622 | -0,16 | 7.514 | 826 | 159 | 212 | 26 | 2.521 | 97,0 | 436 |
| Nörten-Hardenberg | 522 | 1,8 | 485 | 7,63 | 8.582 | 608 | 150 | 175 | 41 | 1.559 | 38,0 | 331 |
| Katlenburg-Lindau | 576 | 1,9 | 562 | 2,49 | 7.628 | 755 | 151 | 198 | 21 | 1.458 | 69,4 | 404 |
| 2.4 Leine-Rhume | 3.281 | 11,1 | 3226 | 1,70 | 55.621 | 590 | 951 | 171 | 250 | 17.495 | 70,0 | 2.080 |
| 2. Landkreis NOM | 9.526 | 32,1 | 9410 | 1,23 | 152.087 | 626 | 2.776 | 183 | 719 | 42.554 | 59,2 | 6.031 |
| Osterode a.H. | 1.384 | 4,7 | 1383 | 0,07 | 26.214 | 528 | 473 | 180 | 154 | 10.009 | 65,0 | 757 |
| Bad Grund | 623 | 2,1 | 617 | 0,97 | 9.919 | 628 | 215 | 217 | 121 | 2.567 | 21,2 | 287 |
| 3.1 Harz-Söse | 2.007 | 6,8 | 2000 | 0,35 | 36.133 | 555 | 688 | 190 | 275 | 12.576 | 45,7 | 1.044 |
| Herzberg | 898 | 3,0 | 893 | 0,56 | 15.605 | 575 | 304 | 195 | 100 | 5.713 | 57,1 | 494 |
| Hattorf | 576 | 1,9 | 587 | -1,87 | 8.031 | 717 | 172 | 214 | 30 | 1.257 | 41,9 | 374 |
| 3.2 Harz-Sieber | 1.474 | 5,0 | 1480 | -0,41 | 23.636 | 624 | 476 | 201 | 130 | 6.970 | 53,6 | 868 |
| Bad Lauterberg | 656 | 2,2 | 654 | 0,31 | 12.386 | 530 | 250 | 202 | 82 | 4.670 | 57,0 | 324 |
| Bad Sachsa | 364 | 1,2 | 358 | 1,68 | 8.662 | 420 | 186 | 215 | 16 | 1.829 | 114,3 | 162 |
| Walkenried | 274 | 0,9 | 270 | 1,48 | 5.659 | 484 | 139 | 246 | 41 | 1.698 | 41,4 | 94 |
| 3.3 Südharz | 1.294 | 4,4 | 1282 | 0,94 | 26.707 | 485 | 575 | 215 | 139 | 8.197 | 59,0 | 580 |
| 3. Landkreis OHA | 4.775 | 16,1 | 4762 | 0,27 | 86.476 | 552 | 1.739 | 201 | 544 | 27.743 | 51,0 | 2.492 |
| Duderstadt | 1.158 | 3,9 | 1130 | 2,48 | 23.340 | 496 | 388 | 166 | 85 | 6.754 | 79,5 | 685 |
| Gieboldehausen | 1.043 | 3,5 | 1036 | 0,68 | 14.616 | 714 | 260 | 178 | 58 | 2.593 | 44,7 | 725 |
| Radolfshausen | 584 | 2,0 | 538 | 8,55 | 7.760 | 753 | 168 | 216 | 10 | 782 | 78,2 | 406 |
| 4.1 Untereichsfeld | 2.785 | 9,4 | 2704 | 3,00 | 45.716 | 609 | 816 | 178 | 153 | 10.129 | 66,2 | 1.816 |
| Göttingen | 2.297 | 7,7 | 2253 | 1,95 | 125.365 | 183 | 1.067 | 85 | 295 | 58.806 | 199,3 | 935 |
| Adelebsen | 479 | 1,6 | 477 | 0,42 | 7.125 | 672 | 141 | 198 | 21 | 1.017 | 48,4 | 317 |
| Bovenden | 699 | 2,4 | 687 | 1,75 | 13.230 | 528 | 251 | 190 | 44 | 2.112 | 48,0 | 404 |
| Friedland | 540 | 1,8 | 533 | 1,31 | 9.013 | 599 | 152 | 169 | 11 | 967 | 87,9 | 377 |
| Gleichen | 775 | 2,6 | 761 | 1,84 | 9.197 | 843 | 187 | 203 | 7 | 850 | 121,4 | 581 |
| Rosdorf | 635 | 2,1 | 622 | 2,09 | 11.508 | 552 | 182 | 158 | 52 | 2.536 | 48,8 | 401 |
| 4.2 Oberleine | 5.425 | 18,3 | 5333 | 1,73 | 175.438 | 309 | 1.980 | 113 | 430 | 66.288 | 154,2 | 3.015 |
| Hann. Münden | 1.099 | 3,7 | 1089 | 0,92 | 25.769 | 426 | 421 | 163 | 107 | 8.237 | 77,0 | 571 |
| Dransfeld | 779 | 2,6 | 760 | 2,50 | 9.661 | 806 | 194 | 201 | 22 | 1.687 | 76,7 | 563 |
| Staufenberg | 651 | 2,2 | 617 | 5,51 | 8.719 | 747 | 207 | 237 | 30 | 1.228 | 40,9 | 414 |
| 4.3 Naturp. Münden | 2.529 | 8,5 | 2466 | 2,55 | 44.149 | 573 | 822 | 186 | 159 | 11.152 | 70,1 | 1.548 |
| 4. Landkreis GÖ | 10.739 | 36,2 | 10503 | 2,25 | 265.303 | 405 | 3.618 | 136 | 742 | 87.569 | 118,0 | 6.379 |
| Südniedersachsen | 29.661 | 100,0 | 29.265 | 1,35 | 586.008 | 506 | 9.752 | 166 | 2.371 | 180.946 | 76,3 | 17.538 |

* Wohnfläche + Gewerbe- und Industriefläche + Straße, Weg, Platz

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Katasterfläche in Niedersachsen

4.2 Nachhaltigkeit der Gemeinden

Die BBR-Indikatoren sind überwiegend nicht für die Gemeindeebene ermittelbar. Deshalb ist die regionale Nachhaltigkeitsanalyse nicht lokal „herunterzuberechnen“. Um dennoch Aussagen zur kommunalen Nachhaltigkeit zu erhalten, werden Kennziffern aus der amtlichen Statistik herangezogen, die den Kriterienrahmen des BBR in ähnlicher Weise füllen. Allerdings sind die Daten recht lückenhaft, so dass die Kriterienkomplexe unterschiedlich stark besetzt sind. So sind Daten über die Sozialstruktur umfangreicher verfügbar (15 Merkmale) als zur lokalen Wirtschaftsstruktur (6 Merkmale). Ganz schlecht ausgestattet ist die amtliche Statistik mit Gemeindedaten zum Umweltbereich (3 Merkmale). Unter Zuhilfenahme von Analysen des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik werden die Gemeinde-Kennzahlen jeweils in fünf Güteklassen eingeordnet, die sich an der landesweiten Häufigkeitsverteilung orientiert. Mit dieser Abweichungsanalyse kann für jedes der 24 ausgewählten Merkmale ein „Nachhaltigkeits-Ranking“ der Gemeinden vorgenommen werden. Aus dem arithmetischen Mittel ergibt sich eine „Gesamtnote“ für die „Nachhaltigkeit“ der Gemeinde.

4.2.1 Wirtschaftsstruktur

4.2.1.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Investitionen, Umsatz und Gewerbesteueraufkommen sind wichtige Merkmale für die Wirtschaftskraft. In Südniedersachsen wurden 1994-1996 11.800 DM je Beschäftigten investiert (INKAR 1999). Im Bundesdurchschnitt waren dies 13.200, im Landesdurchschnitt 11.800 DM. Im vergleichbaren Regionstyp (verstädterte Räume mittlerer Dichte mit großem OZ) sind es 14.900 DM je Beschäftigten. Der Landkreis Göttingen liegt bei 10.200, Holzminden bei 14.900, Northeim bei 10.600 und Osterode a.H. bei 13.300 DM. Der Umsatz im produzierenden Gewerbe betrug 1995 bis 1997 (INKAR 1999) in Südniedersachsen 266.300 DM je Beschäftigten. Im Kreis Göttingen waren es 317.800, im Kreis Holzminden 248.900, im Kreis Northeim 211.400 und im Kreis Osterode a.H. 263.400 DM je Beschäftigten. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 314.300, der Landesdurchschnitt bei 286.200, das Regionstypmittel bei 279.500 DM je Beschäftigten. Das Gewerbesteueraufkommen belief sich 1997 (INKAR 1999) im Bundesmittel auf 484 DM je Einwohner, im Landesdurchschnitt auf 440, im Regionstypmittel auf 351 DM je Einwohner. In Südniedersachsen waren es 368, im Lk Göttingen 372, im Lk Holzminden 352, im Lk Northeim 375 und im Lk Osterode a.H. 355 DM je Einwohner.

Für die Position der Region im globalen Wettbewerb ist der Auslandsumsatz im verarbeitenden Gewerbe ein besonders geeigneter Indikator. Eine gemeindeweise Auswertung des Nds. Landesamtes für Statistik liegt für 1997 mit einer sechsstufigen Klassifizierung vor: „Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden) in Niedersachsen erzielten im vergangenen Jahr (1997) einen Auslandsumsatz von knapp 71 Milliarden DM. Gut ein Drittel (34 Prozent) des Gesamtumsatzes entfiel damit auf den direkten Absatz der Erzeugnisse im Ausland“ (EICHHORN, 1998, S. 315). Für Südniedersachsen zeigt sich danach folgendes Bild:

Tab. 4.2.1.1: Auslandsumsatz je tätige Person im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Steine und Erden 1997

| Rang | Umsatz (DM/ Person) | Gemeinden |
|------|---------------------|--|
| 1 | 100.000 und mehr | Göttingen, Osterode, Holzminden |
| 2 | 50.000 bis 100.000 | Duderstadt, Hann.Münden, Dransfeld, Adelebsen, Walkenried, Bad Grund, Katlenburg-Lindau, Einbeck, Bad Gandersheim, Dassel, Delligsen |
| 3 | 30.000 bis 50.000 | Gleichen, Herzberg, Bad Lauterberg, Northeim, Kalefeld, Moringen, Bodenfelde, Eschershausen, Bodenwerder |
| 4 | 10.000 bis 30.000 | Staufenberg, Friedland, Bovenden, Gieboldehausen, Hattorf, Kreiensen, Uslar, Boffzen, Stadtoldendorf, Bevern, Polle |
| 5 | 0 bis 10.000 | Rosdorf, Radolfshausen, Bad Sachsa, Nörten-Hardenberg, Hardegsen |

| | Ziele | Unterziele | Merkmal | |
|--|---|---|---|--|
| 1. Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften | 1.1 Erhalt und Verbesserung wirtschaftl. Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit | 1.1.1 Erhalt der wirtsch. Leistungskraft | Auslandsumsatz | |
| | | 1.1.2 Verbesserung Innovationsfähigkeit | | |
| | | 1.1.3 Steig. Ant. umweltfreundl. Produkte | | |
| | 1.2 Erhalt und Schaffung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur | 1.2.1 Erhalt, Schaffung Branchenvielfalt | Gewerbliche Arbeitsplatzdichte | |
| | | 1.2.2 Erhalt, Schaffung von Unternehmensvielfalt | 1. Anzahl der Unternehmen 2. Veränderung Zahl der Unternehmen | |
| | 1.3 Erhalt und Verbesserung des Humankapitals | Erhalt und Förderung zukunftsfähiger Qualifikationen und Berufe | Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Geringqualifizierte) | |
| | 1.4 Verbesserung der Ressourcenproduktivität der Wirtschaft | 1.4.1 Erhöhung der Flächenproduktivität | Beschäftigtenbesatz Gewerbeflächen | |
| | | 1.4.2 Erhöhung der Energieproduktivität | | |
| | | 1.4.3 Vermind. der Transportintensität | | |
| | 2. Soziale und räumliche Gerechtigkeit | Versorgung | 2.1 Befriedigung der individuellen Bedürfnisse | 2.1.1 Adäquate Wohnungsversorgung |
| 2.1.2 Adäquate Versorgung mit Arbeitsplätzen | | | | 1. Beschäftigtendichte 2. Veränderung der Beschäftigtendichte 3. Arbeitslosenanteil 4. Langzeitarbeitslosenanteil |
| 2.1.3 Angemessene Einkommensverh. | | | Einkünfte der Steuerpflichtigen | |
| 2.1.4 Gute Ausbildungs- und Bildungsch. | | | Auszubildendenanteil | |
| 2.1.5 Gute Erreichbarkeit nächstes OZ | | | | |
| 2.1.6 Einstieg in Fernverbindung | | | | |
| 2.1.7 Gute Erreichbarkeit Arbeitsplatz | | | Pendlersaldo | |
| 2.1.8 Gesundheit | | | | |
| 2.1.9 Sicherheit | | | | |
| 2.1.10 Zufriedenheit mit regionalen Lebens- u. Arbeitsbedingungen | | | Wanderungssaldo | |
| Teilhabe | | 2.2 Sicherung der sozialen Stabilität | 2.2.1 Sozialer Zusammenhalt | |
| | | | 2.2.2 Partizipation | Beteiligung Kommunalwahl |
| | | | 2.2.3 Verminderung der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen | Sozialhilfeempfänger / 1000 E |
| | | | 2.2.4 Ausgewogene Vermögens- und Einkommensverhältnisse | |
| | | | 2.2.5 Stabilisierung der öffentlichen Haushalte | 1. Steuereinnahmekraft 2. Schulden |
| | | 2.3 Wahrung der Entwicklungschancen für die junge Generation | 2.3.1 Verbesserung Bildungsstand | |
| 2.4 Gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und gesellschaftlichem Leben | | 2.3.2 Verringer. Jugend-Arbeitslosigkeit | Sozial- / Arbeitslosenhilfe Unter-25-jähr. | |
| | | 2.4.1 Gleichberechtigung Mann u. Frau | | |
| | | 2.4.2 Verbesserung der Integration von ausländischen Bürgern | | |
| | | | | |
| 3. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen | 3.1 Schutz der biologischen Vielfalt | 3.1.1 Schutz der strukturellen Vielfalt | | |
| | | 3.1.2 Schutz lebensbedrohter Arten | Naturflächenanteil | |
| | | 3.1.3 Erhalt Regulationsfähigkeit Böden | | |
| | 3.2 Verringerung der Nutzungsrate regenerativer Ressourcen zum Erhalt der natürlichen Regenerationsfähigkeit (Trink- und Grundwasser, Holz) | 3.2.1 Verringer. Trinkwasserentnahme | | |
| | | 3.2.2 Schutz u. Pflege d. Grundwassers | | |
| | | 3.2.3 Verbess. Trinkwasserneubildung | | |
| | | 3.2.4 Verringerung des Holzeinschlags | | |
| | 3.3 Verringerung der Verschmutzungsrate der Umweltmedien zum Erhalt ihrer natürlichen Absorptionsfähigkeit (Luft, Boden, Wasser) | 3.3.1 Reduktion der sauren Exposition | | |
| | | 3.3.2 Redukt. klimarelev. Treibhausgase | | |
| | | 3.3.3 Redukt. Ablagerung nichtkompostierbarer/nichtrecyclingfähiger Feststoffe | | |
| | | 3.3.4 Erhö. Verwend. recycelfäh. Mat. | | |
| | | 3.3.5 Verringerung Abwassereinleitung | | |
| | 3.4. Rückgang in der Nutzung nicht-regenerativer Ressourcen (Rohstoffe, Fossile Energieträger, Boden/Fläche) | 3.4.1 Verr. Abbau oberflächenn. Rohst. | | |
| | | 3.4.2 Erhöhung Ressourcenproduktivität | | |
| | | 3.4.3 Substitution fossile Energiequellen | | |
| 3.4.4 Verringerung Kraftstoffverbrauch | | | | |
| 3.4.5 Verminderung Flächeninanspruchnahme | | 1. Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil 2. Veränd. Siedlungs- / Verkehrsflächenl | | |

Tab. 4.2: Nachhaltigkeitsmerkmale von Gemeinden im BBR-Zielrahmen

Die Indikatoren zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bestätigen, dass Südniedersachsen im Europa-, Bundes- und Landesmaßstab ein *Gebiet mit Strukturproblemen* ist. Es bedarf hier *wirtschaftlicher und sozialer Umstellungen*, um erneuerungs- und somit wettbewerbsfähig zu werden. Unternehmensziel jedes einzelnen Betriebes und damit Grundlage des Managementsystems muß die qualitätsorientierte *kontinuierliche Verbesserung* der Betriebsprozesse sein. Sie muß gestützt werden durch ein spezifisches Standort- und Branchenmarketing. Für die betrieblichen Innovationsstrategien sollen die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region nutzbar gemacht werden. Diesen Ansatz unterstützt das LAND NIEDERSACHSEN (2001) mithilfe seines EU-Ziel-2-Programms für die Periode 2000 – 2006 in Hinblick auf die Entwicklungspotenziale der Klein- und Mittelbetriebe.

4.2.1.2 Branchen- und Unternehmensstruktur

Südniedersachsen ist durch eine deutlich arbeitsteilige Struktur der Arbeitsplätze gekennzeichnet. Dies läßt sich an dem unterschiedlichen *Gewicht der Wirtschaftssektoren in den Teilräumen* ablesen. Im Landkreis Holzminden dominiert das *verarbeitende Gewerbe (einschl. Bergbau)* mit 50,0% an der Gesamtzahl der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Stand 30.6.1998)*. Demgegenüber sind die *Dienstleistungen* hier weniger vertreten (41,6%). Im Landkreis Osterode a.H. halten sich die beiden Sektoren in etwa die Waage (ohne Baugewerbe). Allein Bad Sachsa ist überwiegend vom tertiären Sektor geprägt. Im Landkreis Northeim gehört bereits jeder zweite Arbeitsplatz zum tertiären Sektor. Am weitesten fortgeschritten ist hier die Tertiärisierung in Bad Gandersheim, Hardegsen, Northeim und Katlenburg-Lindau. Im Landkreis Göttingen wird nur noch ein Viertel der Arbeitsplätze vom verarbeitenden Gewerbe gestellt. Es dominieren die „*sonstigen Wirtschaftsbereiche*“ (*Kreditinstitute, Versicherungen, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck*) mit 50,3%. Diese Werte werden stark von den oberzentralen Einrichtungen in Göttingen geprägt (insbesondere Universität). Aber auch in der Mehrzahl der anderen Gemeinden des Landkreises Göttingen ist der Dienstleistungsbereich stärker als das verarbeitende Gewerbe. Der Strukturwandel von den verarbeitenden zu den dienstleistenden Beschäftigungen ist im Oberzentrum Göttingen, den Mittelzentren Bad Gandersheim, Northeim und Duderstadt sowie den Grundzentren Hardegsen, Katlenburg-Lindau, Bad Sachsa, Radolfshausen, Friedland, Gleichen, Rosdorf und Staufenberg am weitesten fortgeschritten.

Bei der *innerregionalen Verteilung* dominiert das Oberzentrum Göttingen mit nahezu einem Drittel der *Arbeitsplätze* (32,5%). Die acht Mittelzentren in Südniedersachsen bieten zusammen gut ein weiteres Drittel an (36,8). Rechnet man noch die Arbeitsplätze in Bodenwerder, Stadtoldendorf, Herzberg und Bad Lauterberg hinzu, so sind gut drei Viertel (77,5%) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den 13 städtischen Teilraumzentren beschäftigt.

Trotz des Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft haben die gewerblichen Arbeitsplätze eine große Bedeutung. Dies zeigt die gemeindeweise Auswertung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Energie- und Wasserversorgung je 1000 Einwohner von THOMAS (8/1999): „Niedersachsen erreicht bei diesem Wirtschaftsbereich insgesamt eine Beschäftigungsdichte von 96 und bleibt damit nur wenig unter dem Bundesdurchschnitt“. In der räumlichen Verteilung in Südniedersachsen spiegelt sich die historisch bedingte rohstoffgebundene Industriestruktur noch wieder:

- Weit überdurchschnittliche Beschäftigungsdichten (über 150 Beschäftigte je 1000 Einwohner) haben die meisten Harzgemeinden sowie die Gemeinden Holzminden, Delligsen und Moringen.
- Noch über dem Durchschnitt (100 bis unter 150) liegen die Beschäftigungsdichten in den meisten städtischen Gemeinden.
- Unterdurchschnittliche Relationen finden sich in den meisten ländlichen Gemeinden.
- Weit unterdurchschnittlich ist der Besatz im direkten Umland der dienstleistungsgeprägten Oberzentren Göttingen und Kassel.

Tab. 4.2.1.2.1: Gewerbliche Arbeitsplatzdichte 1998

| Rang | Beschäftigte / 1000 E | Gemeinden |
|------|-----------------------|--|
| 1 | 150 und mehr | Holzminden, Delligsen, Moringen, Bad Grund, Osterode a.H., Herzberg, Bad Lauterberg, Walkenried |
| 2 | 100 bis unter 150 | Boffzen, Dassel, Einbeck, Bad Gandersheim, Kalefeld, Uslar, Northeim, Göttingen, Duderstadt, Hann.Münden |
| 3 | 75 bis unter 100 | Bodenwerder, Eschershausen, Nörten-Hardenberg, Dransfeld |
| 4 | 50 bis unter 75 | Polle, Bevern, Stadtoldendorf, Katlenburg-Lindau, Hattorf, Gieboldehausen, Adelebsen |
| 5 | unter 50 | Kreiensen, Bodenfelde, Hardeggen, Bovenden, Rosdorf, Bad Sachsa, Radolfshausen, Gleichen, Friedland, Staufenberg |

Für die Vielfalt der Unternehmensstruktur ist die *Anzahl der Unternehmen* in den Verwaltungseinheiten ein wichtiger Indikator. In einer Sonderauswertung des niedersächsischen Landesamtes für Statistik ist die Zahl der für 1999 je Verwaltungseinheit ermittelten Unternehmen nach fünf Größenklassen gegliedert worden (CHRISTOFF, 2001). Im Landesdurchschnitt entfielen 566 Unternehmen auf eine Gemeinde/Samtgemeinde. Im einzelnen verteilen sich die Verwaltungseinheiten in Südniedersachsen auf die Größenklassen nach Anzahl der Unternehmen wie folgt:

Tab. 4.2.1.2.2.1: Anzahl der Unternehmen

| Rang | Unternehmen (Zahl) | Gemeinden |
|------|--------------------|--|
| 1 | 1.000 und mehr | Göttingen |
| 2 | 500 bis 1.000 | Holzminden, Einbeck, Northeim, Hann.Münden, Duderstadt, Osterode |
| 3 | 300 bis 500 | Bodenwerder, Dassel, Uslar, Bad Gandersheim, Herzberg, Bad Lauterberg, Bovenden, Gieboldehausen, Rosdorf, Staufenberg |
| 4 | 200 bis 300 | Stadtoldendorf, Delligsen, Boffzen, Moringen, Hardeggen, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Bad Grund, Hattorf, Bad Sachsa, Dransfeld |
| 5 | unter 200 | Polle, Bevern, Eschershausen, Kreiensen, Kalefeld, Bodenfelde, Adelebsen, Radolfshausen, Gleichen, Friedland, Walkenried |

Ein besonders interessantes Merkmal ist die *Veränderung der Unternehmenszahl* in den letzten fünf Jahren. Sie sagt etwas über die Dauerhaftigkeit der Unternehmensstruktur in der Gemeinde/ Samtgemeinde aus. Die o. g. Untersuchung gliedert die Veränderungsdaten in fünf Klassen. „Die insgesamt zwischen 1994 und 1999 per Saldo neu gegründeten ... Unternehmen (+5,3 %) verteilen sich erwartungsgemäß sehr unterschiedlich über das Land. ... Die Städte und Gemeinden mit rückläufigen oder schwach steigenden Unternehmenszahlen befinden sich vor allem im Süden Niedersachsens und im Osten im Verlauf der ehemaligen Zonengrenze“ (CHRISTOFF, 2001, S. 175). Die Verwaltungseinheiten in Südniedersachsen verteilen sich auf die Veränderungsdaten wie folgt:

Tab. 4.2.1.2.2.2.: Veränderungen der Unternehmenszahl zwischen 1994 und 1999

| Rang | Veränderung (%) | Gemeinden |
|------|-----------------|---|
| 1 | +12 und mehr | Staufenberg, Rosdorf, Radolfshausen, Kalefeld |
| 2 | +8 bis unter+12 | Hattorf, Göttingen, Delligsen |
| 3 | +4 bis unter +8 | Stadtoldendorf, Boffzen, Dassel, Northeim, Nörten-Hardenberg, Hardeggen, Adelebsen, Friedland, Gieboldehausen, Duderstadt |
| 4 | 0 bis unter +4 | Eschershausen, Einbeck, Kreiensen, Bad Gandersheim, Katlenburg-Lindau, Hann.Münden, Dransfeld, Bad Grund |
| 5 | unter 0 | Holzminden, Polle, Bodenwerder, Bevern, Bodenfelde, Uslar, Moringen, Osterode, Herzberg, Bad Sachsa, Bad Lauterberg, Walkenried, Gleichen, Bovenden |

Die Indikatoren zeigen, dass Südniedersachsen in der *Betriebsgründungsbilanz (Saldo von Unternehmensschließungen und –neugründungen)* landesweit hinten liegt. Es bedarf also verstärkter Anstrengungen bei den Neugründungsstrategien. Auch dieser Ansatz wird vom EU-Ziel-2-Förderprogramm Niedersachsen mit besonderer Priorität bedacht. Das produzierende Gewerbe ist in bestimmten Wirtschaftsräumen Südniedersachsens noch der dominierende Wirtschaftszweig (vgl. Tabelle 2.1.2). Eine zukunftsfähige Branchenstruktur ist jedoch nur mit einem stärkeren Gewicht der unternehmensbezogenen Dienstleistungen tragfähig. Hierzu rechnen vor allem die elektronischen Kommunikations- und Informationsdienste. Strategie der regionalen Strukturpolitik ist also die „wirtschaftliche und sozialen Umstellung“ vom sekundären auf den tertiären Sektor. Diese *Tertiärisierung der Wirtschaft* erfordert neu strukturierte Arbeitsplätze in gleichem Maße wie neue Qualifikationen.

4.2.1.3 Qualifikationsstruktur

Das Qualifikationsniveau hängt von der beruflichen Ausbildung ab. Als gering qualifiziert werden in einem Vergleich von KRAUSE (1999) Beschäftigte ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung aufgefasst. Danach liegt im Landesdurchschnitt ihr Anteil an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.1997 bei 19 %. Der Ostteil der Region (bis auf Gieboldehausen) hat mit unter dem Landesdurchschnitt liegenden Anteilen ein höheres; der Westen mit überdurchschnittlichen Werten ein niedrigeres Qualifikationsniveau. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

- Im Landkreis Holzminden liegen die Stadt Holzminden und die Samtgemeinde Delligsen im Landesmittel, alle übrigen Gemeinden haben ungünstigere Werte.
- Im Landkreis Northeim hat der Kernraum um Northeim günstige durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Werte. Einbeck, Dassel und Uslar weisen ungünstigere höhere Anteile auf.
- Der Landkreis Osterode a.H. hat – mit Ausnahme von Bad Grund - einen unterdurchschnittlichen Anteil Geringqualifizierter.
- Im Landkreis Göttingen haben Gieboldehausen, Friedland, Dransfeld, Hann.Münden eine unterdurchschnittliche Qualifikationsstruktur; die übrigen Gemeinden liegen im Landesmittel (Gleichen, Duderstadt) oder darüber.

Tab. 4.2.1.3 : Anteil der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluß an allen Beschäftigten (Geringqualifizierte)

| Rang | Anteil (%) | Gemeinden |
|------|-----------------|--|
| 1 | unter 16 | Kreiensen, Moringen, Nörten-Hardenberg, Bad Sachsa, Radolfshausen, Bodenfelde, Adelebsen, Bovenden, Rosdorf, Staufenberg |
| 2 | 16 bis unter 18 | Katlenburg-Lindau, Herzberg, Bad Lauterberg, Walkenried, Göttingen |
| 3 | 18 bis unter 20 | Holzminden, Delligsen, Bad Gandersheim, Kalefeld, Northeim, Hardegsen, Osterode, Hattorf, Gleichen, Duderstadt |
| 4 | 20 bis unter 22 | Stadtdendorf, Einbeck, Uslar, Dransfeld, Friedland |
| 5 | 22 und mehr | Bodenwerder, Polle, Eschershausen, Bad Grund, Gieboldehausen, Hann.Münden, Bevern, Boffzen, Dassel |

4.2.1.4 Flächen- und Energieeffizienz

Gemeindeweise stehen Daten zu den produktivitätsbezogenen Energie- und Flächenverbräuchen nicht zur Verfügung. Für die Frage der Flächeneffizienz ist die *Beschäftigungsdichte auf den Gewerbeflächen* auch ein aussagefähiger Kennwert. Je mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) auf einen Hektar Gewerbefläche kommen, desto effizienter wird die Industrie- und Gewerbefläche genutzt. Gruppiert man die Dichtewerte (vgl. Tab 1.4) in fünf Klassen, so erhält man folgende Zuordnung der Gemeinden/Samtgemeinden:

Tab. 4.2.1.4 : Beschäftigtenbesatz der Gewerbeflächen

| Rang | Beschäftigte (Zahl/ha) | Gemeinden |
|------|------------------------|--|
| 1 | 100 und mehr | Bad Sachsa, Göttingen, Gleichen |
| 2 | 77 bis 99 | Holzminden, Bad Gandersheim, Moringen, Duderstadt, Radolfshausen, Friedland, Hann.Münden, Dransfeld |
| 3 | 50 bis 74 | Delligsen, Bevern, Boffzen, Stadtoldendorf, Einbeck, Kreiensen, Uslar, Hardeggen, Northeim, Katlenburg-Lindau, Osterode a.H., Herzberg, Bad Lauterberg |
| 4 | 25 bis 49 | Bodenwerder, Eschershausen, Dassel, Kalefeld, Nörten-Hardenb., Hattorf, Walkenried, Gieboldehausen, Adelebsen, Bovenden, Rosdorf, Staufenberg |
| 5 | unter 25 | Polle, Bodenfelde, Bad Grund |

Auch hier zeigt sich, dass die Gemeinden mit vielen Dienstleistungsarbeitsplätzen eine höhere Gewerbeflächenausnutzung erreichen. Das liegt im wesentlichen daran, dass Büronutzung „stapelbar“ ist und damit nicht soviel Grundfläche benötigt; während industrielle Nutzungen meist ebenerdig angeordnet werden. Der Strukturwandel in Form der Verlagerung der Beschäftigung vom sekundären zum tertiären Sektor wird auch effizientere Flächennutzungen mit sich bringen. Schon heute folgen brachgefallenen Altindustrienutzungen Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Da Dienstleistungsarbeitsplätze flächenintensiver sind, kann davon ausgegangen werden, dass nicht neues Flächenwachstum dadurch ausgelöst wird, sondern die vorhandenen Gewerbeflächen grundsätzlich für die wirtschaftliche Entwicklung ausreichen. Ähnlich verhält es sich mit dem Energiebedarf. Dienstleistungsarbeitsplätze benötigen spezifisch weniger Energie als industrielle Arbeitsplätze. Der Strukturwandel bietet auch in diesem Feld die Chance, eine höhere Ressourcenproduktivität zu erzielen.

4.2.2 Sozialstruktur

4.2.2.1 Versorgung mit Wohnungen und Arbeitsplätzen

Die Lebensqualität, die ein Siedlungsraum bietet, hängt von den Bedingungen zur Daseinsvorsorge ab, die für die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse wie Wohnen/Kleidung, Ernährung/Gesundheit, Ausbildung/Beschäftigung, Freizeit/Kultur, Mobilität/Bewegung verfügbar sind. Es sind dies öffentlich zu gewährleistende Rahmenbedingungen, weil Infrastrukturleistungen nur gemeinschaftlich im Siedlungsverbund wirtschaftlich erbracht und genutzt werden können. Die rationelle Organisation der Daseinsvorsorge erfordert ein Siedlungssystem, das Angebot und Nachfrage von Infrastrukturleistungen hinsichtlich Kapazität, Qualität und Erreichbarkeit optimal zueinander bringt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass technisch-wirtschaftliche Entwicklungen sich auf die „Marktlage“ auswirken. Nicht in jedem Ort gibt es im Zeitalter von elektronischer Post eine konventionelle Poststelle. Bewährtes räumliches Organisationsprinzip sind die „Zentralen Orte“, die nach Einzugsbereichen gestuft Standorte zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge meist in den historischen Marktorten (Stadt, Flecken) sind (vgl. ZWECKVERBAND GROSSRAUM BRAUNSCHWEIG, 1995). Steigender Flächenbedarf für Verkaufsflächen und Parkplätze in Verbindung mit der an Verkehrsachsen und -knoten orientierten automobilen Zentralität bewirkt allerdings völlig andere Standortmuster auf der „grünen Wiese“, die zur Gefährdung der Innenstädte führen können, wenn nicht eine ausgewogene Planungspolitik hierfür einen steuernden Rahmen setzt. Entscheidend hierbei ist, dass sich Kommunen untereinander nicht durch ungezügelter Flächenausweisungen gegenseitig „das Wasser abgraben“, sondern kooperativ zu einer abgestimmten Standortplanung für großflächigen Einzelhandel kommen. Geeigneter Kooperationsraum sind die Einzugsbereiche der Teilraumzentren. Die in der vorliegenden Studie zugrunde gelegten Teilräume haben eine Größenordnung von 20.000 – 60.000 Einwohner. Lediglich der Raum Bodenwerder/Polle liegt mit 17.800 Einwohnern etwas darunter und der Raum Göttingen mit 175.400 deutlich darüber. In diesen Einzugsbereichen lassen sich alle regelmäßigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen so organisieren, dass einerseits eine ausreichende Verbreitung mit kurzen Wegen, andererseits ein ausreichendes Nachfragepotential verfügbar ist. So weisen z.B. die genannten 13 Nahbereiche überwiegend ein

Angebot im Sekundarschulbereich II auf und sind Standorte einer qualifizierten medizinischen Versorgung. Dort findet sich ein breiteres Konsumgüterangebot in Verbindung mit urbanen Erlebnisqualitäten (z. B. Fußgänger-Einkaufszonen) sowie Kultur- und Freizeitangebote für alle Bevölkerungsgruppen.

Wohnungsversorgung

Die *Wohnflächenversorgung* „streut“ von minimal 32,5 qm/Ew in Friedland und 35,6 in der Stadt Göttingen bis 45,1 in Polle und Bad Sachsa und 45,8 in Walkenried. Der verstädterte Kernraum der Region ist also – sicher auch aus Kostengründen - mit Wohnfläche geringer versorgt als der periphere ländliche Raum. Auffällig sind die geringeren Wohnflächen im Eichsfeld und die höhere Ausstattung im Südharz und im Weser-Vogler-Raum. Dies spiegelt die regionale Altersstruktur wider. Gruppiert man die Gemeinden nach ihrer *spezifischen Wohnflächenversorgung*, so ergibt sich die nachstehende Rangfolge:

Tab. 4.2.2.1.1.1 : Wohnfläche je Einwohner

| Rang | Wohnfläche (m ² /Einw) | Gemeinden |
|------|-----------------------------------|--|
| 1 | 44,0 - | Polle, Bodenfelde, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried, Bovenden |
| 2 | 43,0 - 43,9 | Bodenwerder, Bevern, Bad Gandersheim, Kreiensen, Katlenburg-Lindau, Bad Grund, Hattorf, Gleichen |
| 3 | 42,0 - 42,9 | Eschershausen, Holzminden, Kalefeld, Uslar, Northeim, Osterode, Herzberg, Staufenberg |
| 4 | 41,0 - 41,9 | Delligsen, Einbeck, Dassel, Radolfshausen, Adelebsen, Hann.Münden, Dransfeld |
| 5 | - 40,9 | Stadtoldendorf, Hardeggen, Moringen, Nörten-Hardenberg, Boffzen, Duderstadt, Gieboldehausen, Göttingen, Friedland, Rosdorf |

Die *Altersstruktur* hat erhebliche Auswirkungen auf den Wohnungsbedarf. Besonders für Senioren sind spezielle Wohnanforderungen zu berücksichtigen. Der durchschnittliche *Anteil der Über-65-jährigen* in Niedersachsen liegt Ende 1998 bei 16,3%. Bei fünf Klassen zeigt sich in Südniedersachsen nach THOMAS (1999) folgendes Bild der innerregionalen Altersstruktur:

Tab. 4.2.2.1.1.2: Anteil der Senioren (65 Jahre und älter) an der Bevölkerung der Gemeinden

| Rang | Anteil (%) | Gemeinden |
|------|---------------------|--|
| 1 | unter 12,5 | Friedland |
| 2 | 12,5 bis unter 15,0 | Göttingen, Rosdorf, Gleichen, Radolfshausen |
| 3 | 15,0 bis unter 17,5 | Moringen, Nörten-Hardenberg, Kalefeld, Adelebsen, Dransfeld, Bovenden, Gieboldehausen, Duderstadt |
| 4 | 17,5 bis unter 20,0 | Boffzen, Holzminden, Bevern, Polle, Stadtoldendorf, Delligsen, Dassel, Einbeck, Hardeggen, Northeim, Katlenburg-Lindau, Bad Grund, Osterode, Hattorf, Hann.Münden, Staufenberg |
| 5 | 20,0 und mehr | Bodenwerder, Eschershausen, Kreiensen, Bad Gandersheim, Bodenfelde, Uslar, Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried |

Unter Nachhaltigkeitsaspekten ist eine Überalterung unvorteilhaft. Zwar spricht ein hoher Seniorenanteil für eine hohe Lebenserwartung. Das Renteneinkommen ist als überregionale Transferleistung ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor und kann z.B. in Kurorten zu einer ergiebigen Wertschöpfungsquelle werden. Dennoch ist eine ausgewogene Altersstruktur mit einem niedrigeren Seniorenanteil und einem höheren Bevölkerungsanteil im Erwerbsalter ein erstrebenswertes Entwicklungsziel. Dies ist nur in Göttingen und seinen Umlandgemeinden mit einem Seniorenanteil unter 15% der Fall. Als „Seniorengemeinden“ (Anteil > 20%) treten landschaftlich besonders schöne und ruhige Räume im Weserbergland (Bodenwerder, Eschershausen, Bodenfelde, Uslar), im Leinebergland (Bad Gandersheim, Kreiensen) und im Südharz (Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried) in Erscheinung.

Beschäftigung und Ausbildung

Die Arbeitsplatzversorgung ist das wichtigste soziale Strukturmerkmal eines Raumes. Sie wird an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Relation zur Einwohnerzahl gemessen (vgl. EICHHORN, 1999). Die Arbeitsplatzdichte liegt in Südniedersachsen im Schnitt bei 30,9%. In den Landkreisen Holzminden und Northeim liegt der Anteil mit 28% darunter; in den Landkreisen Osterode a.H. (32,1%) und Göttingen (33,0%) darüber. Die Rangklassifizierung zeigt die Bedeutung des Oberzentrums Göttingen (47%) und der Mittelzentren für die Arbeitsplatzversorgung der Region. Von den Grundzentren haben Herzberg, Bad Lauterberg, Moringen und Walkenried einen überdurchschnittlichen Arbeitsplatzbesatz. Demgegenüber haben die Mittelzentren Uslar und Duderstadt eine unterdurchschnittliche Versorgung. Dies gilt strukturgemäß sonst nur für die übrigen Wohngemeinden.

Tab. 4.2.2.1.2.1: Arbeitsplatzdichte (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort pro 100 Einwohner)

| Rang | Beschäftigte / 100 E | Gemeinden |
|------|----------------------|---|
| 1 | 30 und mehr | Holzminden, Göttingen, Einbeck, Northeim, Osterode a.H, Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Gandersheim, Moringen, Walkenried, Hann.Münden |
| 2 | 25 bis unter 30 | Delligsen, Boffzen, Bad Grund, Duderstadt, |
| 3 | 20 bis unter 25 | Uslar, Bad Sachsa, Rosdorf, |
| 4 | 15 bis unter 20 | Bodenwerder, Stadtoldendorf, Eschershausen, Dassel, Kreiensen, Kalefeld, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Hattorf, Gieboldehausen, Bovenden, Dransfeld |
| 5 | unter 15 | Polle, Bevern, Bodenfelde, Hardeggen, Radolfshausen, Adelebsen, Friedland, Gleichen, Staufenberg |

Strukturpolitisch von Bedeutung ist die Stabilität der Beschäftigung in der Region. Hierüber gibt eine Auswertung von EICHHORN (2000) zur Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsort) im Zeitraum 1994 bis 1999 Auskunft. In diesem Zeitraum verringerte sich die Beschäftigung in Niedersachsen um -1,1%, bundesweit um 3,1%. In Südniedersachsen sind überwiegend ebenso Beschäftigungsverluste zu verzeichnen. Es gibt aber auch 10 Gemeinden mit wachsender Beschäftigung im Umland der Städte Göttingen, Holzminden und Northeim.

Tab. 4.2.2.1.2.2: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsort) 1994 bis 1999

| Rang | Veränderung (%) | Gemeinden |
|------|--------------------|--|
| 1 | 10,0 und mehr | Moringen, Rosdorf, Gleichen, Staufenberg |
| 2 | 5,0 bis unter 10,0 | Dransfeld, Friedland |
| 3 | 0,0 bis unter 5,0 | Polle, Bevern, Boffzen, Radolfshausen |
| 4 | -5,0 bis unter 0,0 | Einbeck, Bodenfelde, Uslar, Hardeggen, Kalefeld, Northeim, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Bad Grund, Hattorf, Göttingen, Hann.Münden |
| 5 | unter -5,0 | Bodenwerder, Eschershausen, Stadtoldendorf, Delligsen, Holzminden, Dassel, Bad Gandersheim, Kreiensen, Osterode, Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried, Adelebsen, Bovenden, Gieboldehausen, Duderstadt |

Eine *Arbeitslosenquote* kann gemeindeweise nicht berechnet werden. Nach EICHHORN (1999) „fehlen. gemeindegrenze Informationen über die Beamten und die geringfügig Beschäftigten für den ‘Nenner’ dieser Quote“ Der Autor geht einen etwas anderen Weg. Er berechnet die Zahl der *Arbeitslosen in Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter (Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahre)* Er weist darauf hin, dass diese Anteilswerte deutlich niedriger sind als die „Arbeitslosenquoten“ der Arbeitsverwaltung, die sich auf die Zahl der Erwerbstätigen bezieht. Im Landesdurchschnitt liegt 1998 der so ermittelte Anteil der Arbeitslosen bei 7,16%. Mit Ausnahme von 8 ländlichen Gemeinden, die sich im Umfeld der regionalen Arbeitsmarktzentren (Kassel, Göttingen, Northeim, Osterode) befinden, ist in Südniedersachsen der Arbeitslosenanteil größer als im Landesmittel. Die höchsten Arbeitslosenanteile haben die Städte in der Region. Demgegenüber weisen die ländlichen Wohngemeinden die günstigeren Werte auf.

Tab. 4.2.2.1.2.3: Arbeitslose in Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter

| Rang | Arbeitslose (%) | Gemeinden |
|------|---------------------|---|
| 1 | unter 7,20 | Delligsen, Gleichen, Friedland, Katlenburg-Lindau, Hattorf, Radolfshausen, Dransfeld, Staufenberg |
| 2 | 7,20 bis unter 7,83 | Bodenwerder, Bevern, Bad Gandersheim, Kalefeld, Hardeggen, Nörten-Hardenberg, Bovenden, Rosdorf |
| 3 | 7,83 bis unter 8,44 | Polle, Eschershausen, Boffzen, Adelebsen |
| 4 | 8,44 bis unter 9,45 | Stadtoldendorf, Dassel, Kreiensen, Moringen, Northeim, Bad Grund, Göttingen, Gieboldehausen, Duderstadt |
| 5 | 9,45 und mehr | Holzminden, Einbeck, Bodenfelde, Uslar, Osterode, Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried, Hann.Münden |

Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr arbeitslos) ist ein aussagekräftiger Indikator für wirtschaftlich-soziale Strukturschwäche. Nach Gemeindedaten (2000) sind in Südniedersachsen im Juni 2000 41,4% der Arbeitslosen über 1 Jahr ohne Beschäftigung. Den niedrigsten Anteil haben Friedland (30,5%), Katlenburg-Lindau (32,0%) und Hardeggen (33,0%); die höchsten Quoten finden sich in Hann.Münden (49,5%), Staufenberg (47,7%) und Bodenfelde (45,0%). Die innerregionale Verteilung zeigt die folgende Übersicht:

Tab. 4.2.2.1.2.4: Langzeitarbeitslosenanteil

| Rang | Langzeitarbeitsl. (%) | Gemeinden |
|------|-----------------------|--|
| 1 | - 37,4 | Bad Gandersheim, Hardeggen, Katlenburg-Lindau, Friedland, Bodenwerder, Stadtoldendorf, Boffzen, Northeim, Nörten-Hardenberg |
| 2 | 37,5 - 39,9 | Holzminden, Hattorf, Gleichen, Rosdorf, |
| 3 | 40,0 - 42,4 | Polle, Delligsen, Bevern, Dassel, Kalefeld, Moringen, Osterode, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Duderstadt, Gieboldehausen, Radolfshausen, Bovenden, Dransfeld |
| 4 | 42,5 - 44,9 | Eschershausen, Einbeck, Kreiensen, Uslar, B. Grund, Herzberg, Göttingen, Adelebsen |
| 5 | 45,0 - | Bodenfelde, Walkenried, Hann.Münden, Staufenberg |

Die soziale Qualität eines Raumes hängt vor allem vom Einkommen der privaten Haushalte ab. Die regionalen Einkommensunterschiede in den Einheits- und Mltgliedsgemeinden hat CHRISTOFF (10/1999) anhand der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 analysiert: „Es ist auffällig, dass die Großstädte Hannover, Braunschweig, Osnabrück Oldenburg und *Göttingen* selbst nicht zur höchsten Einkommenskategorie zählen. Dort fehlen die Spitzenverdiener, die sich in den Randgemeinden angesiedelt haben.“ Da Samtgemeinden nicht ausgewiesen sind, werden für das vorliegende Ranking die Werte der jeweiligen Hauptgemeinde zugrundegelegt. Von den Einheitsgemeinden erreicht nur Bovenden die Spitzengruppe (64.000 DM und mehr) der durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen. Gemeinden mit „reicherer“ Bevölkerung finden sich überwiegend im Göttinger Umland (Nörten-Hardenberg, Hann.Münden, Dransfeld, Rosdorf und Gleichen). Unterdurchschnittliche Einkünfte haben die Steuerpflichtigen in Uslar, Bodenfelde, Dassel und Bad Grund.

Tab. 4.2.2.1.3: Regionale Einkommensunterschiede 1995

| Rang | Einkünfte (DM) | Gemeinden |
|------|-------------------------|---|
| 1 | 64.000 und mehr | Bovenden |
| 2 | 59.000 bis unter 64.000 | Boffzen, Nörten-Hardenberg, Gleichen, Rosdorf, Dransfeld, Hann.Münden |
| 3 | 56.000 bis unter 59.000 | Stadtoldendorf, Holzminden, Einbeck, Bad Gandersheim, Hardeggen, Moringen, Northeim, Osterode, Bad Lauterberg, Adelebsen, Göttingen, Friedland, Radolfshausen, Duderstadt, Staufenberg, |
| 4 | 53.000 bis unter 56.000 | Polle, Bodenwerder, Eschershausen, Delligsen, Bevern, Kreiensen, Kalefeld, Katlenburg-Lindau, Hattorf, Herzberg, Bad Sachsa, Walkenried, Gieboldehausen |
| 5 | unter 53.000 | Dassel, Bodenfelde, Uslar, Bad Grund |

Der Beitrag der Gemeinden zur Qualifikation der Beschäftigten drückt sich im *Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten* am jeweiligen Arbeitsort aus (vgl. Tabelle 2.1.1). Im Durchschnitt der Region sind 5,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Auszubildende. Bildet man die Gemeindewerte in fünf Klassen ab, so erhält man die nachstehende Rangfolge: In den beschäftigungsstarken Zentren der Region finden sich regionsdurchschnittliche Relationen von 5 – 7 Auszubildenden pro 100 Beschäftigte. Die beste Ausbildungsquote hat Kreiensen; die ungünstigsten Anteilswerte weisen Delligsen, Kalefeld, Bodenfelde, Bad Grund und Staufenberg auf.

Tab. 4.2.2.1.4: Anteil der Auszubildenden an der Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort

| Rang | Anteil (%) | Gemeinden |
|------|-----------------|---|
| 1 | 7,0 und mehr | Kreiensen, Stadtoldendorf, Hardeggen, Nörten-Hardenberg, Duderstadt, Gieboldehausen, Radolfshausen, Friedland |
| 2 | 6,0 bis 6,9 | Polle, Eschershausen, Holzminden, Bevern, Boffzen, Einbeck, Uslar, Northeim, Herzberg, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Gleichen |
| 3 | 5,0 bis 5,9 | Bad Gandersheim, Moringen, Osterode, Hattorf, Göttingen, Rosdorf, Hann.Münden, Dransfeld |
| 4 | 4,0 bis 4,9 | Bodenwerder, Dassel, Katlenburg-Lindau, Walkenried, Adelebsen, Bovenden |
| 5 | 3,9 und weniger | Delligsen, Kalefeld, Bodenfelde, Bad Grund, Staufenberg |

Ein räumliches Bild der Verteilung von Wohnen und Beschäftigung erhält THOMAS (12/2000), in dem er die Pendlersalden in Relation zu den Beschäftigten am Wohnort setzt: „Der Pendlersaldo ergibt sich als Differenz der Zahl der Einpendler und der Auspendler einer Gebietseinheit. Einpendlerüberschüsse bedeuten, dass am Ort mehr Personen arbeiten als dort wohnen. Die Gebietseinheit weist rechnerisch gesehen mehr Arbeitsplätze auf als für die eigene Bevölkerung, d. h. für die am Ort wohnende Bevölkerung notwendig sind. Es wird somit per saldo die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für andere Gebietseinheiten mit übernommen. Bei Auspendlerüberschüssen liegt umgekehrt ein Mangel an Arbeitsplätzen vor, der an anderer Stelle, also dort wo Einpendlerüberschüsse vorliegen, gedeckt wird. Pendlersalden werden durch die Tatsache bedingt, dass sich Arbeitsplätze stärker im Raum konzentrieren als die Bevölkerung.“

Tab. 4.2.2.1.7: Pendlersalden je 1000 Beschäftigte am Wohnort

| Rang | Pendler / 1000 Besch. | Gemeinden |
|------|-----------------------|--|
| 1 | 250 und mehr | Holzminden, Göttingen |
| 2 | 0 bis unter 250 | Einbeck, Bad Gandersheim, Moringen, Northeim, Osterode a.H., Herzberg, Bad Lauterberg, Walkenried, Hann.Münden |
| 3 | -250 bis unter 0 | Delligsen, Boffzen, Bad Grund, Bad Sachsa, Duderstadt |
| 4 | -500 bis unter -250 | Polle, Bodenwerder, Eschershausen, Stadtoldendorf, Dassel, Kalefeld, Uslar, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Gieboldehausen, Rosdorf, Friedland |
| 5 | unter -500 | Bevern, Kreiensen, Bodenfelde, Hardeggen, Hattorf, Adelebsen, Bovenden, Radolfshausen, Gleichen, Dransfeld, Staufenberg |

Wanderungssalden (Zuzüge minus Fortzüge) sind ein Zeichen für die Zufriedenheit mit den regionalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Für das Jahr 1999 sind in der nachstehenden Tabelle die Wanderungsquoten der Gemeinden in fünf Klassen gruppiert. Besonders hohe Wanderungsgewinne (+ 0,75 % und mehr) hatten in dem Bewertungsjahr Bad Gandersheim, Hardeggen, Hattorf, Friedland, Gleichen und Rosdorf. Wanderungsverluste in weit überdurchschnittlicher Höhe (– 0,75 % und weniger) sind in Bevern, Dassel, Radolfshausen, Göttingen, Adelebsen und Staufenberg zu verzeichnen. Eine ausgeprägte Suburbanisation, d.h. starke Wanderungsgewinne in den Umlandgemeinden der größeren Städte der Region, lässt sich in diesem Beobachtungsjahr nicht feststellen.

Tab. 4.2.2.1.10: Wanderungssalden je 100 Einwohner 1999

| Rang | Wanderungssaldo(%) | Gemeinden |
|------|-----------------------|--|
| 1 | +0,75 und mehr | Bad Gandersheim, Hardeggen, Hattorf, Friedland, Gleichen, Rosdorf |
| 2 | +0,25 bis unter +0,75 | Uslar, Moringen, Katlenburg-Lindau, Bad Sachsa, Bovenden |
| 3 | -0,25 bis unter +0,25 | Bodenwerder, Stadtoldendorf, Einbeck, Kalefeld, Northeim, Nörten-Hardenberg, Bad Grund, Duderstadt, Gieboldehausen, Hann.Münden, Dransfeld |
| 4 | -0,75 bis unter -0,25 | Polle, Eschershausen, Delligsen, Holzminden, Boffzen, Kreiensen, Bodenfelde, Osterode a.H., Herzberg, Bad Lauterberg, Walkenried |
| 5 | unter -0,75 | Bevern, Dassel, Radolfshausen, Göttingen, Adelebsen, Staufenberg |

4.2.2.2 Soziale Stabilität

Politische Beteiligung ist ein wichtiger Faktor sozialer Stabilität. Sie drückt sich in der Wahlbeteiligung aus – auf regionaler Ebene in der Beteiligung an der Gemeinderatswahl (1996). Deren Ergebnisse enthält die folgende Tabelle nach fünf Klassen gruppiert.. Sie zeigt höhere Wahlbeteiligungen (Rang 1 und 2) in den kleineren ländlichen Gemeinden. Den höchsten Wert hat Radolfshausen mit 77,8%. Demgegenüber weisen die städtischen Gebiete (Rang 4 und 5) niedrigere Beteiligungen auf. Den niedrigsten Wert hat Göttingen mit 54,4%.

Tab. 4.2.2.2.2: Beteiligung an Gemeindewahlen 1996

| Rang | Wahlbeteiligung (%) | Gemeinden |
|------|---------------------|---|
| 1 | 75,0 und mehr | Eschershausen, Delligsen, Dassel, Radolfshausen, Friedland |
| 2 | 72,5 bis unter 75,0 | Bodenwerder, Polle, Bevern, Bad Gandersheim, Kalefeld, Uslar, Hardeggen, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Gieboldehausen, Gleichen |
| 3 | 70,0 bis unter 72,5 | Boffzen, Kreiensen, Moringen, Hattorf, Adelebsen, Dransfeld |
| 4 | 67,5 bis unter 70,0 | Einbeck, Bodenfelde, Osterode, Bad Grund, Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Walkenried, Bovenden, Staufenberg |
| 5 | unter 67,5 | Holzminden, Stadtoldendorf, Northeim, Herzberg, Duderstadt, Göttingen, Rosdorf, Hann.Münden |

Soziale Stabilität zeigt sich in geringen ökonomischen Disparitäten bei privaten und öffentlichen Haushalten. Der Anteil der Personen, die über kein ausreichendes Einkommen verfügen und daher auf Sozialhilfe angewiesen ist, ist ein Indikator für soziale Chancenverteilung in der Region. Ende 1999 liegt die durchschnittliche Quote in Niedersachsen bei 40,1 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner. Es ist eine bekannte Tatsache, dass sich vor allem größere Städte und Gemeinden mit sozialen Problemen

Tab. 4.2.2.2.3: Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfequote)

| Rang | HLU-Empf. / 1.000 E | Gemeinden |
|------|---------------------|---|
| 1 | unter 20 | Boffzen, Katlenburg-Lindau, Bad Grund, Adelebsen, Radolfshausen, Gleichen, Friedland, Dransfeld |
| 2 | 20 bis unter 30 | Bodenwerder, Polle, Eschershausen, Delligsen, Dassel, Kalefeld, Hardeggen, Moringen, Nörten-Hardenberg, Hattorf, Bovenden, Rosdorf, Gieboldehausen, Staufenberg |
| 3 | 30 bis unter 40 | Bevern, Kreiensen, Bodenfelde, Osterode a.H., Bad Lauterberg, Walkenried, Duderstadt, Hann.Münden |
| 4 | 40 bis unter 50 | Bad Gandersheim, Uslar, Herzberg |
| 5 | 50 und mehr | Holzminden, Einbeck, Bad Sachsa, Göttingen, Stadtoldendorf, Northeim |

und hoher Sozialhilfebelaugung konfrontiert sehen.“ Diese Bewertung von BEDENBENDER (1999) gilt auch für Südniedersachsen. Hier haben Northeim und Stadtoldendorf mit über 60, Göttingen, Einbeck, Holzminden, Bad Sachsa mit 50 – 60, sowie Herzberg und Bodenfelde mit 40 – 50 Sozialhilfeempfängern pro 1.000 Einwohner landesweit überdurchschnittlich hohe Quoten. „Der enge Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Sozialhilfebelaugung spiegelt sich auch in dem ausgeprägten Stadt-

Umland-Gefälle der Sozialhilfequoten wieder“. Diese Aussage des Autors trifft auf die südniedersächsischen Kreiszentren – bis auf Osterode – genau zu.

Die *Steuereinnahmekraft* ist ein Indikator für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Die Hauptsteuerquellen der Gemeinden sind die Grundsteuer (A+B), die Gewerbesteuer (nur noch Ertragssteuer seit 1.1.1998) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. HAUPT (1999) hat die entsprechenden Daten für die Einheits- und Mitgliedsgemeinden für 1998 nach sechs Klassen kartiert. Auch hier sind Samtgemeinden nicht ausgewiesen. Deshalb werden für das vorliegende Ranking die Werte der jeweiligen Hauptgemeinde zugrundegelegt. Der Landesdurchschnitt liegt bei 1.169 DM je Einwohner. Südniedersachsen liegt z.T. im Mittelfeld (1.000 – 1.250 DM), überwiegend jedoch unterhalb des Landesdurchschnitts. Lediglich vier Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden erreichen einen mit 1.500 DM und mehr deutlich über dem Mittel liegenden Wert (Ottenstein, Lauenförde, Gittelde, Walkenried). Die größeren Mittelzentren Holzminden, Einbeck, Osterode, Hann.Münden liegen mit 1.250 – 1.500 DM pro Einwohner leicht über dem Mittel. Besonders schwach ist die Steuereinnahmekraft (unter 750 DM/Einwohner) in Bodenfelde, Bad Grund, Hattorf und Friedland.

Tab. 4.2.2.5.1: Steuereinnahmekraft der Gemeinden 1998

| Rang | DM je Einwohner | Gemeinden |
|------|-----------------------|--|
| 1 | 1.500 und mehr | Walkenried |
| 2 | 1.250 bis unter 1.500 | Holzminden, Einbeck, Osterode a.H., Dransfeld, Hann.Münden |
| 3 | 1.000 bis unter 1.250 | Boffzen, Stadtoldendorf, Eschershausen, Northeim, Kalefeld, Moringen, Nörten-Hardenberg, Herzberg, Bad Lauterberg, Bovenden, Göttingen |
| 4 | 750 bis unter 1.000 | Bodenwerder, Polle, Bevern, Delligsen, Dassel, Kreiensen, Bad Gandersheim, Uslar, Hardeggen, Katlenburg-Lindau, Bad Sachsa, Adelebsen, Radolfshausen, Gieboldehausen, Duderstadt, Gleichen, Rosdorf, Staufenberg |
| 5 | unter 750 | Bodenfelde, Bad Grund, Hattorf, Friedland |

Tab. 4.2.2.5.2: Schulden der Gemeinden 1999

| Rang | DM je Einwohner | Gemeinden |
|------|-----------------------|---|
| 1 | unter 1.000 | Eschershausen, Adelebsen, Bodenwerder, Delligsen, Holzminden, Dassel, Einbeck, Kreiensen, Uslar, Katlenburg-Lindau, Radolfshausen, Gieboldehausen |
| 2 | 1.000 bis unter 1.500 | Bevern, Stadtoldendorf, Bad Gandersheim, Hardeggen, Osterode a.H., Bad Lauterberg, Walkenried, Duderstadt, Gleichen, Friedland |
| 3 | 1.500 bis unter 2.000 | Polle, Boffzen, Moringen, Bovenden, Göttingen, Rosdorf |
| 4 | 2.000 bis unter 2.500 | Bodenfelde, Nörten-Hardenberg, Dransfeld, Hann.Münden |
| 5 | 2.500 und mehr | Kalefeld, Northeim, Bad Grund, Hattorf, Herzberg, Bad Sachsa, Staufenberg |

Ein weiteres Merkmal für die sozial-räumliche Struktur ist der Schuldenstand der Gemeinden. HAUPT (6/2000) stellt in einer Analyse der kommunalen Schulden in Niedersachsen für 1999 fest: „Regional sind keine auffälligen Konzentrationen von stark oder wenig verschuldeten Gemeinden zu erkennen. Lediglich im südlichen Niedersachsen häufen sich etwas die stärker verschuldeten Gemeinden.“ Verglichen mit einem durchschnittlichen Schuldenstand von 1.577 DM je Einwohner am 31. 12.1999 zeigt sich für die südniedersächsischen Gemeinden folgendes Bild: Die wenigsten Schulden (unter 500 DM je Einwohner) haben Adelebsen und Eschershausen. Am stärksten verschuldet ist die Harzrandzone, die auch den größten sozialen und wirtschaftlichen Umstellungsbedarf hat, sowie der Oberweserraum.

Die Zukunftschancen der jungen Generation sind von ausreichenden Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten abhängig. In welchem Maße dies gegeben ist, zeigen die Kennwerte über den Anteil der Sozialhilfe- bzw Arbeitslosenhilfeempfänger an den Unter-25-jährigen. Dieser liegt in Südniedersachsen 1999/2000 im Mittel bei 9,9% (vgl. Tab. 4.1.5). Den geringsten Anteil hat die Gemeinde Friedland mit 2,8%, den höchsten Wert hat Bad Sachsa mit 17,7%.

Tab. 4.2.3.2: Anteil Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger an den Unter 25 jährigen

| Rang | Anteil (%) | Gemeinden |
|------|-------------------|---|
| 1 | unter 5 | Katlenburg-Lindau, Radolfshausen, Friedland, Gleichen, Dransfeld |
| 2 | 5 bis unter 7,5 | Polle, Eschershausen, Bodenwerder, Boffzen, Dassel, Kalefeld, Hardeggen, Moringen, Bad Grund, Hattorf, Gieboldehausen, Adelebsen, Bovenden, Rosdorf |
| 3 | 7,5 bis unter 10 | Delligsen, Bevern, Kreienssen, Nörten-Hardenberg, Osterode, Duderstadt, Hann.Münden, Staufenberg |
| 4 | 10 bis unter 12,5 | Bad Gandersheim, Bodenfelde, Herzberg, Bad Lauterberg, Göttingen, |
| 5 | 12,5 und mehr | Stadtdoldorf, Holzminden, Einbeck, Uslar, Northeim, Bad Sachsa, Walkenried |

4.2.3 Umweltstruktur

Schutzflächen (Landschaftsschutz-, Naturschutzgebiete) werden von der amtlichen Statistik für die Gemeindeebene nicht nachgewiesen. Hilfsweise werden zum quantitativen Nachweis von Naturpotentialen aus der Erhebung der Katasterflächen 1997 die Nutzungsarten „Waldfläche, Wasserfläche, Unland“ als „Naturflächen“ zusammengestellt und als Anteil an der Gesamtfläche in fünf Klassen dargestellt. Ein hoher Wald- und Wasser- und Unlandflächenanteil an der Gemeindefläche wird als Indikator für ökologische Qualität gewertet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Harz und im Solling „gemeindefreie“ Waldgebiete bestehen, die keiner Gemeindefläche zugerechnet werden. Der „Naturflächenanteil“ liegt in Südniedersachsen im Durchschnitt bei 34 %. Er ist am höchsten in Hann.Münden mit 63,6%. In der Spitzengruppe mit Anteilen von 50% und mehr liegen des weiteren Holzminden, Moringen, Bad Sachsa und Staufenberg. Den niedrigsten „Naturflächenanteil“ hat Gieboldehausen mit 15,6%. In der Klasse mit einem Anteil von 20% und weniger befinden sich außerdem Boffzen, Einbeck und Duderstadt.

Tab. 4.2.3.1.2: Naturflächenanteil (Wald-, Wasser- und Unlandflächen) an den Katasterflächen 1997

| Rang | Flächenanteil (%) | Gemeinden |
|------|-------------------|---|
| 1 | 50 und mehr | Holzminden, Moringen, Bad Sachsa, Hann.Münden, Staufenberg |
| 2 | 40 bis unter 50 | Polle, Kalefeld, Hardeggen, Adelebsen |
| 3 | 30 bis unter 40 | Bodenwerder, Eschershausen, Delligsen, Kreienssen, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Herzberg, Walkenried, Göttingen, Bovenden, Gleichen, Dransfeld |
| 4 | 20 bis unter 30 | Bevern, Dassel, Bad Gandersheim, Uslar, Bodenfelde, Northeim, Osterode a.H., Bad Grund, Hattorf, Bad Lauterberg, Radolfshausen, Friedland, Rosdorf |
| 5 | unter 20 | Boffzen, Einbeck, Duderstadt, Gieboldehausen |

Sparsame Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist ein wichtiger Grundsatz nachhaltiger Raumentwicklung. Als Bewertungsmaßstab wird die einwohnerspezifische Inanspruchnahme der Katasterfläche für Wohnen, Gewerbe, Strassen und Wege herangezogen. Der Flächenverbrauch differiert von maximal 1.108 qm pro Einwohner in Polle bis minimal 183 qm in Göttingen. Der ländliche Raum hat mit der geringen Baudichte und dem weitverzweigten landwirtschaftlichen Wegenetz einen erheblich größeren spezifischen Flächenverbrauch als dicht besiedelte städtische Räume. Die zeigt sich deutlich in der nachstehenden Gemeinde-Klassifizierung (Tab.3.4.5.1).

Auch die Veränderungsrate der Siedlungsflächen ist entsprechend dem BBR-Kriterienrahmen ein geeigneter Nachhaltigkeitsindikator. Für die Gemeinden stehen Daten zur Entwicklung 1993 bis 1997 zur Verfügung. Daraus ergibt sich die in Tabelle 3.4.5.2 dargestellte Klassifizierung. Den höchsten Flächenverbrauch in dem Betrachtungszeitraum mit mehr als 3% Zuwachs haben Nörten-Hardenberg, Radolfshausen und Staufenberg als Umlandgemeinden von Oberzentren. Hier ist die Suburbanisierung am unnachhaltigsten. In geringerer Masse (2 bis 3% Zuwachs) trifft dies auch für Boffzen, Hardeggen, Katlenburg-Lindau, Duderstadt, Rosdorf und Dransfeld zu. In Holzminden, Bodenfelde, Moringen und Hattorf verzeichnet die Statistik sogar eine zielentsprechende Verminderung der Flächenversiegelung.

Tab. 4.2.3.4.5.1: Einwohnerspezifische Versiegelungsflächen 1997

| Rang | Fläche / Einw. (qm) | Gemeinden |
|------|---------------------|---|
| 1 | unter 500 | Delligsen, Holzminden, Northeim, Bad Sachsa, Walkenried, Duderstadt, Göttingen, Hann.Münden |
| 2 | 500 bis unter 600 | Stadtoldendorf, Boffzen, Einbeck, Bodenfelde, Osterode a.H., Herzberg, Bad Lauterberg, Bovenden, Friedland, Rosdorf |
| 3 | 600 bis unter 700 | Bodenwerder, Eschershausen, Bad Gandersheim, Kreiensen, Uslar, Nörten-Hardenberg, Bad Grund, Adelebsen |
| 4 | 700 bis unter 800 | Bevern, Dassel, Hardeggen, Katlenburg-Lindau, Hattorf, Gieboldehausen, Radolfshausen, Staufenberg |
| 5 | 800 und mehr | Polle, Kalefeld, Moringen, Gleichen, Dransfeld |

Tab. 4.2.3.4.5.2: Veränderung der Flächen für Wohnen, Gewerbe und Straßen (Versiegelte Fläche) 1993 bis 1997

| Rang | Veränderung (%) | Gemeinden |
|------|-------------------|--|
| 1 | unter 0,0 | Holzminden, Bodenfelde, Moringen, Hattorf |
| 2 | 0,0 bis unter 1,0 | Bodenwerder, Polle, Eschershausen, Delligsen, Einbeck, Kalefeld, Uslar, Northeim, Osterode a.H., Bad Grund, Herzberg, Bad Lauterberg, Gieboldehausen, Adelebsen, Hann.Münden |
| 3 | 1,0 bis unter 2,0 | Stadtoldendorf, Bevern, Dassel, Bad Gandersheim, Kreiensen, Bad Sachsa, Walkenried, Göttingen, Bovenden, Friedland, Gleichen |
| 4 | 2,0 bis unter 3,0 | Boffzen, Hardeggen, Katlenburg-Lindau, Duderstadt, Rosdorf, Dransfeld |
| 5 | 3,0 und mehr | Nörten-Hardenberg, Radolfshausen, Staufenberg |

4.2.4 Zusammenfassende Gemeinde-Bewertung

Bildet man den Mittelwert aus den 24 verfügbaren Merkmalen zur Beschreibung einer nachhaltigen Gemeindestruktur, so ergeben sich die in der Tabelle 4.2.4.2 dargestellten „Noten“. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kriterienbereiche aufgrund der Datenlage unterschiedlich breit besetzt sind. Für das Kriterienfeld „Wirtschaft“ gibt es 6 Kennziffern (Gliederungsziffer 1). Der Sozialbereich ist umfangreich belegt mit 15 Merkmalen (Ziffer 2). Der Umweltsektor lässt sich auf der Gemeindeebene nur mit drei Indikatoren abbilden (Ziffer 3). In fünf Klassen gruppiert zeigt sich folgende Verteilung:

Tab. 4.2.4.1: „Gesamtnoten“ zur Gemeinde-Nachhaltigkeit

| Rang | „Note“ | Gemeinden |
|------|------------------|---|
| 1 | 2,8 und darunter | Delligsen, Holzminden, Bad Gandersheim, Moringen, Göttingen, Friedland, Gleichen |
| 2 | 2,9 und 3,0 | Boffzen, Northeim, Katlenburg-Lindau, Osterode a.H., Bad Lauterberg, Radolfshausen, Rosdorf, Hann.Münden, Dransfeld |
| 3 | 3,1 und 3,2 | Bodenwerder, Einbeck, Kalefeld, Hardeggen, Nörten-Hardenberg, Hattorf, Walkenried, Duderstadt, Bovenden |
| 4 | 3,3 und 3,4 | Eschershausen, Dassel, Herzberg, Bad Sachsa, Gieboldehausen, Adelebsen |
| 5 | 3,5 und darüber | Stadtoldendorf, Polle, Bevern, Kreiensen, Uslar, Bodenfelde, Bad Grund, Staufenberg |

Deutlich sind die sozial und wirtschaftlich strukturschwachen Gemeinden erkennbar, deren Merkmalsausprägungen „weit unterdurchschnittlich“ ausfallen: Polle, Stadtoldendorf, Bevern, Kreiensen, Uslar, Bodenfelde, Bad Grund und Staufenberg. „Schlusslicht“ im Nachhaltigkeits-Ranking ist Bodenfelde mit einer „Gesamtnote“ von 4,0. Mit Ausnahme von Staufenberg handelt es sich hierbei um Gemeinden in Randlage zu den Hauptverkehrsachsen und Siedlungsschwerpunkten der Region. „Gewinner“ des regionalen Nachhaltigkeits-Rankings sind Delligsen, Holzminden, Bad Gandersheim, Moringen, Göttingen, Gleichen und Friedland mit „Durchschnittsnoten“ von 2,8 und besser. Die sozial und wirtschaftlich „nachhaltigste“ Gemeinde in Südniedersachsen ist Moringen mit einer Gesamtnote von 2,6.

| Gemeinde / Samtgemeinde | 1.1 Auslandsumsatz | 1.2.1 Gewerbl. Arbeitsplätze | 1.2.2.1 Unternehmenszahl | 1.2.2.2 Ver. Unternehmensz. | 1.3 Geringqualifizierte | 1.4 Beschäft./Gewerbefl. | 2.1.1.1 Wohnfläche / Einw. | 2.1.1.2 Seniorenanteil | 2.1.2.1 Arbeitsplatzdichte | 2.1.2.2 Veränd. Beschäftig. | 2.1.2.3 Arbeitslose | 2.1.2.4 Langzeitarbeitslose | 2.1.3 Einkommen | 2.1.4 Auszubildende | 2.1.7 Pendersalden | 2.1.10 Wanderungssaldo | 2.2.2 Gemeinewahlbeteilig. | 2.2.3 Sozialhilfequote | 2.2.5.1 Gem.-Steuerkraft | 2.2.5.2 Gem.-Schulden | 2.3.2 Jugendsozialfälle | 3.1.2 Naturflächenanteil | 3.4.5.1 Siedlungsfläche / E | 3.4.5.2 Veränd. Siedlungsfl. | Mittelwert |
|----------------------------|--------------------|------------------------------|--------------------------|-----------------------------|-------------------------|--------------------------|----------------------------|------------------------|----------------------------|-----------------------------|---------------------|-----------------------------|-----------------|---------------------|--------------------|------------------------|----------------------------|------------------------|--------------------------|-----------------------|-------------------------|--------------------------|-----------------------------|------------------------------|------------|
| 1.1 Bodenwerder | 3 | 3 | 3 | 5 | 5 | 4 | 2 | 5 | 4 | 5 | 2 | 1 | 4 | 4 | 4 | 3 | 2 | 2 | 4 | 1 | 2 | 3 | 3 | 2 | 3,2 |
| Polle | 4 | 4 | 5 | 5 | 5 | 5 | 1 | 4 | 5 | 3 | 3 | 3 | 4 | 2 | 4 | 4 | 2 | 2 | 4 | 3 | 2 | 2 | 5 | 2 | 3,5 |
| 1.2 Stadtoldendorf | 4 | 4 | 4 | 3 | 4 | 3 | 5 | 4 | 4 | 5 | 4 | 1 | 3 | 1 | 4 | 3 | 5 | 5 | 3 | 2 | 5 | 4 | 2 | 3 | 3,5 |
| Eschershausen | 3 | 3 | 5 | 4 | 5 | 4 | 3 | 5 | 4 | 5 | 3 | 4 | 4 | 2 | 4 | 4 | 1 | 2 | 3 | 1 | 2 | 3 | 3 | 2 | 3,3 |
| Delligsen | 2 | 1 | 4 | 2 | 3 | 3 | 4 | 4 | 2 | 5 | 1 | 3 | 4 | 5 | 3 | 4 | 1 | 2 | 4 | 1 | 3 | 3 | 1 | 2 | 2,8 |
| 1.3 Holzminden | 1 | 1 | 2 | 5 | 3 | 2 | 3 | 4 | 1 | 5 | 5 | 2 | 3 | 2 | 1 | 4 | 5 | 5 | 2 | 1 | 5 | 1 | 1 | 1 | 2,7 |
| Bevern | 4 | 4 | 5 | 5 | 5 | 3 | 2 | 4 | 5 | 3 | 2 | 3 | 4 | 2 | 5 | 5 | 2 | 3 | 4 | 2 | 3 | 4 | 4 | 3 | 3,6 |
| Boffzen | 4 | 2 | 4 | 3 | 5 | 3 | 5 | 4 | 2 | 3 | 3 | 1 | 2 | 2 | 3 | 4 | 3 | 1 | 3 | 3 | 2 | 5 | 2 | 4 | 3,0 |
| 2.1 Einbeck | 2 | 2 | 2 | 4 | 4 | 3 | 4 | 4 | 1 | 4 | 5 | 4 | 3 | 2 | 2 | 3 | 4 | 5 | 2 | 1 | 5 | 5 | 2 | 2 | 3,1 |
| Dassel | 2 | 2 | 3 | 3 | 5 | 4 | 4 | 4 | 4 | 5 | 4 | 3 | 5 | 4 | 4 | 5 | 1 | 2 | 4 | 1 | 2 | 4 | 4 | 3 | 3,4 |
| 2.2 B. Gandersheim | 2 | 2 | 3 | 4 | 3 | 2 | 2 | 5 | 1 | 5 | 2 | 1 | 3 | 3 | 2 | 1 | 2 | 4 | 4 | 2 | 4 | 4 | 3 | 3 | 2,8 |
| Kreiensen | 4 | 5 | 5 | 4 | 1 | 3 | 2 | 5 | 4 | 5 | 4 | 4 | 4 | 1 | 5 | 4 | 3 | 3 | 4 | 1 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3,5 |
| Kalefeld | 3 | 2 | 5 | 1 | 3 | 4 | 3 | 3 | 4 | 4 | 2 | 3 | 4 | 5 | 4 | 3 | 2 | 2 | 3 | 5 | 2 | 2 | 5 | 2 | 3,2 |
| 2.3 Uslar | 4 | 2 | 3 | 5 | 4 | 3 | 3 | 5 | 3 | 4 | 5 | 4 | 5 | 2 | 4 | 2 | 2 | 4 | 4 | 1 | 5 | 4 | 3 | 2 | 3,5 |
| Bodenfelde | 3 | 5 | 5 | 5 | 1 | 5 | 1 | 5 | 5 | 4 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 4 | 4 | 3 | 5 | 4 | 4 | 4 | 2 | 1 | 4,0 |
| Hardeggen | 5 | 5 | 4 | 3 | 3 | 3 | 5 | 4 | 5 | 4 | 2 | 1 | 3 | 1 | 5 | 1 | 2 | 2 | 4 | 2 | 2 | 2 | 4 | 4 | 3,2 |
| 2.4 Northeim | 3 | 2 | 2 | 3 | 3 | 3 | 3 | 4 | 1 | 4 | 4 | 1 | 3 | 2 | 2 | 3 | 5 | 5 | 3 | 5 | 5 | 4 | 1 | 2 | 3,0 |
| Moringen | 3 | 1 | 4 | 5 | 1 | 2 | 5 | 3 | 1 | 1 | 4 | 3 | 3 | 3 | 2 | 2 | 3 | 2 | 3 | 3 | 2 | 1 | 5 | 1 | 2,6 |
| Nörten-Hardenb. | 5 | 3 | 4 | 3 | 1 | 4 | 5 | 3 | 4 | 4 | 2 | 1 | 2 | 1 | 4 | 3 | 2 | 2 | 3 | 4 | 3 | 3 | 3 | 5 | 3,1 |
| Katlenb.-Lindau | 2 | 4 | 4 | 4 | 2 | 3 | 2 | 4 | 4 | 4 | 1 | 1 | 4 | 4 | 4 | 2 | 2 | 1 | 4 | 1 | 1 | 3 | 4 | 4 | 2,9 |
| 3.1 Osterode a.H. | 1 | 1 | 2 | 5 | 3 | 3 | 3 | 4 | 1 | 5 | 5 | 3 | 3 | 3 | 2 | 4 | 4 | 3 | 2 | 2 | 3 | 4 | 2 | 2 | 2,9 |
| Bad Grund | 2 | 1 | 4 | 4 | 5 | 5 | 2 | 4 | 2 | 4 | 4 | 4 | 5 | 5 | 3 | 3 | 4 | 1 | 5 | 5 | 2 | 4 | 3 | 2 | 3,5 |
| 3.2 Herzberg | 3 | 1 | 3 | 5 | 2 | 3 | 3 | 5 | 1 | 5 | 5 | 4 | 4 | 2 | 2 | 4 | 5 | 4 | 3 | 5 | 4 | 3 | 2 | 2 | 3,3 |
| Hattorf | 4 | 4 | 4 | 2 | 3 | 4 | 2 | 4 | 4 | 4 | 1 | 2 | 4 | 3 | 5 | 1 | 3 | 2 | 5 | 5 | 2 | 4 | 4 | 1 | 3,2 |
| 3.3 Bad Lauterberg | 3 | 1 | 3 | 5 | 2 | 3 | 1 | 5 | 1 | 5 | 5 | 3 | 3 | 2 | 2 | 4 | 4 | 3 | 3 | 2 | 4 | 4 | 2 | 2 | 3,0 |
| Bad Sachsa | 5 | 5 | 4 | 5 | 1 | 1 | 1 | 5 | 3 | 5 | 5 | 3 | 4 | 2 | 3 | 2 | 4 | 5 | 4 | 5 | 5 | 1 | 1 | 3 | 3,4 |
| Walkenried | 2 | 1 | 5 | 5 | 2 | 4 | 1 | 5 | 1 | 5 | 5 | 5 | 4 | 4 | 2 | 4 | 4 | 3 | 1 | 2 | 5 | 3 | 1 | 3 | 3,2 |
| 4.1 Duderstadt | 2 | 2 | 2 | 3 | 3 | 2 | 5 | 3 | 3 | 5 | 4 | 3 | 3 | 1 | 3 | 3 | 5 | 3 | 4 | 2 | 3 | 5 | 1 | 4 | 3,1 |
| Gieboldehausen | 4 | 4 | 3 | 3 | 5 | 4 | 5 | 3 | 4 | 5 | 4 | 3 | 4 | 1 | 4 | 3 | 2 | 2 | 4 | 1 | 2 | 5 | 4 | 2 | 3,4 |
| Radolfshausen | 5 | 5 | 5 | 1 | 1 | 2 | 4 | 2 | 5 | 3 | 1 | 3 | 3 | 1 | 5 | 5 | 1 | 1 | 4 | 1 | 1 | 4 | 4 | 5 | 3,0 |
| 4.2 Göttingen | 1 | 2 | 1 | 2 | 2 | 1 | 5 | 2 | 1 | 4 | 4 | 4 | 3 | 3 | 1 | 5 | 5 | 5 | 3 | 3 | 4 | 3 | 1 | 3 | 2,8 |
| Adelebsen | 2 | 4 | 5 | 3 | 1 | 4 | 4 | 3 | 5 | 5 | 3 | 4 | 3 | 4 | 5 | 5 | 3 | 1 | 4 | 1 | 2 | 2 | 3 | 2 | 3,3 |
| Bovenden | 4 | 5 | 3 | 5 | 1 | 4 | 1 | 3 | 4 | 5 | 2 | 3 | 1 | 4 | 5 | 2 | 4 | 2 | 3 | 3 | 2 | 3 | 2 | 3 | 3,1 |
| Friedland | 4 | 5 | 5 | 3 | 4 | 2 | 5 | 1 | 5 | 2 | 1 | 1 | 3 | 1 | 4 | 1 | 1 | 1 | 5 | 2 | 1 | 4 | 2 | 3 | 2,8 |
| Gleichen | 3 | 5 | 5 | 5 | 3 | 1 | 2 | 2 | 5 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 5 | 1 | 2 | 1 | 4 | 2 | 1 | 3 | 5 | 3 | 2,8 |
| Rosdorf | 5 | 5 | 3 | 1 | 1 | 4 | 5 | 2 | 3 | 1 | 2 | 2 | 2 | 3 | 4 | 1 | 5 | 2 | 4 | 3 | 2 | 4 | 2 | 4 | 2,9 |
| 4.3 Hann.Münden | 2 | 2 | 2 | 4 | 5 | 2 | 4 | 4 | 1 | 4 | 5 | 5 | 2 | 3 | 2 | 3 | 5 | 3 | 2 | 4 | 3 | 1 | 1 | 2 | 3,0 |
| Dransfeld | 2 | 3 | 4 | 4 | 4 | 2 | 4 | 3 | 4 | 2 | 1 | 3 | 2 | 3 | 5 | 3 | 3 | 1 | 2 | 4 | 1 | 3 | 5 | 4 | 3,0 |
| Staufenberg | 4 | 5 | 3 | 1 | 1 | 4 | 3 | 4 | 5 | 1 | 1 | 5 | 3 | 5 | 5 | 5 | 4 | 2 | 4 | 5 | 3 | 1 | 4 | 5 | 3,5 |

Rangbezeichnung: 1 = weit überdurchschnittlich, 2 = überdurchschnittlich, 3 = durchschnittlich,
4 = unterdurchschnittlich, 5 = weit unterdurchschnittlich

Tab.4.2.4.2: „Nachhaltigkeitsnoten“ der Gemeinden

5. Nachhaltigkeit durch integrierte Raum- und Umweltplanung

5.1 Agenda-21 als Planungsauftrag: Zukunftsfähige Raumstruktur

Nachhaltige Entwicklung als neue gesetzliche Planungsaufgabe

Die Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ der UN in Rio de Janeiro 1992 fordert mit der „Agenda 21“ alle Gebietskörperschaften auf, ihre Planungen an dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zu orientieren. Auf dieser Grundlage führt 1998 das Raumordnungsgesetz (ROG) als „Leitvorstellung der Raumordnung“ die „nachhaltige Raumentwicklung“ ein. Auch in das Bundesbaugesetz wird 1998 als Grundsatz die „nachhaltige städtebauliche Entwicklung“ aufgenommen. Damit ist der Auftrag an die Träger der räumlichen Gesamtplanungen auf den verschiedenen Ebenen klar formuliert: Sowohl die Landes- und Regionalplanung als auch die gemeindliche Flächennutzungsplanung soll dem Paradigma der

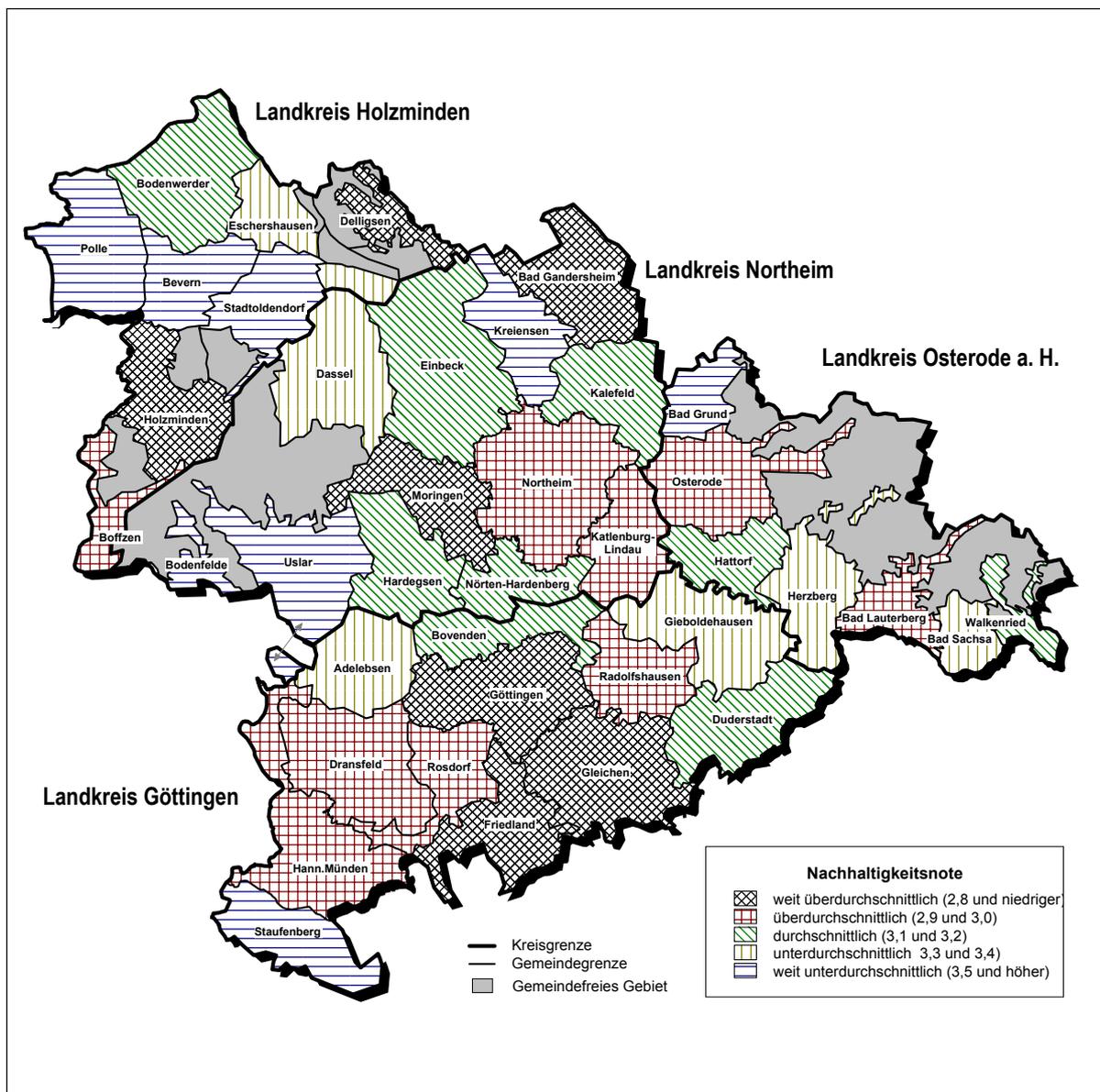


Abb. 4.2: Nachhaltigkeitsränge der Gemeinden

„Nachhaltigkeit“ folgen. Dies beinhaltet gem. § 1 (2) ROG die Aufgabe, *„die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen.“* Diese Verpflichtung zur Abstimmung der Belange unter Beachtung der natürlichen Lebensgrundlagen ist seit langem ein Grundprinzip der Raumplanung. Neu ist jedoch die Vorgabe der Gleichgewichtung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belange auf dem Hintergrund raum- und zeitübergreifender Auswirkungen. Damit gewinnt die weltweite Verantwortung jedes Handlungs- und Planungsträgers für den Erhalt der natürlichen Ressourcen, für die Sicherung gleichwertiger sozialer Verhältnisse und den fairen Wirtschaftsaustausch an Bedeutung. Die globale und generative Solidarität soll zum Leitprinzip des Planens und Handelns werden. Nur unter dieser Prämisse wird jeder einzelne Planungs- und Handlungsträger *„zukunftsfähig“*.

Die Umsetzung des Agenda-21-Programms in Deutschland hat vor allem auf der kommunalen Ebene ein breites Experimentierfeld eröffnet. Es hat vielfach Aufbruchstimmung gegeben. Es hat aber auch mangels konkreter Umsetzung Enttäuschung und Frustration gebracht. So stellt sich im 10. Jahr nach der Konferenz von Rio noch kein einheitliches Bild zum weiteren Vorgehen dar. Vor allem hat der Auftrag des *Bau- und Raumordnungsgesetzes von 1998* noch keinen breiten Eingang in die Planungspraxis gefunden. Erst die Übernahme der Nachhaltigkeits-Leitvorstellung in die Regel-Planwerke kann zur systematischen Umsetzung der Agenda-21 auf lokaler und regionaler Ebene führen. Die Gestaltung der Zukunft einer Gemeinde findet konzeptionell vor allem in der vorbereitenden Bauleitplanung ihren Niederschlag. Der Nachweis der Zukunftsfähigkeit durch eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung muss in den Gesamtplanungsinstrumenten der Gemeinde, dem Entwicklungskonzept und dem Flächennutzungsplan geführt werden. Dies gilt in Niedersachsen ebenso für die regionalen Entwicklungskonzepte und die Raumordnungsprogramme auf der Kreisebene.

Ausbau der Raumplanung zur Entwicklungsplanung

Die Diskussion der letzten Jahre zur Planungsmethodik hat deutlich gemacht, dass die herkömmlichen Planungsansätze in drei Punkten einer Revision bedürfen. Der Weg führt damit zur integrierten und kooperativen Entwicklungsplanung mit folgenden Merkmalen:

- Integrierte Raumnutzungskonzepte: Sektorale Fachplanungen verlieren an Bedeutung. Zwar müssen nach wie vor fachplanerische Anforderungen in reiner Form (wie Verkehrsplanung, Landschaftsplanung) formuliert werden. Ohne integrierte Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte genügen sie jedoch schon in diesem Stadium nicht dem Nachhaltigkeitsgrundsatz. Es werden also integrierte Konzepte bereits auf der Fachplanungsebene verlangt (z.B. ökologischer Landbau, ökologische Verkehrsmodelle). Es hat sich in der Praxis erwiesen, dass eine „Sekundärintegration“ der Nachhaltigkeitsbelange erst im Rahmen der Gesamtplanung nicht zu praktikablen Umsetzungen führt.
- Kooperative Beteiligungsformen: Flächennutzungsplan und Raumordnungsprogramm sind von ihrem Rechtscharakter her zwar überwiegend Instrumente der Negativkoordination (Ausschluss zielwidriger Nutzungen). Sie machen insofern auch keine Aussage zu den Planungsträgern, die die Ziele umsetzen können. Eine stärkere Umsetzungsorientierung z.B. der Flächennutzungspläne ist jedoch erforderlich, wenn sie als lokale Agenda 21 fungieren sollen. Das macht aber eine stärkere Einbindung der möglichen Akteure - bis hin zum einzelnen Bürger - von vornherein nötig. Als neue Arbeitsform für die Bündelung bürgerschaftlicher Handlungs- und Planungskompetenz hat sich die Vernetzung herausgebildet (z. B. Delphi-Methode als moderiertes Konsensverfahren).
- Projektorientierte Planungsstrategien: Planungsprozesse durchlaufen mehrere Stadien, die durch viele Rückkoppelungen miteinander verknüpft sind. Entwicklungsplanung bleibt nicht bei der aus dem Leitbild abgeleiteten Zielbestimmung stehen, sondern bezieht die Umsetzung durch Maßnahmenprogramme und -projekte mit ein. Entscheidender Planungsschritt ist die Verknüpfung von Zielen und Mitteln (Projekte) zu Strategien. Dies erfordert die Mitwirkung von Fachexperten, deren

Kenntnisse und Einschätzungen nach der Delphi-Methode generiert werden können. Mithilfe von Indikatoren muß die Wirkung von Maßnahmen regelmäßig überprüft werden (Monitoring).

Besondere Bedeutung erlangen damit die Planungsaufgaben zur *Verwirklichung der Raumordnungspläne* gem. § 13 ROG: „Die Träger der Landes- und Regionalplanung wirken auf die Verwirklichung der Raumordnungspläne hin. Sie sollen die Zusammenarbeit der für die Verwirklichung maßgeblichen öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts fördern. Dies kann insbesondere im Rahmen von *Entwicklungskonzepten für Teilräume* erfolgen, durch die raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen vorgeschlagen und aufeinander abgestimmt werden (*regionale Entwicklungskonzepte*). Die Zusammenarbeit von Gemeinden zur Stärkung teilräumlicher Entwicklungen (*Städtenetze*) ist zu unterstützen“.

Planerischer Gleichgewichtsansatz zur nachhaltigen Entwicklung

Die Globalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt stellt die kommunale Entwicklungsplanung vor ganz neue Aufgaben. In einer prognostisch und planerisch bearbeitbaren Zukunft von 10 bis 15 Jahren können sich die heute sichtbaren Entwicklungstendenzen erheblich verstärken, je nach dem ob und wie gesteuert wird. In vielen Gemeinden gelten noch die quantitativ wachstumsorientierten planerischen Leitvorstellungen und Konzepte aus den 70er Jahren, als nach der Gebietsreform die ersten Flächennutzungspläne für die vergrößerten Einheits- bzw. Samtgemeinden aufgestellt wurden. Heute stehen angesichts des Strukturwandels in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt neue Planungsaufgaben an. Die postulierten Nachhaltigkeitsziele lassen sich nicht in absoluten Maßen festlegen, sondern sie ergeben sich als anzustrebende Gleichgewichtszustände aus positiven und negativen (internen oder externen) Einwirkungen. Ziele der nachhaltigen Raumentwicklung sind ausgeglichene Bilanzen aus Zu- und Abgängen zum Erhalt bzw. zu Verbesserung der Substanz in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht. Für alle Zieldimensionen gilt die *haushälterische Grundregel, vom Ertrag zu leben und nicht von der Substanz*. Der Planungsansatz zur nachhaltigen Entwicklung besteht somit aus folgenden Gleichgewichtsmodellen:

- **Ökonomisches Gleichgewicht:** Ziel ist eine *endogene, d.h. sich aus eigenen Kräften selbst tragende Wirtschaft*, die ausreichende und qualifizierte Beschäftigung für die Bevölkerung des Raumes bietet. Die Wertschöpfung der Wirtschaft des Raumes soll mit den Aufwendungen (private und öffentliche) in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Im Wettbewerb der Wirtschaftsräume müssen die regionalen Produkte (Waren und Dienste) konkurrenzfähig sein. Das erfordert den integrierten Einsatz aller verfügbaren heimischen Ressourcen (Finanzkapital, Humankapital, Naturkapital). *Standortmanagement und -marketing* werden so zu einem zentralen Faktor von Raumentwicklung. Die Standortkonzepte für die einzelnen Ebenen (Gemeinde, Landkreis, Region, Land) müssen nach dem Gegenstromprinzip kompatibel sein. Auch interne und externe Wertschöpfung sollen ausgewogen sein. Abhängigkeiten vom Export können erfolgreich aber auch risikoreich sein. Als Gegengewicht sollten *regionale Wertschöpfungsketten* ausgebaut werden – nach dem Motto: „*Aus der Region – für die Region*“.
- **Soziales Gleichgewicht:** Ziele sind *gleichwertige Lebensbedingungen* und eine Lebensqualität, die den Raum als Wohnstandort attraktiv – auch im Standortwettbewerb - macht. Das Angebot an öffentlichen und privaten Leistungen (Wohnungen, zentrale Einrichtungen) soll bedarfsgerecht sein. Die Bevölkerungsentwicklung (Alters- und Sozialstruktur) soll – gemessen am Bundes- oder Landesdurchschnitt - ausgewogen sein.
- **Ökologisches Gleichgewicht:** Ziel ist eine *ausgewogene Beanspruchung der Naturgüter*, d.h. dass nur so viele Rohstoffe entnommen werden wie wieder nachwachsen (natürliche Regenerationsfähigkeit) bzw. nur so viele Stoffe freigesetzt werden wie schadlos aufgenommen werden. Da Boden nicht vermehrbar ist, müssen die vorhandenen Nutzflächen für neue Ansprüche „recycelt“ werden

Für alle Bilanzierungen ist die Wahl des geeigneten Bilanzraumes von großer Bedeutung. Einleuchtend ist hierfür die Regel: „*Eine Gemeinde kann, eine Region soll, die Erde muß nachhaltig sein.*“

Integrierte Raum- und Umweltplanung

Das Raumordnungsgesetz sieht die Raumstruktur aus drei Elementen zusammengesetzt (vgl. § 7): *Siedlungsstruktur, Freiraumstruktur und Infrastruktur*. In dieser Gliederung lassen sich zum einen die anthropogenen Anforderungen an den Raum abbilden, zum anderen eignen sich die Raumelemente auch zur Darstellung der typischen Umweltauswirkungen wie Verbrauch natürlicher Ressourcen und Freisetzung belastender Stoffe. Das vom Raumordnungsgesetz geforderte *planerische „in-Einklang-bringen“* der wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen (*Anthroposphäre*) mit den ökologischen Funktionen (*Ökosphäre*) richtet sich nicht nur an Einzelentscheidungen, sondern gilt vor allem für komplexe Handlungsfelder. Dabei ist davon auszugehen, dass nur die Anthroposphäre raum- und umweltwirksam „agiert“, während die Ökosphäre passiv „reagiert“. Der Nachhaltigkeitsansatz darf sich nun nicht auf *Eingriffe ausgleichende Konzepte* beschränken, sondern muß *Eingriffe vermeidende Konzepte* auf der Handlungsseite entwerfen. Hierfür muss das gesamte wirtschaftliche und soziale Potential des Raumes eingesetzt werden. Dieser Prozeß der *ökologischen Erneuerung* muss wiederum selber sozial- und wirtschaftsverträglich gestaltet werden. Anhand von geeigneten Indikatoren sollen die Wirkungen in den drei Dimensionen jeweils regelmäßig überprüft werden (Nachrichtungsbericht). Im einzelnen können integrierte Konzepte für folgende Handlungsfelder skizziert werden:

- **Siedlungsstruktur:** Anerkanntes Leitbild zur räumlichen Ordnung der Siedlungsstruktur ist die „*dezentrale Konzentration*“. Sie verbindet die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile räumlicher Konzentration von Wohn- und Arbeitsstätten und zentralen Einrichtungen mit deren ressourcensparenden Effekten. Sie vermeidet aber die ökologischen und sozio-ökonomischen Nachteile übermäßiger Ballung und stützt sich auf die historisch bedingte dezentrale Zentrenstruktur in Deutschland. Im einzelnen muß konzeptionell nach der Funktion von Wirtschaftsstandorten und Wohnstandorten in Verbindung mit Standorten zentraler Einrichtungen (Zentrale Orte) weiter differenziert werden. Integrierte Konzepte und Strategien werden verlangt für a) Wirtschaft und Beschäftigung (z.B. „regionale Entwicklungskonzepte“ gemäß GA zur Standort- und Qualifikationsstruktur), b) Bevölkerung und Wohnsiedlung (z.B. Bevölkerungsrückgang, energetische Gebäudesanierung) c) zentrale Einrichtungen (z.B. Einzelhandelsstandorte).
- **Freiraumstruktur:** Lange Zeit sind wirtschaftliche Nutzungen des Freiraums (z.B. Agrarplanung, Forstplanung) unabhängig von den Umweltauswirkungen geplant worden. Andererseits hat sich die Landschaftsplanung sektoral von den Nutzungsplanungen abgegrenzt und ist dementsprechend wenig zu konsensfähigen Lösungen gelangt. Diese Isolation läßt sich nur durch eine integrierte Planung der Freiraumentwicklung aufbrechen. Ansätze hierzu finden sich z.B. in der neuen Form der *agrarstrukturellen Entwicklungsplanung*.
- **Infrastruktur:** Verkehr sowie Ver- und Entsorgung sind leitungsgebundene Infrastrukturaufgaben, die raumplanerisch in *Achsenkonzepten* ihren Niederschlag finden. Soziale, ökonomische und soziale Belange integrierende Konzepte für diesen Bereich sind wichtige Bausteine nachhaltiger Raumentwicklung (z.B. Recyclingprojekte).

Ökologische Nachhaltigkeit durch Plan-UVP

Ökologische Nachhaltigkeit beinhaltet umweltverträglichen Ressourcenverbrauch und Stoffkreislauf. Der Nachweis muß gemäß UVP-Gesetz durch anlagen- und vorhabenbezogene Umweltverträglichkeitsprüfungen geführt werden (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung i. d. F vom 27.7.2001). Auch Bauleitpläne, die die Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen für Großprojekte von mehr als 10 ha Größe festsetzen, unterliegen der UVP-Pflicht, die im Rahmen des gesetzlichen Aufstellungsverfahrens durch Vorlage eines Umweltberichtes (§ 2a BauGB i. d. F. vom 27.7.2001) als Teil der Begründung abzuarbeiten ist. Die Bewertung der Nachhaltigkeit legt besonderes Gewicht auf die Frage der Vermeidbarkeit und Verminderbarkeit „*erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen*“ (§ 3 (2) UVP-Gesetz). Derartige Nachhaltigkeitsgrundsätze zur Vermeidung und Verminderung finden sich seit längerem in den meisten Umweltgesetzen (z. B. § 8 (2) Bundesnaturschutzgesetz, § 1a Wasserhaus-

haltsgesetz, § 22 (1) Bundesimmissionschutzgesetz, § 4 (1) Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, § 1a Baugesetzbuch, § 1 Bodenschutzgesetz). Die Prüfung von Alternativen (z.B. Substitutions- oder Reduzierungsmöglichkeiten) findet im Vorhabenzulassungsverfahren jedoch kaum noch ernsthaft statt. Dazu sind auf der Projektebene die Entscheidungen meist zu weit fortgeschritten. Deshalb muß die ökologische Nachhaltigkeit, d. h. die Frage der Vermeidbarkeit bzw. Verminderbarkeit von Umweltbelastungen schon auf der Strategieebene in der Zuordnung von Zielen und Mitteln geprüft werden. Pläne und Programme (z. B. Flächennutzungsplan) werden damit selber zum Gegenstand von Umweltverträglichkeitsprüfung.

Planung als Konsensprozess

„Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine kommunale Agenda 21 beschließen“. Durch diesen in Kapitel 28 des Rio-Dokuments geforderten „Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft“. Die Akzeptanz des Nachhaltigkeits-Leitbildes zeigt sich meist erst bei der Umsetzung in konkrete Maßnahmen. Erst auf dieser Konkretisierungsstufe wird die Betroffenheit deutlich (z.B. bei Rückführung des Ressourcenverbrauchs). Die Umsetzung des Agenda-21-Zielkonzeptes in Fachpolitiken (z.B. Bauleitplanung, Verkehrsplanung, Energieversorgung, Wirtschaftsförderung) bedarf einer qualifizierten partizipatorischen Orientierung auf folgenden Ebenen:

- Entscheidungsebene: Das Leitbild dient als Bewertungsrahmen für politische Entscheidungen.
- Interessenebene: Interesse artikuliert sich in spezifischen Zielen über organisierte Gruppen (Verbände, Bürgerinitiativen etc.). Sie konkurrieren vielfach miteinander.
- Betroffenenebene: Betroffenheit bedarf der Artikulationshilfe und Gruppenbildung, um relevant gehört zu werden. Einzelbürger können über Beratung angesprochen werden.

In Deutschland sind über die kommunale Selbstverwaltung und die Beteiligungspflichten nach dem Bundesbaugesetz gute Voraussetzungen für die geforderte konsultative Planung gegeben. Entscheidend für den Erfolg konsultativer Planungsprozesse ist jedoch die Beteiligung bereits bei der Zielfindung. In diesem Stadium ist Offenheit und Kreativität für innovative Konzepte eine wichtige Bedingung. Hierfür sind moderierte Konsensfindungsverfahren (z.B. Delphi-Methode) mit Beteiligten und Betroffenen ein geeignetes Instrument.

Kooperative Planung erfordert neue Planungsmethoden. Es ist nicht mehr die Erstellung umfangreicher Gutachten gefragt, die erst nach Fertigstellung den Anwendern präsentiert werden und deren Umsetzung undefiniert bleibt. Umsetzungsorientierte Planung muss frühzeitig sowohl die möglichen Akteure als auch die potenziell Betroffenen einbeziehen. Dies darf jedoch nicht zu Diletantismus führen, indem den Beteiligten und Betroffenen allein Planungskompetenz zugewiesen wird. Abschließende Entscheidungen bleiben den repräsentativen Vertretungsgremien vorbehalten. Jede Planungsentscheidung beruht auf politischen Abwägungen, die im Konsens der vielfältigen Interessen getroffen werden sollen. Qualifizierte Planung muss sich auf das bestverfügbare Wissen stützen. Dies erfordert den Einsatz von Experten für die verschiedenen Fragenkomplexe. Eine seit langem anerkannte Methode zur expertengestützten Konsensfindung ist die *Delphi-Methode*. Der Begriff „Delphi“ der sich auf das griechische „Orakel“ im Apollotempel in Delphi bezieht, beinhaltet drei Elemente: 1. Aussagen zur Zukunft, 2. Beratung politischer Entscheidungsträger, 3. Zusammenführung von Experten. Die Delphi-Methode „ist der Versuch, durch Sammeln von Expertenwissen und dessen Weitergabe an eben diese Experten in einem mehrstufigen Verfahren einen Gruppenkonsens hinsichtlich möglicher Entwicklungen – unter diskutierten oder stillschweigend unterstellten Bedingungen – auszuloten. Wenn dieses Durchschnittsszenario als wahrscheinlich angenommen wird, so werden daraus – je nach gewünschtem Ziel – Handlungsanweisungen abgeleitet“ (POHL, 1998, S. 107). Die „Delphi-Planung“ erarbeitet also mit internen (Akteure, Betroffene) und externen (Fachgutachter) Experten in einem moderierten mehrstufigen Verfahren einen konsenshaltigen Zukunftsentwurf für das entsprechende Gebiet.

5.2 Modell für ein Teilraum-Entwicklungskonzept: *Agenda Musterhausen*

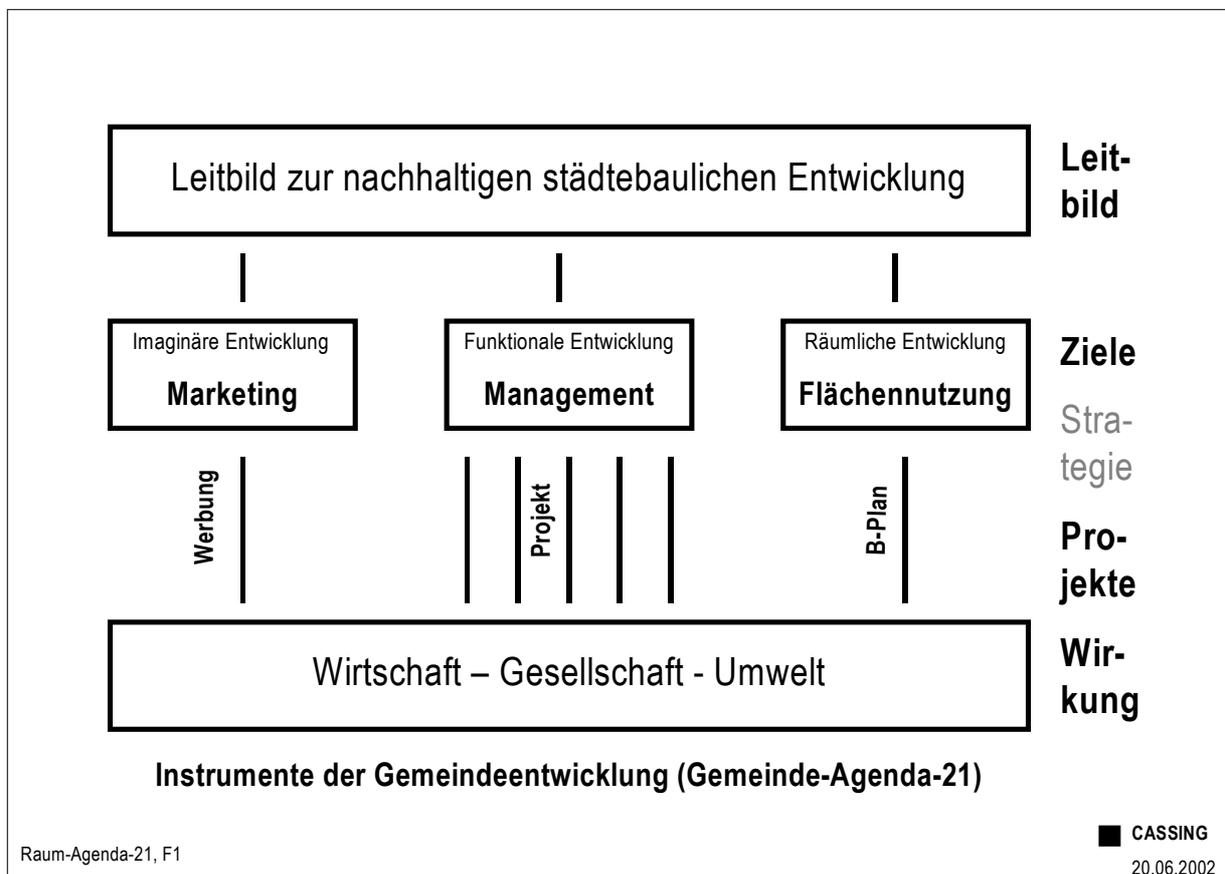
Wie lassen sich die Ansätze zur *Lokalen-Agenda-21* und die gesetzlichen Planungsaufgaben der Gemeinde zur *Bauleitplanung* und zur *Landschaftsplanung* methodisch miteinander verknüpfen? Ein Instrument zur praxisorientierten Integration der Ansätze ist ein *Teilraum-Entwicklungskonzept*, das mit dem *Delphi-Verfahren* ein *Leitbild*, im folgenden exemplarisch für die Gemeinde *Musterhausen*, entwirft.

Steuerungsinstrumente zur Gemeindeentwicklung

Die Entwicklung der Gemeinde vollzieht sich im globalisierten Standortwettbewerb als integrierter Wirtschafts-, Lebens- und Naturraum. Steuerungsinstrumente zur nachhaltigen (ökonomischen, sozialen und ökologischen) Entwicklung der Gemeinde sind (vgl. Folie 1):

- **Marketing:** Die „Standort-Produkte“ der Gemeinde werden nach innen und außen in einem Marketing-Konzept vermittelt. Grundlage ist eine gemeinsame Vorstellung (imaginäres Bild) der Akteure von der zukünftigen Gemeinde (Musterhausen 2015).
- **Management:** Die Ziele und Maßnahmen (Projekte) der Entwicklungsakteure müssen koordiniert werden, um effizient wirken zu können. Modernes Kommunalmanagement bedient sich hierzu der strategischen Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Arbeitskreise, Vereine, Verbände). Auch die Ortsteile sind räumlich-funktionale Netzwerke zur Gemeindeentwicklung.
- **Flächennutzung:** Das Baugesetzbuch verpflichtet die Gemeinde zur „nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung“, deren Grundzüge im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Im Planungsprozess ist die Beteiligung der Akteure und Betroffenen vorgeschrieben.

Ein bewährtes Instrument zur Abstimmung der Ziele der Entwicklungsträger und zur Koordination der Steuerungsinstrumente ist die Erstellung eines „*Leitbildes zur nachhaltigen Gemeindeentwicklung*“.



Ziele und Strategien zur Gemeindeentwicklung

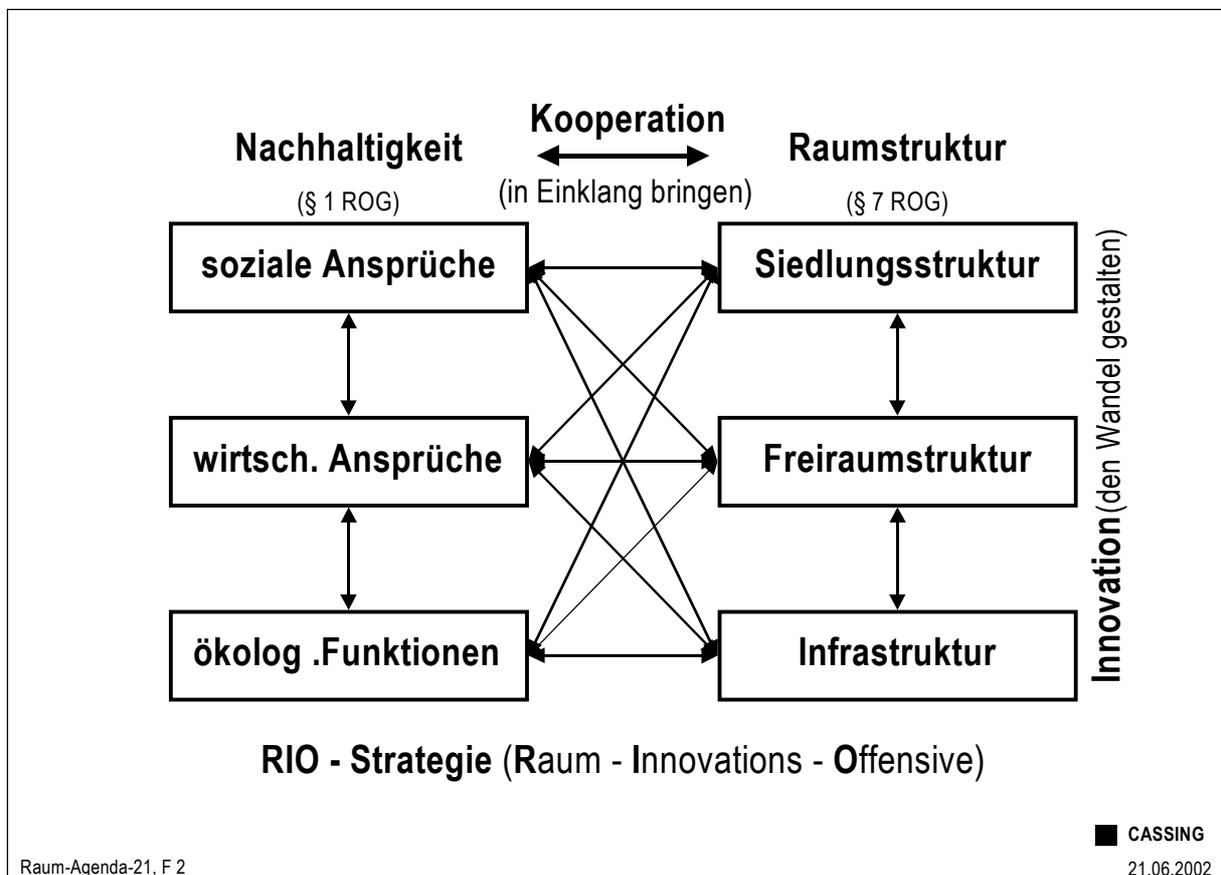
Welche Ziele und Strategien werden in dem Leitbild entworfen? Das Leitbild enthält eine Vision von der beabsichtigten räumlich-funktionalen Struktur der Gemeinde. Sie setzt sich nach den Grundsätzen des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Baugesetzbuches (BauGB) 1998 zusammen aus

- funktionaler Leitvorstellung: Für die Planungsträger gilt die Leitvorstellung von der „nachhaltigen Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt“ (§ 1(2) ROG).
- räumlicher Leitvorstellung: „Eine dauerhafte, großräumig ausgewogene Ordnung“ ist die Leitvorstellung zur Raumstruktur, die aus „der anzustrebenden Siedlungsstruktur, der anzustrebenden Freiraumstruktur und den zu sichernden Standorten und Trassen für Infrastruktur“ besteht (§7(2) ROG).

Im Standortwettbewerb muss die Raumstruktur den sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen unter Berücksichtigung der ökologischen Potentiale angepasst werden. Die Gemeinde muss den Wandel durch Modernisierung von Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur innovativ gestalten, will sie im Qualitätswettbewerb als Wirtschafts-, Lebens- und Naturraum bestehen. Eine derartige *Raum-Innovations-Offensive (RIO-Strategie)* erfordert die Kooperation aller Entwicklungsakteure

- des öffentlichen Bereichs - hierzu zählen die Maßnahmen (z.B. Infrastrukturprojekte) von Bund, Land und Landkreis sowie von Fachinstitutionen,
- des privaten Bereichs – hierunter fallen die Maßnahmen (z.B. Siedlungsprojekte) der Haushalte und Unternehmen.

Auch die Entwicklung der Freiraumstruktur bedarf der kooperativen Planung mit der Abstimmung divergierender wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange. Das *Leitbild* generiert die diversen Interessen zu einem *konsensfähigen Gesamtkonzept*.



Planungsfelder nachhaltiger Gemeindeentwicklung

In der *Gemeinde Musterhausen* wirken die *Ortsteile A-dorf, B-feld, C-berg, D-haus, und E-heim* zusammen. Die Gemeinde ordnet sich in den *Teilraum „Mittelland“ (mit Mittelstadt und Grundort)*, den *Beispielkreis* und die *Region Oberbereich* ein. Die Planungsfelder der Gemeindeentwicklung ergeben sich aus dem räumlich-funktionalen Kriterienrahmen für eine nachhaltige Raumstruktur. Es müssen Konzepte für die einzelnen Raumnutzungen entwickelt werden, die jeweils die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen integrieren (Nachhaltigkeitskonzepte). Wir kommen damit ab von der Erstellung optimierter Fachplanungen, die erst in einem zweiten Schritt mit anderen Planungen und Erfordernissen abgeglichen werden. Die Praxis hat gezeigt, dass auf diesem Weg der „Sekundärintegration“ nur schwer konsensfähige Konzepte entstehen.

| Raumstruktur (§ 7 ROG) | | Nachhaltigkeitskriterien (§ 1 ROG) | | |
|------------------------------|------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------|
| | | Soziale Ansprüche | Wirtschaftliche Ansprüche | Ökologische Funktionen |
| Siedlungsstruktur | Wirtschaft und Beschäftigung | Beschäftigung | Wertschöpfung | Ressourcenschutz |
| | Bevölkerung und Wohnen | Bedarfsdeckung | Qualifikation, Marktfähigkeit | Wohnumwelt |
| | Zentrale Einrichtung. | Versorgung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz |
| Freiraum- und Umweltstruktur | Umwelt und Landschaft | Nutzungspotential, Eingriffsregelung | Nutzungspotential, Eingriffsregelung | Belastbarkeit, Biodiversität |
| | Land-, Forst- und Rohstoffwirtsch. | Nahrungsmittel, Erholung, Rohstoffe | Leistungsfähigkeit | Ressourcenschutz |
| | Erholung und Tourismus | Erreichbarkeit, Verträglichkeit | Kosten | Verträglichkeit |
| Infrastruktur | Verkehr | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Klimaschutz |
| | Versorgung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Ressourcenschutz, Klimaschutz |
| | Entsorgung | Bedarfsdeckung | Wirtschaftlichkeit | Gewässerschutz, Bodenschutz |

Kriterienrahmen für nachhaltige Raumstruktur

■ CASSING

Raum-Agenda-21, F3

24.06.2002

Die Raumstruktur folgt dem punkt-axial-zonalen Ordnungsmodell. Die Raumnutzungskonflikte werden minimiert, indem die Siedlungsstruktur zentralörtlich gegliedert, die Freiraumstruktur vorrangmäßig zoniert und die Infrastruktur axial gebündelt wird. Folgende Entwicklungskonzepte sind so zu erarbeiten:

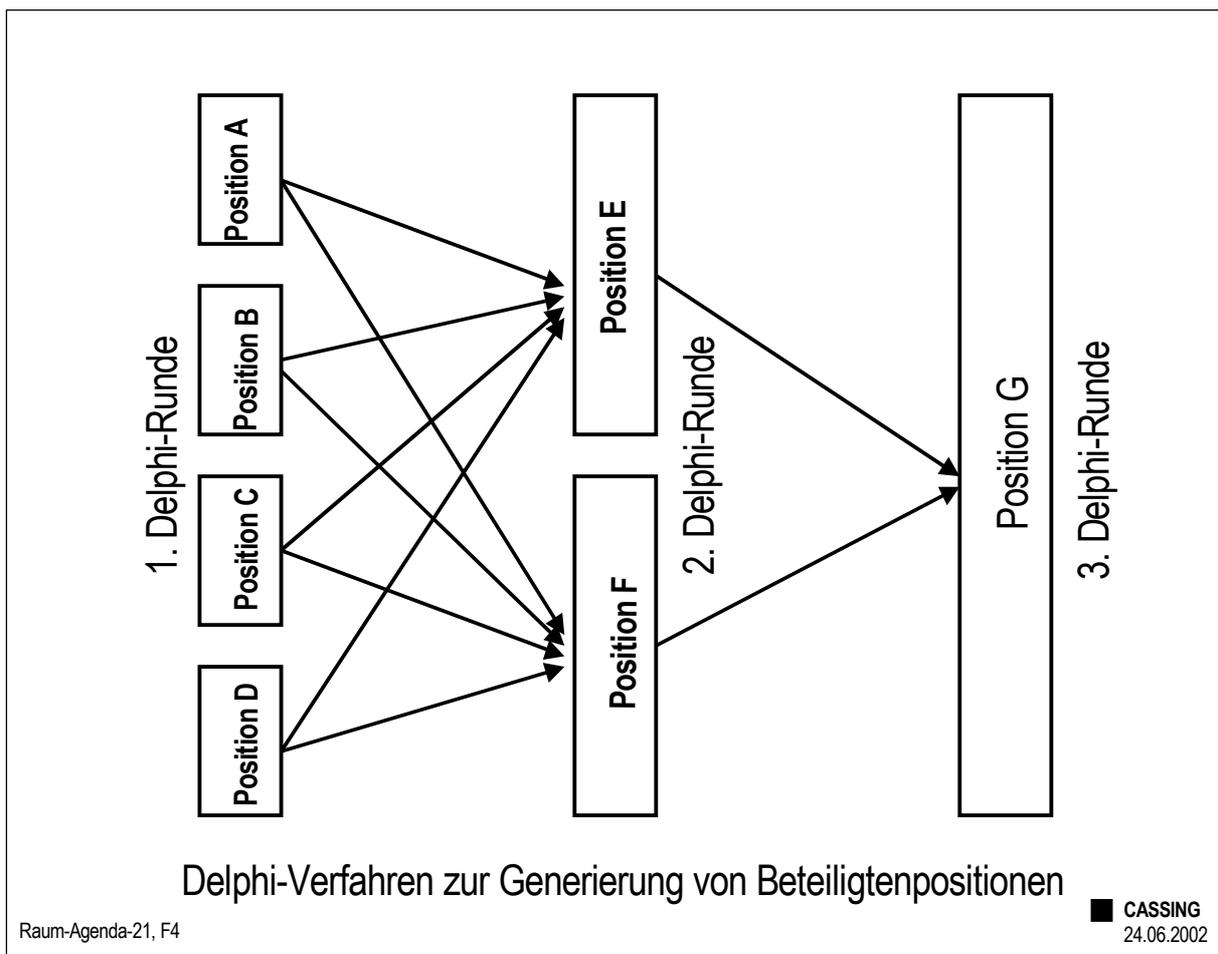
- Siedlungsstruktur: Die Gemeinde muss durch vermehrte Beschäftigung die Wertschöpfung in der Region erhöhen. *Musterhausen* ist im Umfeld des Oberzentrums *Großstadt* ein bevorzugter Wohnstandort, dessen Qualität gesichert und ausgebaut werden sollte. Die Attraktivität von *A-dorf* als Grundzentrum sollte durch den Ausbau der zentralen Einrichtungen verbessert werden.
- Freiraumstruktur: Die Gemeinde hat ein reichhaltiges Naturraumpotential, das gesichert und entwickelt werden sollte. Die FFH-Gebiete (u.a. *B-felder Niederung, C-berger Wald*) zeigen die europaweite Qualität der Kulturlandschaft für Biotopverbund und Tourismus. Die Landwirtschaft hat in den Böden von „Mittelland“ gute Grundlagen für eine naturverträgliche Produktion.
- Infrastruktur: Die umweltverträglichen Verkehre (Bus-, Radverkehr) sollen verbessert werden. Die Energieversorgung soll klimaschonender werden. Die Entsorgung muß nachhaltig sein.

Konsensfindungsprozess

Die Agenda-21 setzt auf den Dialog zwischen allen an der Entwicklung Beteiligten. Das Leitbild generiert die diversen Interessen zu einem konsensfähigen Gesamtkonzept. Wie lässt sich eine so komplexe Meinungsbildung und Entscheidungsfindung praktisch organisieren? Ein geeignetes Instrument hierzu ist die *Delphi-Methode*. In drei Fragebogen-Runden werden die Beteiligten (Experten, Betroffene) um ihre Meinung zu den Entwicklungsthemen der Gemeinde gebeten. Dazu werden die verschiedenen Positionen „verdichtet“ und erneut zur Stellungnahme vorgelegt. Am Ende wird ein konsensfähiger Entwurf des Leitbildes erwartet, der dem Rat der Gemeinde zum Beschluss vorgelegt wird. Im einzelnen sind folgende Phasen (Runden) vorgesehen:

- Sammelphase (1. Runde): In einer öffentlichen Veranstaltung wird das vorgesehene Verfahren erläutert. Der Fragebogen sammelt die *Ausgangsposition* der Beteiligten. Zur Orientierung wird Grundlagenmaterial aufbereitet.
- Modellphase (2. Runde): Die eingegangenen Positionen werden nach Übereinstimmungen und Differenzen ausgewertet und zu *Entwicklungsmodellen* (ggfs. alternative Szenarien) zusammengestellt. Hierzu sollen die Beteiligten Stellung nehmen. Die Modelle werden öffentlich vorgestellt.
- Konsensphase (3. Runde): Aus den Stellungnahmen wird ein *Konsensentwurf* gefertigt. Er wird öffentlich erörtert. Verbleibende Divergenzen werden kenntlich gemacht.

Das in dem Planungsprozess erarbeitete Material wird dem Gemeinderat zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.



Das Leitbild muss einerseits so konkret sein, dass es die Ableitung von Maßnahmen und Projekten zulässt. Andererseits ist eine bestimmte Abstraktion erforderlich, um divergierende Positionen unter einem Leitziel vereinigen zu können. Die Planungsschritte müssen dies methodisch beachten.

Planungsschritte

Methodisch sind fünf Arbeitsschritte im Planungsprozess vorgesehen. Sie werden bei der vorgesehenen Delphi-Technik parallel behandelt, um Rückkoppelungen zu ermöglichen:

- **Analyse:** Im ersten Arbeitsschritt wird der Bestand anhand der Frage *was ist?* analysiert. Es werden die Stärken und Schwächen der derzeitigen Lage anhand von Indikatoren beschrieben. Die Beteiligten werden zu Kompetenzen und Defiziten der Gemeinde befragt.
- **Prognose:** *Was wird sein?* ist die Frage im zweiten Schritt. Eine *status-quo-Prognose* gibt Hinweise auf tendenzielle Fehlentwicklungen, wenn nicht steuernd eingegriffen wird.
- **Ziele:** Im dritten Schritt werden die Ziele (*was soll sein?*) als Bausteine des Leitbildes zusammengestellt. Auf der Grundlage von Analyse und Prognose werden der Abbau von Schwächen (Defiziten) und der Ausbau von Stärken (Kompetenzen) als *Entwicklungsziele* der Gemeinde formuliert.
- **Konzepte:** Die Ziele werden im vierten Schritt in Form von *Teilentwicklungskonzepten* konkretisiert. Sie sagen, *was zu tun ist (agenda)* und beinhalten strategische Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele. Innovative Konzepte nutzen Synergien durch Vernetzung.
- **Projekte:** Aus den Konzepten werden abschließend *Umsetzungsprojekte* abgeleitet, die sich mit der Frage, *wie es zu tun ist*, befassen. Hierbei sind die voraussichtlichen Projektträger zu benennen.

| Raumfunktionen und—nutzungen (Planungs- und Handlungsfelder) | | Planungsschritte | | | | |
|---|--------------------------------|--|---|--|---|---|
| | | Analyse | Prognose | Ziele (Leitbild) | Konzepte | Projekte |
| Siedlungsstruktur | Wirtschaft und Beschäftigung | Beschäftigungs-, Wertschöpfungsdefizit, | Zunahme Sozialfälle, Arbeitslose, Auspendler, | Erhöhung Wertschöpfung und Beschäftigung | Gewerbekonzept, Marketingkonzept „Mittelland“ | Netzwerk Wertschöpfung „Mittelland“ |
| | Bevölkerung und Wohnen | Wanderungsverlust, junge Bev., Hohe Wohnqualität | Abwanderung, Überalterung, Leerstände | Stabilis. Bevölkerungsstrukt., Erhalt Wohnqualität | Wohnbaukonzept Dorferneuerungskonzept | Ausweisung Baugebiete, Dorferneuerung |
| | Zentrale Einrichtungen | Grundversorgungsdefizite | Ladenschließung, Unterversorgung | Ausbau Grundversorgung | Schul- und Sportkonzept, Einzelhandelskonzept | Schul-/Sportzentrum, Ortsmittelpunkt A-dorf |
| Freiraumstruktur | Natur und Landschaft | EU-bedeutsame Schutzgebiete (FFH, NSG, LSG) | Gefährdungen, Pflegedefizite | Erhalt u. Entwickl. Kulturlandschaft „Mittelland“ | Biotopverbundkonzept (Landschaftsplan) | Imageprojekt „NATURA 2000 Musterhausen“ |
| | Land- und Forstwirtschaft | Hohe Bodengüte, unrentable Betriebsstruktur | Zunahme Betriebsaufgaben | Erhöhung Rentabilität, Produktionsvernetzung | Agrarstr. Entwickl. Plan (AEP), Ökol. Waldentwicklung | Agrarnetzwerk „Mittelland“ |
| | Freizeit und Tourismus | Attraktive Landschaft, ausbaufähiges Angebot | Abnahme Attraktivität Touristikangebot | Attraktivierung Touristikangebot | Freizeit- und Touristikkonzept „Mittelland“ | Freizeitzentrum „Märchen-Land-A-dorf“ |
| Infrastruktur | Verkehr und Kommunikation | Gute Straßenanbindung, Defizite Bus-, Radverkehr | Zunahme Belastung Durchgangsverkehr | Verbesserung Erreichbarkeit OZ/MZ mit ÖPNV | Radwegekonzept | Radweg Bachtal |
| | Wasser- und Energieversorgung | Gewährleistung der Versorgung | Zunahme Versorgungskosten | Umweltverträgl. Versorgung, Kostenstabilisierung | Wassersparkonzept, Energiekonzept | Regener. Energie, Energetische Gebäudesanierung |
| | Abwasser- und Abfallentsorgung | Gewährleistung der Entsorgung | Zunahme Entsorgungskosten | Umweltverträgl. Entsorgung, Kostenstabilisierung | Kanalsanierungskonzept | Kanalsanierung |

Planungstableau Agenda Musterhausen

■ CASSING

Raum-Agenda-21, F5

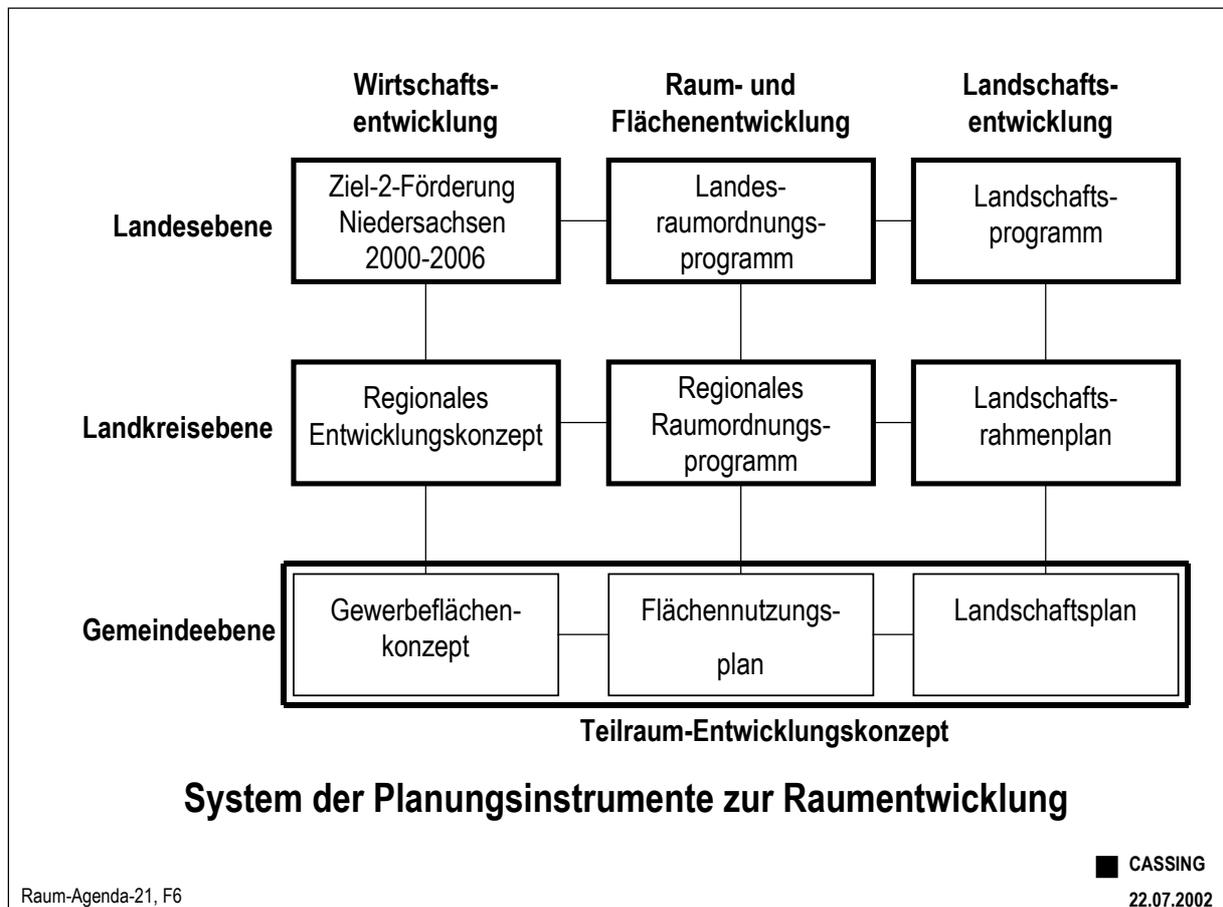
18.07.2002

Das Planungstableau gliedert die neun Planungs- und Handlungsfelder (Raumfunktionen und -nutzungen) nach den o.g. Planungsschritten. Das Tableau ist mit Anwendungsbeispielen gefüllt. Es umfasst die in dem Entwicklungsprozess zu bearbeitenden Themen und bildet damit das Grundgerüst für den Delphi-Arbeitsbogen. Der Arbeitsbogen enthält somit die 9 Planungsfelder mit den jeweils 5 Planungsschritten, also zusammen 45 Arbeitsfelder. Sie durchlaufen jeweils die in dem Delphi-Beteiligungsverfahren vorgesehenen 3 Arbeitsphasen, die Sammelphase, die Modellphase und die Konsensphase.

Planungsinstrumenteller Kontext

Das hier diskutierte *Teilraum-Entwicklungskonzept* (Gemeinde, Nahbereich oder Mittelbereich) gemäß § 13 Raumordnungsgesetz steht im Zusammenhang mit anderen räumlich-funktionalen Planungsinstrumenten, die hinsichtlich der Ziel- und Konzeptphase in dem Delphi-Planungsansatz integriert werden sollen:

- **Gewerbeflächenkonzept:** Gemäß *Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* werden *Regionale Entwicklungskonzepte (REK)* als Planungsinstrument der Wirtschaftsförderung für Arbeitsmarktregionen aufgestellt (vgl. REK Arbeitsmarktregion Göttingen/ Northeim, 2000). Für teilträumliche Entwicklungen können daraus Hinweise gewonnen werden (z.B. Gewerbeflächenkonzept).
- **Flächennutzungsplan:** Gemäß *Baugesetzbuch* ist für den Flächennutzungsplan die „beabsichtigte städtebaulichen Entwicklung“ in den Grundzügen zu erarbeiten. Dies entspricht der Aufgabenstellung des Raumentwicklungskonzeptes. Der Flächennutzungsplan muss sich an das übergeordnete *Regionale Raumordnungsprogramm* des Landkreises anpassen.
- **Landschaftsplan:** Gemäß *Bundesnaturschutzgesetz (2002)* „sind die Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Landschaftsplänen flächendeckend darzustellen“. Sie sind aus dem übergeordneten *Landschaftsrahmenplan* des Landkreises abzuleiten. Sofern Schutzgebiete die Biotopverbundflächen ausreichend sichern, kann landesgesetzlich die Planung vereinfacht werden. Die vorgeschriebenen Planungsschritte entsprechen der hier vorgeschlagenen Methodik (1. vorhandener Zustand, 2. zu erwartender Zustand, 3. Ziele, 4. Erfordernisse, 5. Maßnahmen). In Niedersachsen dienen Landschaftspläne den Gemeinden „zur Vorbereitung oder Ergänzung ihrer Bauleitplanung“. Im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan sind die Planungsschritte darzulegen.



Zusammenfassung

Im Jahre 1992 beschloss die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro die „Agenda 21“, die alle Regionen der Erde zur „Nachhaltigen Entwicklung“ verpflichtet. Auch die Region Südniedersachsen hat sich diese Leitvorstellung mit ihrem im Jahr 2000 prämierten Beitrag zum Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ zu eigen gemacht. Der 10. Jahrestag der Rio-Konferenz gibt dem *Regionalverband Südniedersachsen* Anlass, den *Stand der Nachhaltigkeit* in der Region zu analysieren und weiterführende Strategien zu diskutieren. Als Analyseinstrument hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Rahmen des Wettbewerbs ein Indikatorenmodell erarbeitet, das für diese Aufgabenstellung besonders geeignet ist. Es gibt die Möglichkeit, Defizite und Kompetenzen nachhaltiger Raumentwicklung in Südniedersachsen strategisch zu identifizieren. Dies erfolgt in dem vorliegenden *Nachhaltigkeitsbericht* auf drei Raumebenen:

- Eingangs wird die großräumige Einordnung Südniedersachsens im Vergleich mit den anderen „Regionen der Mitte“ (Nord- und Ostthessen, Nordthüringen) thematisiert.
 - Im Mittelpunkt steht die indikatorengestützte Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit der Region selbst und ihrer vier Landkreise.
 - Vertieft wird die Aufgabenstellung durch eine Strukturanalyse (Ranking) auf der Gemeindeebene.
- Den Abschluss der Studie bilden planungsmethodische Hinweise zur Integration von Agenda-21 und Raumentwicklung: *Was zu tun ist* zur nachhaltigen Raumentwicklung!

Die Untersuchung belegt, dass Südniedersachsen eine *Region mit wirtschaftlichen und sozialen Strukturproblemen* ist. Ökonomische und soziale Nachhaltigkeit ist hier im Vergleich zu ähnlichen *verstäderten Regionen in den alten Ländern* unterdurchschnittlich ausgeprägt:

- Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit wird bei 5 von 8 Indikatoren überwiegend unterdurchschnittlich bewertet. Die Schwächen liegen vor allem in der niedrigeren Bruttowertschöpfung, der kleineren Patenzahl und der geringeren Flächen- und Energieproduktivität. Nur knapp unter dem Mittel liegt der Anteil zukunftsfähiger Berufe. Die Stärken liegen in dem überdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung, der vielfältigeren Branchenstruktur und dem kleineren Anteil Geringqualifizierter.
- Soziale Gerechtigkeit wird bei 14 von 18 Kennziffern überwiegend unterdurchschnittlich bewertet. Die sozialen Defizite beruhen auf vor allem auf mangelnder Beschäftigung (höhere Arbeitslosen- und Langzeitarbeitslosenquote, größerer Anteil an Sozialhilfeempfängern - auch bei Jugendlichen), niedrigerem Einkommen und stärkerer Gemeindeverschuldung. Die sozialen Kompetenzen zeigen sich in überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung, höherem Bildungsstand und geringerer Frauenarbeitslosenquote.
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird bei 8 von 9 Merkmalen im Durchschnitt oder darüber liegend bewertet. Die geringsten Abweichungen zu vergleichbaren Regionen gibt es beim Wasser- und Rohstoffverbrauch.

Ähnliche negative Merkmalsausprägungen finden sich im benachbarten Nordhessen. Mit dem großräumigen Vergleich bestätigt sich die überwiegende Einstufung dieses ehemaligen Zonengrenzraumes als *EU-Ziel-2-Gebiet*.

Die teilräumliche Analyse zeigt, welches in Südniedersachsen die strukturschwächeren, weniger nachhaltigen und welches die strukturstärkeren, nachhaltigeren Städte und Gemeinden sind:

- Weit unterdurchschnittliche wirtschaftliche und soziale Kennwerte haben die peripheren ländlichen Weser-Gemeinden Polle, Bevern und Bodenfelde, die altindustriellen Standorte Kreiensen, Uslar und Bad Grund sowie die Kasseler Vorortgemeinde Staufenberg. Sie haben erhebliche Beschäftigungsdefizite, die sich in niedrigerem Durchschnittseinkommen und negativen Pendlersalden ausdrücken. Die ungünstige Beschäftigungslage führt zu Wanderungsverlusten mit folgender Überalterung. Die wirtschaftliche Schwäche beeinträchtigt die gemeindliche Steuerkraft und verstärkt die

Gemeindeverschuldung. Damit sinkt die infrastrukturelle Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Die sinkende Attraktivität erhöht die Abwanderung der qualifizierten Beschäftigten. Die Zukunftsfähigkeit ist stark gefährdet.

- Gewinner im *Nachhaltigkeitsranking* mit weit überdurchschnittlichen Noten sind die über zukunftsfähige Kompetenzen verfügenden Städte/Gemeinden Holzminden, Delligsen, Bad Gandersheim, Moringen, Göttingen, Friedland und Gleichen. Hier bzw. in benachbarten stärkeren Zentren sorgt eine höhere Arbeitsplatzdichte für wirtschaftliche und soziale Qualität. Die Arbeitslosenquote ist geringer. Die Wanderungssalden sind teilweise positiv. Der gemeindliche Schuldenstand ist niedriger.

Auffallend sind die mit durchschnittlich 2,8 besseren Noten der 13 Teilraumzentren. Bis auf Stadtoldendorf und Uslar liegen sie alle auf den Rängen 1 – 3. Die nichtzentralen Gemeinden haben demgegenüber einen niedrigeren *Nachhaltigkeitsschnitt* von 3,3. Gute Noten erhalten jedoch Umlandgemeinden größeren Zentren (z.B. Delligsen, Moringen, Katlenburg-Lindau, Friedland, Gleichen, Rosdorf).

Zur Behebung der Strukturprobleme bedarf es der *wirtschaftlichen und sozialen Umstellung* in der Region und ihren Teilräumen. Der Wandel von agrarisch und industriell geprägtem Gewerbe zur Dienstleistungswirtschaft bedarf der innovativen Gestaltung und der Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte. Die in der vorliegenden Studie empfohlene *Strategie zur nachhaltigen Raumentwicklung* verfolgt den *Abbau von Defiziten und den Ausbau von Kompetenzen durch die Nutzung von Synergien*. Ziel ist die Erhöhung der Wertschöpfung durch die innovative Nutzung der regionalen Potentiale. Dies erfordert die Kooperation der Akteure in funktionaler und räumlicher Hinsicht. Die Förderung von entsprechenden Netzwerken ist eine Hauptaufgabe des Regionalmanagements. Den Rahmen dazu soll ein Marketingkonzept für die Region und ihre Teilräume liefern.

Die Nachhaltigkeits-Analyse der Gemeinden zeigt, dass Entwicklungssynergien in der Teilraum-Kooperation liegen. Wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zusammenhängen wird durch regionale Teilraumkonzepte Rechnung getragen. Die jeweils beteiligten Gemeinden können durch Zusammenarbeit ihre Standortqualität verbessern.

Lokale und regionale *Agenden* müssen zum Standard-Planungsinstrument werden. *Was zu tun ist* zur nachhaltigen Raumentwicklung, ist eine Aufgabenstellung für die räumlichen Gesamtplanungen. Hierbei müssen durch *Integration von Raum- und Umweltplanung* gemäß § 1 Raumordnungsgesetz (ROG) „die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden.“ Für eine Beispielgemeinde werden Verfahren und Methodik eines *praxisorientierten Agenda Modells* in Form eines *integrierten Entwicklungskonzeptes (Leitbild)* aufgezeigt.

| Problemanalyse (Bestand) | Umstellungsstrategie | Lösungskonzept (Ziel) |
|---|---|---|
| Wirtschaftliche Verhältnisse | | |
| 1. Schwache Wirtschaftskraft 1.1: Zu geringe Wertschöpfung 1.2: Überrepräsentierte Industrie 1.3: Zu wenig zukunftsfähige Berufe 1.4: Zu geringe Ressourcenproduktivt. | Wirtschaftliche Umstellung → Stärkung der Wirtschaftskraft durch Innovation und Kooperation in der regionalen Wertschöpfung (Wertschöpfungsnetz) | 1. Gestärkte Wirtschaftskraft 1.1: Erhöhte und erweiterte Wertschöpfung 1.2: Ausgeweitete Dienstleistungen 1.3: Mehr qualifizierte Berufe 1.4: Verbreitung des Öko-Audit |
| Soziale Verhältnisse | | |
| 2. Schwierige soziale Verhältnisse 2.1: Unzureichende Daseinsvorsorge 2.2: Übermäßige Arbeitslosen-/Sozialhilfequ. 2.3: Übermäßige Jugendarbeitslosen- und Sozialhilfequote 2.4: Zu geringe Ausländerintegration | Soziale Umstellung → Verbesserung der sozialen Verhältnisse durch Innovation und Kooperation in der Daseinsvorsorge (Vernetzung zentraler Orte und Einrichtungen) | 2. Attraktive soziale Verhältnisse 2.1: Ausreichende Daseinsvorsorge 2.2: Verringerte Arbeitslosen-/Sozialhilfequ. 2.3: Verringerte Jugendarbeitslosen- und Sozialhilfequote 2.4: Verbesserte Ausländerintegration |
| Ökologische Verhältnisse | | |
| 3. Gute Umweltverhältnisse 3.1: Ausreichende Schutzgebiete 3.2: unterdurchschnittlicher Wasserverbrauch, höherer Rohstoffverbrauch 3.3: Geringe Umweltverschmutzung 3.4: Niedriger Flächenverbrauch | Ökologische Stabilisierung → Erhaltung der Naturgüter durch Innovation und Kooperation in der Umweltvorsorge (Vernetzung der Kulturlandschaftsentwicklung) | 3. Bessere Umweltverhältnisse 3.1: Ausreichende Schutzgebiete 3.2: geringerer Wasser-, Energie- und Rohstoffverbrauch 3.3: Geringere Umweltverschmutzung 3.4: Niedrigerer Flächenverbrauch |

Verzeichnisse

Literaturverzeichnis

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch für Raumforschung und Raumordnung, Artikel Daseinsvorsorge, Bd I, S.434, Hannover 1970
- Bedenbender, R., Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.1999, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 1/2001, S. 4 ff
- Blach, A., Irmen, E., Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7.1999, S. 451
- Boustedt, O., Die Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1960
- Christoff, H.-J., Anzahl der Unternehmen in den Städten und Gemeinden 1999, in: Stat. Monatshefte Nds. 4/2001, S. 174 ff
- Christoff, H.-J., Regionale Einkommensunterschiede 1995, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 10/999, S. 601
- Eichhorn, L., Arbeitsplatzdichte in den Gemeinden Niedersachsens am 30.Juni 1997, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 1/99, S. 5 f
- Eichhorn, L., Regionale Arbeitsplatzgewinne und –verluste 1994 bis 1999, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2000, S. 547 ff
- Eichhorn, L., Regionale Auslandsabhängigkeit der niedersächsischen Industrie, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen. 6/98, S. 315
- Eichhorn, L., Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit Ende 1998, in: Statistische Monatshefte Nds., 5/99, S. 283 f
- Eichhorn, L., Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit Ende 1998, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 5/99, S. 283 ff
- Eichhorn, L., Auspendleranteile der niedersächsischen Gemeinden, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 5/2000, S.239 f
- Fehr, E., Freizeitführer Region Südniedersachsen, Gudensberg 2000, S. 159
- Haupt, K.-H., Steuereinnahmekraft der Gemeinden 1998, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 7/99, S.411
- Heinze, Landesentwicklung durch Freizeitverkehr, in Raumforschung und Raumordnung 4/2001, S. 251ff
- ICLEI Europasekretariat, Eschholzstr. 82, 79115 Freiburg
- Kaemling, W., Atlas zur Geschichte Niedersachsens, Braunschweig 1995
- Korczak, D., Lebensqualität-Atlas, Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland, Opladen 1995
- Krause, A. Beschäftigungsrückgang zu Lasten der Geringqualifizierten, in. Statistische Monatshefte Niedersachsen 3/99, S. 121 ff
- manager-magazin, Tickets für die Zukunft, 9/01, S. 161
- Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (Hrsg.), Ziel 2 – Förderung in Niedersachsen, Juni 2001
- Niedersächsische Landesamt für Statistik, Regionale Vorausschätzung der Bevölkerung Niedersachsens unter Berücksichtigung von Wanderungen bis 2016, Hannover 20000
- Pohl, J., Qualitative Verfahren, in ARL (Hrsg.) Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover 1998, S.107
- Schubert, H., Der Einfluß der Wohnbaulandausweisung auf die Entwicklung der Stadt- und Landregionen in Niedersachsen, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/97, S.495 ff

- Stadt Göttingen (Hrsg.), Lokale Agenda 21, Leitbild `99 zur nachhaltigen Stadt- und Umweltentwicklung in Göttingen, S.7, Göttingen 1999
- Stepper, G. u.a., Wachstumspole in Niedersachsen, Schriften der Landesplanung Niedersachsen, Hannover 1976
- Steubig, L. Buchwald, K., Braun, E., Natur- und Umweltschutz, Stuttgart 1995, S.161
- Thomas, W., Anteile der Senioren (65 Jahre und älter) an der Bevölkerung der Verwaltungseinheiten am 31.12.1998, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 9/99, S.535 ff
- Thomas, W., Pendlersalden der sozialversicherungspflichtig beschäftigten in den niedersächsischen Verwaltungseinheiten am 30.06.1999, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 12/2000, S. 659 f
- Thomas, W., Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Energie- und Wasserversorgung je 1000 Einwohner am 30.06.1998, in Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/1999, S.475 ff
- Umweltbundesamt, Hrsg., Glossar der raumbezogenen Umweltplanung, Berlin 1995, S. 21
- Zweckverband Großraum Braunschweig, Das Prinzip der Dezentralen Konzentration als Raumordnungsleitlinie im RROP-Entwurf, Braunschweig 1995

Verzeichnis der Abbildungen

Seite

| | |
|--|-----|
| • Abb. 2.1.1: BBR-Indikatorenprofil Südniedersachsen..... | 22 |
| • Abb. 2.1.2: BBR-Indikatorenprofil Nordhessen..... | 22 |
| • Abb. 2.1.3: BBR-Indikatorenprofil Osthessen..... | 23 |
| • Abb. 2.1.4: BBR-Indikatorenprofil Nordthüringen..... | 23 |
| • Abb. 2.1.5: Großräumige Einordnung, Gliederung und Kompetenzen der Raumstruktur..... | 24 |
| • Abb. 3.1.1: BBR-Indikatorenprofil Landkreise Göttingen und Northeim..... | 33 |
| • Abb. 3.1.2: BBR-Indikatorenprofil Landkreise Osterode a.H. und Holzminden..... | 34 |
| • Abb. 3.3: Raumgliederung Region Südniedersachsen..... | 59 |
| • Abb. 3.5: Fernbahn-Wunschnetz Mitte..... | 75 |
| • Abb. 3.5.2: Nachhaltigkeits-Gebote..... | 76 |
| • Abb. 4.1: Standortprofil Region Südniedersachsen und Teilräume..... | 95 |
| • Abb. 4.2: Nachhaltigkeitsränge der Gemeinden..... | 118 |
| • Abb. 5.2.1: Instrumente der Gemeindeentwicklung..... | 123 |
| • Abb. 5.2.2: RIO-Strategie..... | 124 |
| • Abb. 5.2.3: Kriterienrahmen für nachhaltige Raumstruktur..... | 125 |
| • Abb. 5.2.4: Delphi-Verfahren zur Generierung von Beteiligtenpositionen..... | 126 |
| • Abb. 5.2.5: Planungstableau Agenda Musterhausen..... | 127 |
| • Abb. 5.2.6: System der Planungsinstrumente zur Raumentwicklung..... | 128 |

| | |
|---|------------|
| • Tab.1.1: Kriterienrahmen für nachhaltige Raumstruktur..... | 6 |
| • Tab. 1.2: BBR-Indikatorenkatalog mit 37 verfügbaren Merkmalen..... | 8 |
| • Tab. 2.1.1: Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften1..... | 18 |
| • Tab. 2.1.2: Soziale und räumliche Gerechtigkeit..... | 19 |
| • Tab. 2.1.3: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen..... | 20 |
| • Tab. 2.1.4: Anzahl der Indikator-Abweichungen..... | 24 |
| • Tab. 2.2: Einwohner, Beschäftigte und Fläche der „Regionen der Mitte“..... | 25 |
| • Tab. 3.2.1: Verknüpfung BBR-Zielsystem mit regionalem Ziel- und Strategiesystem..... | 35 |
| • Tab. 3.2.2: BBR-Bewertungskriterien..... | 36, 37, 38 |
| • Tab. 3.5.3: Kompetenzprofil Südniedersachsen..... | 77 |
| • Tab. 4.1: Langfristige Einwohnerentwicklung..... | 79 |
| • Tab. 4.1.1: Wohnungen nach Anzahl, Räumen und Flächen in Relation zur Einwohnerzahl..... | 96 |
| • Tab. 4.1.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende am Arbeitsort 1998..... | 97 |
| • Tab. 4.1.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1998 nach Wirtschaftsbereichen..... | 98 |
| • Tab. 4.1.4: Arbeitslose 2000..... | 99 |
| • Tab. 4.1.5: Wahlbeteiligung, Wanderungen, Jugend-Sozialfälle..... | 100 |
| • Tab. 4.1.6: Katasterflächen nach Nutzungsarten 1997..... | 101 |
| • Tab.4.1.7: Versiegelte Flächen nach Einwohnern und Beschäftigten..... | 102 |
| • Tab. 4.2.1.1.1: Auslandsumsatz je tätige Person im verarbeitenden Gewerbe 1997..... | 103 |
| • Tab. 4.2: Nachhaltigkeitsmerkmale von Gemeinden nach BBR-Zielrahmen..... | 104 |
| • Tab. 4.2.1.2.1: Gewerbliche Arbeitsplatzdichte 1998..... | 106 |
| • Tab. 4.2.1.2.2.1: Anzahl der Unternehmen..... | 106 |
| • Tab. 4.2.1.2.2.2: Veränderungen der Unternehmenszahl zwischen 1994 und 1999..... | 106 |
| • Tab. 4.2.1.3: Anteil der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluß an allen Beschäftigten...107 | |
| • Tab. 4.2.1.4: Beschäftigtenbesatz der Gewerbeflächen..... | 109 |
| • Tab. 4.2.2.1.1.1: Wohnfläche je Einwohner..... | 109 |
| • Tab. 4.2.2.1.1.2: Anteil der Senioren..... | 109 |
| • Tab. 4.2.2.1.2.1: Arbeitsplatzdichte..... | 110 |
| • Tab. 4.2.2.1.2.2: Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1994 bis 1999..... | 110 |
| • Tab. 4.2.2.1.2.3: Arbeitslose in Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter..... | 111 |
| • Tab. 4.2.2.1.2.4: Langzeitarbeitslosenanteil..... | 111 |
| • Tab. 4.2.2.1.3: Regionale Einkommensunterschiede 1995..... | 111 |
| • Tab. 4.2.2.1.4: Anteil der Auszubildenden an der Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort..... | 112 |
| • Tab. 4.2.2.1.7: Pendlersalden je 1000 Beschäftigte am Wohnort..... | 112 |
| • Tab. 4.2.2.1.10: Wanderungssalden je 100 Einwohner 1999..... | 113 |
| • Tab. 4.2.2.2.2: Beteiligung an Gemeindewahlen 1996..... | 113 |
| • Tab. 4.2.2.2.3: Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfequote)..... | 113 |
| • Tab. 4.2.2.2.5.1: Steuereinnahmekraft der Gemeinden 1998..... | 114 |
| • Tab. 4.2.2.2.5.2: Schulden der Gemeinden am 31.12.1999..... | 114 |
| • Tab. 4.2.2.3.2: Anteil Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger an den Unter-25-jährigen..... | 115 |
| • Tab. 4.2.3.1.2: Naturflächenanteil an den Katsterflächen 1997..... | 115 |
| • Tab. 4.2.3.4.5.1: Einwohnerspezifische Versiegelungsflächen 1997..... | 116 |
| • Tab. 4.2.3.4.5.2: Veränderung der Flächen für Wohnen, Gewerbe und Strassen 1993 bis 1997...116 | |
| • Tab. 4.2.4.1: „Gesamtnoten“ zur Gemeinde-Nachhaltigkeit..... | 116 |
| • Tab. 4.2.4.2: „Nachhaltigkeitsnoten“ der Gemeinden..... | 117 |